

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

## Inhalt

Notprogramm . . . . .	1831	Zur Verschuldung der Landwirtschaft . . . . .	1861
Prof. Dr. I. Jastrow, Ziele der deutschen Handelspolitik . . . . .	1834	Börsenmoral und Roggenpolitik . . . . .	1861
Prof. Dr. Gerhard Colm, Die Zukunft der englischen Handelspolitik . . . . .	1840	Zerfall der Treibstoff-Konvention . . . . .	1862
Prof. Georg Bernhard, Exzesse der Technik . . . . .	1844	Problematisches Regrestrecht . . . . .	1862
Die Rationalisierung der Eisen schaffenden Industrie . . . . .	1846	Ein Kapitel Bauwirtschaft . . . . .	1863
Die deutsche Wirtschafts-Enquête II. Einflüsse und Wirkungen . . . . .	1851	Dividendenerhöhung eines Montanunternehmens . . . . .	1864
Glossen		Umorganisation bei Felten & Guillaume . . . . .	1864
Deutsche Handelspolitik . . . . .	1856	Zusammenbruch der Assecuranz-Union . . . . .	1865
Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik	1856	Prestigepolitik der Elektrobank? . . . . .	1866
Ergänzung des Generalrats bei der Reichsbank . . . . .	1857	Die neue Produktions-Kontingentierung im Eisenpakt . . . . .	1867
Ein neuer Gouverneur der Bank von Frankreich . . . . .	1858	Investment Trust der Österreichischen Credit-Anstalt . . . . .	1867
Abbau im Statistischen Reichsamt . . . . .	1859	Personalien . . . . .	1868
Preisgabe des Einfuhrschein-Systems . . . . .	1859	Briefe an den Herausgeber (Gefahren für Deutschlands Kredit im Ausland) . . . . .	1868
Weizenzoll erhöht — Vermahlungszwang 80 Prozent . . . . .	1860	Literatur . . . . .	1869
Frischfleisch-Verbilligung statt Gefrierfleisch-Einfuhr . . . . .	1860	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York) . . . . .	1870
Fondswirtschaft im Reichsernährungsministerium . . . . .	1861	Statistik (Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken / Internationale Wirtschaftszahlen / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse) . . . . .	1876

In diesem Heft: Internationale Wirtschaftszahlen des MdW

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRlich 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131





# DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap. 60 Millionen Reichsmark  
Reserven 60 Millionen Reichsmark

➤ **Depositenkassen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und in Vororten**

**Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands**

## INTERNATIONALES

**KUNST- U. AUKTIONS-HAUS G.M.B.H. BERLIN W 62, KURFÜRSTENSTRASSE 79,**

übernimmt die Verwertung von Sammlungen, einzelnen Werken der hohen Kunst und des Kunstgewerbes, Nachlässen und Wohnungseinrichtungen.

Auf Wunsch treuhänderische Verwaltung, Finanzierung und kostenlose Abschätzung.

### Unsere nächsten Versteigerungen

4. Oktober: In unseren Ausstellungsräumen **Modernes Mobiliar und Kunstgewerbe / Hupfeld Phonola / Fußbodenbeläge u. v. a.**

14. Oktober: In unseren Ausstellungsräumen **Antiquitäten / Tapiserien / Gemälde und Graphik alter und neuer Meister** (Werke von Achenbach, Alt, Blas, Corot, Courbet, Dahl, Hofmann, Fantin-Latour, Pechstein, Pissaro, Kaufmann, Kaulbach, Koekkoekk, Lenbach, Schmutzler, Schreyer, Schuch, Zügel u. v. a.)

20. Oktober: In unseren Ausstellungsräumen **Ostasien** Keramik, Plastik, Bronzen, Lacke

Auf Wunsch kostenlose Zusendung der Kataloge.

## INTERNATIONALES KUNST- U. AUKTIONS-HAUS G.M.B.H.

Tel.: B 5, Barb. 8838/39 Tel.-Adr.: INTERKUNST, Berlin.

# SIEMENS

Elektr. Meßinstrumente für Laboratorium und Betrieb, elektr. Temperatur-Meßgeräte, Rauchgasprüfer, Wasser-, Dampf-, Gas- und Luftmesser. Fernsprechanlagen jeder Größe für Handvermittlung und für Selbstanschlußbetrieb, Telegraf- und Signalapparate. Rundfunkgeräte, Musikübertragungsanlagen, Großlautsprecheranlagen, Verstärkerröhren, Fernsprech-Verstärkerämter. Feuermelde- und Wächterkontrollanlagen, elektr. Uhren und Arbeitszeit-Kontrollapparate, elektr. Einbruchssicherungen u. Polizeimeldeanlagen. Elektrolytische und galvanotechnische Anlagen. Ozonlüftungs- und Bleichanlagen. Kabel für Fernsprech- und Telegrafverkehr, Pupin- u. Krarupkabel, Pupin-Seekabel, Kabelgarnituren. Flugmotoren, Zündkerzen und Zubehör.

Interessenten erhalten auf Wunsch kostenlos Drucksachen und Auskunft.

## SIEMENS & HALSKE AG.

Berlin-Siemensstadt





# MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

## VEREINIGT MIT „PLUTUS“, NEUE FOLGE

6. JAHRGANG

BERLIN, 3. OKTOBER 1930

NUMMER 40

## Notprogramm

*Das Regierungsprogramm verfolgt ein richtiges Ziel: die Beseitigung der Hemmungen, die einer Anpassung der deutschen Wirtschaft an die durch die Preisrevolution auf den Weltmärkten grundlegend veränderten Verhältnisse entgegenstehen. Die Mittel, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, sind allerdings unzureichend. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet werden keinerlei Maßnahmen vorgeschlagen, durch die der erforderliche Anpassungsprozeß gefördert werden kann. Das finanzpolitische Programm sieht einen erfreulich energischen Abbau der Ausgaben vor, ohne freilich durchweg echte Ersparnisse zu erzielen. Die Last der Arbeitslosigkeit wird teilweise auf die Gemeinden abgewälzt. Die Neugestaltung der Wohnungswirtschaft wird eine konjunkturpolitisch unerwünschte Drosselung des Wohnungsbaus zur Folge haben.*



Man hat die Erklärungen, mit denen die Reichsregierung am Dienstag der Öffentlichkeit ihre finanz- und wirtschaftspolitischen Vorschläge unterbreitete, ein „Dreijahresprogramm“ genannt, ein Programm also auf lange Sicht. Es gibt wohl niemand, der nicht wünschte, daß Deutschland das Ziel dieses Programms in der nahen Zukunft, welche die kommenden drei Jahre umschließen, erreichen möge, ohne Erschütterung seiner politischen und wirtschaftlichen Grundlagen. Es gibt aber wohl auch niemand, der nicht das Gefühl hätte, daß hier ein wünschenswertes Ziel mit unzureichenden Mitteln erstrebt wird. Das Ziel ist klar:

„Deutschland muß rechtzeitig Anschluß an die Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmer- und Arbeiterschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden, Sorgen, die heute ernste Gefahr für Staat und Wirtschaft bedeuten.“

Die Begründung für die Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Ziels vorgeschlagen werden, geht von der Preisrevolution auf den Märkten der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte aus. Ihr müssen — so verkündet die Regierung — die Preise auch für „alle Bedarfsartikel unseres Volkes“, ihr müssen die Kosten der öffentlichen Verwaltung, die Höhe der Steuern und Soziallasten angeglichen werden. Der Beseitigung der Hemmungen, denen dieser Anpassungsprozeß in Deutschland begegnet, will das Regierungsprogramm dienen. Leider ist das Programm in seiner Gesamtheit nicht geeignet, das deutsche Volk diesem Ziel näherzubringen, denn es ist einseitig. Es enthält Vorschläge zur Sanierung der Finanzen, mit denen man zwar nicht durchweg einverstanden sein kann, die aber doch eine gewisse innere Geschlossenheit zeigen und zunächst zu einer

Beruhigung führen können. Dagegen sind wirtschaftspolitische Programmpunkte, die dem aufgestellten Ziel entsprechen, in der Regierungserklärung überhaupt nicht enthalten.

Man bemühe sich, in dem Programm auch nur eine einzige Maßnahme zu entdecken, von der man sich einen wirksamen Preisabbau, eine wirksame Belebung des Arbeitsmarkts versprechen kann — man wird sie nicht finden. Dieser Teil des Programms ist gegenüber den finanzpolitischen Maßnahmen um vieles zu kurz gekommen. Die Verkennung der wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Zeit, die in der Regierungserklärung zutage tritt, ist kennzeichnend für jene Auffassung, die davon ausgeht, der Wirtschaft könne nur durch eine Sanierung der Finanzen geholfen werden, der Finanzpolitik gebühre der Primat vor der Wirtschaftspolitik. Wie fasciniert starrt in Deutschland alle Welt auf die öffentlichen Finanzen und erwartet von ihnen alles Heil. Die Wirkungen einer schlechten Finanzpolitik, überhöhter Steuern, falsch verteilter Lasten auf die Wirtschaft sind gewiß nicht gering einzuschätzen. Von der Sanierung der Finanzen aber allein eine Gesundung der Wirtschaft zu erwarten, heißt sich einer verderblichen Illusion hingeben. Was durch politische Mittel zur Gesundung der Wirtschaft getan werden kann, liegt mindestens ebenso auf wirtschaftspolischem wie auf finanzpolitischem Gebiet.

Die wenigen *wirtschaftspolitischen Maßnahmen*, welche die Regierung vorschlägt, sind leider eher geeignet, das Gegenteil von dem herbeizuführen, was das finanzpolitische Programm bezweckt. Ihre Durchführung läßt eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, nicht die Wiedereingliederung der Arbeitslosen, eine Verteuerung der Lebenshaltung, nicht einen Abbau der Preise erwarten. Der Ansatzpunkt der Regierung ist richtig: Der Wiederanschluß Deutschlands an das internationale Preisniveau ist ein entscheidendes Problem geworden. Für die Lösung dieses Problems ist es aber von größter Bedeutung — das hat die Regierung verkannt —, wie in



Zukunft die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln erfolgt. Die Lebensmittelzölle um Deutschland sind in den letzten Jahren turmhoch aufgebaut worden. Das Preisniveau für Lebensmittel bewegt sich auf der Höhe von etwa 200 % der Weltmarktpreise; das bedeutet eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse um 25 bis 50 %. Daß an diesem Punkt nicht Maßnahmen der Regierung einsetzen, ist eine schwere Unterlassungssünde. Das neue Programm kündigt im Gegenteil sogar Maßnahmen an, welche die Lebenshaltung weiter verteuern werden. Was anders bedeutet die Vorbereitung des Standardisierungsgesetzes, das in erster Linie neue Lebensmittel-Zwangskartelle bringen soll, was anders bedeutet die Ankündigung weiterer Gesetze, „die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse in verstärktem Maße den Absatz sichern sollen“? Auch mit der *Handelspolitik* beschäftigt sich das Programm der Regierung leider nicht. Die deutsche Handelspolitik der letzten Zeit hat es vermocht, binnen einem halben Jahr ganz Nord- und Osteuropa in zwei Fronten gegen Deutschland zusammenzufügen. Eine schwere Schädigung des deutschen Außenhandels ist zu befürchten und damit eine Steigerung der Arbeitslosigkeit, die alle wohl-tätigen Wirkungen, die von den beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung ausgehen mögen, aufzuheben droht. Welche Ziele die deutsche Handelspolitik in der Gegenwart vernünftigerweise verfolgen kann, wird in diesem Heft an anderer Stelle von Prof. Dr. I. Jastrow dargelegt, und es sollen in den nächsten Nummern des MdW weitere Beiträge zur Handelspolitik, deren Bedeutung man in Deutschland angesichts der finanzpolitischen Schwierigkeiten jetzt vielfach zu unterschätzen geneigt ist, veröffentlicht werden. Ebenso wie die Preissenkung für landwirtschaftliche Erzeugnisse hat auch die *Preissenkung für industrielle Rohstoffe* entgegen dem von der Reichsregierung aufgestellten Ziel in ihrem Programm keinen Platz gefunden. Deutschland ist das Land der teuersten Kohle und des teuersten Eisens. Ist es wirklich zweckmäßig, in einer Zeit, in der allenthalben Kartelle zerfallen, auch die unter der Autorität des Staates zusammengeschlossenen Zwangskartelle zu erhalten? Der mit der Kartellverordnung von Ende Juli beschrittene Weg wird von der Reichsregierung offenbar nicht weiter verfolgt. Man scheint die Ergebnisse der Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat abwarten zu wollen; das kommt einer Vertagung ad calendas graecas gleich.

Die *finanzpolitischen Vorschläge* der Regierung beruhen auf der Auffassung, daß „sich jede neue Belastung der Produktion verbiete“. Es wird deshalb von Steuererhöhungen zur Deckung des Defizits für das Jahr 1930 und zum Ausgleich des Etats für die nächsten Jahre abgesehen. Nur die *Tabaksteuer* soll vom Etatsjahr 1931 an 167 Mill. RM jährlich mehr erbringen. Daß die Reichsregierung den Ausgleich der Etats von 1931 an vor allem auf der *Ausgabenseite* gesucht hat, wird allgemeine Billigung finden, wenn auch die Ansichten darüber, ob die beabsich-

tigten Etatsabstriche sämtlich zweckmäßig sind, geteilt sein können. Voraussetzung für eine Zustimmung zu den Einsparungen auf der Ausgabenseite muß aber vor allem der Nachweis sein, daß diese Einsparungen *echt* sind. Diese Voraussetzung ist, wie noch zu zeigen sein wird, bei den Vorschlägen der Reichsregierung nicht durchweg erfüllt. Sie stellen teilweise eine Abwälzung der Lasten vom Reich auf die Gemeinden dar. Wir halten deshalb die Schonung von Steuerreserven, deren Heranziehung ohne Schädigung der Volkswirtschaft — freilich nicht ohne Schädigung einzelner Interessentengruppen — möglich ist, in dieser Zeit schwerer Bedrängnis der Reichsfinanzen für einen Fehler des vorgelegten Programms. Wir glauben nach wie vor, daß die Besteuerungsmöglichkeiten des Massenluxuskonsums in Deutschland noch nicht erschöpft sind. Eine *erhöhte Besteuerung des Bier- und des Branntweinverbrauchs* ist sehr wohl noch möglich, ohne daß ein Rückgang des Konsums und damit des Steueranfalls aus diesem Grunde zu befürchten wäre. Die parteipolitische Zusammensetzung der gegenwärtigen Reichsregierung macht freilich ihre steuerpolitische Abstinenz erklärlich. Auch der Tabak könnte wohl noch stärker zur Besteuerung herangezogen werden, als die Regierung vorschlägt.

Da man sich zu wirksamen Einnahme-Erhöhungen nicht entschließen konnte, soll die *Deckung des Defizits von 1930*, das die Reichsregierung — immer noch optimistisch — auf 750—900 Mill. RM schätzt, auf dem Kreditwege erfolgen. Ein neuer Überbrückungskredit von voraussichtlich 400 Mill. RM soll den Ausweg aus dem Defizit vermitteln. Ein besonderer Schuldentilgungsfonds für die nächsten drei Jahre soll eine jährliche Verminderung der gesamten, durch den Überbrückungskredit erhöhten schwebenden Schuld ermöglichen.

Die Aufgabe, von 1931 an einen dauernden Etatsausgleich in Reich, Ländern und Gemeinden herbeizuführen, ist im Programm der Regierung recht ungleichmäßig gelöst. Für das *Reich* wird das Ziel durch die vorgeschlagenen Maßnahmen zweifellos erreicht. Der Reichsfinanzminister rechnet für das Jahr 1931/32 mit Mindereinnahmen von insgesamt 1240 Mill. RM; davon sollen 388 Mill. RM auf Länder und Gemeinden entfallen. Für den Rest von 852 Mill. RM sucht er im Reich folgendermaßen Deckung:

Gehaltskürzung der Beamten um 6 %, der	
Minister und Abgeordneten um 20 % . . .	120 Mill. RM
Ersparnis in der Arbeitslosenversicherung	265 „ „
Abstriche im Reichshaushalt . . . . .	300 „ „
Erhöhung der Tabaksteuer- und -zölle . . .	167 „ „

Von diesen Maßnahmen ist die einschneidendste wohl die *Kürzung der Beamtengehälter* vom 1. April 1931 an. Sie soll auch in den Ländern und Gemeinden erfolgen; davon erwartet man einen Ausgleich der Minderüberweisungen des Reichs. Es gibt keinen Einsichtigen in Deutschland, der die Reduzierung der Beamtengehälter um einen Teil des Satzes, um den



sie im Jahre 1927 — unter ganz anderen Verhältnissen — erhöht wurden, nicht billig. Die übrigen Abstriche im Reichshaushalt sind im einzelnen nicht mitgeteilt; es ist also nicht möglich, zu übersehen, ob es sich hier um echte Ersparnisse handelt.

Das schwierige Problem der *Arbeitslosenversicherung* hat die Reichsregierung nur provisorisch gelöst. Hier ist die schwächste Stelle in der Rechnung des Regierungsprogramms. Vorläufig soll eine Beitragserhöhung auf 6½ Prozent helfen. Außerdem kündigt man an, daß eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung vorbereitet werde, erklärt, daß der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts ermöglicht werden soll, und begrenzt den Anteil des Reichs an dem Aufwand für die Krisenfürsorge auf 420 Mill. RM. Was diese Maßnahmen bedeuten, ist klar: Der größte Teil der Last der Arbeitslosigkeit wird auf die Gemeinden abgewälzt. Schon heute beläuft sich der Aufwand, der für die Gemeinden dadurch entsteht, daß die Reichsfürsorge für die Arbeitslosen lückenhaft und zeitlich begrenzt ist, auf jährlich über eine halbe Milliarde RM; er wächst monatlich um etwa 10 %. Wie sich die Gemeinden damit abfinden sollen, wird in dem Programm der Reichsregierung nicht gesagt. Offenbar weiß auch die Regierung nicht, was sie zur Lösung dieses Problems tun soll. Der Abschnitt II ihres Programms: „Länder und Gemeinden“ enthält außer der Gehaltskürzung nur sehr allgemein gefaßte Ausführungen über „Einheitliche Sparmaßnahmen“, „Verschärfte Haushaltskontrollen“, „Sparsamere Rechtspflege“, „Verwaltungsvereinfachung“, die man gut und gern hinnehmen kann, deren geringe Bedeutung gegenüber dem Gespenst der Arbeitslosigkeit aber offensichtlich ist. Bei der Regelung der Gemeindefinanzen hat die Erfindungsgabe der Regierung versagt; hier wird vor allem die Reformarbeit einzusetzen haben.

Am wenigsten konsequent ist das Programm der Reichsregierung da, wo sich Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik am engsten berühren: in der *Neugestaltung des Wohnungsbaus*. Es ist eine Binsenwahrheit, daß in Zeiten der Depression und leichten Geldmarkts die Wirtschaftsbelebung ihren Ausgangspunkt vom Baumarkt zu nehmen pflegt. Auch die Reichsregierung hat im Rahmen ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms — trotz aller Bedenken, die dagegen geltend zu machen sind (vgl. den Aufsatz von Dr. Hans Neisser in Nr. 29 des MdW) — eine Belebung des Baumarkts mit Reichshilfe in Aussicht gestellt. Statt dessen sieht das Programm der Reichsregierung vor, daß die für den Baumarkt zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel im Jahre 1931 plötzlich auf die Hälfte des bisherigen Umfangs herabgesetzt werden. Das jährliche Wohnungsbau-Programm soll der Zahl der Wohnungen nach auf zwei Drittel seines bisherigen Ausmaßes, dem Umfang nach durch den Übergang zur Kleinstwohnung noch weit stärker herabgesetzt werden. Obendrein will man den Wohnungsbau aus den Zentren der Mas-

senarbeitslosigkeit, den Großstädten, heraus verlegen. Gleichzeitig wird ein allmählicher Abbau der Wohnungszwangswirtschaft angekündigt. Die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau soll bis zum 1. April 1936 im wesentlichen abgebaut werden. Schließlich wird noch versprochen, daß „sich die Reichsregierung die Erhaltung des Altwohnraums in Stadt und Land durch Bereitstellung öffentlicher Mittel angelegen sein lassen wird“. Wir wollen hoffen, man meint nicht, daß hiermit ein neuer Subventionsfonds, dieses Mal für den Hausbesitz, errichtet werden soll. Auf die Wendung der gesamten Wohnungspolitik, die dieser Teil des Regierungsprogramms bedeutet, wird noch ausführlich einzugehen sein.

Jene 400 Mill. RM, die man dem Wohnungsbau entzieht, sollen dazu verwandt werden, um die *Gewerbesteuer* um 20 % (200 Mill. RM) und die *Grundsteuer* um 10 % (200 Mill. RM) zu senken. Damit soll die „steuerliche Entlastung der produktiven Stände“ ihren Anfang nehmen, die im Regierungsprogramm versprochen wird. 80 Mill. RM sollen einem Sonderfinanzausgleich dienen, der im Interesse der Städte vorgenommen wird, „deren finanzielle Lage durch die Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge oder andere Lasten besonders bedroht ist“.

Gegenüber den hier skizzierten Grundlinien des Regierungsprogramms treten die übrigen Maßnahmen, die es enthält: endgültige *Neuregelung des Finanzausgleichs* vom Etatsjahr 1932 an, vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft, Senkung der Kredit-

## Jeder Abonnent,

der auf pünktliche Zustellung des Magazins der Wirtschaft Wert legt, muß auch dafür Sorge tragen, daß dem Verlag das

### Bezugsgeld für das IV. Vierteljahr

rechtzeitig zugeht. Diesem Heft liegt eine Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Berlin 149 296 bei, die wir zu benutzen bitten.

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT  
VERLAGSGESELLSCHAFT MBH  
BERLIN W 62, KURFÜRSTENSTR. 131



verkehrssteuer, Fortfall der Umsatzsteuer für Zwergunternehmungen u. a., an Bedeutung weit zurück. Diese Vorschläge werden noch im einzelnen zu besprechen sein. Die Grundlinien zeigen leider weder unter wirtschafts- noch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten, wie der Weg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gefunden werden kann. Die wirtschafts-

politischen Vorschläge können die Wirtschaftskrise nicht mildern, die finanzpolitischen sehen zwar einen erfreulich energischen Ausgabenabbau vor, verlagern aber das immer noch verbleibende Defizit vom Reich auf die Gemeinden. Das Ziel des Regierungsprogramms ist richtig gesehen, der Weg zu diesem Ziel noch nicht gefunden.

## Ziele der deutschen Handelspolitik

Von Dr. I. Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

*Der vorliegende Aufsatz eröffnet eine Artikelserie über wichtige handelspolitische Fragen. Prof. Jastrow führt aus, daß das Gesetz des Handelns gegenwärtig bei der Partei der Schutzzöllner liege; um so wichtiger sei die Aufgabe der Vertreter einer liberalen Handelspolitik, produktive Kritik zu üben. Zu fordern sei vor allem, daß überhaupt Handelspolitik getrieben werde und nicht nur systemlose und widerspruchsvolle Maßnahmen ergriffen werden. Eine zweite Forderung geht dahin, daß die Handelspolitik wenigstens klar und durchsichtig sei. Schließlich müsse darauf hingewirkt werden, daß internationale Abkommen zustandekommen, die wenn auch nicht ein freihändlerisches, so doch wenigstens ein gemäßigt schutzzöllnerisches Programm zum Gegenstand haben.*

### I.

In handelspolitischen Kämpfen werden die einander gegenüberstehenden Richtungen noch immer als Schutzzoll und Freihandel bezeichnet. Aber Sinn und Kampfstellung haben sich geändert. Der Freihändler, der für Abschaffung aller Schutzzölle eintritt, ist in Deutschland ausgestorben. Heute ist das Programm des Freihandels nur noch eine Regel, in die man bereit ist Ausnahmen einzutragen, sobald Gründe dafür angeführt werden; der heutige Schutzzöllner aber meint, mit seinem „Schutz der nationalen Arbeit“ (und das ist heute die einzige schutzzöllnerische Richtung, die sich in der Politik geltend macht), daß jede Arbeit, die in der Nation getan wird, einen Anspruch auf Schutz gegen ausländische Konkurrenz habe. Das Merkwürdige ist, daß bei diesem Stande der Gegensätze gerade die Schutzzöllner für sich in Anspruch nehmen, die Praktiker zu sein, und die andern als Doktrinäer bezeichnen. Wenn man daher über mögliche Ziele deutscher Handelspolitik sich verständigen will, so muß über den Sinn jener Frontstellungen und ihrer Bezeichnungen einiges vorweg gesagt werden.

Wenn man unter Doktrinarismus das einseitige Festhalten an einer wissenschaftlichen Lehre (doctrina) versteht, so sind allerdings die heutigen Schutzzöllner vor diesem Vorwurf sicher. Denn im Unterschiede von den älteren Schutzzöllnern haben die heutigen Vertreter des „Schutzes der nationalen Arbeit“ keine wissenschaftliche Lehre als Fundament. Allein eine „Lehre“ muß nicht wissenschaftlich sein; sie kann auch auf gläubigem Dogmatismus beruhen. Und dieser ist in der Tat die Grundlage der heutigen deutschen Schutzzöllner. Ähnlich wie dem Badearzte alten Schlages die Medizin sich in dem Satze verkörperte: Moorbäder helfen, so hat der heutige Schutzzöllner, seine Klienten mögen

klagen, worüber sie wollen, als feststehende Therapie: Schutzzölle helfen. Es liegt eine gewaltige geistige Kraft in der Immunität gegen logische Gegengründe. Die heutigen Freihändler verfügen über das Erbe der klassischen Schule, deren Denkmethode in der Geschichte der nationalökonomischen Wissenschaft unübertroffen dasteht. Aber wo es darum geht, auf die Handelspolitik Einfluß zu gewinnen, sind sie in der unangenehmen Lage, von ihrer ehemaligen stolzen Linienführung sub specie aeternitatis auf die Augenblicksfrage abgedrängt zu sein und auch diese nur noch unter dem Gesichtspunkt behandeln zu können, daß die Gegner am Ruder sind. Dies nicht bloß in Deutschland. Aus den andern Ländern der Erde fehlt ihnen heute der Gegenhall, der einst zu dem Siegeszuge des Freihandels die Musik machte.

Wenn unter solchen Umständen die Leitung des Magazins der Wirtschaft den Kreis von Mitarbeitern, die die von ihm vertretene Richtung billigen, zu einer Aussprache über die Ziele der Handelspolitik einlädt, so steht von vornherein fest, daß es sich nicht um ein Kampfziel im Sinne eines Siegeszieles handeln kann. Das Gesetz des Handelns liegt beim Gegner. Handelspolitische Ziele haben wir nicht aufzustellen, sie werden uns gestellt.

In literarischer Beziehung ist dies freilich nicht dahin zu verstehen, daß wir in der Kritik zurückhaltend werden sollen. Diese wird vielmehr unsere Hauptaufgabe, und zwar nicht nur in Einzelheiten, sondern auch im großen. Die Parlamentarier sind scheu geworden und wagen eine Kritik großen Stils nicht mehr aus Furcht vor dem Vorwurf, „zum Fenster hinauszureden“ (als ob eine Reichstagsrede überhaupt noch einen Zweck hätte, wenn sie nicht „zum Fenster hinaus“ gerichtet wäre). So erfährt die heranwachsende Generation nichts über die



Sinnlosigkeit eines Systems, das jede Klage eines Produktionszweiges mit einem Schutzzoll zu beruhigen sucht, obgleich jetzt schon die Erfahrung eines halben Jahrhunderts gelehrt hat, daß jeder Schutzzoll andere und höhere nach sich zieht, denen wiederum mit anderen und höheren gefolgt werden muß. Sie erfährt nichts über das Trügerische der Parole, daß Schutzzölle nach dem Maße der Schutzbedürftigkeit gewährt werden, obgleich es in der Geschichte nicht einen Fall gibt, wo das Maß der Schutzbedürftigkeit anders bemessen worden wäre, als nach dem Maße der politischen Gewalt, die zur Durchsetzung von Zollerhöhungen zur Verfügung stand. Diese Kritik des ganzen handelspolitischen Systems und seines Grundgedankens braucht nicht notwendig zu einer Verschärfung des Gegensatzes zu führen, wo es sich um Mitarbeit an der Beseitigung der in Deutschland nur allzu klar zutage liegenden Notstände handelt. Im Gegenteil: je entschiedener die Unfruchtbarkeit der heutigen Schutzzollpolitik dargelegt wird, desto eher wird eine Mitarbeit durch Hinweis auf andere Hilfsmittel ermöglicht. Wie es denn freudig zu begrüßen ist, daß in den letzten beiden Jahren unter den Gegnern der Agrarzölle nicht mehr bloß in Anführungszeichen von notleidenden Agrariern die Rede ist, sondern die Bereitschaft, mit Kredit, Meliorationen, Ausgestaltung des Unterrichtswesens, Beförderung der Genossenschaften u. a. zu wirken, ehrlich zugenommen hat. Aber alle Kritik, auch wo sich aus ihr schließlich positive Aufgaben ergeben, ist immer noch nicht eine Stellungnahme zu der Frage, was nach unserer Meinung die Ziele der deutschen Handelspolitik für die nächste Zukunft sein sollen. So bescheiden das Quantum auch sein mag, das wir zur Beantwortung dieser Frage in der heutigen Lage beizutragen haben: es muß immerhin geleistet werden.

## II.

Ob uns heute ein größerer oder geringerer Einfluß auf die deutsche Handelspolitik zukomme, — zu einer Forderung sind wir sicher legitimiert: daß überhaupt eine Handelspolitik getrieben werde. Wenn wir einen Handelsvertrag mit Spanien unterschreiben, und kaum, daß die Tinte trocken ist, ihn wieder kündigen; wenn wir mit Polen ein Abkommen schließen, das laut als Beginn einer neuen Aera für den Verkehr zwischen den beiden Staaten verkündet wird, und unmittelbar darauf eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle vornehmen, die über alles bis dahin Dagewesene hinausgeht; wenn wir Finnland eine Butterzoll-Bindung bewilligt haben, hernach eine Reichstags-Mehrheit den Rückkauf des Zugeständnisses durchsetzt und bei nochmaliger Änderung der parlamentarischen Lage den Kaufpreis nur zahlen will, sofern auch auf Käsezoll-Bindung verzichtet wird: dann kann man bei einer derartigen Häufung solcher Fälle von einer deutschen Handelspolitik überhaupt nicht mehr sprechen. Ein Handelsvertrag kann nicht anders als mit Opfern zustande kommen. Do ut des. Wenn wir von Spanien Zuge-

Angesichts der folgenschweren Entscheidungen, die auf handelspolitischem Gebiet bevorstehen, wird das Magazin der Wirtschaft aus der Feder hervorragender Sachverständiger eine

### Aufsatzreihe zur Handelspolitik

veröffentlichen, die aktuelle Probleme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen behandelt und Wege zu einer sinnvollen Handelspolitik weisen soll.

Wir beginnen die Artikelserie in diesem Heft mit einem Aufsatz von

Prof. Dr. I. Jastrow: Ziele der deutschen Handelspolitik.

Daran schließen sich in den nächsten Nummern folgende Artikel:

Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Lautenbach: Freihandelspolitik im Zeitalter des Protektionismus,

Ministerialdirektor Dr. Hans Posse: Die Technik der Handelsverträge,

Rechtsanwalt Josef Hartmann: Der Wert der Meistbegünstigungsklausel,

Direktor Karl Lange: Die Frage des Tarifsystems,

Dr. Alexander Rüstow: Zur Soziologie der Handelspolitik,

Dr. J. Marschak: Die handelspolitische Haltung der Gewerkschaften,

Prof. Dr. Karl Brandt: Landwirtschaft und Handelspolitik,

Dr. Arthur Feiler: Kartelle und Handelspolitik.

Den Abschluß bilden Aufsätze über:

Verkehrspolitik und Handelspolitik,

Verwaltungsprotektionismus,

Die Handelspolitik Englands,

Das amerikanische Hochschutzzollsystem,

Das Problem der Zollunionen.



ständnisse für unsere Maschinen verlangen, so weiß man vorher, daß sich unser Gegen-Zugeständnis auf den Wein beziehen wird. Wenn wir den Vertrag sofort wieder kündigen, weil die rheinischen Winzer Lärm geschlagen haben, so heißt das: daß in Deutschland keine Handelspolitik betrieben wird, sondern daß Maßregeln, die früher aus handelspolitischen Abwägungen hervorgingen, jetzt nur noch durch die Furcht vor Fensterscheiben-Einschlagen bestimmt werden.

Für jeden Staat, der mit uns einen Handelsvertrag schließt, ist wesentliche Voraussetzung, daß eine Änderung unserer allgemeinen Gesetzgebung nur als Änderung in der handelspolitischen Gesamtrichtung oder Gesamtstimmung erfolgen werde. Nur so kann der Vertragsgegner im Falle einer Änderung auf eine gewisse Vorbereitungszeit rechnen. Wird die Befugnis zu Änderungen von dem gesetzgebenden Körper auf das Ministerium übertragen, so liegt schon darin der Gedanke, daß nicht eine fortlaufende Linie der Handelspolitik verfolgt, sondern daß plötzliche Umschläge erleichtert werden sollen. Während der letzten Verhandlungen zu einem Ermächtigungsgesetz über Agrarzölle ist darüber gestritten worden, ob die Ermächtigung dem Ernährungsminister allein oder nur dem Kabinett im ganzen gegeben werden solle. Schon daß man zwischen den beiden Arten einen Unterschied machte, war bedeutungsvoll. Nach der Verfassung werden die Richtlinien der Reichspolitik durch den Reichskanzler bestimmt, der für die Durchführung dieser Politik sein Kabinett zusammensetzt. Wenn man daher meint, es begründe einen Unterschied, ob die Befugnis zu Zollerhöhungen dem Kabinett oder dem Einzelminister übertragen wird, so ist damit gesagt, daß man Zollerhöhungen nicht mehr als „Politik“ (Handelspolitik) betrachtet, daß man sie nicht mehr an „Richtlinien“ bindet, für deren Innehaltung der Reichskanzler verantwortlich ist (welchem Ressort auch die Ausführung zufalle), mit andern Worten: daß der Gedanke einer Handelspolitik in zusammenhängender Linie zu verschwinden im Begriffe steht. Gewiß ist die Frage, welchem Staatsorgan wir eine Zuständigkeit übertragen wollen, eine innere deutsche Angelegenheit, in die kein ausländischer Staat sich einzumischen befugt ist. Aber wir können das Ausland nicht hindern, Wert und Dauer einer von uns getroffenen Maßregel danach einzuschätzen. Zugeständnisse, die wir in einer Verhandlung bewilligen, werden geringer bewertet, wenn in andern, Einfluß übenden Fragen Überraschungen vorbehalten bleiben. Als ehemals der Gedanke der gleitenden Zölle auftauchte, geschah es in dem Sinne, die Höhe des Zolles von willkürlicher Bemessung unabhängig zu machen und an gewisse objektiv wahrnehmbare Tatsachen zu binden (z. B. Zuckorzölle nach der Höhe des Preises an der Magdeburger Börse). Daß jetzt der Sinn der wandelbaren Zölle der gegenteilige sei, daß sie dem bloßen Verwaltungswillen des einzelnen Ministers ausgeliefert werden sollen, das war der hervortretende neue Sinn, der in dem Plane lag,

sie nicht bloß der Gesetzgebung, sondern sogar dem Kabinett zu entziehen.

Ähnliche Bestrebungen sind heute wohl in allen Ländern am Werke. In Deutschland aber wird ihnen durch eine sonderbare Ressort-Einteilung oder -Zerteilung besonders Vorschub geleistet. Wenn es irgend-einen Staat gab, der kein eigenes Landwirtschaftsministerium brauchte, so war es das Deutsche Reich. Denn Domänen und Forsten, Landwirtschaftskammern und Landwirtschaftsunterricht, Meliorationen usw. lagen in den Händen der Einzelstaaten. Um das eigene Reichsministerium zu ermöglichen, mußte man den verschämten Namen des Ernährungsministeriums erfinden, dem man die Landwirtschaft anhängen konnte. Jetzt ist oft genug das „Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft“ ein Ministerium *gegen* Handelspolitik, während die politische Vernunft, die den Interessenausgleich sucht, darauf hätte Gewicht legen müssen, daß Ackerbau und Viehzucht mit den anderen wirtschaftlichen Interessen zusammen im Reichs-Wirtschaftsministerium vertreten seien. Früher regelten sich Stockungen im Export durch einen Niedergang der Löhne, bis eine Verbilligung der Preise das Exportgeschäft wieder hob und die Arbeitsbedingungen der beteiligten Arbeiter wieder verbesserte. Wenn dieses Auf und Ab der Löhne nicht mehr geduldet, sondern durch eine staatliche Regelung ersetzt wird, so hätte doch erst recht eine enge Verbindung dieser Lohn- mit der allgemeinen Wirtschafts- und also Handelspolitik geschaffen werden müssen. Statt dessen ist diese Lohnpolitik durch Schaffung eines eigenen Arbeitsministeriums aus dem Zusammenhang herausgerissen worden, und der Teil der Arbeiterinteressen, der durch Verbilligung der Ausfuhrpreise vermehrte Arbeitsgelegenheit anzustreben hätte, gelangt zur Zeit an einer einheitlichen handelspolitischen Stelle nicht zur Berücksichtigung.

Die *zweite* Forderung, die man an die Handelspolitik zu stellen berechtigt ist, auch wenn man sich von Zielsetzungen fernhält, ist: daß sie wenigstens *klar und durchsichtig* sei. Heute mischen soviel kluge Leute ihre fein ausgeheckten Gedanken in die Handelspolitik hinein, daß sie aufhört, verständlich zu sein. Dies begann schon unter der Herrschaft des ersten schutzzöllnerischen Tarifs von 1878. Die Getreidezölle waren *gegen* die ausländische Einfuhr gerichtet. Als man den Landwirten, die in gewissen Jahreszeiten Getreide ausfuhrten, Scheine verabfolgte, auf Grund deren eine zollfreie Einfuhr erfolgen durfte, und vollends, als dafür der Name „Aufhebung des Identitätsnachweises“ erfunden wurde, und als das Ausland in den „Einfuhrscheinen“ eine *Exportprämie* erblickte, wurde den Schlichtdenkenden die Orientierung über diese Maßregeln erschwert. Ehemals drehten sich Tarifverhandlungen um die Frage, ob eine Position des Tarifs ermäßigt werden soll, und um wieviel. Seitdem es angekommen ist, Ermäßigungen nur für ein bestimmtes „Kontingent“ zuzulassen und die Kontingente (wie notwendig) für verschiedene Länder verschieden



zu bemessen, sind die Verhandlungen und ihre Ergebnisse bedeutend verwickelter. Neuerdings kommt es vor, daß inländische Industrielle, die am Zustandekommen eines Handelsvertrages interessiert sind, den ausländischen Agrariern gegenüber zur Abnahme des Kontingents mit gebundenen Preisen sich verpflichten. Die früher unbekanntenen Verwicklungen, die durch derartige Maßregeln jetzt eingetreten sind, seien an einem Beispiel dargelegt. Die größten Erfolge der Schweinemast in Nordwestdeutschland beruhen auf rationeller Gerstenfütterung. Ostelbien mit Kartoffelfütterung (soweit nicht bloße Abfälle verwertet werden) kommt dagegen nicht auf und verlangt eine Verteuerung der Gerste durch Erhöhung des Zolls auf Futtergerste. Je höher der Zoll, desto höher die Exportprämie, die im System der Einfuhrscheine liegt. Also führt diese Politik dazu, den Weltmarktpreis der Schweine zu drücken. Wird den exportierten deutschen Schweinen noch exportierter deutscher Roggen (ebenfalls durch Ausfuhrprämien verbilligt) nachgeschickt, so kann der Preisdruck so stark werden, daß es lohnt, das so gemästete Schwein nach Deutschland zurückzuführen. Also: Vermehrung der Konkurrenz auch auf dem Inlandsmarkt. Nun ist folgender Vorschlag aufgetaucht: die Ostelbier sollen zweierlei Gerstenpreise machen und den niedrigeren nur dem bewilligen, der eine entsprechende Menge Futterroggen abgenommen hat. So wird die Handelspolitik zu einer Art Geheimlehre, über die schließlich nur noch die mitreden können, die sie machen. Ob das der Zweck der Übung ist, mag fraglich sein; sicher ist es ihre Wirkung.

Es fängt an, eine der wichtigsten Aufgaben der Zollpolitik zu werden, sie von dem umrankenden Gestrüpp zu befreien und zunächst wenigstens aufklärend über den Umfang zu wirken, den die Nebenmaßregeln angenommen haben. Ihnen allen gemeinsam ist: daß ein Zoll festgesetzt oder vereinbart wird, und daß hinterher die Einfuhr noch über dieses Maß hinaus erschwert wird. Lager- und Abfertigungsgebühren aller Art hat man von jeher benutzt, um dem Fremden über den Zollobtrag hinaus Lasten aufzuerlegen. Der Fremde erfährt dabei nicht einmal, wofür er zahlt. Wenn die polnische Zollbehörde den Zoll erhebt und daneben für ihre Bemühungen eine „Manipulacya“ sogar in Prozenten des Zolles berechnet, so tritt besonders deutlich hervor, daß der Zoll festgesetzt war und trotzdem erhöht wird. Serbien erhob für die Einfuhr einen Zoll und für die Zulassung zum freien Verkehr einen Obrt (gleich unfaßbar für unsere Sprach- und unsere Denkwerkzeuge), der freilich dem allgemeinen Unwillen schließlich erlegen zu sein scheint. Wirksamer noch als Gebühren sind Schikanen bei der Zollabfertigung. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben eine Zeitlang Konsulatsfakturen in Spezialisierungen verlangt, die offensichtlich zum Zweck der Einfuhrerschwerung erfunden waren. Solcher besonderen Erfindungen bedarf es nicht einmal immer, die steigende Kompliziertheit der Tarife und des Zollrechts

genügt. In Frankreich soll es bereits soweit gekommen sein, daß sich für den Verkehr mit der Zollbehörde ein Gewerbe *berufsmäßiger Zollmakler* gebildet hat; man kann sich vorstellen, daß sich praktisch für den Importeur eine Art Anwaltszwang einführt. Herabsetzung von Zollsätzen hat wenig Wert, wenn den Geschäftsreisenden zur Anbahnung oder Aufrechterhaltung von Beziehungen Schwierigkeiten gemacht und Steuerlasten auferlegt werden, wie sie selbst die skandinavischen Staaten zu entwickeln bestrebt waren. Australien hat eine Zeitlang für Kataloge und Preiskourante Zollsätze erhoben, die gewiß nicht bestimmt waren, den einheimischen Buchdruck gegen ausländische Konkurrenz zu schützen.

Diese Nebenpolitik ist nicht auf Nebenmittel in der Zollverwaltung beschränkt; sie kann sich auch anderer Ressorts bedienen. Wenn die Eisenbahn die Frachttarife vom Hafen landeinwärts hoch, und umgekehrt niedrig gestaltet, so kann damit jeder verabredeten Zollpolitik entgegengewirkt werden. Polen ertötet den kleinen Warenbezug mit den naturgemäß verbundenen deutsch gebliebenen Ländern dadurch, daß es den Postanweisungs-Verkehr an praktisch unerfüllbare Bedingungen knüpft. Wenn Spanien Bergwerkskonzessionen nur unter der Auflage vergibt, daß die Ausbeutung mit inländischen Maschinen geschieht, wenn es Großmühlen (über 1000 Kilo täglich) ganz verbietet; wenn der Staat als Kommunalaufsichts-Behörde den Gemeinden untersagt, für ihre Kraftwerke Glühlampen, Elektrizitätsmesser usw. aus dem Auslande zu beziehen; so ist die Einfuhr von Bergwerks-, Mühlen-, elektrizitätswirtschaftlichen Maschinen unterbunden, gleichgültig, was in einem Handelsvertrag an Zollkonzessionen durchgesetzt war. Über solche Einzelmaßregeln ist man schon längst hinausgegangen. Beständig nimmt die Zahl der Staaten zu, in denen man grundsätzlich allen Behörden, ja auch allen irgendwie vom Staat unterstützten Unternehmungen zur Pflicht macht, ihren Bedarf, soweit es ohne erhebliche Schädigungen möglich ist, grundsätzlich im Inlande zu decken, ja sogar internationale Ausschreibungen ganz zu untersagen. In Italien ist für Ausnahmen zugunsten der Einfuhr die Genehmigung des „Faschistischen Gesamtverbandes der italienischen Industrie“, d. h. die Erlaubnis der inländischen Konkurrenten erforderlich. Mag dies in Ländern mit wenig entwickelter Industrie nicht immer wirksam werden, da die inländischen Verbraucher auch ein Interesse haben, Einfuhr-Bewilligungen durchzusetzen: in einem Gebiet, wie dem britischen Imperium haben solche Bestrebungen ganz andere Aussichten. Hier kann sich bei gleichmäßig entwickelter „Mentalität“ die Bevorzugung britischer Lieferanten, ja sogar der gänzliche Ausschluß ausländischer Offerten auch ohne veröffentlichte Vorschriften durchsetzen. In der Tat nimmt man an, daß die Ausfuhrsteigerung Englands nach den Dominions auf eine solche Praxis zurückgehe. Aus allen Gegenden der Erde hört man jetzt von ähnlichen Maßregeln. Der Zolltarif wird durch Gesetz oder Tarif geschaffen. Aber daneben werden Verwal-



tungsbefugnisse in den Dienst von Interessenten gestellt, um den amtlich verkündeten Tarif zu verschärfen oder seinen Ermäßigungen entgegenzuwirken. Seitdem vor vier Jahren auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik Eulenburg für die buntschillernde Fülle dieser Maßregeln die Rahmenbezeichnung des „administrativen Protektionismus“ geprägt und Gothein mit gewohnter Beherrschung des Materials in seiner Denkschrift für die Völkerbundliga den Rahmen mit Vorkommnissen aus allen Ländern ausgefüllt hat, dürften jetzt diese Nebenwege der Handelspolitik in ihrer Bedeutung allgemein erkannt sein. Aber nicht ebenso allgemein erkannt sind die verhängnisvollen Wirkungen, die eine solche handelspolitische Nebenregierung auf die Entwicklung unserer Handelsbeziehungen übt. Alles schreit in Deutschland nach vermehrter Ausfuhr-Gelegenheit. Erreichen können wir sie nur, indem auch wir Zugeständnisse machen. Dagegen sträuben sich unsere Schutzzöllner. Den hierin liegenden Widerspruch, daß die heutige deutsche Handelspolitik die Tür nach außen offen und nach innen geschlossen haben will, können wir nicht beseitigen. Aber wir können wenigstens darauf hinwirken, daß eine Politik, die im ganzen auf einem Widerspruch beruht, sich nicht noch im einzelnen mit Widersprüchen, Kompliziertheiten, Undurchsichtigkeiten umkleide. Wir haben ein Interesse daran, daß unsere Zugeständnisse geschätzt werden; sie werden desto weniger geschätzt, je weniger die Kompliziertheiten ein sicheres Urteil über ihre Auswirkung gestatten.

Wieweit (das wäre ein *Drittes*) die, die das Zoll-erhöhungs-Spiel mißbilligen und verderblich finden, gewisse *positive Ziele* aufstellen können, ist eine schwer zu beantwortende Frage. Da ein allgemeines Freihandels-Programm heute nicht in Frage kommt, bleiben zwei Möglichkeiten. Entweder sucht man gewisse Themata heraus, die zu einer Einigung für alle Staaten der Erde geeignet sind, oder man sucht gewisse Staaten aus, die sich auf ein engeres — wenn auch nicht freihändlerisches, so doch etwas gemäßigt schutzzöllnerisches — Verhältnis einigen können.

Für die eine Art ist ein Anfang gemacht mit der „Internationalen Konvention zur Vereinfachung der Zollformalitäten“ vom 3. November 1923, sowie mit dem Internationalen Abkommen gegen Ein- und Ausfuhrverbote, das freilich nur für sieben Staaten gilt: Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Japan, Norwegen, Dänemark, Holland, Portugal. Ob sich mit diesen Mitteln die Schikanierung durch Zollförmlichkeiten oder, angeblich hygienischen Zwecken dienende, Einfuhrverbote wird bekämpfen lassen, ist zwar nicht vorherzusehen; aber es ist immerhin ein Anlauf dazu. Als weitere Gegenstände solcher „Kollektivverträge“ eignen sich jene Schikanen, die gegen Handelsreisende angewandt werden. Ja, darüber hinaus könnte überhaupt das Fremdenrecht (Recht der Niederlassung, der Erwerbung von Grundbesitz, des freien Gewerbebetriebes usw.) kodifiziert werden. Und wenn auch die Staaten nicht beitreten werden, ohne diese oder jene Abweichung sich vorzubehalten,

so wird schon die bloße Möglichkeit der Vergleichung die Bildung einer neuen Meinung vorbereiten. Auch das Schema eines Zolltarifs könnte zum Gegenstand einer solchen Konvention gemacht und dadurch wenigstens die Vergleichung erleichtert werden. Ja vielleicht kann auch den gescheiterten Bestrebungen zur Herbeiführung eines Zoll-Waffenstillstandes, die in der „Convention Commerciale“ vom 24. März 1930 nur ein Schein-Ergebnis zutage förderten, nachträglich ein gewisser Erfolg beschieden sein, wenn man diese Bestrebungen nach einer anderen Richtung abbiegt. Daß in Waffen gegenüberstehende Heere durch freundliches Zureden bewogen wurden, vom Kampf abzulassen, soll zwar nur einmal in der Weltgeschichte den schönen Sabinerinnen gelungen sein. Immerhin — die Staaten haben mit sich reden lassen und haben konventionsmäßige Bindungen in Fragen für möglich erklärt, die bisher souveräner Willkür vorbehalten waren. Wenn man sich über eine gewisse gleichmäßige Normaldauer der Verträge und der Kündigungsfristen einigte, und wenn daraus vielleicht einmal einheitliche *Vertragsperioden* hervorbringen, so würde damit zugleich eine Ruhezeit erreicht werden.

Der andere Weg, zunächst eine gewisse Abtragung der Zollmauern für einen *engeren Kreis von Staaten* zu vereinbaren, pflegt, wo er erörtert wird, schon in den ersten Stadien an der Frage zu scheitern, welches diese Staaten sein sollen. Leider ist dies nicht die einzige Schwierigkeit. Mag man an eine Verständigung mit Deutsch-Österreich denken, oder an die „Nachfolgestaaten“ überhaupt, oder noch weitergehend an ein Mitteleuropa, ausgedehnt bis zu den hilflosen baltischen Kleinstaaten, — in jedem Fall taucht das Problem auf, wie eine solche Annäherung mit der Handelspolitik gegenüber den andern Staaten in Einklang gebracht werden soll. Die stolzesten Erfolge hat die ehemalige Freihandels-Politik durch die *Meistbegünstigungs-Klausel* errungen, die jede Begünstigung, die einem Staat gewährt wurde, allen andern zugute kommen ließ. Jetzt hat dieselbe Klausel in dem Munde verschiedener Staaten einen verschiedenen Sinn bekommen. Einige wenige mögen immer noch meinen, daß sie alle ihre Vertragsgegner gleich gut behandeln wollen; ein hochschutzzöllnerischer braucht die Klausel nur noch zur Verkleidung der Absicht, sie alle gleich schlecht zu behandeln. Darum bleibt heute nichts übrig, als beide Richtungen, da sie verschieden sind, auch verschieden zu behandeln. Tritt Deutschland zu einem gewissen Kreise seiner Nachbarstaaten in ein wie immer geartetes engeres Verhältnis, so kann es sich nur dadurch halten, daß man anderen Staaten gegenüber *diese* Zugeständnisse von der Meistbegünstigung ausnimmt. Dadurch entsteht ein engerer Kreis von Staaten, zusammengeführt durch die aufrichtige Absicht, eine größere Verkehrsfreiheit anzubahnen. Sie bewilligen sich gegenseitig gewisse Zollherabsetzungen und lassen jeden Vertragsstaat an allen Vergünstigungen teilnehmen, die irgendeinem Staate eingeräumt werden (unbeschränkte Meistbegünstigung).



Wird andern Staaten eine Meistbegünstigung bewilligt, so nur unter Vorbehalt der Vorzugsrechte, die den Vertragsstaaten eingeräumt sind (beschränkte Meistbegünstigung). Wenn ein solcher engerer Kreis jedem Staat den Beitritt offen hält (und die Vertragsstaaten müssen nicht notwendig geographisch zusammenhängen), so ist damit die Möglichkeit einer Weiterentwicklung gegeben; gangbarer als die allgemeine Ersetzung der Meistbegünstigung durch die Reziprozität, die erfahrungsgemäß mehr Streit als Frieden gestiftet hat. Bis Oktober 1955 sind wir den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber an die Meistbegünstigungs-Klausel in ihrer überlieferten Form gebunden. Wenn wir uns in unseren Kündigungen so einrichten, daß wir dann freie Hand haben, so kann das Jahr 1935 wieder ein „handelspolitisches Kometenjahr“ werden.

### III.

Es bleibt die Generalfrage, auf welches der noch möglichen handelspolitischen Ziele soll Gewicht gelegt werden, wenn man darauf ausgeht, ein neues Zeitalter herbeizuführen, in dem Handelspolitik anders als heute betrieben wird: nicht mehr in sorgfältiger Abwägung der politischen Machtmittel einer Interessentengruppe und des Furchtsamkeits-Koeffizienten eines bedrohten Ministeriums, sondern in dem vollen Bewußtsein der Bedeutung, die der Entfaltung des Verkehrs für alle materiellen und ideellen menschlichen Interessen zukommt. Die deutsche Handelspolitik muß sich darüber klar werden, daß alle vorhin als möglich angedeuteten Ziele an Wichtigkeit verschwinden gegenüber dem letztgenannten. Wenn eine für die Menschheit bestimmte Idee nicht mit der Menschheit durchzuführen ist, so muß sie zunächst in kleinem Kreise versucht werden. Vermöge seiner geographischen Lage ruht auf Deutschland die Last und die Ehrenpflicht zu dieser Aufgabe. Es wäre nicht das erstemal, daß dieses geographische Schicksal Deutschlands in seiner Geschichte sich verwirklichte. Der preußische Zolltarif von 1818 und der große deutsche Zollverein von 1834 lieferten das erste Vorbild einer Überbrückung von Staatsgrenzen. Mit der damaligen Freihandelspolitik haben Preußen und Deutschland begonnen, lange bevor England sich daran wagte. Der Gedanke der Staaten-Annäherung auf handelspolitischem Gebiet ist in seiner praktischen Durchführung damals von Deutschland ausgegangen.

Wenn es daher der Menschheit beschieden ist, ein zweites Mal diese Annäherung zu erleben, so wird die Verwirklichung zunächst nicht weniger stückwerkartig sein, als der erste Zollverein und seine Vorläufer es gewesen sind; und ebenso wie damals wird sich die Überwindung der Unvollkommenheiten vollziehen. Das Deutsche Reich, wie es 1866 und 1871 begründet worden ist, war Erbe des Handelsvertrags, den Preußen mit Frankreich geschlossen hat. Seit damals hat es nie eine Zeit ge-

geben, in der nicht unser Verhältnis zu Frankreich für die handelspolitische Entwicklung bestimmend gewesen wäre. Als im Jahre 1871 die beiden Länder ihren Zwist beendigten, schrieben die Urheber des Frankfurter Friedens in den Friedensvertrag die beiderseitige Zusage der Meistbegünstigung ein; der einzige Fall in der Geschichte der Handelspolitik, daß zwei Völker eine Meistbegünstigung sich für ewige Zeiten zusagten. Ewig, soweit Menschenwerk ewig sein kann. Der Weltkrieg hat es zerrissen. Und eine Generation, weniger ritterlich als die von 1871, hat nichts getan, um in dem Friedensvertrag Einrichtungen zu schaffen, die Sieger und Besiegte einander näherbrächten. Wenn auf die Jahre 1870/71 ein Friede von der Dauer fast eines halben Jahrhunderts folgte, so ist dies zu einem erheblichen Teile dem Umstande zu danken, daß, so oft auch Verstimmungen und Mißhelligkeiten sich regten, niemals die Versuchung auftauchen konnte, sie auf das handelspolitische Gebiet zu übertragen. Es gab für Deutschland keine Möglichkeit, einem guten Freunde ein Zugeständnis zu machen, das nicht gleichzeitig den Franzosen zugute kam; und umgekehrt konnte Frankreich keine handelspolitische Anlehnung suchen, die eine Differenzierung Deutschlands zur Folge gehabt hätte. So sicher in der ersten engeren Staatenvereinigung auf europäischem Boden Deutschland und Frankreich nicht Vereinsgenossen sein werden, ebenso sicher ist, daß die Wirksamkeit, die eine solche Vereinigung für die ganze Menschheit zu entfalten hätte, sich erst regen wird, sobald diese beiden Länder wieder in das Verhältnis getreten sind, das die Generation von 1871 auf handelspolitischem Gebiet anzubahnen wußte. Von den vier europäischen Ländern, die vor dem Kriege an der Spitze unserer Ausfuhrstatistik standen — England, Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich —, ist das Reich der Habsburger verschwunden. Was ein Handelsvertrag mit Rußland wert ist, ist unberechenbar geworden, da Rußland sicher ist, die verlangten Zugeständnisse zu genießen, aber die gewährten nur genießen läßt, soweit die Sowjet-Union als Inhaberin des Handelsmonopols Bestellungen machen will. England sucht in sein Imperium auszuweichen. Aber die beiden Völker zu beiden Seiten des Rheins, an natürlicher Begabung und wirtschaftlicher Entwicklung unähnlich bis zur Gegensätzlichkeit und deshalb zur Ergänzung wie geschaffen, bestimmen die Atmosphäre des Erdteils, je nachdem sie aus ihrer Verschiedenheit politischen Zwist oder wirtschaftliche Ergänzung hervorgehen lassen. Was man auch immer als erstrebenswerte Ziele der deutschen Handelspolitik gegenüber den andern Ländern hinstellen mag, die Erfüllung erhält ihren Inhalt immer nur dadurch, daß unser Verhältnis zu diesem Lande auf gedeihliche Unterlagen gestellt wird. Dazu ist notwendig, daß die Erkenntnis der wirtschaftlichen Verbundenheit in weitere Kreise dringt, bei uns — und drüben.



# Die Zukunft der englischen Handelspolitik

Von Prof. Dr. Gerhard Colm

*Der Verfasser, der sich auf einer Reise in England befindet, gibt einen Überblick über die handelspolitischen Strömungen im britischen Imperium. Er hält es für zweifelhaft, daß die soeben eröffnete Reichskonferenz zu einem Ausbau des Vorzugszollsystems zwischen den englischen Dominien und dem Mutterland führen wird. Wahrscheinlich ist vielmehr mit einer Verstärkung der Schutzmaßnahmen für einzelne englische Industrien zu rechnen. Auch dadurch würde jedoch Deutschland nicht zu einem Systemwechsel seiner Handelspolitik genötigt.*

Bei der gegenwärtigen Diskussion der Frage „Meistbegünstigung oder Gegenseitigkeitsverträge?“ spielt das Argument eine Rolle, Deutschland könne durch die zukünftige Handelspolitik Englands zu einer Umgestaltung seiner eigenen Politik gezwungen werden. Im folgenden geben wir ein Bild von den handelspolitischen Stimmungen in England, um einen Anhaltspunkt für die Beurteilung dieser Frage zu gewinnen. Selbstverständlich ist damit der weite Umkreis politischer und wirtschaftlicher Probleme, die mit dem Übergang zum Gegenseitigkeitssystem zusammenhängen, nicht erschöpft.

Die englische Handelspolitik des letzten Jahrzehnts konnte als gemäßigter Schutzzoll bei grundsätzlichem Freihandel charakterisiert werden. Die öffentliche Meinung fast aller Kreise Englands hat aber neuerdings einen Umschwung erfahren; sie fordert den Übergang zum ausgesprochenen *Schutzzoll*. Hierbei mag als bedeutsames Symptom erwähnt werden, daß dieser Umschwung auch die Unternehmer in den alten Exportindustrien der Baumwolle und Wolle ergriffen hat. Manchester, die alte Hochburg des Freihandels, ist heute zum überwiegenden Teil schutzzöllnerisch eingestellt. Auch die freihändlerische Gesinnung der Gewerkschaften und zu einem Teil sogar die der Labour Party ist erschüttert. Gegenüber diesem grundsätzlichen Stimmungsumschwung warnen allerdings sorgfältige Beobachter der englischen Verhältnisse vor der Annahme, daß nun auch die tatsächliche Handelspolitik von heute auf morgen radikal geändert werde. Immerhin besteht kein Zweifel, daß sich der Umschwung früher oder später auch in der praktischen Handelspolitik stärker ausprägen wird, wenn nicht eine unerwartete (und unwahrscheinliche) Besserung der Wirtschaftslage eintritt. Eine wie auch immer geartete Schwenkung der Handelspolitik ist wahrscheinlich, welches auch die politische Situation der nächsten Jahre sein wird. Wie aber wird diese Zollpolitik mutmaßlich aussehen, welche Bedeutung wird sie für die deutsche Zollpolitik haben?

Wenn man unter diesem Gesichtspunkt festzustellen sucht, was eigentlich die englischen Schutzzollvertreter von einer Umstellung der Handelspolitik erwarten, so gewinnt man in Gesprächen mit Angehörigen der verschiedensten Wirtschaftszweige und Wirtschaftsgruppen den Eindruck, daß von einer klaren Vorstellung über die Zielsetzung der Handelspolitik häufig keine Rede sein kann. Das letzten Endes

durchschlagende Argument ist mehr *stimmungsmäßiger Natur*: Die Lage der englischen Wirtschaft ist schlecht; die Versprechungen der Liberalen und der Arbeiterpartei sind nicht erfüllt worden; irgend etwas muß geschehen; die ganze Welt hat Zölle, versuchen doch auch wir es einmal mit diesem Heilmittel! Im übrigen hört man auch hier alle Schutzzolltheorien, die irgendwann einmal vorgebracht wurden. Am häufigsten wird die Auffassung vertreten, daß sich England gegen das soziale Dumping der Länder mit geringerem Lohnniveau wehren müsse und daß in einer Welt des Schutzzolls ein überwiegend freihändlerisch eingestelltes Land Schaden leiden müsse.

## II.

In dieser Vielzahl von Argumenten sind hauptsächlich *zwei ernsthafte Begründungen* für den Schutzzoll zu unterscheiden: Die einen vertreten den Schutzzoll, weil sie der englischen Industrie den heimischen Markt vorbehalten wollen, die anderen, weil sie hoffen, Schutzzoll als ein Mittel zur Exportsteigerung verwenden zu können. *Verstärkter Kampf um den heimischen Markt* wird vor allem von denjenigen erstrebt, die resigniert die veränderte Stellung Englands im Welthandel anerkennen und als unveränderliche Tatsache hinnehmen. Sie glauben — wenn sie es auch im Gespräch nur vorsichtig und halb widerwillig zugeben —, daß England einen Teil seiner traditionellen Ausfuhr, vor allem an Textilerzeugnissen, endgültig und nicht nur wegen der politischen Wirren vorübergehend eingebüßt habe, und daß der Ferne Osten auch nach politischer Beruhigung nicht genügend kaufkräftig sein werde, um in steigendem Maße die englischen Produkte neben den Produkten der neu entstandenen überseeischen Industrien aufzunehmen. Sie halten nur zwei Lösungen für möglich: Erstens die *Auswanderung* englischer Arbeiter (und englischen Kapitals) in die neu industrialisierten Gebiete, und zweitens die *Umstellung der englischen Produktion* auf die Beheferung vor allem des heimischen Markts. Es wird darauf verwiesen, daß dieser Umstellungsprozeß eigentlich schon voll in Gang sei, daß gegenüber der Depression in den „alten“ Industrien die „neuen“ Industrien eine verhältnismäßig günstige Entwicklung durchmachen und nicht annähernd die Arbeitslosigkeit haben, wie sie in der Textil- und Schwerindustrie zu finden ist. Aber — so ist wohl diese Auffassung zu deuten — die Umstellung vollzieht sich zu langsam, wenn ihr nicht durch die Wirtschaftspolitik nachgeholfen wird. Die soziale Gesetz-



gebung hat die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarkts gehemmt; hier muß die Handelspolitik nachhelfen. Drei Mittel werden gefordert: die Propaganda „Kaufe englische Produkte!“, die unterstützt wird durch die Bestimmungen über die Herkunftsbezeichnung, ferner ein „administrativer Protektionismus“, der durch Erschwerungen bei den Einfuhrformalitäten eine gewisse Importhemmung schafft, und drittens der Schutzzoll. Die Vertreter dieser Auffassung neigen zur Fortsetzung und Verstärkung der bisherigen Schutzzollpolitik des Safeguarding, des Schutzes für bestimmte Produkte, die in starkem Maße eingeführt werden, aber an sich auch im Inlande erzeugt werden können.

Allerdings muß es auffallen, daß diese Einstellung nicht nur, was eigentlich selbstverständlich wäre, in den Kreisen der „neuen“ Industrien zu finden ist, sondern gerade auch bei Vertretern der ausgesprochenen Ausfuhrindustrien. Bei diesen hört man immer wieder ein Argument, welches das Interesse der Ausfuhrindustrien mit diesem Schutzgedanken für den heimischen Markt verbindet. In dem Bericht der englischen Handelskammern vom Juli 1930<sup>1)</sup> ist diese Theorie folgendermaßen formuliert:

„Es wird die Auffassung vertreten, daß der Schutz des heimischen Markts unsere Industriellen zu stärkerer Ausnutzung ihrer Kapazität veranlassen würde, und daß hierdurch die Produktionskosten gesenkt und die Wettbewerbsfähigkeit vieler Industrien im Außenhandel bedeutend gesteigert würde.“

Dieser Gedankengang, der auf die Verhältnisse der amerikanischen oder z. T. auch der deutschen Produktion zugeschnitten ist, findet sich selbst in Industriezweigen, die mit 80 % ihrer Produktion auf die Ausfuhr eingestellt sind.

Das Prinzip des Safeguarding stößt aber auch in England auf manche Kritik. Vor allem wird die Begründung angegriffen, daß es sich dabei um ein geeignetes Mittel zur Abwehr „unfairen“ Wettbewerbs handle. Ein wirkliches Dumping überspringe auch Zollschranken von 33 %, und der Safeguarding-Apparat sei viel zu schwerfällig, um den Markt gegen ein plötzlich einsetzendes Dumping zu schützen. Sofern das Safeguarding ein Mittel gegen das sogenannte Lohndumping sein soll, dürfe es nicht in einem Schutz bestimmter Waren, sondern es müsse in einer Maßnahme gegen bestimmte Länder bestehen. Ferner wird geltend gemacht, daß die Safeguarding-Zölle vielfach nicht ausgereicht haben, um eine heimische Industrie zu entwickeln. Manche zollbelasteten Waren werden in einer kaum verminderten Menge eingeführt, wobei wahrscheinlich der ausländische Produzent und der inländische Konsument die Last gemeinsam zu tragen haben. Als bedeutender Fall eines glücklichen Erziehungsschutzes wird die Farbstoffindustrie angeführt, bei der der Schutz aber nicht in einem Zoll, sondern in einem klug gehandhabten Lizenzsystem bestand.

Das Ziel einer solchen Schutzzollpolitik soll lediglich darin bestehen, eine Entwicklung zu beschleunigen,

die sich nach den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten früher oder später auch ohne den Zoll einstellen müsse. Für den deutschen Export nach England entstehen aus dieser Bewegung zweifellos ernste Schwierigkeiten, die möglicherweise auch den englischen Export nach Deutschland in Mitleidenschaft ziehen. Für die deutsche Handelspolitik ist aber damit kein Anlaß gegeben, vom Grundsatz der Meistbegünstigung abzuweichen. Die deutsche Produktion muß sich für den Rückgang der Ausfuhr Ersatz suchen, soweit nicht eine Minderung der Einfuhr die mittelbare Folge ist. Wie der Erfolg der letzten fünf Jahre zeigt, wird bei der Struktur der deutschen Produktion ein solcher Ersatz am leichtesten in einer möglichst über alle Weltmärkte verteilten Ausfuhrsteigerung zu finden sein. Die deutsche Produktion mit ihrer Wettbewerbsstärke einerseits in hochwertigen Spezialitäten (Maschinen, elektrotechnischen und chemischen Waren, aber auch in Konsumgütern), andererseits in billigeren Massenfabrikaten kann sich das Risiko nicht leisten, alle Hoffnung auf die zukünftige Entwicklung eng begrenzter Agrargebiete zu setzen.

### III.

Wir finden in England neben dieser Gruppe von Schutzzollargumenten eine zweite, die sich zwar von der ersten grundsätzlich unterscheidet, aber doch häufig gleichzeitig mit ihr vertreten wird. Diese zweite Auffassung entspringt weniger der Sorge um den heimischen Markt als dem Willen zur *Rückeroberung der ausländischen Märkte*. Sie ergibt sich nicht so sehr aus der Einsicht in die mangelnde Umstellungsfähigkeit der Binnenwirtschaft, als aus einem Mißtrauen in das Funktionieren des Weltmarkts. Diese Bewegung tritt am lautesten als Ruf nach dem „Empire Free Trade“ in Erscheinung.

In der deutschen Presse wird diese Strömung häufig falsch beurteilt. Die einen überschätzen die Bewegung, weil sie sich zu stark von der Zeitungs-Kampagne beeinflussen lassen, die anderen unterschätzen sie, da sie nur die Äußerungen führender Persönlichkeiten berücksichtigen. In den maßgebenden Kreisen jeglicher Richtung wird die Empire Free Trade-Bewegung schon deshalb nicht ernst genommen, weil die Propaganda der Presselords dem englischen Stilgefühl widerspricht. Die Bewegung ist nicht gesellschaftsfähig, ganz abgesehen davon, daß das Utopische des Plans zu stark in die

Dieses Heft enthält auf Seite 1877 bis Seite 1887

*Internationale Wirtschaftszahlen des MdW, eine Übersicht über Produktion, Arbeitsmarkt, Außenhandel, Verkehr, Groß- und Einzelhandelspreise, Umsätze und Geschäftsgang, Geld- und Kapitalmarkt, Börse, Staatsfinanzen, Wanderungsbewegung sowie über die wichtigsten Monatsdaten für eine Reihe von Welthandelswaren.*

<sup>1)</sup> Unemployment, Report of the Executive Council of the Association of British Chambers of Commerce (29th July 1930).



Augen fällt. So gewiß es aber ist, daß niemals Empire Free Trade sein wird, solange nicht überhaupt Free Trade in der Welt herrscht, so gewiß ist es andererseits, daß diese wirtschaftspolitische Propaganda gerade auch den außenpolitischen Wünschen Englands entspricht, und daß sie den Boden für den allgemeinen handelspolitischen Stimmungsumschwung mit vorbereitet. Im Kern wäre „Empire Free Trade“ nichts anderes als eine Durchführung des auf dem politischen Bereich des Empire beschränkten Gegenseitigkeitssystems. In dieser Form findet sich der Gedanke genau so in der konservativen Presse, wie er auch in Kreisen der Trade Unions vertreten wird (vgl. den letzten Gewerkschaftskongreß, insbesondere den Bericht für die „Imperial Conference 1930“<sup>2)</sup>).

Es ist aber schwer, aus Gesprächen ein Bild zu gewinnen, wie dieses Präferenz-System eigentlich aussehen soll. Die schon gegenwärtig bestehenden Vorzugszölle, die alle Dominien für die geschützten Waren genießen, haben nur den Sinn einer Geste; denn in diesen Waren kommt eine Einfuhr aus den Dominien nach England kaum in Betracht. Wenn den Dominien wirklich etwas als Gegengabe für eine verstärkte Hereinnahme englischer Waren geboten werden soll, so kann sie nur in einer *Vorzugsbehandlung von Rohstoffen und Lebensmitteln* bestehen.

Man kann in England häufig Kritik daran hören, daß sich dieses Reziprozitäts-System auf das Empire beschränken soll. Auf die Frage nach seiner Stellungnahme zur Empire Free Trade-Bewegung antwortete z. B. ein bedeutender Industrieller, er trete in dem Augenblick für diese Bestrebungen ein, in dem auch Argentinien, Deutschland und andere Länder dem Empire beitreten würden! Die Empire Free Trade-Forderung stellt im Grunde eine Bewegung zur Einführung des Reziprozitäts-Systems dar, die an dem Punkte einsetzt, der nach der Volkstimmung und nach den politischen Gegebenheiten als der günstigste angesehen wird. Für die praktische Durchführung sind mir nur zwei Pläne begegnet, die wenigstens theoretisch als folgerichtig erscheinen. Der eine Plan geht dahin, für alle eingeführten Waren ohne Unterschied einen 10 %igen Zollsatz festzusetzen, diesen Zoll aber gegenüber solchen Ländern, die englische Waren frei hereinnehmen, nicht zu erheben. Dieser Plan wird gerade in liberalen Kreisen — der einflußreiche H. D. Henderson befürwortet ihn z. B. — viel erörtert, weil er am sichtbarsten zum Ausdruck bringt, daß der tiefere Sinn dieses Schutzzolls darin besteht, die Welt zum Freihandel zu zwingen. Dagegen wird aber geltend gemacht, daß eine lange und schädliche Übergangszeit nötig ist, bis der Plan in Wirksamkeit treten kann. Würde plötzlich der 10 %ige Zoll erhoben, so würde zunächst die englische Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung verteuert werden, während die Erleichterungen für die Ausfuhr erst viel später eintreten können. Selbst wenn alle Länder durch dieses Vorgehen Englands gezwungen würden, auch ihrerseits zum Rezi-

prozitäts-System überzugehen, müßte doch erst abgewartet werden, bis das alte (auf dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgebaute) System abgewickelt ist. Immerhin würden manche englischen Gewerkschaftsvertreter bei dem im ganzen gegenüber der Vorkriegszeit gehobenen Lebenshaltungsniveau der Arbeiterschaft eine gewisse Verteuerung der Nahrungsmittel, vielleicht auch ohne Lohnsteigerung, in Kauf nehmen, wenn damit steigender Export und sinkende Arbeitslosigkeit zu erkaufen wären.

Ein zweiter Plan wird am stärksten von der linken Arbeiterpartei<sup>3)</sup>, in gemäßigter Form aber auch von anderen Arbeiterkreisen vertreten. Es wird die Forderung erhoben, „Import Boards“, d. h. Einkaufsbehörden, auf Grund eines Einfuhrmonopols für die verschiedenen Produkte (vielfach werden Weizen und Wolle als wichtigste Beispiele angeführt) einzurichten. Diese Behörden sollen Lebensmittel, Rohstoffe usw. aufkaufen und hierbei diejenigen Länder bevorzugen, die englische Industrieprodukte in steigender Menge beziehen. Gleichzeitig sollen sie einen Schutz gegen fremde Dumpingexporte ausüben, indem sie auch die zu gedrückten Dumpingpreisen angebotenen Waren kaufen, aber im Inlande zu einem „fairen“ Preise absetzen sollen. Aus einer Quelle der Störungen will man so das Dumping zu einer Einnahmequelle dieser Organisation machen. Ein solches Einfuhrmonopol, das auch weitgehend die Kontrolle der Ausfuhr mitübernehmen muß, hat aber in England kaum Aussicht, in naher Zukunft eingeführt zu werden. Schon die verdächtige Ähnlichkeit mit dem russischen Außenhandelsmonopol macht den Plan unpopulär. Ein Hauptvertreter der Import Boards-Idee der Labour-Abgeordnete Wise, ist einer der Organisatoren der englischen Kriegswirtschaft. Natürlich ist es durchaus möglich, daß in einzelnen Fällen solche Verträge über „bulk purchase“ abgeschlossen werden, deren Bedeutung in einer Preissicherung für das Ursprungsland liegt. Aber kaum wird sich hieraus ein neues Prinzip der Handelspolitik entwickeln. Auch diese Bewegung führt letzten Endes nur dazu, daß auch in der Arbeiterschaft die Anhänger des Freihandels seltener werden.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Dominien zu Zugeständnissen als Gegenleistung für die „Buy Empire Products!“-Agitation und für ähnliche Maßnahmen bereit sind. Diese Bewegung hat nicht annähernd die gleiche Wirkung wie die entsprechende Propaganda für englische Produkte. „Buy Empire Products' begins at home“ sagt der Engländer.

#### IV.

Die Frage nach den Aussichten einer von England ausgehenden Wendung in der Handelspolitik hängt zunächst von den hinter ihr stehenden außenpolitischen Kräften ab. Nun ist zweifellos in England der Wille lebendig, das Empire in stärkerem Maße zur politischen Einheit zu machen. Die Kräfte in den Dominien und Kolonien scheinen aber gerade die umgekehrte Richtung zu haben. Hinzu kommt, daß die

<sup>2)</sup> Published by the Trades Union Congress General Council, London. (Dieser Bericht steht übrigens auf einem ausgezeichneten Niveau.)

<sup>3)</sup> S. z. B. The Labour Party. Agenda for the Thirtieth Annual Conference.



Dominien im Grunde Zollbegünstigungen für England zu geben haben, während England nur schwer wirklich bedeutende Gegenleistungen gewähren kann.

Die Frage, ob das Gegenseitigkeitssystem auf die großen politischen übernationalen Gebilde beschränkt oder allgemein zur Maxime der Außenhandelspolitik werden soll, hängt letzten Endes von dem Zutrauen ab, das man in den wirtschaftlichen Mechanismus zu setzen bereit ist; denn diese Gegenseitigkeit läuft darauf hinaus, den marktmäßigen Austauschmechanismus durch eine planwirtschaftliche Regelung zu ersetzen. Nach der klassischen Außenhandelstheorie muß sich die Gegenseitigkeit *selbsttätig* durchsetzen. Ein Land, das sich von der Einfuhr abschließt, muß auch seine Ausfuhr vermindern, und ein Land, das seine Grenzen öffnet, muß auch seine Ausfuhr steigern, sofern nicht Kapitalbewegungen und andere Posten den Ausgleich herbeiführen. Das Zutrauen in diesen Mechanismus ist aber auch in solchen Kreisen Englands stark erschüttert, die eine ökonomische Schulung haben. Von den politischen Motiven abgesehen, liegt hierin meines Erachtens der tiefere Grund für die Tatsache, daß die Forderung nach Gegenseitigkeits-Verträgen und natürlichen Austauschgeschäften großen Stils in der letzten Zeit so stark an Boden gewinnen konnte.

In diesem Aufsatz kann und soll nicht die Frage geprüft werden, ob dieser Zweifel berechtigt ist, oder ob der Außenhandelsmechanismus, wie ihn die Klassiker beschrieben haben, auch gegenwärtig trotz der durch staatliche und verbandsmäßige Maßnahmen verminderten Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft noch funktioniert. Nur das Ergebnis einer theoretischen Untersuchung dieser Frage sei angeführt<sup>4)</sup>: Der äußere Handelsmechanismus ist in seiner kurzfristigen Reagibilität gegenwärtig stark gehemmt. Hier müssen die internationalen Kreditbewegungen zunächst den Ausgleich herbeiführen. Langfristig, im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem bei technischem Fortschritt, hat der Mechanismus aber unseres Erachtens nach wie vor seine Gültigkeit. Es fragt sich nur, ob man diese langfristige Entwicklung abwarten kann. Die Disproportionalität in der Entwicklung der Ur-Industrien und der verarbeitenden Industrien, die weltwirtschaftliche Neuverteilung der Produktion, die Umstellungen in den Kapitalströmen (durch Reparationen und interalliierten Schuldendienst), die Störungen im Geldmechanismus stellen tiefgehende Wandlungen dar. Deshalb ist der Zweifel berechtigt, ob wir warten sollen, bis im weltwirtschaftlichen Zusammenhang alle diese Umstellungen selbsttätig vollzogen sind, oder ob es richtiger ist, in diese Beziehungen mit planwirtschaftlicher Regulierung einzugreifen. Ist es nicht ähnlich wie in der Kriegszeit, wo der freie Warenmarkt auch im Innern gestört war und wo sich vielfach zur Deckung der dringendsten Lebensbedürfnisse ein primitiver Naturalaustausch von Kleidern, Möbeln usw. gegen Eßwaren entwickelte? Als eine ähnliche Notmaßnahme werden

diese Gegenseitigkeitsverträge zwar vielfach in England angesehen; aber schwerlich wird man sie zum Prinzip der englischen Handelspolitik machen. Die Bedenken, in ihnen etwas anderes als einen gelegentlichen Stimulus zu sehen, liegen zu offen auf der Hand. Gesteigerte Einfuhr muß unter sonst unveränderten Umständen auch zu gesteigerter Ausfuhr führen, aber keineswegs muß sich diese Ausfuhr immer auf dasselbe Land erstrecken, aus dem die Mehrimporte stammen — ebensowenig wie etwa der Schuster, der Nahrungsmittel kauft, seine Schuhe unmittelbar an den Bauern, der die Nahrungsmittel liefert, verkaufen muß. (Dieses Argument hat eine besondere Bedeutung gerade auch für Deutschland, das als Reparationen und Zinsen zahlendes Land auf eine Entwicklung der Ausfuhr ohne entsprechende Entwicklung der Einfuhr angewiesen ist.) Außerdem werden die Gegenseitigkeitsabmachungen dadurch auf Schwierigkeit stoßen, daß die Dringlichkeit des Angebots der beiden Parteien selbst dann verschieden sein kann, wenn es sich um die gleichen Geldbeträge in der Ausfuhr beider Länder handelt. Wenn es nun bisher nicht einmal möglich war, trotz der starken staatlichen Organisation im Innern eines Landes einen planwirtschaftlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen durchzuführen, so wird dies noch viel weniger im zwischenstaatlichen Verkehr gelingen, solange nicht eine starke zwischenstaatlich-politische Verbindung der Beteiligten gegeben ist. Sofern diese Gegenseitigkeitsverträge mit einer Erhöhung der Zollmauern im ganzen verbunden sind und nicht etwa nur einen schrittweisen Zollabbau darstellen, können sie die weltwirtschaftlichen Störungen unter Umständen noch verstärken. Diese Gesichtspunkte dürften in dem nüchternen England gerade dann zur Geltung kommen, wenn die Durchführung der — bisher mehr schlagwortartig vertretenen — Pläne in greifbare Nähe rückt. Eingriffe in die weltwirtschaftlichen Beziehungen finden einen geeigneteren Ansatzpunkt im Kapital- und Geldverkehr; doch sind wir auch in dieser Hinsicht noch weit von jeder planwirtschaftlichen Regelung entfernt.

Eine Gegenüberstellung der beiden gekennzeichneten handelspolitischen Strömungen Englands läßt erkennen, daß die Politik der auf das Empire oder auf alle Länder sich erstreckenden Gegenseitigkeitsverträge in der öffentlichen Meinung die größte Rolle spielt. So gewagt es ist, am Vorabend der Empire-Konferenz eine Prophezeiung auszusprechen, so glauben wir doch Anlaß für die Vermutung zu haben, daß diese Bewegung letzten Endes nur eine Verstärkung des Schutzzolls auf bestimmte industrielle Waren zum Ergebnis hat, wobei mehr als Geste eine gewisse Vorzugsbehandlung für das Empire und auch der eine oder andere langfristige Lieferungsvertrag vorgeschlagen wird. Von dieser Seite dürfte aber die deutsche Handelspolitik nicht zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Haltung genötigt werden. Wie weit andere, vor allem politische Argumente etwa hierfür angeführt werden können, bleibe im Rahmen dieses Aufsatzes unerörtert.

<sup>4)</sup> Vgl. meinen Aufsatz „Theorie der komparativen Kosten — Theorie der komparativen Kaufkraft“ im Weltwirtschaftlichen Archiv, Band 32, Heft 2, 1930.



# Exzesse der Technik

Von Prof. Georg Bernhard

*Krieg, Inflation und Stabilisierung haben dem technischen Geist zur Herrschaft über kaufmännische Kalkulationsgrundsätze verholfen. Der Drang nach dem technisch Vollendeten siegte allzu häufig über die wirtschaftliche Vernunft.*

*An einem Beispiel aus England, wo sich kürzlich Versicherungsgesellschaften geweigert haben, einen technisch (aber nicht wirtschaftlich) ausgezeichneten Dampfer zu versichern, wird gezeigt, daß sich in diesem Land die gesunden Kaufmannsgrundsätze gegen die rein technischen Ideale zur Wehr setzen.*

*Das Beispiel sollte in Deutschland Nachahmung finden.*

Es geschehen Zeichen und Wunder. In England, dem Mutterland der Rekorde und der Wetten, ist man der Rekordsucht in die Arme gefallen. Und zwar aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft, aus Gründen, die in der ganzen Welt gewürdigt werden sollten und die zeigen, daß an den alten Pflanzstätten britischer Kaufmannstradition das vernünftige wirtschaftliche Denken noch in Ehren gehalten wird. Vielleicht nimmt sich Europa ein Beispiel daran.

Zwischen den britischen, amerikanischen und deutschen Schiffahrtsgesellschaften findet ein lebhafter Wettbewerb statt. Ein Wettbewerb um die Passagiere für die Ozeandurchquerung, also auch ein Wettbewerb um die Schnelligkeit. Ein Ringen um das Derby des Ozeans, dessen Sieger, ebenso wie die Gewinner der nationalen und internationalen Pferde-Derby-Prüfung, mit einem blauen Bande geschmückt werden. Das blaue Band des Ozeans trägt das sieggekürzte Schiff am Schornstein. Zuletzt hat es die Bremen-Europa-Klasse des Norddeutschen Lloyd errungen. Man rüstete in England zum Bau eines Konkurrenzschiffes. Die Cunard-Line hatte bereits mit der Glasgower Werft John Brown & Co. einen Vertrag auf den Bau des „dicksten“ Riesendampfers abgeschlossen. Aber da machte Lloyds einen Strich durch die Rechnung. Denn die hinter Lloyds stehenden Versicherungsgesellschaften weigerten sich, das Risiko von angeblich 80 Mill. RM zu tragen, das in der Versicherung des Schiffes gelegen hätte. Auch die höchsten Prämien lockten nicht. Lloyds mußte die Erklärung abgeben, daß seine Partner lediglich rund 20 Millionen vom Gesamtrisiko zu tragen beabsichtigten. Die englische Regierung, die um die Komplettierung der Versicherung angegangen war, schwankte lange, ob sie im Interesse des englischen Ansehens die restlichen 60 Millionen versichern sollte. Das englische Handelsministerium scheint sich sehr dafür eingesetzt zu haben. Aber dann lehnten die englischen Versicherungsgesellschaften die Übernahme des Risikos gemeinsam mit dem Staate ab, so daß vorläufig der Bau des Schiffes mindestens zweifelhaft geworden ist.

Daß die englischen Versicherungsgesellschaften mit dem Staate nicht kooperieren wollen, ist interessant. Sie motivieren ihre Weigerung damit, daß sie die Behörden in das Versicherungsgeschäft gar nicht erst hineinlassen wollen, weil sie darin den Übergang zu einer Verstaatlichung der Versicherung sehen. Die Gefahr scheint ihnen wahrscheinlich besonders groß,

solange die Arbeiterregierung das Heft in der Hand hat, weil die Sozialisierung der Versicherung, die nicht bloß in sozialistisch beeinflussten Ländern schon lange eine Forderung ist, der englischen Arbeiterregierung bei der jetzigen Geldnot besonders willkommen sein mußte. Diese Weitsichtigkeit spricht für die Vernunft der englischen Wirtschaftskreise. In Deutschland wird die Sozialisierung von Defizit und Risiko seitens der Wirtschaft nicht ungerne gesehen, ja manchmal sogar gefordert, aber stets entsteht ein großes Geschrei, wenn der Staat auch einmal gute Geschäfte für sich beansprucht.

Der Widerstand der englischen Versicherungsgesellschaften gegen die Mitübernahme des Risikos durch den Staat ist zwar interessant, doch für unseren Fall nur ein Beiwerk. Das Wesentliche ist der Grund, aus dem die englischen Versicherungsgesellschaften solche Rekordschiffe anscheinend überhaupt nicht mehr versichern wollen. Sie weisen darauf hin, daß die Kosten von Luxus Schiffen so enormer Größe in gar keinem Verhältnis zur Verzinsungsmöglichkeit stehen. Damit wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, was in den Fachkreisen bereits Wald- und Wiesen-Weisheit ist, daß nämlich all die Prunkdampfer, die für die großen internationalen Schiffahrtsgesellschaften Reklame fahren, vom Rentabilitätsstandpunkt aus nicht mehr zu rechtfertigen sind. Trotz der enormen Preise, die einzelne Passagiere bezahlen müssen, bringen sie die Kosten nicht herein. Je mehr die Krise der europäischen Länder auch auf die anderen Kontinente übergreift, desto seltener werden die überseeischen Passagiere. Schon der Luxuskabinenraum ist nicht mehr voll auszunutzen. Es ist eigentlich dasselbe Problem (vermehrt vielleicht um weitere Unkosten), das sich bei den modernen Hotels darbietet. Man bietet einigen wenigen Glücklichen einen durch den Gegensatz zu den Passagieren der übrigen Klassen kaum mehr zu rechtfertigenden Komfort, und schließlich bezahlt keiner der Bevorrechtigten, was er kostet.

Hoffentlich wird das Beispiel der englischen Versicherungsgesellschaften auch auf ihre Schwesterunternehmungen in den übrigen Ländern zurückwirken. Vielleicht geht von dieser Tat von Lloyds auch auf andere Gebiete als dem des Schiffbaus eine wohlthuende Gesinnung aus. Denn was hier als wirtschaftlich unvernünftig verurteilt wird, ist eigentlich die Krankheit unserer Zeit: die Rekordsucht auf allen Gebieten. Soweit es sich um Sport handelt, leiden dadurch körperlich die Menschen, anstatt der Seg-



nungen der mäßig angewandten Übungen teilhaftig zu werden. Soweit es um Privatvermögen geht, werden für die Eitelkeit unbändige Ausgaben gemacht. Unter Rekordsucht im üblichen Sinne des Wortes leiden vielleicht nur einzelne. Mögen sie es! Aber diese Krankheit hat sich in die ganze Wirtschaft eingenistet, und man kann sie dort auf die Formel zurückführen: Herrschaft der Techniker über die Vernunft der Wirtschaftler. In der chemischen Industrie weiß man lange, daß durch Laboratoriums-Experimente Probleme zu lösen und auch schon gelöst sind, durch die manche neugierigen Fragen, die jahrhundertlang an die Wirtschaft gerichtet worden sind, beantwortet werden. Die Phantasie des Wissenschaftlers stürmt ungehemmt vorwärts. Oft dienen jahrzehntelange Mühen in den Industrie-Laboratorien eigentlich nur noch dem Zweck, zu probieren, wie man theoretisch gelöste Probleme in Formen lösen kann, die wirtschaftlich rentabel sind. Wir haben es erlebt, daß Ingenieure, die ihrer Phantasie und ihrem Können volle Freiheit gewähren konnten, Fabriken hinstellten, die Meisterwerke der Technik waren. Diese Wunderstätten waren das Zentrum, zu dem die Besucher aller Kongresse stauend zusammenströmten. Die Neuheit und Kühnheit der Projektion animierte wohl oft auch die Aktienzeichnung. Hinterher aber kam die tiefe Enttäuschung durch Dividendenlosigkeit. Ein Musterbeispiel aus der vorrevolutionären Zeit waren die Niles-Werke, die damals vom Loewen-Konzern gebaut wurden und die besten amerikanischen Werkzeugfabriken in den Schatten stellten. Der Unterschied war nur, daß die unscheinbaren amerikanischen Werke rentierten, die Niles-Werke aber Geld verschlangen.

In der reichen deutschen Vorkriegswirtschaftszeit kam es auf solche vereinzelt Verschwendungen nicht an. Die Kriegsperiode, in der die Wirtschaftsgesetze umgekehrt waren — weil es ja viel weniger auf Rentabilität ankam als darauf, möglichst schnell große Massen von Kriegsgütern herzustellen —, ließ beinahe permanent den Techniker über den Kaufmann siegen; Kalkulationen waren überflüssig, weil der Staat ihm jeden Preis zahlte. Dann kam die Inflationsperiode, also wieder eine Zeit maßloser Verschwendung für Techniker-Phantasien, weil man sich nicht besser vom schwankenden Geldeboden auf den scheinbar unerschütterlichen Boden der Sachwerte hinüberretten zu können glaubte, als durch Bauen und Schaffen von immer neuem Sachkapital. Nach der Stabilisierung haben sich diese Sünden bitter gerächt.

Damals aber wurde der Grundstein zu Dingen gelegt, die nicht bloß den einzelnen Kapitalisten und das einzelne Werk angingen, sondern an denen die gesamte Wirtschaft bis heute krankt. Man denke bloß daran, daß in jenen Zeiten die Eisenindustrie die Kapazität der durch den Krieg und die Grenzverschiebung verlorenen Fabriken mehr als wiedergewann durch den Wiederaufbau der Produktionsstätten innerhalb der neuen Grenzen. Um nur ein Beispiel zu nennen: die neuen Thyssenschen Ersatz-

werke für die luxemburgischen Fabriken waren ein unerhörter Triumph der deutschen Technik, weil das Neueste und Kostspieligste in sie hineingebaut werden konnte. Die Folge aber war die deutsche Eisen-Überproduktion, die der Konsument bis auf den heutigen Tag um so teurer bezahlen muß, je fester die internationale Eisenproduzenten-Organisation ihre Ringe schmiedet.

Dann aber kam die Periode der *Rationalisierung*. Jeder Generaldirektor, insbesondere jeder Juniorchef, war erfüllt von der Erinnerung an die amerikanischen Produktionsstätten, die er gesehen hatte und die während des Krieges eine besondere Ausdehnung und Verfeinerung erfahren hatten. Die Rationalisierungsmethoden Amerikas nach Europa zu übertragen, wurde allgemeine Mode. Wieder besiegte der Techniker den Kaufmann. Man vergaß nur eine Kleinigkeit: den amerikanischen Absatz. Und der kalkulierende Kaufmann, dem das Rationalisierungsproblem damals noch neu war, kannte auch die Erfahrung nicht (weil ihm damals das im Absatz so glückliche Amerika diese Erfahrung noch nicht kundzutun vermochte), daß die rationalisierte Fabrik auf gleichbleibenden Konsum angewiesen und sofort teurer als die alte Klitsche ist, wenn die Produktion um einen wesentlichen Prozentsatz eingeschränkt werden muß. Die festen Kosten fressen die Renten der Produktion.

Was die Techniker zu leisten vermögen, wissen wir nun. Der deutsche Techniker war vor dem Kriege gut. Jetzt ist er unerreichbar. Im Grunde genommen scheint kein Problem für ihn unlösbar zu sein. Er hat seine Lorbeeren reichlich verdient. Aber der Techniker ist dienendes Glied der Wirtschaft, die vom Kaufmann regiert werden muß. Die Wirtschaftlichkeit ist im kapitalistischen Betrieb oberstes Gesetz. Wo man dieses Grundgesetz mißachtet, tritt Arbeitslosigkeit über Gebühr ein, ohne daß in naher Zukunft liegende Entwicklungsmöglichkeiten Ausgleich schaffen. „Wir müssen uns zur Sparsamkeit zurückfinden“, so lautet die allgemeine Parole. Aber die wirkliche Sparsamkeit ist nicht bloß Einschränkung der Lebenshaltung und Verbilligung durch Lohnsenkung, sondern auch Zurückdrängung der Rekordsucht, Unterstellung des Technikers unter die Herrschaft des Kaufmanns, Rationalisierung des Absatzes und Hebung des Absatzes durch Leistung für den Kunden. Ich weiß nicht, ob unter Umständen nicht die *Feuerversicherung* auf dem Gebiete der Industrie eine ähnliche Warnerolle übernehmen könnte, wie es die englischen Versicherungsgesellschaften für den englischen Schiffbau getan haben.

Es kommt aber noch eins hinzu, und daran erinnert gerade der Einspruch der Lloyds-Partner gegen den Bau von Prunkschiffen. In unserer Zeit gibt es nicht nur viel Elend, sondern mehr noch ungeheuer viel künstlich gehäuften Zündstoff durch die Verbreiterung der Kluft zwischen Arm und Reich, durch den absoluten Mangel auf der einen und den ungeheuren Luxus auf der anderen Seite, verschlimmert noch durch die Tatsache, daß die Nutznießer des Luxus



ihn öffentlich zur Schau stellen und dadurch breite Massen diesen Gegensatz fühlen lassen. In der Schifffahrt ist das scheußliche Zwischendeck auf den großen Luxusdampfern aufgehoben durch den besseren Komfort der dritten Klasse, wodurch der Gegensatz zu den Luxuspassagieren vielleicht etwas gemildert wird. Auf den Eisenbahnen hat man die vierte Klasse aufgehoben, die erste Klasse nur für die internationalen Züge bestehen lassen, und im Grunde genommen besteht dort nur noch die Scheidung zwischen Holz- und Polsterklasse. Das mag ein Anfang zur Nivellierung sein. Aber gerade hier könnten noch erhebliche Fortschritte gemacht werden. Man hat den Luxuskomfort enorm gesteigert. In ihm haben die technischen Möglichkeiten Orgien gefeiert. Was man aber vollkommen unterlassen hat, ist, die Luxuserfahrungen zu popularisieren, die technischen Werte, die man dort erreicht hat, der Gesamtheit zuteil werden zu lassen. Hier liegt ein für die Zukunft sehr anregendes wirtschaftliches Moment. Anstatt einen Kampf gegen das Automobil zu führen, der doch wirklich etwas an die Kämpfe der alten Posthalter gegen die Eisenbahn erinnert, sollte z. B. die

Reichsbahn versuchen, den Komfort für die Masse zu erhöhen, das Reisen zu einem Vergnügen zu machen und dadurch den Konsum anzuregen. Vielleicht würde man damit auf die Dauer sogar die hohen Tarife überwinden, vielleicht aber — dieser kaufmännische Grundsatz scheint in Deutschland manchmal etwas abgekommen zu sein — würde sich auf diese Weise der Betriebskoeffizient sogar senken, so daß daraus eine Herabsetzung der Tarife und eine Mehrbenutzung der Bahnen entstehen könnte. Vor dem Krieg hatte in Deutschland gerade eine Ära des Massenkomforts eingesetzt. Äußeres Zeichen war die Arbeiterwohnung in der Mietkaserne mit Baderaum, und ähnliches geschah auf anderen Gebieten.

Die gegenwärtigen Zeiten sind gewiß nicht dazu angetan, sich von solcher Übung ohne weiteres einen Erfolg zu versprechen. Aber man sollte wieder daran denken, daß der Techniker dem Kaufmann durch seine Werke die Rentabilität nur verschaffen kann, wenn er jetzt seine ganze Energie auf den Absatz richtet. Nicht der Luxus schafft die Ausnutzbarkeit der wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern der Dienst der Technik an der Allgemeinheit.

## Die Rationalisierung der Eisen schaffenden Industrie

*Die deutsche Eisenindustrie hat in den letzten Jahren eine intensive Rationalisierung durchgeführt. Der Wirkungsgrad fast jedes einzelnen Betriebsteils von der Begichtungsanlage bis zur Adjustage konnte wesentlich gesteigert werden. Diese weitblickende Rationalisierungsarbeit bewährt sich jetzt, wo unter dem Druck der Marktlage eine Anpassung der deutschen Inlandseisenpreise an die Weltmarktpreise unvermeidlich ist.*

Die straffe Syndizierung der deutschen Eisenindustrie hat den Verwaltungsapparat der Eisenverbände mit der Zeit schwerfällig gemacht. In den Vertriebsorganisationen der Eisenindustrie verwandeln sich die ausführenden Organe aus Kaufleuten in Beamte, die für die Innehaltung der verwickelten Verkaufsvorschriften sorgen müssen. Die Anpassungsfähigkeit, die sich die der Konkurrenz unterworfenen Unternehmungen erhalten müssen, geht den kaufmännischen Büros und den Verwaltungsstellen der Syndikate nach und nach verloren.

Der Verdacht liegt nahe, daß auf technischem Gebiet eine ähnliche Erstarrung eingetreten sei, daß infolge der Monopolorganisation auch in technischer Hinsicht unrationelle Methoden Eingang gefunden haben. Prof. Dr. Flechtheim gab in einer Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 15. Dezember 1927 diesem Gedanken Ausdruck, als er der Kartellidee, die in der Eisenindustrie mit einer Konsequenz wie in keinem anderen Industriezweig durchgeführt ist, die Idee der Rationalisierung als etwas Gegensätzliches gegenüberstellte. Der Korreferent der damaligen Sitzung, Dr. Reichert, Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, erwiderte darauf nicht gerade schlagend, daß sowohl Kartelle als auch Rationalisierungsmaßnahmen Kompromisse in sich trügen;

das Kartell sei ein Kompromiß der Mitglieder unter sich, die Rationalisierung ein Kompromiß zwischen Finanzierungsmöglichkeiten und technischem Fortschritt. Reichert verwies im übrigen auf die Arbeitsteilung zwischen Kartellen und technischen Verbänden.

Angesichts der hier bestehenden Unklarheit ist es gerade für den grundsätzlichen Gegner des Monopolismus Pflicht, anzuerkennen, was in Wirklichkeit geleistet wurde. Es ist in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt, mit welchem Erfolg Techniker und Betriebswirtschaftler in den letzten Jahren unausgesetzt an der Rationalisierung der Hütten-, Stahl- und Walzwerke gearbeitet haben. Die Entwicklung ist hier, ganz im Gegensatz zu der Erstarrung auf dem Gebiet des Verkaufs, sehr stark im Fluß. Die folgenden Ausführungen sollen einen Begriff davon geben, welche außerordentlichen Leistungen in den letzten Jahren erzielt worden sind.

### Fortschritte im Hochofenprozeß

Den Roheisenkosten kommt in der Kostenrechnung der Eisen schaffenden Industrie insofern besondere Bedeutung zu, als sich Kostenänderungen für Roheisen in den Endprodukten, die gewichtsmäßig infolge von Abbrand und Abfall über 100 % Roheiseinsatz erfordern, kumulieren, und als gerade durch die hohen Roheisenkosten die Wettbewerbsfähigkeit



der deutschen Eisen schaffenden Industrie gegenüber dem Ausland herabgemindert ist. Um so wichtiger ist die in letzter Zeit durchgeführte Rationalisierung und Verbilligung des Hochofenprozesses.

*Möller:* Bei den *Erzkosten* sind Kostensenkungen nur in gewissen Grenzen möglich. Die verhütteten Erze liegen hinsichtlich ihrer Bezugskosten fest; nur ihre Aufbereitung bietet Rationalisierungsmöglichkeiten. Die hohen Aufschließungskosten der Erze minderen Eisengehalts werden neuerdings dadurch herabgesetzt, daß die Roherze einem besonderen *Aufbereitungsverfahren* unterworfen werden. Die auf höheren Eisengehalt gebrachten Feinerze erhalten in *Agglomerieranlagen* die für den Verhüttungsprozeß notwendige Stückgröße. Die Verhüttung dieser zusammengesinterten Erze verursacht einschließlich Aufbereitung und Agglomeration geringere Kosten als die direkte Verhüttung der minderwertigen Roherte. Auch durch Brikettierung des aus dem Gichtgas gewonnenen *Erzstaubs* wird der Fe-Gehalt der Erze vollkommener als früher nutzbar gemacht.

Noch stärker als durch die Erzaufbereitung haben sich aber die Schmelzkosten der Erze durch Selbstkostensenkung und Qualitätsverbesserung des *Kokses* verringert. Die Umwandlungskosten Kohle—Koks sind in den modernen Koksblättern, die fast alle Bestandteile der Kohle aufschließen und als Ferngas oder Teerstoffe einer nutzbringenden Verwendung zuführen, wesentlich geringer als früher. Eingehende Laboratoriumsversuche hatten den Erfolg, daß der Koks, der in der Retorte übrig bleibt, den Erfordernissen des Hochofenprozesses besser als früher entspricht. Vor allem muß er fest und tragfähig sein, der Abrieb muß minimal sein, damit der Zug im Hochofen nicht durch Koksstaub beeinträchtigt wird, und schließlich muß Hochofenkoks möglichst trocken und leicht in Kohlenoxyd umwandelbar sein.

Während man früher für die sogenannte *Kokskohle* auf bestimmte Kohlenflöze angewiesen war, wird jetzt der Garungs- und Verkokungsprozeß durch im Laboratorium ausprobierte Mischungen verschiedener Kohlenarten beeinflusst. In den *Mischanlagen*, die den Koksöfen vorgegliedert sind, können auch minderwertige Kohlenarten Verwendung finden, was die Kokskosten weiter ermäßigt.

Solange der glühende Koks einfach durch Bespritzen gelöscht wurde, war zur Verdampfung der in ihm nach der Löschung enthaltenen Feuchtigkeit eine gewisse zusätzliche Wärme-, d. h. Koks menge, im Hochofen nötig. In den sogenannten *Trockenlöschverfahren* erfolgt die Löschung entweder durch eine genau berechnete Wassermenge oder sogar ganz trocken durch Gase, welche die dem Koks zu entziehende Wärme aufnehmen. Der trocken gelöschte Koks enthält fast keine Feuchtigkeit.

Für den Hüttenprozeß selbst hat die Qualitätssteigerung des Kokses eine wesentliche Herabsetzung des Koksverbrauchs gebracht. Gegenwärtig braucht die Eisenindustrie etwa ein Fünftel bis ein Viertel weniger Koks als vor dem Kriege, um aus derselben Erzmenge dieselben Roheisenmengen zu gewinnen.

Nur nebenher sei erwähnt, daß die *Schrägaufzüge* und *Begichtungsanlagen* soweit vervollkommen wurden, daß das zur Begichtung notwendige Personal sehr vermindert werden konnte. Zur Bedienung eines Hochofens sind heute nur noch drei bis vier Leute erforderlich. Absiebung, Abwiegung und Aufgabe des Kokses erfolgen heute vollkommen selbsttätig.

*Windgebläse:* Der Wirkungsgrad der *Winderhitzer* konnte durch technische Verbesserungen noch in jüngster Zeit wesentlich gesteigert werden. Die Anheizgeschwindigkeit hat sich gegen früher stark erhöht, vor allem, wenn nach dem Stark-Pfoser-Stumm-Verfahren Wind und Gas mit Ventilatoren angesaugt, gemischt und zugeführt werden. Durch die Verwendung vom Gichtstaub befreiter Gase erfolgt die Wärmeübertragung rascher und wird zugleich die Lebensdauer der Winderhitzer verlängert, weil der Staub als Wärmefilter wirkte und die Zufuhr größerer Gasmengen erforderlich machte. Auch konnte die Speicherfähigkeit erhöht werden. Durch bloße Umbauten alter Winderhitzer — Einbau von Füllsteinen und Hochleistungsbrennern — ließen sich im Bochumer Verein wesentliche Leistungssteigerungen erzielen. Der Gasverbrauch ließ sich dort um 38 % verringern, und zwar mit einem Kostenaufwand von nur 150 000 RM, so daß die Änderung durch die damit erzielten Ersparnisse in drei Monaten getilgt war. (Vortrag von Dipl.-Ing. *Stoeker* vor dem Hochofenausschuß des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute am 9. Dezember 1929.) Diese und andere Verbesserungen haben zur Folge, daß jetzt die Zahl der Winderhitzer je Ofen höchstens halb so groß ist wie früher. Die meisten Hochöfen werden mit Wind aus einem Zwei-Winderhitzer-System beliefert.

Mit der Vergrößerung der Hochofenkapazitäten wurde auch die Leistungsfähigkeit der *Gebläsemaschinen* erhöht. Zur Zeit ist der Übergang vom Kolbengebläse zum Turbogebälde in vollem Gange. Ein Turbogebälde hat wesentlich niedrigere Anlagekosten und nimmt weit weniger Raum ein als ein Gebälde mit Gasmaschine. Auch seine Betriebskosten sind geringer, da sich die Dampferzeugung für die Turbine in Ferngas-beheizten Hochdruckkesseln außerordentlich billig stellt. Durch einheitliche Gebäldeleitungen für mehrere Hochöfen konnte die Ausnutzung der Gebälde weiter verbessert werden.

*Hochofengröße und Durchsatzzeit:* Im Hochofenausschuß des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute führte *A. Wagner*, Völklingen, am 12. Mai 1928 folgendes aus:

„Seit dem Jahre 1908 hat die Hochofentechnik eine ungewöhnliche Entwicklung durchgemacht. Durch Änderung der Ofenprofile und der ganzen Betriebsweise, insbesondere auch durch Stückigmachung von Feinerzen und durch Koksverbesserung ist die durchschnittliche spezifische Ofenleistung um mehr als das Dreifache gesteigert worden.“

*A. Wagner*, Burbach, gab bei dem nachfolgenden Meinungsaustausch an, daß die Erzeugung der Burbacher Hochöfen durch Änderungen im Hochofenprofil um 40 % gestiegen und die Durchsatzzeit von 17 auf 12 Stunden gesunken sei. Die rheinisch-west-



fälischen Werke sind bei ihren auf Thomas-Roheisen gehenden Hochöfen zu Durchsatzzeiten von nur 8 Stunden gelangt. Die Durchsatzzeiten werden also mit Erfolg der für jede Begichtung und jeden Ofen optimalen Durchsatzzeit angenähert.

Wesentlich ist, daß die Leistungssteigerung der Hochöfen zumeist *kein zusätzliches Kapital* beansprucht. Das Schachtmauerwerk muß sowieso alle zwei bis drei Jahre erneuert werden, die Kosten hierfür werden stets über Betriebskosten verrechnet. Diese Gelegenheit wird häufig dazu benutzt, durch Erweiterung des Hochofengestells ohne große Mehrkosten oder gar Neubaukosten die Ofenkapazität zu steigern. Dieses Verfahren wird übrigens auch im Ausland eingeschlagen, es erwies sich z. B. in den Vereinigten Staaten als so billig, daß dort der Bau neuer Einheiten fast zum Stillstand gekommen ist.

Dieser Prozeß der Hochofen-Vergrößerung hat sich bis in die allerjüngste Zeit hinein fortgesetzt. Vergleicht man Monate mit gleicher arbeitstäglicher Erzeugung, so ergeben sich folgende Steigerungen der Erzeugung je Ofen und der Leistungsfähigkeit je vorhandenem Ofen:

Monat	Erzeugung je Ofen Tonnen	Leistungsfähigkeit je vorhandenen Ofen Tonnen
<i>Erzeugung rund 25 000 t arbeitstäglich</i>		
Oktober 1924 . . . . .	255	199
August 1925 . . . . .	245	266
September 1925 . . . . .	255	227
November 1925 . . . . .	272	227
Juli 1926 . . . . .	292	240
Juli 1930 . . . . .	328	404 <sup>1)</sup>
<i>Erzeugung rund 35 000 t arbeitstäglich</i>		
April 1927 . . . . .	311	260
April 1928 . . . . .	327	275
Juli 1928 . . . . .	334	286
Januar 1929 . . . . .	365	354 <sup>1)</sup>
Januar 1930 . . . . .	371	385 <sup>1)</sup>
<i>Erzeugung rund 38—59 000 t arbeitstäglich</i>		
Januar 1928 . . . . .	328	269
Februar 1928 . . . . .	337	270
Juli 1928 . . . . .	373	366 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Ausschließlich der in Reparatur befindlichen Hochöfen.

Wie gewaltig die Leistungssteigerung der rheinisch-westfälischen Hochöfen seit der Vorkriegszeit ist, zeigt die folgende, nach der amtlichen Produktionsstatistik berechnete Tabelle:

Jahr	Roheisen- erzeugung 1000 t	Gesamt- betriebsdauer der Hochöfen (Wochen)	Leistung je Hochofenarbeitswoche	
			t	1915 = 100
1915	9 227	7 423	1 242	100
1925	8 493	3 937	2 160	175
1926	8 308	3 327	2 500	202
1927	11 117	4 253	2 648	214
1928	9 172	2 860	3 209	259

In der gleichen Zeiteinheit wurde also im Durchschnitt aller Hochöfen bereits 1928 mehr als das 2½fache der Vorkriegsleistung ausgebracht. Dadurch wurden die Erzeugungskosten wesentlich verringert.

**Gichtgasverwertung:** Die Gichtgase reißen bei ihrem Abzug Erz in Staubform mit sich. Es erhöht sowohl den Wirkungsgrad der Erzaufschließung wie

die Verwertbarkeit der Gichtgase selbst, wenn sie vor ihrer Verwendung zu Heizzwecken *von Staub gereinigt* werden. An Stelle des bisherigen Naßreinigungsverfahrens tritt mehr und mehr die Gasreinigung durch Halberg-Beth-Filter oder durch Starkstrom. Die Bismarckhütte, Abteilung Falvahütte, konnte durch Übergang zur *elektrischen Reinigung* 85,4 % der bei der Naßreinigung entstehenden Kosten sparen. Im Hochofenausschuß des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute gab H. Bosse, Schwientochlowitz, am 31. Mai 1929 folgenden Kostenvergleich:

Vergleich der Kosten für 1000 nm<sup>3</sup> Gas bei Naß- und Elektroreinigung, bezogen auf die Kosten der Naßreinigung

(Prozent)	Naß- reinigung	Elektrische Reinigung
Betriebslöhne . . . . .	27,4	6,1
Wasser . . . . .	18,2	0,8
Strom zur Reinigung . . . . .	50,0	1,8
Strom zur Gasförderung . . . . .	12,7	12,7
Ausbesserung . . . . .	4,4	3,8
Werkstoffe . . . . .	4,4	2,3
Sonstiges . . . . .	2,9	2,7
Zusammen	100,0	50,2
ab Gutschrift für Gichtstaub	—	13,6
Reinigungskosten . . . . .	100,0	16,6

Das Halberg-Beth-Verfahren ist nach Ansicht mancher Fachleute noch wirtschaftlicher als die Starkstrom-Reinigung.

Obwohl das Gichtgas weniger Heizwert hat als das Koksofengas und z. B. als Ferngas nicht ohne weiteres verwandt werden kann, hat man jetzt für den gesamten Gichtgasanfall nutzbringende Verwendung. Der Hauptteil beheizt die *Koksöfen*, deren gesamte Gasproduktion deshalb dem Ferngasnetz zugeführt werden kann.

Einer direkten Verwendung der Gichtgase zu Heizzwecken steht ferner überall dort nichts im Wege, wo den Heizstellen nicht allzu hohe Temperaturen zugeführt zu werden brauchen, z. B. in Heiz- und Zwischenwärm-Öfen. Das restliche Gichtgas wird mit Koksofengas gemischt und durch Zusatz von Wassergas aus besonderen Gasgeneratoren-Anlagen auf den nötigen Heizwert gebracht. Dieses Mischgas geht dann in die Ferngasleitung oder in S. M.-Stahlwerke.

Durch Einschaltung von *Gasbehältern* haben sich wesentliche Ersparnisse erzielen lassen. Die Guterhoffnungshütte z. B. konnte nach dem Bau eines Hochofenbehälters durch Wegfall der Fackel den Gasanfall besser ausnutzen; sodann ermäßigten sich durch Wegfall des Öles zur Spitzendeckung der Kesselfeuerung die Feuerungskosten der größtenteils mit Gas beheizten Kessel, und schließlich wurden durch Umstellung einiger Öfen auf Koksgas die Löhne der Stocher und die Ausbesserungskosten an diesen Öfen erspart. Gering berechnet betragen die Gesamtersparnisse 1,4 Mill. RM jährlich, denen als Gesamtkosten für den Gasbehälter (einschließlich Fundament, Armaturen usw.) nur 1,74 Mill. RM gegenüberstanden. Der Gasbehälter war also, wie M. Wenzel im Maschinenausschuß des Vereins Deut-



scher Eisenhüttenleute am 6. Februar 1930 berichtete, in 1¼ Jahren getilgt.

Der *Wärmewirtschaft* im allgemeinen hat man in den letzten Jahren besonders große Aufmerksamkeit zugewandt. Überall, wo Wärme erzeugt wird, sucht man die sich durch Strahlung und Leitung verlierende Wärme aufzufangen. Hinter jeden Ofen usw. sind deshalb Abhitze-Kessel oder Ruths-Speicher geschaltet.

Ähnlich wie bei Gas und Wärme liegen die Verhältnisse bei der *Elektrizität*. Da sowohl die Stromabnahmestellen wie die Stromerzeugungsanlagen der Werke an das Netz des RWE angeschlossen sind, brauchen die Elektrizitätswerke mit ihrer Leistung nicht mehr den Belastungskurven des eigenen Betriebes zu folgen.

Die deutsche Eisen schaffende Industrie hat hinsichtlich der Gas- und Wärmewirtschaft in ihren Hüttenwerken einen weiten *Vorsprung* vor fast dem gesamten Ausland. Es sind nur wenige Fälle bekannt, wo in Europa außerhalb Deutschlands Gas und Wärme ähnlich rationell ausgenutzt werden. In England befindet sich die Entwicklung in den ersten Anfängen, auf dem Kontinent ist es eigentlich nur die Arbed, die, ähnlich wie es in der westdeutschen Eisenindustrie durchweg üblich ist, ihre Werke an eine gemeinsame Gasleitung angeschlossen hat.

### Fortschritte in der Stahlerzeugung

*Roheisenmischer*: Sowohl für Thomas- wie für Siemens-Martin-Stahl wird das Roheisen möglichst nicht direkt dem Hochofen, sondern einem dazwischengeschalteten *Mischer* entnommen. Dadurch kann einerseits der Roheisenanfall der Hochofen mit dem Roheisenbedarf der Thomasbirnen und S.M.-Öfen besser in Übereinstimmung gebracht werden, andererseits kann die Qualität des zu verstählenden Eisens noch beeinflusst, vor allem dauernd gleichmäßig gehalten werden. Die Sonntagsroheisenenerzeugung von 24 Stunden wird heutzutage ohne fühlbare Benachteiligung des Thomasbetriebs in großen Mischern gespeichert.

*Vergrößerung der Thomasbirnen und S.M.-Öfen*: Die durchschnittliche *Kapazität* der Thomasbirnen hat sich seit der Vorkriegszeit fast verdoppelt. Vor dem Kriege faßten sie 20 bis 25 t, heute durchweg über 30 t, häufig 40 bis 45 t. Die Kapazität der S.M.-Öfen wurde von 20 bis 30 t vor dem Kriege auf 100 bis 120 t gesteigert, ja es gibt Öfen (Talbot-Verfahren) mit 200 bis 300 t Kapazität. Diese Kapazitätserhöhung verbilligt den Verstählungsprozeß wesentlich. Hier gilt dasselbe wie von der Hochofenvergrößerung. Auch der Inhalt eines Martinofens läßt sich erhöhen, ohne daß wesentliche Umbauten notwendig werden. Gelegentlich der Kammererneuerung, die von Zeit zu Zeit vorgenommen werden muß (und über das Konto Betriebskosten verbucht wird), läßt sich unter Beibehaltung des Oberofens durch Vergrößerung der Herdtiefe der Kammerinhalt steigern. Kapazitätzunahmen um 50 % auf diesem Wege sind keine Seltenheit.

Dadurch, daß die Heizgase für den S.M.-Ofen nicht mehr wie früher einer besonderen Generatorenanlage entnommen werden, sondern daß mit dem hochwertigeren *Mischgas* geheizt wird, kürzt sich der Chargengang stark ab. Das Mischgas hat einen höheren Heizeffekt als Generatorenogas.

Eine besondere Steigerung des wärmewirtschaftlichen Effekts ergibt das *Roheisen-Erz-Schrott-Verfahren*, das in Deutschland neuerdings immer mehr Eingang gefunden hat, nachdem es bisher hauptsächlich in England und der Tschechoslowakei (Witkowitz) angewandt worden war. Der wärmewirtschaftliche Vorteil wird vorwiegend durch die Größe des Ofens und den ununterbrochenen Fortgang des Schmelzprozesses bewirkt.

*Ausnutzung billiger Schrottpreise*: Der Talbot-Ofen, in dem das Roheisen-Erz-Schrott-Verfahren angewandt wird, kann mit ganz verschieden hohem Schrottanteil beschickt werden. Dadurch bietet der Talbot-Ofen die Möglichkeit, im Gegensatz zu anderen S.M.-Öfen die Schwankungen des Schrott- und Roheisenmarkts weitgehend auszunutzen. Die Eisenindustrie ist mit seiner Hilfe in der Lage, durch Einschränkung der Schrottkäufe den Schrottpreis dauernd unter Druck zu halten.

In den neuen 200 t-Talbot-Öfen der Vereinigten Stahlwerke (Ruhrort-Meiderich) hat der größte Teil aller Schmelzungen eine Dauer von 4 bis 4½ Stunden. Der Wärmeverbrauch betrug im Mittel dreier Betriebsmonate nach Gutschrift des zurückgewonnenen Dampfes 981 376 kcal., d. h. in Kohle umgerechnet 140 kg je Tonne Stahl. Er hat sich inzwischen, nach einem Vortrag von Dipl.-Ing. *W. Alberts* vor dem Stahlwerksausschuß vom 23. April 1929, weiter verbessert. Derartige Kippöfen haben zwar höhere Anlagekosten als feststehende Öfen, doch ist es mit Kippöfen manchmal möglich, eine Leistung zu erzielen, die so viel höher ist als die von feststehenden Öfen, daß die geldliche Belastung je Tonne Stahl durch den Kapitaldienst bei Kippöfen sogar geringer sein kann als bei feststehenden Öfen. Dieser Fall tritt immer dann ein, wenn — wie auf Hütte Ruhrort-Meiderich — eine stark wechselnde Rohstoffgrundlage zur Einführung des Talbot-Verfahrens führt.

Wo die Schrottpreise besonders niedrig sind und kein flüssiges Roheisen eingesetzt werden kann, wie in Mittel- und Ostdeutschland, verbilligt darüber hinaus noch das sogenannte *Aufkohlungsverfahren* (Mischung des Schrotts mit Kohlenstaub), das z. B. in Brandenburg und Hennigsdorf angewandt wird, durch reinen Schrotteinsatz die Einsatzkosten.

### Fortschritte im Walzverfahren

Die Rationalisierungs-Fortschritte auf dem Walzwerksgebiet sind so vielfältig, daß sie hier nur angedeutet werden können. Die Probleme, die zu lösen waren, betreffen besonders die Wärmewirtschaft und die Beschleunigung des Materialdurchgangs.

*Auswalzung in einer Hitze*: Wenn kaltes Halbzeug verarbeitet wird, muß es vor der Walzung erwärmt werden. Der durch die Erkaltung eintretende Wärme-



verlust spielt aber in den Gesamtwalzkosten eine so große Rolle, daß in den letzten Jahren fast alle Walzwerke zum Auswalzen in einer Hitze übergegangen sind. Die Vorstraße erhält den Block direkt vom Stahlwerk oder aus einer Tiefgrube, wo mehrere glühende Blöcke durch Gichtgasbeheizung auf hoher Temperatur gehalten werden. Nur soweit die Walzstücke während des Walzens erkalten, zu hart werden und dadurch die Walzen zu sehr beanspruchen, wird während des Walzens eine kurze Zwischenwärmung mittels Gichtgas eingeschaltet. Je kontinuierlicher der Materialdurchgang vom Stahlwerk bis zur Adjustage ist, um so geringer ist die während des Walzens notwendige Wärmezufuhr. Über die Ersparnismöglichkeiten, die z. B. eine kontinuierliche Blechstraße bietet, bemerkt *J. Puppe* im Handbuch des Eisenhüttenvereins (S. 740):

„Obgleich die Baukosten einer nach neuzeitlichen, amerikanischen Grundsätzen gebauten kontinuierlichen Feinblechanlage, bezogen auf die Tonne erzeugten Bleches, ungefähr gleich hoch sein dürften wie bei den alten Feinblechwalzwerken, so scheinen doch die auf Grund der bisherigen Erfahrungen vorliegenden Vorteile außerordentlich groß. Man rechnet mit einer Lohnersparnis von 80 %, einer Kraftersparnis von rund einem Drittel, bei den Kosten für das Beizen und dem Verlust durch Schrott mit der Hälfte.“

Gegenwärtig wird der weitaus größte Teil der deutschen Walzwerksproduktion in einer Hitze ausgewalzt, ein erheblicher Teil sogar in derselben Hitze ohne Zwischenwärmung.

Eine Zwischenwärmung ist überhaupt nicht nötig bei den *kontinuierlichen Walzenstraßen*, in denen die Walzgerüste hintereinander angeordnet sind und jedes Gerüst selbständigen Antrieb hat. Bei diesen Straßen wird der Wärmeverlust durch Strahlung infolge des kurzen Weges von Walze zu Walze sehr verringert, und es tritt sogar infolge der Geschwindigkeit des Walzprozesses und infolge der hohen Drucke an einzelnen Stellen eine Erwärmung des Walzgutes ein.

Die *Erhöhung der Walzgeschwindigkeit* bot lange Zeit große Schwierigkeiten. Bei Walzwerken, deren Gerüste nebeneinander, in einer Achse liegen, ist die Geschwindigkeit jeden Stichs beinahe gleich, der ganze Walzenstrang läuft mit der Geschwindigkeit der ersten Walze. Deren Drehzahl ist aber wegen des großen Anfangsquerschnitts des Blocks gering. Um die Leistungsfähigkeit der Walzwerke durch Anpassung der Walzgeschwindigkeit an die höchstzulässigen Grenzwerte für jeden Stich zu erhöhen, gehen die modernen Bestrebungen im Walzwerksbau auf eine Auflösung der Walzenstraßen in mehrere gesondert angetriebene Gerüste oder Gerüstreihen aus.

Bei einer *Staffelung* der Walzenstraßen erhöht sich die Walzgeschwindigkeit dadurch, daß von den gesondert angetriebenen Strängen jeder folgende mit höherer Walzgeschwindigkeit läuft. In der *kontinuierlichen Walzenstraße* wird jedes Walzgerüst selbständig angetrieben und läuft mit der Höchstgeschwindigkeit für die betreffende Stichabnahme. Die größere Stichabnahme und die Steigerung der

Walzgeschwindigkeit von Gerüst zu Gerüst beschleunigt die Walzgeschwindigkeit ganz erheblich. Seitdem die Walzprogramme innerhalb der großen deutschen Konzerne weitgehend vereinheitlicht sind, haben die kontinuierlichen Walzwerke oder die halbkontinuierlichen, bei denen zumindest die Vorstraße kontinuierlich ist, auch in Deutschland Eingang gefunden, nachdem sie früher zunächst in Amerika ausgebildet worden waren.

*Anpassung der Walzwerksleistung an den Markt:* Die Ausnutzung der vorhandenen Walzenstraßen wurde in vielen Fällen dadurch gesteigert, daß die Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Fertigstraße genau der Aufnahmefähigkeit des Marktes für die betreffenden Dimensionen angepaßt wurde. Direktor *von Holt* (Georgs-Marien-Hütte) berichtete vor dem Ausschuß für Betriebswirtschaft des Vereins deutscher Eisenhüttenleute (29. November 1929) von einem Fall, in dem durch Umbau eines Walzwerks in der erwähnten Weise „die Selbstkosten derart verbilligt wurden, daß sich die Anlage in zwei Jahren bezahlt machte“.

Auch die *Mechanisierung von Transport und Zurichtung* darf schließlich nicht unerwähnt bleiben, da durch sie eine weitgehende Personalverminderung in allen Zweigen des Hütten- und Walzbetriebs ermöglicht wurde.

### Zusammenfassung

Die Rationalisierungsmaßnahmen der Eisenindustrie bewegen sich also im wesentlichen in folgender Richtung:

Die eingesetzten Rohstoffe werden möglichst vollkommen auf nutzbare Bestandteile aufgeschlossen;

Wärme und Energie werden so sparsam wie möglich eingesetzt, im Produktionsprozeß entfallende Gas- und Wärmemengen werden möglichst vollkommen aufgefangen und nutzbringender Verwendung zugeführt;

vor allem aber wird der Fluß des Materials durch die Hütten-, Stahl- und Walzwerke so sehr als möglich beschleunigt.

Die auf diesem Wege erzielten Erfolge waren das Ergebnis sowohl umfangreicher Neukonstruktionen als auch dauernder systematischer Überwachung aller Betriebsvorgänge. Diesem letzten Zwecke dienen besondere Meßstellen und Schalhäuser, deren Wirkungsweise z. B. beim Hochofenprozeß wie ein technisches Wunder anmutet. Fast alle Betriebsvorgänge am Hochofen sind von einem solchen Schalhause aus zu verfolgen und entsprechend zu beeinflussen.

Die systematische Anwendung von *Zeitstudien* gehört ebenfalls hierher. (Vgl. den oben erwähnten Vortrag des Direktors *von Holt*.) So konnte durch Zeitstudien die Leistung der Erzbegichtungsanlage eines Hochofens um 135 % gesteigert werden. In Riesa ist als Ergebnis der Selbstkostenkontrolle die Leistung je Kopf in den Jahren 1923/24 bis 1928/29 in fast allen Betrieben um 100 % gestiegen. Bei den Vereinigten oberschlesischen Hüttenwerken hat sich vom Jahre 1928 bis jetzt der Gedingeanteil um un-



gefähr 40 % erhöht, so daß die Lohnkosten für wesentliche Erzeugnisse um durchschnittlich 27 % gesenkt wurden. Die Zusammenfassung der vorbereitenden Arbeiten in den Arbeitsbüros führte zu einer Verringerung der dortigen Angestelltenzahl von ungefähr 20 %. Als Folge der scharfen Zusammenfassung der Instandsetzungsbetriebe war bei vier Werken mit einer Gesamtarbeiterzahl von ungefähr 5000 bis 6000 Arbeitern in den Jahren 1927 bis 1929 eine Ersparnis von rund 400 Leuten festzustellen.

In allen Berichten über erfolgreiche Rationalisierungs-Maßnahmen kehrt die Feststellung immer wieder, daß sich die Kosten der Rationalisierung in ganz kurzen Zeiträumen bezahlt gemacht haben. Alle diese Rationalisierungserfolge sind in den letzten Jahren eingetreten. Um den Zeitraum, in dem sie wirksam geworden sind, näher zu präzisieren, kann man sagen, daß, verglichen mit dem jetzigen Stande, die Rationalisierung nach der rein technischen Seite Mitte 1928 zu etwa zwei Dritteln abgeschlossen war. Der wirtschaftliche Erfolg der Rationalisierung liegt in jedem Falle hinter diesem Termin. Es nimmt eine Zeit in Anspruch, bis sich das Personal auf die Umänderungen eingearbeitet hat und bis der Personalbestand überhaupt auf das neue Minimum verringert ist. Nur schrittweise nähern sich dann die rationalisierten Betriebe der Maximalleistung.

So ergibt sich das Bild einer im großen wie im kleinen gleich imponierenden Rationalisierungsarbeit. Schon die veröffentlichten Berichte der Fachausschüsse zeigen, daß fast jedes Glied des komplizierten Räderwerks von der Begichtungsanlage bis zur

Adjustage in letzter Zeit einschneidende Verbesserungen erfahren hat. Dazu treten in jedem Betrieb unendlich viele technische Verbesserungen, die nicht öffentlich bekannt werden, auch gar nicht bekannt werden sollen, gerade weil sie dem betreffenden Betrieb einen Vorsprung geben.

Im Jahre 1927 konnte man, wie Dr. Reichert vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie ausführte, kein abschließendes Urteil darüber abgeben, ob sich die im Gang befindliche Rationalisierung in einer Krise als ausreichend erweisen würde. Diese Rationalisierungsarbeit wurde mit dem geschilderten Erfolg noch mehr als zwei Jahre hindurch fortgesetzt, obwohl die Eisen schaffende Industrie derartige Anstrengungen bei den guten Preisen der letzten Jahre gar nicht nötig gehabt hätte. Jetzt ist der Zeitpunkt der Krise gekommen, jetzt bewährt sich die weitblickende Arbeit der Vergangenheit. Denn jetzt ist die Eisenindustrie unter dem Druck der Marktlage *gezwungen*, sowohl im Export als auch auf dem Inlandsmarkt den gesunkenen Auslandspreisen zu folgen. Durch ihre Rationalisierungserfolge ist die deutsche Eisen schaffende Industrie in den Stand gesetzt, der internationalen Preisentwicklung zu folgen und den in der Zeit hoher deutscher Monopolpreise verloren gegangenen Anschluß an den Weltmarkt durch eine energische Preisermäßigung wiederherzustellen. Sie hat den Anschluß an die Rationalisierungsfortschritte des Auslands, die das Eisen international so stark verbilligt haben, nicht nur nicht verloren, sondern sie marschiert hier neben Amerika an der Spitze.

## Die deutsche Wirtschafts-Enquête

### II. Einflüsse und Wirkungen

*Der Enquête-Ausschuß hat es nicht verstanden, in dem erforderlichen Maße Anteilnahme und Vertrauen der Öffentlichkeit für seine Untersuchungen zu erwecken. Symptomatisch dafür ist der ohne Protest der Öffentlichkeit durch Kürzung der Etatsmittel erzwungene vorzeitige Abbruch der Enquête. Die Bereitwilligkeit der Wirtschaft zur Mitarbeit war groß, ihre innere Einstellung zur Enquête freilich nicht einheitlich. Die wirtschaftspolitische Wirkung der Enquête-Untersuchungen war bisher gering. Die indirekten Wirkungen, die von ihnen ausgehen, sind dagegen von großer Bedeutung.*

#### Kürzung der Etatsmittel — ein Mißtrauensvotum

Wenn das Werk des Enquête-Ausschusses ein Torso blieb, so ist das nicht nur auf die in ihm selbst begründeten Ursachen zurückzuführen, die im vorigen Heft des MdW dargelegt wurden. Ein Eingriff von außen — die Kürzung der Etatsmittel für das Jahr 1929 und die Sperrung weiterer Mittel — hat den Untersuchungen der Enquête vorzeitig ein Ende bereitet. Wir halten diese Maßnahme für einen schweren Fehler. Die Kürzung war für die Reichsfinanzen bedeutungslos, taktisch ungeschickt, sachlich verhängnisvoll (vgl. den Aufsatz „Abbruch der Enquête“, Jahrg. 1929, Nr. 18). Die Enquête wird infolge der damals eingeleiteten Sparaktion und der zeitlichen Begrenzung für den Abschluß der Ar-

beiten insgesamt etwa 4 Mill. RM kosten. Ohne die Sparaktion und den vorzeitigen Abschluß hätte sie voraussichtlich 1 oder 2 Millionen mehr erfordert. Der moralische und sachliche Schaden, der durch diese Einsparung angerichtet wurde, scheint uns weit größer zu sein als der finanzielle Nutzen. Die Wirksamkeit der Enquête war, wie in unserem ersten Aufsatz gezeigt wurde, gewiß in vieler Hinsicht fragwürdig. Dennoch war es verfehlt, ihr von außen her ein Ende zu setzen, schon weil der Ausschuß dadurch teilweise seiner Verantwortung enthoben wurde. Nachdem man einmal einen autonomen Ausschuß mit einer so gewaltigen Aufgabe eingesetzt hatte, hätte man ihn diesen Auftrag, „wie er ihn aufgab“, zu Ende führen lassen sollen.



Sachlich hat die Etatskürzung mannigfache Einschränkungen der Enquête-Arbeiten zur Folge gehabt. Auf dem Gebiet des Kartellwesens konnten die Untersuchungen über das Internationale Glühlampenkartell, über die Schifffahrtskonferenzen, über den Buchhändler-Börsenverein nicht zu Ende geführt werden. Die Handelsgruppe hat den Großhandel nur in wenigen Zweigen und dort nur flüchtig erfassen können. Die Arbeiten über die Verfeinerungsindustrien mußten zum Teil abgebrochen, die beabsichtigten Untersuchungen über die Steuerbelastung (Finanzstatistik) fallengelassen werden. Noch beklagenswerter ist vielleicht die *Einschränkung der Publikationen*, die durch die Etatskürzung erzwungen wurde; denn hier handelt es sich zum größten Teil um bereits mit hohen Kosten gewonnenes und verarbeitetes Material, das ungenutzt bleibt. Es ist ein schwacher Trost, daß dieses Material erhalten bleibt, daß es nun auf dem Aktenboden des Reichswirtschaftsrats oder irgendeines Ministeriums sein Dasein fristen wird. Es sollte möglich sein, wenn auch nicht Etatsmittel des Reichs, so doch andere Fonds zur Veröffentlichung wenigstens der wichtigsten abgeschlossenen Arbeiten heranzuziehen.

Niemand außerhalb des Enquête-Ausschusses hat bei der sinnlosen Sparaktion von 1929 die Hand für den Enquête-Ausschuß erhoben. Weder die Regierung noch die Parteien, weder die Wirtschaftspraxis noch die Wirtschaftswissenschaft hat sich damals für den Enquête-Ausschuß eingesetzt. Man sah vielmehr in weiten Kreisen die Kürzung der Etatsmittel als eine erwünschte Gelegenheit an, den Ausschuß unter Druck zu setzen und den Abschluß der Arbeiten, der — wie man mit einiger Berechtigung annahm — sonst nicht abzusehen sein würde, zu beschleunigen. Diese Hintergründe der Etatskürzung und der geringe Beistand, den der Enquête-Ausschuß allerorts fand, sind kennzeichnend für das Maß von Achtung und Vertrauen, das Regierung und Öffentlichkeit, Parlament und Wirtschaft dem Enquête-Ausschuß entgegenbrachten.

### Staatsverwaltung und Enquête

Für die Ministerialbürokratie rückte der Enquête-Ausschuß in die Reihe der quasi-parlamentarischen Instanzen ein, die wohl jede Bürokratie in jeder Staatsform als notwendiges Übel ansieht. Da hier die Notwendigkeit bestritten war, blieb nur das Übel. Gewiß haben es die Ministerien und die Verwaltungen — wie auch die Wirtschaft — an Bereitwilligkeit zur Mitarbeit nicht fehlen lassen. Sie haben die Enquête durch Material und Auskunft unterstützt und auf diese Weise zu den von ihr gewonnenen Erkenntnissen beigetragen. Aber der Wert, den sie diesen Erkenntnissen beilegte, war — zu Recht oder zu Unrecht — nicht eben groß.

Die *wirtschaftspolitischen Entscheidungen*, die in den vergangenen Jahren getroffen wurden, fielen abseits vom Enquête-Ausschuß, die Materialgewinnung, die diesen Entscheidungen zugrunde lag, ging abseits vom Enquête-Ausschuß vor sich. Die Enquête mußte

erfahren, was heute auch die publizistische Arbeit oft so unerfreulich macht: die Politik — in diesem Falle die Wirtschaftspolitik — und die Erkenntnis bewegen sich auf zwei völlig verschiedenen Ebenen, und es scheint verlorene Liebesmüh zu sein, von der einen auf die andere einwirken zu wollen. Wohl noch nie ist der Gedanke von der „wissenschaftlich fundierten Politik“, den Rudolf Hilferding, einer der Väter der Enquête, zu Beginn ihrer Arbeiten ausgesprochen, so wenig verwirklicht worden wie in den letzten Jahren, in denen Wirtschaftspolitik ohne und meistens wider besseres Erkennen getrieben wurde. Unsere Agrarpolitik hat an den Resultaten der Enquête vorüber die alten Wege der Vorkriegszeit beschritten: Schutzzoll und Subventionen. Auf die Gestaltung der Handelspolitik hat die Enquête nicht einwirken können. Als die Baumwoll-Industrie z. B. Zollerhöhungen verlangte, wurde zur Prüfung dieses Antrags vom Reichswirtschaftsministerium eine besondere Enquête (recht zweifelhafter Art) durchgeführt, während gleichzeitig die Textilgruppe des Enquête-Ausschusses die Baumwoll-Industrie untersuchte. Auch mit der Schuhzollerhöhung hat man die Enquête nicht befaßt, obwohl sich eine Arbeitsgruppe mit der Schuh- und Leder-Industrie beschäftigte. Zur Vorbereitung der Aktienrechtsreform hat sich das Reichsjustizministerium nicht mit den Verhandlungen vor dem Enquête-Ausschuß begnügt, sondern eine Spezial-Enquête mit umfangreichen Fragebogen-Erhebungen veranstaltet, die neben den Arbeiten des Enquête-Ausschusses einherlief. Die Untersuchungen der Handelsgruppe haben die Wiederaufrichtung der Warenhaussteuer in der neuen Form der Großbetriebssteuer nicht zu verhindern vermocht. Die Klärung der Zugabenfrage ist nicht diesem Gremium übertragen worden, sondern dem Reichswirtschaftsrat; auch hier sind Spezialuntersuchungen außerhalb des Enquête-Ausschusses angeordnet worden.

Gewiß sollte der Enquête-Ausschuß untersuchen, was *ist* — und nicht, was *sein soll*. Daß er sich aber aus den sachlichen Vorarbeiten für wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen völlig ausschalten ließ, daß neben der „großen“ Enquête noch in vielen Fällen Sonderuntersuchungen nötig wurden, hat seiner Stellung in der Öffentlichkeit schweren Schaden zugefügt. Es ist müßig, jetzt die Schuldfrage aufzurollen. Die negative Haltung der Bürokratie, die Arbeitsweise und die Publikationsmethode der Enquête, die Taktik der Interessenten — alle diese Faktoren mögen ihr Teil dazu beigetragen haben.

### Die Publizität der Enquête

Ein Merkmal des Enquêtewesens, wie es sich in England herausgebildet hat, ist die Anteilnahme der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen war ursprünglich gleichsam ein Mittel der Wahrheitsfindung. Jedermann hatte die Möglichkeit, an den Sitzungen teilzunehmen, die Aussagen der Vernommenen zu hören und zu berichtigen. Der Wandel der Enquêtmethoden hat in England zur



Folge gehabt, daß die Öffentlichkeit bei den Verhandlungen immer häufiger ausgeschlossen wurde. Die Vernehmungen des Balfour-Komitees fanden sämtlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Auch der deutsche Enquête-Ausschuß hat nach den ersten konstituierenden Sitzungen nur eine verschwindend geringe Anzahl öffentlicher Vernehmungen durchgeführt. Im ganzen war bei seinen Untersuchungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen, obwohl im Enquête-Gesetz die Öffentlichkeit der Verhandlungen zum Grundsatz erhoben worden war.

Um das Prinzip der Öffentlichkeit sind zu Beginn der Enquête in manchen Gruppen des Ausschusses heftige Kämpfe entbrannt; Georg Bernhard hat darüber seinerzeit im MdW berichtet („Die Publizität der Enquête“, Jahrg. 1927, Nr. 31). Wir glauben, daß die Entwicklung des Enquêtewesens eine Beteiligung der Öffentlichkeit *in der alten Form* immer mehr ausschließt. Je größer der Anteil der wissenschaftlichen und statistischen Arbeit wird, je mehr die Fragebogen-Erhebungen an Umfang gewinnen, desto bedeutungsloser wird ohnedies die mündliche Vernehmung in voller Öffentlichkeit. Aber auch die Vernehmung hat einen anderen Charakter erhalten. Sie dient nicht mehr — wie vielfach in den Anfängen des Enquêtewesens — der Äußerung und Klärung von Meinungen oder der unmittelbaren Unterrichtung des Parlaments und der Öffentlichkeit. Sie sucht Tatsachenzusammenhänge zu ermitteln, zu deren Feststellung sie mehr oder minder intensiv die Preisgestaltung, die Probleme der Selbstkosten und der Kalkulation erörtern muß. Dabei ist es unvermeidlich, in den Bereich des Betriebsgeheimnisses überzugreifen, und zwar auch in den Bereich des schutzbedürftigen Betriebsgeheimnisses. Je eindringlicher eine Vernehmung ist, desto weniger eignet sie sich für unmittelbare Publizität. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit an den Verhandlungen würde eine unerwünschte Zurückhaltung der Vernommenen, vielleicht sogar mitunter eine Verfälschung der Aussagen zur Folge haben. Die Mitglieder des Ausschusses selbst könnten sich womöglich durch ihre Äußerungen festgelegt fühlen. Eine Atmosphäre von Vorsicht und Ängstlichkeit würde entstehen, die der Ermittlung der Wahrheit sicherlich nicht förderlich wäre. Voreilige Schlüsse, die in der Öffentlichkeit gezogen werden, könnten das Ergebnis in unerwünschter Weise beeinflussen. Die geheime Vernehmung führt auf jeden Fall schneller zum Ziel.

Die Anteilnahme der Öffentlichkeit, die in der alten Form nicht mehr möglich ist, muß aber durch *neue Formen* ersetzt werden. Die Öffentlichkeit ist das einzige Kontrollorgan einer Enquête, das einzige Organ für Kritik, Ergänzung, Richtigstellung. Eine Enquête bedarf auch, namentlich wenn sie längere Zeit hindurch arbeitet, des *Vertrauens* der Öffentlichkeit, und dieses Vertrauen muß dauernd erneuert werden. Vertrauen und Anteilnahme zu erwecken, war für die deutsche Enquête doppelt notwendig. Während in England das Enquêtewesen eine gewisse Popularität gewonnen hat, stand die Öffent-

lichkeit in Deutschland dem Enquête-Ausschuß passiv, mißtrauisch und vielfach unwissend gegenüber. Man konnte immer wieder die Beobachtung machen, daß selbst in Wirtschaftskreisen, die für allgemeine Fragen interessiert sind, aber mit der Enquête nicht in direkter Berührung standen, über die Existenz und den Zweck dieser Einrichtung eine bedauerliche Unkenntnis herrschte. Der Enquête-Ausschuß hat es leider nicht verstanden, eine enge Fühlung mit der Öffentlichkeit herzustellen. Er blühte im Verborgenen. Wir hätten in der Enquête gewiß nicht gern die Methoden allzu tüchtiger Pressechefs angewandt gesehen, aber ihr psychologisches Verständnis für die Behandlung der Öffentlichkeit war erschreckend gering. Es genügt nicht, von Zeit zu Zeit nichtssagende Erklärungen über den „Stand der Arbeiten“ abzugeben. Blieb die Öffentlichkeit — mit guten Gründen — bei den Verhandlungen ausgeschlossen, so hätte zum Teil in der *Publikationsweise* ein Ersatz dafür gesucht werden müssen. In England hat das Balfour-Komitee diese Konsequenz gezogen. Seine Vernehmungen waren zwar geheim; meistens erhielt aber die Presse unmittelbar danach Auszüge, die im Einverständnis mit den Sachverständigen deren Aussagen wiedergaben. Sein Schlußbericht ist zwar erst fünf Jahre nach Beginn der Arbeiten (1924) erschienen; aber bereits 1925, 1926 und 1927 wurden Teilberichte veröffentlicht. Sir Arthur Balfour hat diese Methode, als er vor dem deutschen Enquête-Ausschuß über das Balfour-Komitee referierte, ausdrücklich mit den folgenden Worten begründet: „Das erste Ziel, das wir mit der Herausgabe dieser Bücher verfolgen, besteht darin, die Öffentlichkeit zu unterrichten und ihr Tatsachen zugänglich zu machen, damit sie so befähigt wird, unserem Schlußberichte ein größeres und tieferes Verständnis entgegenzubringen...“ Hier hat der Enquête-Ausschuß arg gefehlt. Man hätte das gewonnene Material und auch vorläufige Ergebnisse in vielen Fällen mit größerer Beschleunigung vorlegen können, um so der Öffentlichkeit ein Bild von der Tätigkeit des Ausschusses zu geben und ihre Kontrolle wenigstens mittelbar einzuschalten. Damit hätte eine lebendigere Unterrichtung der Öffentlichkeit verbunden werden müssen, die der Enquête in der öffentlichen Meinung die Stütze gab, deren sie so notwendig bedurfte. Auch die Art, in der die Enquête-Publikationen vertrieben wurden, war verlegerisch ungeschickt, man möchte fast sagen: uninteressiert. Die Preise für die Enquête-Bände, die in England niedrig gehalten werden, um eine große Verbreitung zu ermöglichen, haben in Deutschland eine prohibitive Höhe erreicht.

#### Das Verhältnis zur Wirtschaft

Die Stellung der Wirtschaft zur Enquête ist nicht leicht zu ergründen. Die Haltung der einzelnen Wirtschaftsgruppen war nicht einheitlich, positive und negative Tendenzen gingen vielfach durcheinander, und auch zeitlich hat sich die Einstellung der Wirtschaft verändert. Wenig durchsichtig ist ihr Ver-



hältnis zur Enquête auch deshalb geblieben, weil die Enquête alsbald zum Gegenstand der Verbandspolitik und Verbandstaktik wurde. Die Beschäftigung mit der Enquête, der Ausgleich zwischen ihren Anforderungen und den Interessen der Mitglieder hat in den letzten Jahren einen gut Teil des Verbandslebens erfüllt. Die *Zwischenschaltung der Wirtschaftsverbände* war durch mannigfache Verknüpfungen gegeben. Sie waren die Stellen, die in erster Linie für die Beschaffung von Material in Betracht kamen. Sie waren im Ausschuß selbst durch Verbandsvorsitzende und Syndici (von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite) vertreten. Sie wurden bei der Auswahl der Sachverständigen, bei der Prüfung der Untersuchungsmethoden, bei der Ausarbeitung der Fragebogen vielfach herangezogen.

Der Einfluß der Wirtschaftsverbände, der von innen und von außen her wirksam war, ist für die Arbeiten der Enquête im ganzen sicherlich vorteilhaft gewesen. Ihre Einschaltung war notwendig, denn sie waren in den meisten Fällen, namentlich zu Beginn der Enquête, die Stützpunkte der Untersuchung. Ob sich ihr Einfluß immer in den erwünschten Grenzen hielt, möchten wir freilich bezweifeln. Wir denken dabei nicht einmal an die Fälle, in denen die zu vernehmenden Sachverständigen vom Syndikus vorher für die Vernehmung „abgerichtet“ worden sein sollen. Bedeutsamer scheint uns die Wirkung zu sein, die *unwillkürlich* von einer so engen, auch durch personelle Verbindungen gestützten Zusammenarbeit von Enquête und Verbänden ausgehen mußte. Wieweit sie sich auch auf die Publikationen erstreckte, ist schwer zu erkennen.

In das Kapitel vom Einfluß der Verbände gehört wohl auch die unbefriedigende Behandlung, die das Kartellproblem in der Enquête gefunden hat. Es muß z. B. Erstaunen hervorrufen, daß die Untersuchung der Papierkartelle, auf die man vielfach sehr gespannt war, immer wieder verzögert wurde. Jetzt wird mitgeteilt, daß „die Kartelle in der Papierindustrie im Einvernehmen mit der Arbeitsgruppe federführend von der Außenhandelsgruppe untersucht wurden, die die Papier erzeugende Industrie in ihren gesamten Wirtschaftsbedingungen erforschte“. Die besondere Kartell-Untersuchung der Papierindustrie ist also fallen gelassen worden. Schließlich brachte es die Mitwirkung der Verbände mit sich, daß vor dem Enquête-Ausschuß hauptsächlich der verbandstreue Typ des Unternehmers in Erscheinung trat, womöglich das Vorstandsmitglied, jedenfalls der Arrivierte (freilich meistens auch am besten Unterrichtete). Die Außen-seiter, die Eigenbrötler, die „kleinen Leute“ der Wirtschaft blieben demgegenüber oft zu sehr im Hintergrund.

Sinn und Zweck der Enquête wurden nicht in allen Kreisen der Wirtschaftspraxis gleichermaßen anerkannt. Viele *Unternehmer* standen ihr positiv gegenüber; manche erblickten in ihr aber auch — wie wir bereits im ersten Aufsatz erwähnten — gleich-

sam eine intellektuelle Vorstufe zur „Sozialisierung“. Jede Gemeinwirtschaft — so lautet ihre Argumentation — bedarf einer exakten Kenntnis der Größenordnungen, eines genauen Einblicks in die Markt Vorgänge, weil der Marktmechanismus als „Steuerung“ der Wirtschaft nicht funktioniert. Auch die Wirtschafts-Enquête könnte solchen Zwecken dienstbar gemacht sein. Diese etwas naive Furcht wurde womöglich noch genährt durch die sehr *positive Mitarbeit der Gewerkschaften* an jenen Enquête-Untersuchungen, zu denen sie herangezogen wurden, und durch die Tatsache, daß die Einsetzung der Enquête besonders eifrig von einigen sozialdemokratischen Parlamentariern betrieben worden war. Solche Argumente spielten übrigens innerhalb der Enquête selbst erfreulicherweise keine Rolle, sie traten vielmehr nur außerhalb der Enquête — ausgesprochen und nicht ausgesprochen — hervor. Andere Männer der Wirtschaftspraxis wiederum sahen in der Enquête mehr eine Förderung der — von den Praktikern nun einmal nicht sehr hoch geschätzten — Wirtschaftswissenschaft als der Wirtschaft selbst, und vielfach setzte man Zweifel daran, ob bei der Enquête Aufwand und Erfolg im rechten Verhältnis zueinander ständen (es sei an die Kritik des Verbandes Sächsischer Industrieller im Herbst 1928 erinnert; vgl. MdW, Jahrg. 1928, Nr. 40, S. 1539). Aus solchen Erwägungen ist es zu erklären, daß auch die Wirtschaft nicht die Hand rührte, als im Jahre 1929 die Enquête auf den Aussterbe-„Etat“ gesetzt wurde. Die Mängel der Enquête wurden von der Wirtschaft in zunehmendem Maße erkannt; merkwürdigerweise haben ihre Vertreter in der Enquête selbst nichts Entscheidendes dazu getan, um diese Mängel zu beheben.

Wie aber auch die innere Einstellung der Wirtschaft zur Enquête sein mochte — ob freudig bejahend, vorsichtig zurückhaltend oder rundweg ablehnend —, die *Bereitwilligkeit zur Mitarbeit war groß*. Es verdient rückhaltlos anerkannt zu werden, daß die deutsche Wirtschaft vor dem Enquête-Ausschuß die Furcht vor der Preisgabe des Geschäftsgeheimnisses, die man ihr oft genug hat zum Vorwurf machen müssen, fallen ließ, obwohl hier die Publizitätswünsche sehr weit gingen. Unseres Wissens brauchte die Enquête nur in verschwindend wenigen Fällen die Machtmittel, die ihr das Gesetz verliehen hatte, in Anwendung zu bringen. Es genügte, daß diese Machtmittel vorhanden waren. Erst in der letzten Zeit mag sich hie und da verstärkte „passive Resistenz“ gezeigt haben. Namentlich bei der Entscheidung über Form und Inhalt der Publikationen soll es zuweilen zu Differenzen gekommen sein; bei aller Offenheit gegenüber der Enquête suchte man für die Publikation doch oft recht weitgehende Vorbehalte zu machen. Es bleibt auf jeden Fall rühmend, daß die Wirtschaft — von wenigen Ausnahmen abgesehen — die nicht geringe Mühe, die ihr die Enquête-Untersuchungen verursachten, Jahre hindurch auf sich genommen, daß sie die damit verbundenen Kosten, die über den



genannten Aufwand des Reichs für die Enquête sicherlich weit hinausgingen, bereitwillig getragen hat.

### Ihre Bedeutung für die Zukunft

Wir haben die inneren und äußeren Schwierigkeiten zu zeigen versucht, mit denen die Enquête zu kämpfen hatte, weil wir uns von einer solchen Darstellung eine Förderung des Enquêtewesens versprechen, weil wir es für wertvoll halten, manches, was nur allzu leicht vergessen wird, der Vergangenheit zu entreißen; wir haben die Kritik in den Vordergrund gerückt, weil wir glauben, daß Kritik fruchtbar sein kann. Wenn wir den Rückblick auf die Enquête mit einer zusammenfassenden Betrachtung schließen, wollen wir nicht in die Art mancher Kritiker verfallen, die ein Buch heftig „herunterreißen“, um dann dem Schlußabsatz eine versöhnliche und anerkennende Note zu geben. Aber auch dies muß gesagt werden: Trotz aller Mängel und trotz aller Hemmungen ist das in die Enquête investierte geistige und materielle Kapital nicht vergebens investiert worden.

Wir wollen auch hier von dem Wert der einzelnen Publikationen absehen, der unmöglich in einer Gesamtbetrachtung auch nur gestreift werden kann. Die *indirekten Wirkungen*, die von der Enquête auf Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft ausgehen, sind vielleicht nicht weniger bedeutsam als ihre direkten Ergebnisse. *Die Enquête ist eine große Anregerin gemesen.* Sie hat die deutsche Wirtschaft auf dem Wege von dem traditionellen, gefühlsmäßigen, „naturhaften“ Wirtschaften, das weiter verbreitet ist, als man allgemein glaubt, zu einer bewußten Wirtschaftsführung ein gutes Stück vorwärts gebracht. Indem sie zeigte, daß an die Stelle des Gefühls die Ratio gesetzt werden kann, hat sie in einem guten Sinne des Wortes Rationalisierungsarbeit geleistet. In der Enquête hat die *betriebswirtschaftliche Durchdringung ganzer großer Wirtschaftszweige* eingesetzt: der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks. Inzwischen haben auch andere Stellen, Forschungsinstitute und Verbände, diese Arbeit aufgenommen und zum Teil bereits weitergeführt; die Grundlage dazu wurde in der Enquête gegeben. Manche Verfeinerungsindustrien haben ihr hinsichtlich der Auslandsmärkte Anregungen zu verdanken; das ist von ihnen spontan anerkannt worden. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die Wirtschaft durchaus nicht nur die Gebende, sondern auch die Nehmende war.

Schließlich kann es sich auch nur zum Besten der Wirtschaft auswirken, daß der nicht geringe Kreis der Beteiligten durch die Enquête tiefe *Einblicke in die Wirtschaft*, in einzelne ihrer Glieder und in die Verbundenheit aller Wirtschaftszweige, erhalten hat; denn dieser Kreis umschloß ja jene Männer — Wirtschaftspolitiker, Leiter der Verbände, Wirtschaftswissenschaftler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer —, die zur Führung der Wirtschaft berufen sind und an den wirtschaftspolitischen Entscheidungen in erster Linie mitzuwirken haben. Es hieße an der Einsicht

der Menschen verzweifeln, wollte man nicht hoffen, daß die Klärung der Auffassungen an den Erkenntnissen, die in der Enquête gewonnen wurden, wenigstens bei den Beteiligten zu einer Befreiung von den Schlagworten der wirtschaftspolitischen Diskussion geführt habe. Sie alle haben in der Enquête gelernt.

Nicht minder groß sind die Anregungen, die aus der Enquête die *Wirtschaftswissenschaft* schöpfen konnte. Die Enquête hat vor ihr ein Material ausgebreitet, wie es so bald nicht wieder gewonnen werden wird. Schon jetzt findet man kaum ein neu aufgelegtes Lehrbuch oder eine Monographie, in der bei der Behandlung aktueller Probleme nicht auf die Ergebnisse der Enquête hingewiesen würde. Ebenso bedeutsam ist vielleicht die Tatsache, daß in der Enquête eine Anzahl junger Nationalökonominnen eine einzigartige Schulung erhalten hat, die — wie wir glauben — in der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften ebenso wie in der Wirtschaft Früchte tragen wird.

Die Enquête von 1926/30 hat endlich in Deutschland zum erstenmal etwas wie eine *Enquête-Tradition* entstehen lassen. Was für ihr Gesamtergebnis von Übel war, ist für ihre Rolle als Lehrmeisterin vielleicht von höchstem Nutzen gewesen: die Größe der Aufgabe, die weite Verzweigung ihrer Untersuchungen, das Auseinanderfallen in Teil-Enquêtes, die Mannigfaltigkeit der Methoden, das alles hat die Sammlung so reicher Enquête-Erfahrungen, die Erprobung so verschiedener Enquête-Methoden, die Ausbildung einer so feinen Enquête-Technik ermöglicht, daß wir den Abstand gegenüber den Engländern und Amerikanern auf diesem Gebiet um vieles verringert haben. Die grundsätzliche Förderung des Enquêtewesens, die von ihr ausgeht, ist nicht gering zu veranschlagen. Leider hat es nicht den Anschein, als ob man durchweg gewillt sei, sich diese Erfahrungen zunutze zu machen. Wenn man hört, wie gegenwärtig die Verhandlungen des Reichswirtschaftsrats über die Preisbindungen vor sich gehen, desselben Reichswirtschaftsrats, in dessen Haus die Enquête tagte und mit dem sie in enger Verbindung stand, könnte man glauben, es habe in Deutschland nie eine Enquête stattgefunden.

*Die Zukunft des Enquêtewesens liegt nicht auf dem Wege, der mit dieser großen Enquête beschritten wurde* — diese Erkenntnis muß am Ausgang unserer Betrachtung stehen. Die Zukunft gehört der „kleinen“ Enquête, mit beschränktem, fest umgrenztem Aufgabenkreis, der in verhältnismäßig kurzer Zeit erfüllt werden kann. Diese Enquête wird mit wenigen Mitgliedern besetzt sein, von denen sich ein großer Teil den Untersuchungen hauptberuflich widmen muß. Wahrscheinlich wird sie sich in zunehmendem Maße betriebswirtschaftlich einstellen, ohne daß dadurch der volkswirtschaftliche Charakter der Fragestellung, der den Enquêtes bisher anhaftete, fortfällt.

Auch in Zukunft wird man der Enquêtes als Hilfsmittel für wirtschaftliche Erkenntnis und wirtschaftspolitische Entscheidung nicht entraten können. Die dargelegten Mängel sind nicht notwendig mit



einer Enquête verknüpft; sie wurden aufgezeigt, damit sie künftig vermieden werden. Für diese Enquêtes der Zukunft, mögen sie von privaten oder von öffentlichen Stellen vorgenommen werden, hat

die Wirtschafts-Enquête von 1926/30 — auch wenn man von ihren nicht gering zu schätzenden direkten Resultaten absieht — eine wertvolle Grundlage geschaffen.

## Glossen

### Deutsche Handelspolitik

In den Resolutionen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927 heißt es in dem Kapitel „Kritik der Handelspolitik“, es stünde den Völkern frei, aus politischen oder anderen Gründen die protektionistische Wirtschaftspolitik beizubehalten. „Aber es ist Aufgabe der Konferenz zu zeigen, daß diese Politik in den meisten Fällen ein Opfer an materiellem Wohlstand in sich schließt.“ Damals waren die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr viel günstiger, zumal in Deutschland, das auf dem Höhepunkt einer glänzenden Konjunktur stand. Wenn seitdem eine rasche Verschlechterung eingetreten ist, wenn inzwischen ein regelrechte Weltwirtschaftskrise ausgebrochen ist, so bedeutet das nichts anderes, als daß die Völker einen Teil ihres materiellen Wohlstands opfern mußten, weil sie eine falsche Wirtschaftspolitik getrieben haben. Durch ein System von Zöllen, Prämien und Subventionen wurden Produktion und Verteilung in falsche Bahnen gelenkt, wurde die unvermeidbare Krise verschleiert, verschleppt und letzten Endes verschlimmert. Es soll nicht gesagt werden, daß die verkehrte Wirtschaftspolitik die einzige Ursache der Krise gewesen sei; daß sie in erheblichem Ausmaß mitschuldig war, kann nicht bezweifelt werden. Dabei entwickelte sich der Protektionismus nach dem Prinzip der Schraube. Empfang eine Wirtschaftsgruppe staatliche Unterstützung, so machten sofort andere entsprechende Ansprüche geltend; wurden die Zölle in einem Land erhöht, so griffen andere Staaten zu Vergeltungsmaßnahmen. Wir stehen deshalb jetzt vor der folgenschweren Tatsache, daß die Hochburg liberaler Handelspolitik, daß England, wo die Wahlen des Jahres 1924 noch einen imponierenden Sieg des Freihändlertums gebracht hatten, den Übergang zum Protektionismus zu vollziehen droht (vgl. den Aufsatz von Prof. Colm im vorliegenden Heft). Es muß mit aller Offenheit gesagt werden, daß Deutschland für diese Entwicklung mitverantwortlich ist. Obwohl es in Genf immer wieder erklären ließ, wie groß sein Interesse an einer freieren Gestaltung der Weltwirtschaft sei — und tatsächlich muß ein Industriestaat, der darauf angewiesen ist, seinen Export zu steigern, daran Interesse haben —, läuft seine Handelspolitik auf ein Schutzzöllnertum hinaus, das nach außen hin aufreizend wirkt und das für die deutsche Wirtschaft schädlich oder zumindest unwirksam ist, weil kein System in ihm ist. Mit dieser Politik erregte Deutschland sowohl bei den freihändlerischen wie bei den betont protektionistischen Staaten Anstoß; bezeichnenderweise hatte es auf der Genfer Konferenz diesmal auf zwei Fronten zu kämpfen. Auf der einen Seite wurde es von den südosteuropäischen Staaten bestürmt, die ihre Agrarausfuhr nach Deutschland durch Kontingentabreden fördern möchten. Auf der anderen Seite stand eine Gruppe handelspolitisch

liberaler Staaten (Holland, Dänemark, Norwegen Schweden, Finnland, Lettland, die Schweiz und Australien), die in heftiger Form gegen die Aushöhlung der Meistbegünstigung durch das deutsche Kontingentsystem protestierte. Deutschland blieb in dieser Situation nichts anderes übrig, als sich grundsätzlich für die Meistbegünstigungsklausel zu erklären, andererseits aber erkennen zu lassen, daß es auch den Präferenzwünschen der Gegenpartei nicht abgeneigt sei. Die deutsche Regierung scheint also die bisherige Politik des „Weiterwurstelns“ beibehalten zu wollen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß das Programm der Regierung „zur Sanierung der Reichsfinanzen und zur Gesundung der deutschen Wirtschaft“ mit keinem Wort von den handelspolitischen Aufgaben Deutschlands — etwa von der Ratifizierung der Genfer Abmachungen über einen Zollwaffenstillstand oder von der Beendigung des deutsch-polnischen Konflikts — spricht. Dabei hätte Deutschland auf dem Gebiet der Handelspolitik eine wichtige internationale Mission zu erfüllen, eine Mission, die durchaus im Einklang mit seinen ökonomischen Interessen steht. Es liegt in seiner Kraft, durch einen energischen Kurswechsel zu einer Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erheblich beizutragen. Insbesondere hängt nicht zuletzt von Deutschlands Haltung ab, ob England seine gemäßigte Freihandelspolitik beibehalten oder sich ebenfalls dem Schutzzollsystem zuwenden wird. In dem Aufsatz von Professor Jastrow, den wir in diesem Heft veröffentlichen, werden die Ziele näher umrissen, die eine sinnvolle deutsche Handelspolitik auch unter Berücksichtigung der protektionistischen Hemmnisse in der ganzen Welt anzustreben hätte. In einer Reihe weiterer Aufsätze sollen später die einzelnen Probleme der deutschen Handelspolitik ausführlich erörtert werden.

Das Programm der Tagung, die der Verein für Sozialpolitik dieses Jahr in Königsberg veranstaltete, war wiederum recht vielseitig. Die drei Themen: „Theoretische Grundlagen der Sozialpolitik“, „Die internationale Agrarkrise und die Not der deutschen Landwirtschaft“ und „Die städtische Wohn- und Siedlungswirtschaft“ standen nur lose miteinander in Verbindung. Dennoch war die Auswahl dieser Themen recht glücklich; denn in ihnen konzentrieren sich die Fragen, die auch unter sozialpolitischem Gesichtspunkt gegenwärtig von größter Bedeutung sind. Eduard Heimann hatte erst im vergangenen Jahr mit seinem Buch „Soziale Theorie des Kapitalismus“ eine Sinndeutung für die sozialpolitischen Maßnahmen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems gegeben; in Königsberg hat er sich mit den kritischen Bemerkungen, die inzwischen von mancher Seite gel-



tend gemacht worden waren, auseinandergesetzt (vgl. den Aufsatz von Prof. Goetz Briefs in Nr. 31). Zu bedauern bleibt nur, daß Adolf Webers Referat über den Rahmen des Themas weit hinausging, und daß die an sich hochstehende Diskussion über beide Vorträge dank eines Organisationsfehlers nur in einem kleinen und recht zufällig zusammengesetzten Kreise stattfinden konnte. So sehr auch die grundsätzlichen Anschauungen über die theoretische Stellung der Sozialpolitik auseinandergingen, so schien doch Einmütigkeit über wichtige Probleme der gegenwärtigen Situation zu bestehen: Fast alle Redner traten für eine Senkung der Lohnsätze ein. Heftiger war die Debatte des zweiten Tages, an dem unter starker Beteiligung ostpreußischer Wirtschafts- und Verwaltungskreise die brennenden Fragen der deutschen Agrarkrise und der Agrarpolitik behandelt wurden. Max Sering berichtete ausführlich über die Eindrücke auf seiner amerikanischen Reise; er trat wegen der starken Konkurrenz, die dank des Mähreschlers von den neuerschlossenen Agrargebieten in den Vereinigten Staaten ausgeht, für einen Zollschutz der deutschen Landwirtschaft ein, ohne sich allerdings eingehender über die wichtige Frage zu äußern, ob nicht bereits die gegenwärtige Agrarpolitik Deutschlands weit über das auch von ihm gewünschte Ziel hinausgeht. Er verwarf lediglich die jetzt beliebten Versuche, die Getreidemärkte in Ordnung zu bringen, da — wahrhaftig — erst durch sie die Ordnung der Märkte erschüttert worden ist. Noch weit entschiedener kam der Unwille über die merkwürdigen Praktiken der deutschen Agrarpolitik in der Diskussion zum Ausdruck. Hier erwies es sich einmal als ein Vorteil, daß die Männer der Wissenschaft — wie immer wieder mit Bedauern festgestellt werden muß — zu den aktuellen Problemen und Nöten der Gegenwart, zu den lohn-, kartell- und handelspolitischen Maßnahmen so selten Stellung zu nehmen pflegen: Je seltener sie es tun, um so stärker muß der offene Bekennermut wirken, wenn sie einmal mit aller Entschiedenheit für eine Sache eintreten, und dies in einer Umgebung, deren Lokalkolorit nicht gerade ihrem Ziel entspricht. Wie nützlich die Organisation des Vereins für Sozialpolitik ist — eines Vereins nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Politik —, zeigte sich auch am dritten Tag an Hayeks Referat über die städtische Wohn- und Siedlungswirtschaft, in dem die Argumente für und gegen die Zwangsbewirtschaftung des Baumarkts mit theoretisch dargelegt wurden. Diese Fragen sind durch das Notprogramm der Regierung von neuem aktuell geworden.

der ausländischen Mitglieder *drei neue deutsche Mitglieder* zu wählen — die Wahl erfolgt nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung im Wege der Kooptation, die der Zustimmung der Anteilseigner bedarf —, wurde zunächst die schwierige Frage der *Doppelvertretung der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft* aufgerollt. Urbig und Wassermann, die vor der Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft als „Vertreter“ *zweier* Banken gegolten hatten, waren nach der Fusion Repräsentanten derselben Bank; da außer der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft keine weitere Großbank im Generalrat vertreten war, tauchte der Wunsch auf, auch Mitglieder anderer Großbanken in ihn aufzunehmen, die bis dahin nur in dem einflußlosen Zentralausschuß vertreten waren. Man hat aber davon Abstand genommen, noch weitere Vertreter der Bankwelt in den Generalrat hereinzunehmen, und auch zu dem Rücktritt eines der beiden Angehörigen der Deutschen Bank ist es schließlich nicht gekommen. Man hat vielmehr einen Industriellen, nämlich den vom Reichverband der Deutschen Industrie in der letzten Zeit mehrfach in den Vordergrund gestellten Textilindustriellen *Müller-Oerlinghausen*, und einen Landwirt, den Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer von Pommern, *von Flemming*, kooptiert; ein weiterer Sitz ist dem *Reichsbank-Vizepräsidenten Dreyse* eingeräumt worden. Bisher bestand nicht die Möglichkeit, daß bei Verhinderung des Präsidenten der Reichsbank-Vizepräsident den Vorsitz führte. Das war zweifellos ein Mangel, wie es auch ein Mangel gewesen ist, daß der Reichsbank-Vizepräsident, der unter Umständen das einzige Verbindungsglied zwischen Generalrat und Reichsbankdirektorium darstellt, nicht regelmäßig an den Sitzungen des Generalrats teilnehmen konnte. Diese Mängel seien zugegeben. Dennoch ist es nicht erwünscht — und diese Feststellung bedeutet keine Kritik an den Qualitäten des Vizepräsidenten Dreyse —, daß dem Generalrat zwei Mitglieder des Reichsbankdirektoriums angehören, wenigstens nicht bei seiner gegenwärtigen Kompetenz. Der Generalrat wählt mit sieben Stimmen Mehrheit — nach Anhörung des Reichsbankdirektoriums und mit Bestätigungspflicht durch den Reichspräsidenten — den *Präsidenten des Reichsbankdirektoriums*; der Generalrat hat mit derselben Mehrheit der Bestellung von *Mitgliedern des Direktoriums* durch den Reichsbankpräsidenten zuzustimmen; der Generalrat ist es auch, der allein den Präsidenten, wiederum mit sieben Stimmen Mehrheit, *abberufen* kann und der (mit Zustimmung des Reichsbankpräsidenten) gegebenenfalls die *Abberufung* eines Mitglieds des Reichsbankdirektoriums auszusprechen hat. Wenn nun von zehn Mitgliedern zwei dem Reichsbankdirektorium angehören, so müßte schon eine ziemlich geschlossene Meinung der übrigen Mitglieder vorhanden sein, wenn es diesen beiden nicht gelingen sollte, ihren Willen in der Besetzung des Direktoriums durchzusetzen. Berücksichtigt man noch, daß dem Reichsbankpräsidenten und seinem Stellvertreter, dank des sonst nirgends üblichen Kooperationsrechts des Generalrats ohnehin ein großer Einfluß zusteht, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Verfassung der Reichsbank eine *Inzucht* geradezu provoziert. Bei den weitgehenden Rechten, die dem Generalrat zustehen, sollte es sich übrigens von selbst verstehen, daß nicht nur die

Durch die Novelle zum  
Bankgesetz vom 13. März  
1930 ist der Generalrat  
der Reichsbank, der bis

dahin aus sieben ausländischen und sieben deutschen Mitgliedern bestand, auf zehn Mitglieder beschränkt worden, und diese Zahl kann nur durch einstimmigen Beschluß desselben Generalrats vermehrt werden. Außer dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der den Vorsitz führt, gehören danach dem Generalrat nur noch deutsche Bankiers an, nämlich Louis Hagen, Franz von Mendelssohn, Hans Remshard, Franz Urbig, Max Warburg und Oscar Wassermann. Als es sich jetzt darum handelte, nach dem Ausscheiden



Hochfinanz, die Landwirtschaft und die sogenannte verarbeitende Industrie zu diesem Gremium Zugang finden, sondern daß auch die Arbeitnehmer, deren Geschicke durch die Reichsbankpolitik mindestens in demselben Maße berührt werden, wie die der Arbeitgeber, aufgenommen werden.

---

**Ein neuer Gouverneur  
der Bank von Frankreich**

---

Man schreibt uns aus Paris: „Der bereits seit längerer Zeit angekündigte Wechsel in der Leitung der Bank von Frankreich ist nunmehr erfolgt. *Emile Moreau*, der über vier Jahre an der Spitze des Instituts gestanden und es erfolgreich durch die schweren Krisen der Inflations- und Stabilisationsjahre gesteuert hat, ist auf eigenen Wunsch seines Postens enthoben worden. Er hat in dem bisherigen Vizegouverneur der Bank von Frankreich, *Clément Moret*, bereits einen Nachfolger erhalten. Moreau, der sich seit zwei Jahren mit Rücktrittsabsichten trug, wird an Stelle des ehemaligen französischen Botschafters in Berlin, *Jules Cambon*, der sich wegen seines hohen Alters in das Privatleben zurückziehen wünscht, den Vorsitz im Verwaltungsrat der Banque de Paris et des Pays Bas übernehmen. Es sind also keineswegs Gesundheitsrückichten, die ihn, wie es ursprünglich hieß, zum Rücktritt veranlaßt haben. Moreau war im Jahre 1926, als die Währungskrise das Ausmaß einer Katastrophe anzunehmen drohte, von dem damaligen Finanzminister *Caillaux* an Stelle *Robineaus*, dem die schwierigen Nachkriegsprobleme über den Kopf gewachsen waren, zum Gouverneur der Bank ernannt worden. Von seiner früheren Tätigkeit als Leiter der Banque de l'Algérie, die durch allzu leichte Kreditgewährung in ernste Schwierigkeiten geraten und von ihm in erstaunlich kurzer Zeit saniert worden war, ging ihm der Ruf eines ungewöhnlich begabten Finanzmanns voraus, der mit gründlichster Kenntnis des Bankwesens Sicherheit im Urteil und ein für Frankreich seltenes Organisationstalent verbindet. Er hat als Leiter des französischen Zentralnoteninstituts diesen Ruf in vollem Maß gerechtfertigt. Als er die Direktion übernahm, war die Situation der Bank hoffnungslos verfahren. Ihre unaufhörliche Inanspruchnahme für die Geldbedürfnisse des Staates, welche die Notenpresse kaum mehr zur Ruhe kommen ließen, und die wiederholten Übergriffe der verschiedenen Kabinette in die gesetzlich festgelegte Autonomie und finanzielle Unabhängigkeit der Bank hatten Zustände geschaffen, die zu einer schweren Zerrüttung ihres Ansehens und ihres Kredits im In- und Ausland geführt hatten. Von der Tribüne des französischen Parlaments herab war gegen das Zentralnoteninstitut der Vorwurf gefälschter Bilanzen erhoben worden, den Herr *Robineau* nicht zu entkräften vermochte. Moreau hat auch hier in überraschend kurzer Zeit Ordnung geschaffen und dadurch nicht nur das Prestige der Bank wieder hergestellt, sondern auch in hervorragender Weise zu dem Gelingen der *Poincaréschen* Sanierungspolitik beigetragen. Er war es, der im Juni 1928 gegen die zögernde und schwankende Regierung die *legale Stabilisierung der Währung* durchgesetzt hat. *Poincaré* hatte sich nach der faktischen Stabilisierung volle zwei Jahre lang der gesetzlichen Festlegung des Franken auf knapp 20% seines Vorkriegswerts widersetzt, vor allem weil er die politischen Rückwirkun-

gen der endgültigen Devaluierung auf die parlamentarische Situation und die Existenz des Kabinetts fürchtete. Moreau, der die Gefahren rechtzeitig erkannt hat, die der nach den Krisen der Inflation kaum erst zur Ruhe gekommenen Wirtschaft aus einer neuen Hausse des Franken erwachsen mußten, erzwang die gesetzliche Regelung, indem er der Regierung eine Art Ultimatum mit der Erklärung stellte, daß die Bank von Frankreich am 30. Juni 1928 aufhören werde, die von der internationalen Spekulation in Massen auf den Markt geworfenen fremden Devisen aufzukaufen. In der Nacht zum 25. Juli wurde das neue Währungsgesetz, das den Franken zu etwa einem Fünftel seines früheren Geldwerts stabilisiert, von Kammer und Senat verabschiedet. Das gleichzeitig angenommene *Bankgesetz* hat aus der Bilanz des Zentralnoteninstituts die letzten Spuren der Inflation getilgt. Die Konsolidierung ihrer inneren Verhältnisse in Verbindung mit der ungewöhnlichen Prosperität der französischen Wirtschaft eröffneten ihr glänzende Zukunftsaussichten. Der Goldbestand von 29 Milliarden Francs, über den die Bank am Tage der Stabilisierung verfügte, ist in zwei Jahren auf 48 Milliarden gestiegen. Dazu kommt eine Devisenreserve in Höhe von über 25 Milliarden, so daß die umlaufenden Noten zu mehr als 100% gedeckt sind. Der Vorwurf, daß Moreau diese *Thesaurierungspolitik* allzu weit getrieben hat, ist sicherlich nicht unberechtigt. Der Forderung nach internationaler Solidarität auch in der Geldpolitik hat er leider nur geringes Verständnis entgegengebracht. Seine allzu engherzige Geld- und Goldpolitik ist die Ursache der ungesunden Hypertrophie, unter der der französische Geldmarkt selbst schwer leidet. Auf sie ist es zu einem großen Teil zurückzuführen, daß, während in den meisten europäischen Industrieländern die Kapitalarmut die Produktion zu erdrosseln droht, Frankreich in Geld schwimmt, das vergeblich nach rentablen Anlagemöglichkeiten sucht. Als *Moreaus* Nachfolger war ursprünglich der Budgetminister *Germain-Martin* in Aussicht genommen, der angesichts der vierfachen Besetzung des Finanzressorts — zwei Minister und zwei Unterstaatssekretäre — im Kabinett *Tardieu* nur sehr geringe Betätigungsmöglichkeiten gefunden hatte. *Tardieu* selbst aber hat sich seinem Ausscheiden widersetzt, von dem er, vielleicht nicht ganz mit Unrecht, eine Erschütterung des Kabinetts in seiner Gesamtheit befürchtete, die er im Hinblick auf die Ungewißheit der parlamentarischen Situation lieber vermeiden wollte. An seiner Stelle ist der bisherige Vizegouverneur der Bank, *Clément Moret*, zu deren Leiter ernannt worden. *Moret*, der im fünfundvierzigsten Lebensjahr steht, ist aus der Beamtenkarriere hervorgegangen. Er hat seine Sporen bei der Überleitung der elsass-lothringischen Finanzen in den zentralen Verwaltungsapparat verdient und ist von *Poincaré* in Anerkennung seiner besonderen Fähigkeiten im Jahre 1924 zum Abteilungsdirektor im Finanzministerium avanciert. 1928 wurde er als zweiter Sous-Gouverneur in die Bank von Frankreich berufen. Bereits ein Jahr später trat er die Nachfolge des ausgeschiedenen ersten Sous-Gouverneurs, Professor *Rist*, an. An Stelle *Moreaus* ist er nunmehr zum verantwortlichen Leiter des französischen Zentralnoteninstituts aufgerückt. *Poincaré* lobte an ihm einmal in öffentlicher Rede die „glückliche Verbindung von ungewöhnlicher Kompetenz in allen finanziellen



Dingen mit seltener Vornehmheit des Charakters'. Auch in Finanz- und Bankkreisen erfreut sich Moret uneingeschränkten Vertrauens."

**Abbau im Statistischen Reichsamt** Sparmaßnahmen sind undankbare Geschäfte. Wo man sie auch immer vornimmt, man muß sich sagen lassen, daß jede einzelne von ihnen völlig verfehlt sei. So wird auch die Reichsregierung darauf gefaßt sein, daß Berufene und Unberufene an den starken Einschränkungen Kritik üben, zu denen das *Statistische Reichsamt* gezwungen wird: Um ein Viertel soll sein Etat herabgesetzt werden, nachdem der Personalbestand bereits in den vergangenen Monaten stark vermindert worden ist. Dennoch möchten wir hoffen, daß sich die Regierung in diesem Fall noch eines Besseren besinnt. Wir legen nicht einmal so großes Gewicht auf das Argument, daß der einzusparende Betrag relativ geringfügig sein wird (der Abbau muß im wesentlichen die relativ niedrig bezahlten jüngeren und unteren Angestellten treffen); denn bei der gegenwärtigen Finanznot des Reiches sollte man den Einwand der Geringfügigkeit auch gegen noch so kleine Ersparnisse nicht vorbringen. Wir wollen auch nicht dagegen Bedenken erheben, daß diese Maßnahme wegen ihrer unmittelbaren *Belastung des Arbeitsmarktes* keine nennenswerte Gesamtersparnis für die öffentlichen Haushalte bringen kann (die Sachkostensparnis wird hinter den Personalersparnissen weit in den Hintergrund treten); denn bei der lückenlosen gegenseitigen Abhängigkeit aller volkswirtschaftlichen Größen wird sich von jeder Sparmaßnahme „beweisen“ lassen, daß sie die Arbeitslosigkeit vergrößere und damit auf den Staatshaushalt einen zusätzlichen Druck ausübe. Wir wollen vielmehr auf die *Sinnlosigkeit* hinweisen, die darin besteht, gerade jene Institutionen aufzulösen, deren Arbeitsergebnisse den ersten Einblick in die wirtschaftlichen Tatsachen und Ersparnismöglichkeiten gewähren. Wir erinnern an die Erhöhung der Beamtengehälter vom Herbst 1927, die schwerlich in diesem Umfang durchgeführt worden wäre, wenn die Ergebnisse der Finanzstatistik schon damals vorgelegen hätten; denn dann hätte man einen besseren Überblick über die Summen gewinnen können, über die man damals — recht leichtfertig — verfügte. Auf finanzstatistischen Kenntnissen baute sich auch die Prognose auf, die das Institut für Konjunkturforschung, das mit dem Reichsamt durch vielfache Sach- und Personalunionen eng verbunden ist, kürzlich aufstellen konnte<sup>1)</sup>, und die inzwischen gewiß auch vom Reichsfinanzministerium gewürdigt wird. Deshalb muß es um so mehr auffallen, daß gerade die Finanzstatistik zuerst dem Abbau zum Opfer fallen soll, und dies in einer Vollständigkeit, die schwerste Bedenken erregen muß. Wir halten gewiß manche Leistung dieser Abteilung für verfehlt; insbesondere glauben wir, daß die Verzögerung, mit der die Arbeiten an der großen Reichsfinanzstatistik fertiggestellt wurden, sachlich kaum zu begründen ist. Dennoch haben wir immer wieder Gelegenheit genommen, auf den hohen Wert dieser Untersuchungen hinzuweisen. Diese Arbeiten abzubrechen anstatt sie

für die kommenden Jahre fortzuführen, erscheint uns als eine ebenso ungeschickte Maßnahme wie die Einschränkung, zu der sich der Enquête-Ausschuß im vorigen Jahr gezwungen sah, als man ihn plötzlich, mitten im Zuge seiner Arbeit, zwang, die in Angriff genommenen Arbeiten teilweise liegen zu lassen. Ein derart planloses Beginnen heißt Verschwendung und nicht Sparsamkeit. Unsere statistischen Kenntnisse über die wichtigsten Wirtschaftsdaten sind dürftig genug. Die deutschen Wirtschaftspolitiker sind darauf angewiesen, ihre Maßnahmen auf einer erstaunlich geringen Kenntnis der wirtschaftlichen Größenverhältnisse aufzubauen. Fast bei jeder Zolldebatte fehlen z. B. hinreichende Daten über Produktion, Ausfuhrquote, Lohnanteil usw. Den Enquête-Ausschuß, der diese Lücken wenigstens teilweise schließen konnte, hat man vorzeitig abgebaut; nun geht man daran, auch das Statistische Reichsamt, das wenigstens im Prinzip die Arbeiten des Enquête-Ausschusses hätte aufnehmen können, zu beschränken. Falsche Sparsamkeit zeigte sich schon vor einem Jahr, als man beschloß, entgegen dem höchsten Prinzip aller statistischen Arbeitstechnik — dem Prinzip der Kontinuität — die *Volks-, Berufs- und Betriebszählung* nicht, wie es die Regel erforderte, im Jahre 1930, sondern erst in späteren Jahren vorzunehmen. — Nur *einen* Vorwurf kann man solchen Sparmaßnahmen nicht machen: *Unpopulär sind sie nicht!* So notwendig für jede Wirtschaftspolitik eine Kenntnis der Wirtschaftsdaten ist, so unbeliebt pflegen dem Objekt dieser Politik die Statistiken zu sein, die einen Einblick in ihre wahre volkswirtschaftliche Bedeutung gewähren. Nur allzuvielen werden sich über die Einschränkung der deutschen Statistik freuen!

**Preisgabe des Einfuhrschein-Systems**

Zu den großen Errungenschaften unserer Agrarpolitik gehört die Ausdehnung des Einfuhrscheinsystems auf fast sämtliche Agrarprodukte. Diese Errungenschaft ist in diesen Tagen mit einem Federstrich wieder preisgegeben worden. Das Einfuhrschein-Kontingent, das für das laufende Etatsjahr zur Verfügung stand, betrug im ganzen 94 Mill. Reichsmark. Davon hat das kurzfristige Hafer- und Roggendumpling dieses Sommers rund 25 Mill. RM aufgezehrt. Weitere rund 15 Mill. RM mußten bisher für die Roggenstützung (neben den übrigen hierfür aufgewandten Mitteln von rund 40 Mill. RM) verbraucht werden. Der Rest von etwa 55 Mill. RM ist bereits zum größten Teil für die Ausfuhrprämien für Schweine, Rinder, Müllereierzeugnisse beansprucht worden. Angesichts der nahenden Schweinekrise und des bisher noch nicht finanzierten Roggen-Terminengagements der Getreide-Handels-Gesellschaft erschien Sparsamkeit mit den arg zusammengeschmolzenen Mitteln für die Einfuhrscheine geboten, denn allein das Durchhalten der im Besitz der Getreide-Handels-Gesellschaft befindlichen Roggenbestände dürfte bis zum Ende des Etatsjahres über 10 Mill. Reichsmark kosten. So hat sich denn der Reichsernährungsminister entschlossen, praktisch alle Einfuhrscheine mit Ausnahme der für Schweine zu suspendieren. Die Suspension wird zwar formell nicht für alle von der neuen Verordnung erfaßten Agrarerzeugnisse vorgenommen; für einen Teil von ihnen

<sup>1)</sup> Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 5. Jahrg., Heft 2. A. S. 72. Vgl. MdW, Nr. 57, S. 1726.



werden nur die Einfuhrscheinwerte reduziert. Aber auch diese Wertminderung erfüllt den Zweck der Suspension, denn die verminderten Einfuhrscheinwerte decken nicht mehr die Differenz zwischen Weltmarktpreis und deutschem Inlandspreis. Mit diesem Entschluß hat das deutsche Einfuhrschein-system endgültig seinen ursprünglichen Charakter eingebüßt. Geschaffen, um den Mühlen einen Veredlungsverkehr mit zollpflichtigem Getreide zu ermöglichen, wurde es durch die Aufhebung des Identitätsnachweises unter Caprivi zu einem System reiner Ausfuhrprämien. Im Jahre 1930 wurde aus dem System der Ausfuhrprämien ein allgemeiner Subventionsfonds für Marktmanipulationen, über den der Reichsernährungsminister gegenwärtig disponieren kann, wie er will. Obendrein hat es den Anschein, als ob dieser Subventionsfonds von immerhin über 90 Mill. RM der parlamentarischen Nachprüfung entzogen werden soll, da er nicht als Ausgabenposten, sondern als Minderertrag der Zolleinnahmen verbucht wird. Am härtesten betroffen wird von der Beseitigung der Einfuhrscheine die deutsche Mühlenindustrie, in erster Linie die Roggenmüllerei der Ostsee-provinzen. Der zwar nicht sehr große, aber regelmäßige Roggenmehl-Export in die nordeuropäischen Länder wird restlos unterbunden und den Polen überlassen. Mit anderen Müllereierzeugnissen steht es ähnlich. Das Ergebnis dieser wie anderer Maßnahmen der jüngsten Agrarpolitik ist, daß Kapitalinvestitionen in Industrien, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, wertlos werden.

**Weizenzoll erhöht — Vermahlungszwang 80%**

Gleichzeitig mit der Aufhebung der Einfuhrscheine wurde durch Verordnungen des Reichsernährungsministers der *Vermahlungszwang* von Inlandsweizen für die Großmühlen auf 80 % der insgesamt vermahlenden Menge und der *Weizenzoll* von 15 RM auf 18,50 RM je dz erhöht. Auf den ersten Blick scheinen die beiden Maßnahmen nicht in engem Zusammenhang miteinander zu stehen. Bei einer Weizenvermahlung von 80 % Inlandsweizen vermag offensichtlich der Auslandsweizenpreis den Preis für Inlandsweizen nicht entscheidend zu beeinflussen. Die Erfahrungen, die bisher mit der neuesten Weizenzollerhöhung gemacht wurden, scheinen diese Auffassung auch zu bestätigen. Der Preisauftrieb, der am Montag nach der weiteren Anspannung des Zollschutzes zu bemerken war, entsprach bei weitem nicht dem Ausmaß der Zollerhöhung. Offenbar ist es auch ein Irrtum, wenn man den Zusammenhang zwischen den beiden Maßnahmen auf der Seite der Getreidepreise sucht. Die Gründe für die Erhöhung des Weizenzolls liegen anderswo. Der Vermahlungszwang für Weizen hat die deutsche Mühlenindustrie unrentabel gemacht. Die Mühlenindustrie hat ihre größten und rationellsten Betriebe dort errichtet, wo in den jetzt verschwundenen Zeiten freien Handels und freier Verarbeitung von Agrarprodukten die Verarbeitung guten Auslandsweizens vorteilhaft war und ein vorzügliches Mehl ergab. Das war an der Nordseeküste in den großen deutschen Hafenplätzen und an der Rheinwasserstraße, deren Schifffahrt man jetzt des größten Teils ihrer Getreidetransporte beraubt hat. Wenn man diese Betriebe zwingt, 80 % Inlandsweizen und 20 % Auslandsweizen zu ver-

arbeiten, laufen sie leer, und ihre Kosten steigen, weil sie den Rohstoff aus Mittel- und Ostdeutschland mit der Bahn heranschaffen müssen. Die Folge ist, daß sie höhere Mehlpreise brauchen, sollen sie nicht stilliegen. Ein Vermahlungszwang von 80 % ist für sie nur tragbar, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich an Mehlpreisen zu erholen, die einen Ausgleich für die mangelhafte Ausnutzung der Betriebskapazität und für die unwirtschaftlichen Transportkosten gewähren. Die Erhöhung des Weizenzolls, der eine automatische Erhöhung des Mehlpriees um 7 RM je dz nach sich zieht, ist also durch die Neufestsetzung des Vermahlungszwangs verursacht. Natürlich wird die Steigerung des Weizenzolls offiziös als eine Hilfsmaßnahme für die Landwirtschaft ausgegeben; zur Begründung hat man gar das russische Dumping angeführt. In Wirklichkeit handelt es sich darum, den Mühlen Gewinnchancen zu geben, die es ihnen gestatten, die Unwirtschaftlichkeit der Mühlenzwangswirtschaft auszugleichen. Für den Verbraucher sind die Motive freilich gleichgültig, ist das Ergebnis dasselbe: der höhere Mehlpreis.

**Frischfleisch-Verbilligung statt Gefrierfleisch-Einfuhr**

Den verbraucherfeindlichen Charakter der Weizen- und Mehlpollerhöhung hat man freilich auf einem Umweg wieder abgemildert. Das zollfreie Gefrierfleisch-Kontingent ist durch die Beschlüsse des vorigen Reichstags abgeschafft worden. Damit fiel eine Fleischversorgungsquelle, die es breiten Schichten in den Großstädten ermöglicht hat, wenigstens einen bescheidenen Fleischbedarf zu erschwinglichen Preisen zu befriedigen. Es handelte sich um eine Menge von 50 000 t jährlich (ursprünglich 120 000 t jährlich), die im allgemeinen zu Preisen abgegeben wurde, die im Kleinhandel um rund 50 Rpf je Pfund unter denen für gleichwertiges Inlandsfleisch lagen. Die Verbraucher ersparten durch das Gefrierfleischkontingent rund 50 Mill. RM jährlich. Jetzt soll aus dem Mehrertrag des erhöhten Weizenzolls — ob freilich bei 80 % Vermahlungszwang überhaupt ein Mehrertrag erzielt wird, ist von der Regierung offenbar nicht nachgeprüft worden — ein Betrag von 10 Mill. RM für das nächste Halbjahr zur Fleischverbilligung bereitgestellt werden. Daraus können 25 000 t Frischfleisch um je 20 Rpf je Pfund verbilligt werden. Das verbilligte Fleisch soll an berechnigte arme Bezieher gegen städtische Fleischkarten abgegeben werden — eine Auferstehung des Kartensystems der Kriegszeit, an das sich die meisten sicherlich nur mit Schauern erinnern. Das Ausmaß dieser Verbraucherhilfe ist aber auch durchaus unzureichend. Man darf annehmen, daß im nächsten halben Jahr rund 10 Millionen Menschen von Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen leben werden. Auf jeden dieser 10 Millionen Menschen wird in den sechs Monaten ein Berechtigungsschein für 5 Pfund Fleisch entfallen, je Monat noch nicht ein Pfund. Durch solche Maßnahmen kann die allgemeine Überhöhung der Lebenskosten in Deutschland, die durch die Agrarpolitik der letzten Zeit verursacht ist, natürlich auch nicht im entferntesten ausgeglichen werden. Im übrigen hat der ständige Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Zustimmung zur Regierungs-Verordnung versagt.



---

**Fondswirtschaft im Reichs-  
ernährungsministerium**


---

Die Verwendung von theoretischen Zollmehrerträgen für die Verbilligung der Frischfleisch-Versorgung, die Umwandlung des Einfuhrscheckfonds in einen allgemeinen agrarischen Subventionsfonds und manche andere Maßnahmen der letzten Zeit lassen die berechtigte Frage auftauchen, wie sich denn eine solche Agrarpolitik mit den Grundsätzen gesunder Finanzpolitik verträgt. Statt klarer Rechnungslegung, die die Voraussetzung sparsamer Finanzpolitik ist, werden hier in verwirrender Weise Fonds über Fonds geschaffen. Hunderte von Millionen werden von einem einzelnen Ressortminister hin und her dirigiert, dessen finanzielle Ungeschultheit bekannt ist. Rückflüsse aus erteilten Krediten werden in undurchsichtiger Weise angelegt. Mannigfache Zinseinnahmen stehen zur Verfügung, deren Verwendung im einzelnen bisher niemals offengelegt wurde. Ein großer Kranz von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH ist rund um das Reichsernährungsministerium entstanden, über die keine regelrechte Aufsicht, keine straffe finanzielle Kontrolle besteht. Die oft recht anfechtbare Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel muß sorgfältig vertuscht werden, um unbequemer Kritik zu entgehen. Eine Marktmanipulation folgt der anderen, verfehlte Experimente werden immer wieder von neuen abgelöst. Verluste werden abgebucht, ohne daß sie auch nur dem Parlament bekannt würden. Schlecht fundierte „Absatzorganisationen“ werden aufgebaut, dann saniert, dann durch künstliche Maßnahmen am Leben erhalten. Wie lange wird der Reichsfinanzminister, wie lange wird die Öffentlichkeit diesem Unfug zusehen?

---

**Zur Verschuldung  
der Landwirtschaft**


---

Das Statistische Reichsamt hat vor kurzem einen Band über „Die Besteuerung der Landwirtschaft“ veröffentlicht, der hier noch eingehend zu besprechen sein wird. Zu dieser Publikation wird uns unter Bezugnahme auf unseren Aufsatz „Die Besteuerung der Landwirtschaft“ in Nr. 38 geschrieben: „Das Statistische Reichsamt gibt in seiner wertvollen Veröffentlichung auch das Material einer gemeinsam mit der Vereinigung der deutschen Bauernvereine veranstalteten Verschuldungs- und Steuer-Enquête wieder. Die Ergebnisse dieser Enquête machen es in einzelnen Fällen möglich, die Allgemeingültigkeit der statistischen Feststellungen nachzuprüfen, die in der Verschuldungserhebung der Rentenbank-Kreditanstalt (RKA) getroffen werden; denn die Bauernvereine konnten sich auf ein umfangreicheres Material stützen als die der Rentenbank-Kreditanstalt nahestehenden Stellen. Dies gilt insbesondere für die mittelbäuerlichen Betriebe (20 bis 50 ha) in Ostpreußen, von denen die RKA 54, die Bauernvereine 61 Betriebe, und für die kleinbäuerlichen Betriebe West- und Südwestdeutschlands (5 bis 20 ha), von denen die RKA 132, die Bauernvereine 425 Betriebe erfaßten. Für Ostpreußen zeigt der Vergleich, daß die von der RKA erfaßten Betriebe je ha eine Verschuldung von 555 RM, die von den Bauernvereinen erfaßten je ha eine Verschuldung von 406,3 RM aufwiesen. Zwar ist keine ganz exakte Vergleichsmöglichkeit gegeben, da die RKA ihre Zahlen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die

Bauernvereine auf die Besitzfläche abstellen. Diese Differenz ist aber bei bäuerlichen Betrieben so unerheblich, daß sie auch nicht annähernd den Unterschied der Ergebnisse zu erklären vermag. Ebenso aber liegt es bei den kleinbäuerlichen Betrieben West- und Südwestdeutschlands. Hier beträgt die durchschnittliche Verschuldung je ha bei der RKA 366 RM, bei den Bauernvereinen nach einer Durchschnittsberechnung (die Erhebung selbst gliedert die Betriebe in zwei Größenklassen von 5 bis 10 ha und 10 bis 20 ha) 325,40 ha. Die Zweifel an dem Wert der Erhebung der RKA und demnach auch der des Enquête-Ausschusses, dessen Material noch dürftiger war, werden durch diese neueren, ebenfalls von amtlicher Stelle veröffentlichten Resultate erheblich verstärkt. Es ist zu hoffen, daß die RKA in Zukunft ihren Erhebungen über die bäuerlichen Betriebe eine breitere Grundlage gibt, indem sie auch nicht den Landwirtschaftskammern angeschlossene Buchstellen sowie die bäuerlichen Organisationen hinzuzieht.“

---

**Börsenmoral  
und Roggenpolitik**


---

Daß Verträge zu erfüllen sind, sollte selbstverständlich sein! In den letzten Tagen haben sich aber auf dem Berliner Roggenmarkt Vorgänge abgespielt, die beweisen, daß sogar Börsenbesucher den Versuch nicht verschmähen, daraus, daß der Vertragsgegner vorübergehend nicht schroff auf der Innehaltung einer bestimmten Vertragsklausel bestand, sozusagen einen für sie günstigen *Handelsbrauch* abzuleiten. Die Getreide-Industrie und Commissions AG (GIC) hat als Kommissionärin der Deutschen Getreide-Handels-Gesellschaft bei der Roggenstützung ursprünglich so gut wie ausschließlich bahnstehende oder rollende Ware gekauft. Sie ist dann allmählich dazu übergegangen, Roggen zur „Verladung binnen drei Tagen ohne Nachfrist“ zu kaufen, ohne aber Ware abzulehnen, die etwa am vierten oder fünften Tage nach Abschluß verladen worden war. Solange sie den Preis von 187 RM starr festhielt, war dieses Entgegenkommen vom Standpunkt beider Vertragsteile bedeutungslos. Das änderte sich aber, als die Preise in Bewegung kamen. Denn jede neue Senkung mußte einen Sondervorteil für den Kaufmann bedeuten, der in der Stützungslotterie einige Wagen Roggen losgeworden war, falls er sie noch nicht besaß, sondern erst auf der Grundlage seines Vertragsabschlusses mit der GIC erwarb. Es scheint, daß dieser Erwerb oder mindestens die ihm folgende Verladung nicht immer innerhalb der Dreitagsfrist möglich war. Denn in der letzten Woche hat die GIC mehrfach wegen verspäteter Verladung Annahme verweigert. Einige wenige dieser Fälle haben bereits das Schiedsgericht der Berliner Produktenbörse beschäftigt, und dieses hat — allerdings aus ganz besonderen Gründen — die GIC zur Abnahme verurteilt. In diesen Fällen lag nämlich ein Versehen der GIC insofern vor, als ihre Spediteure die betreffenden Wagen geöffnet und besichtigt hatten; damit war der Einwand verspäteter Verladung als ausgeräumt zu betrachten: Ware, die man überhaupt nicht abnehmen will, darf man auch nicht besichtigen. Anders müßte das Schiedsgericht dann urteilen, wenn die Beauftragten der GIC die Verweigerung sofort erklärt hätten. Denn sachliche Gründe



für verspätete Verladung (etwa Wagenmangel) liegen nicht vor. Es dürfte sich übrigens dabei um nicht sehr große Mengen handeln; nach den zuverlässigsten Schätzungen des Marktes sollen 2000—3000 t Roggen zu spät verladen worden sein, während 10 000 bis 15 000 t verkauft und nicht rechtzeitig geliefert wurden. Solche Mengen mögen für den geschwächten Markt von Bedeutung sein; im Vergleich zu den insgesamt von der Stützung gekauften Quantitäten spielen sie keine Rolle. Es steht außerdem noch nicht fest, wieviele dieser Fälle überhaupt vor das Schiedsgericht kommen werden; denn die Erörterungen der letzten Tage scheinen endlich den Verkäufern ihre Kaufmannspflichten wieder ins Gedächtnis zurückgerufen zu haben. Auch wer die Stützung als solche verurteilt, muß Verträge, die er mit den stützenden Stellen abschließt, sinn- und wortgetreu erfüllen.

---

#### Zerfall der Treibstoff-Konvention

---

Auf dem deutschen Benzinmarkt spielen sich gegenwärtig sehr interessante Vorgänge ab. Die latente Krise der deutschen Treibstoff-Konvention, deren Vorhandensein bis zuletzt abgeleugnet worden war, ist zum offenen Ausbruch gekommen. Durch den Austritt der größten Mitgliedsfirmen — der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, der deutschen Gasolin AG, der Ölhag, der Olex GmbH, der Rhenania-Ossag, der Benzol GmbH und der Benzol-Vereinigung GmbH — wurde die *Konvention gesprengt*. Nachdem schon am 18. September eine Preisermäßigung um 1—2 Rpf eingetreten war, haben die aus der Konvention ausgeschiedenen Vertriebsgesellschaften am 29. September eine *weitere Preiserherabsetzung* um denselben Betrag vorgenommen. Fragt man nach den Gründen dieser Entwicklung, so muß man zwischen den *marktpolitischen* und den *wirtschaftspolitischen* unterscheiden. Zunächst hat die sinkende Tendenz auf dem Weltbenzinmarkt die Spannungen innerhalb der Konvention sehr verstärkt. Auf der einen Seite standen die acht *großen Konzernfirmen*, die mit einem ausgedehnten Tankstellennetz belastet sind. Das deutsche Pumpennetz ist übermäßig stark ausgebaut worden: Deutschland verfügt über 550 000 Automobile und 45 000 Pumpen, d. h. auf 12,2 Automobile entfällt eine Tankstelle, in den Vereinigten Staaten wurden dagegen bei 26 Mill. Wagen nur 340 000 Tankstellen gezählt, auf 76 Wagen kommt also eine Pumpe. Die erheblichen Kosten dieser übermäßigen Expansion sollten nach dem Willen der Konzerne die Verbraucher tragen. Sie versuchten deshalb, den Benzinpreis trotz der Baisse auf seinem hohen Niveau zu halten. Dabei wurden sie durch die Politik der Exportvereinigung der amerikanischen Ölindustrie ermutigt, die seit dem Februar keine Preisänderung mehr vorgenommen hat, obwohl — oder nach Auffassung der Produzenten: weil — sich in den Vereinigten Staaten riesige Läger angesammelt haben, die hohe Zins- und Lagerkosten verursachen. Erst in jüngster Zeit mußten sich die deutschen Firmen dazu entschließen, auf die offiziellen Notierungen Rabatte zu gewähren. Die Gegenspieler der Konzernfirmen sind die *kleineren und mittleren Mitgliedsfirmen* der Konvention, die keine Unterhaltskosten für Tankstellen zu tragen haben und die sich von einer Preisermäßigung die Verminderung ihrer Läger und eine Erhöhung der Umsätze ver-

sprachen. Etwa dreißig Firmen dieser Art forderten kürzlich — unter dem Druck des Wettbewerbs mit den Außenseitern, die billiges rumänisches Benzin beziehen — eine weitere Preisermäßigung. Angesichts der Spannungen innerhalb der Konvention wurden die offiziellen Preise immer weniger von den Mitgliedern der Konvention eingehalten, d. h. den Händlern und Garagenbesitzern wurden geheime Rabatte gewährt. Damit verloren auch die Konzerne das Interesse an dem Kartell, und als die zum Minoux-Konzern gehörende Mawag (Mineral- und Asphaltwerke AG) eine von der Konvention verhängte Strafe nicht anerkannte, benutzten sie den Anlaß, um die Konvention auch formell aufzuheben. Dabei sprach ein *wirtschaftlicher* Gesichtspunkt mit: die Anzeichen mehrten sich, daß das Reichswirtschaftsministerium gegen die Benzinkonvention auf Grund der Kartell-Notverordnung vorgehen werde. Durch die Sprengung des Kartells ist man einem unangenehmen Verfahren zugekommen. Daß diese Annahme nicht von der Hand zu weisen ist, zeigt der durchaus geregelte Rückzug der großen Firmen. Die obengenannten Gesellschaften haben unter sich eine Art Gentleman-Agreement über die neuen Konditionen abgeschlossen und in regionaler Abstufung die Preise dort am stärksten herabgesetzt, wo die Konkurrenz der Außenseiter bzw. der kleinen Innenseiter am fühlbarsten ist. Das Ziel des Kampfes ist die völlige Marktbeherrschung durch die Konzerne. Ob sie tatsächlich in diesem Kampf siegen werden, wird einmal davon abhängen, in welchem Umfang sich die kleineren Firmen mit dem billigen rumänischen Benzin versorgen können, auf der anderen Seite wird das Verhalten der Russen den Gang der Dinge wesentlich beeinflussen. Die Sowjetunion hat zwar mit dem Benzolverband ein Lieferabkommen abgeschlossen, aber es ist durchaus möglich, daß die Russen versuchen werden, ihre Ausfuhr durch Belieferung des freien Marktes zu steigern. Eine solche Taktik würde in den Rahmen der auf Forcierung des Exports abgestellten russischen Handelspolitik passen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß die drei Groß-Konzerne Shell, Standard-Oil und Anglo-Persian den Versuch machen, mit den unabhängigen Ölimporteuren zu einer Verständigung zu gelangen. Am 5. Oktober findet auf Einladung dieser drei Konzerne bzw. ihrer deutschen Vertriebsgesellschaften eine Konferenz mit den unabhängigen in der „Uniti“ zusammengeschlossenen Ölimporteuren in Hamburg statt.

---

#### Problematisches Regreßrecht

---

Die Generalversammlung der *Industriebau Held & Francke AG*, der man mit Spannung entgegenzusehen hatte, erwies sich in mehrfacher Hinsicht als lehrreich. Bemerkenswert war schon das verhältnismäßig hohe Niveau, auf dem sie sich, wenn man von einigen Intermezzi absieht, bewegte. Interessant war aber auch der Verhandlungsstoff. Die Themen lauteten: „Der Regreß im gegenwärtigen Aktienrecht“ und „Ein Kapitel Bauwirtschaft“. Beim ersten Thema wurde wieder einmal klar, welche tiefe Kluft zwischen der im Recht gegebenen und der tatsächlichen Regreßmöglichkeit liegt. Bei der Industriebau AG sind die Voraussetzungen für einen Regreß in einer solchen Fülle vorhanden, wie sie sonst kaum



jemals gegeben sind. Niemand leugnet, daß die schweren Verluste der Gesellschaft nicht aus dem Verlauf der Konjunktur oder aus normalen Fehlschlägen zu erklären, sondern von der Verwaltung verschuldet worden sind. Versucht man aber näher zu ergründen, wer im einzelnen als schuldig anzusehen ist, so vermögen die meisten Verwaltungsmitglieder die Schuld abzuwälzen — auf die Mitglieder des Vorstands, bei denen angeblich nichts zu holen ist, oder auf die Vertreter der Banken im Aufsichtsrat, die verantwortlich zu machen man nicht riskieren kann, weil sie sonst ihre Mitwirkung bei der Sanierung verweigern. In der Regel scheitern Regresse daran, daß die Opposition, die den Regreßprozeß durchfechten möchte, die Interna nicht genügend kennt, um die Schuld beweisen zu können. Auch in dieser Hinsicht liegen die Dinge bei Industriebau anders. Die Stimmenmehrheit ist an die AG für Verkehrswesen übergegangen, nachdem die Hauptverluste bereits eingetreten waren. Der Generaldirektor der AG für Verkehrswesen, Dr. Lübbert, hat damals den Aufsichtsratsvorsitz bei Industriebau übernommen. Er kennt alle Einzelheiten, ihm steht das gesamte Material zur Verfügung. Aber auch er muß sich im wesentlichen darauf beschränken, gegen den früheren Aufsichtsrats-Vorsitzenden, Ludwig Katzenellenbogen, und dessen Mitarbeiter, von Bentivegni — beide vom Ostwerke-Konzern —, die Regreßklage einzuleiten. Den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrats wurde mit der Stimmenmehrheit der jetzigen Muttergesellschaft, der AG für Verkehrswesen, die durch die Verfehlungen der alten Verwaltung schwere Verluste an ihrer Beteiligung erleidet, die Entlastung erteilt. Sie verzichten lediglich auf die Tantieme der letzten beiden Jahre — das ist alles. Dabei steht fest, daß der Aufsichtsrat die Bilanzen von 1926 bis 1928, die sich nachträglich als falsch erwiesen haben, nicht mit der erforderlichen Sorgfalt geprüft hat, sondern darauf vertraute, daß der Vorsitzende schon alles richtig machen werde. Dr. Lübbert meinte, man könne den Aufsichtsratsmitgliedern keinen Vorwurf daraus machen, denn das geschäftliche Ansehen des Herrn Katzenellenbogen habe es gerechtfertigt, daß man sich ganz auf ihn verließ. Auch die Satzung der Gesellschaft habe dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats ungewöhnlich große Befugnisse eingeräumt. Wir glauben nicht, daß Dr. Lübbert, der sonst recht angriffsfreudig ist, in diesem Fall tatsächlich so unangebracht versöhnliche Auffassungen hat. Wahrscheinlich hat er sich nur davon überzeugt, daß es gefährlich ist, einen Kampf gegen 25 Persönlichkeiten, darunter Vertreter sämtlicher Großbanken, in die Wege zu leiten. Sämtliche Großbanken in einem Konsortium vereinigt — das ist eine so starke Macht, daß eine Gesellschaft, die gegen sie ankämpft, unterliegen muß. Ein solches Konsortium besitzt nahezu ein Kreditmonopol und kann sich deshalb praktisch jedem Regreß entziehen. Es wurde aber nicht nur dem Aufsichtsrat (mit Ausnahme der Ostwerke-Vertreter) die Entlastung erteilt, sondern auch dem Vorstand, obwohl dessen Schuld nahezu erwiesen ist. Eine sonderbare Rechtskonstruktion hat man dafür gefunden: Der Vorstand unterwirft sich einem Schiedsgericht, das über einen etwaigen Regreß entscheiden soll; es bestünde deshalb, so hieß es, kein Bedenken, ihm formell die Entlastung zu erteilen. Diese Konstruktion ist recht gefährlich, denn

die Entlastung bedeutet eine Bestätigung der ordentlichen Geschäftsführung und Verzicht auf Regreß. Man hat also das Kunststück fertig gebracht, gleichzeitig auf Regreß zu verzichten und einen Regreß einzuleiten, der allerdings infolge der geringen Vermögen der Vorstandsmitglieder nicht sehr aussichtsreich ist. Übrigens erklären auch die meisten Vorstandsmitglieder, daß sie von den Bilanzfehlern nichts gewußt hätten; sie hätten die falschen Unterlagen von dem Leiter des Berliner Hochbauressorts erhalten. Nur gegen die beiden *Vertreter der Ostwerke* soll die Regreßklage eingeleitet werden. Sie wird sich u. a. darauf stützen, daß Fusions-Buchgewinne und Agio-Erträge, die in den Reservefonds geleitet werden mußten, zu Ausschüttungen herangezogen wurden, daß ferner die Ostwerke-Gruppe einen größeren Betrag Industriebau-Aktien an die Industriebau AG selbst verkauft hat. Aber auch die Vertreter der Ostwerke sind in der Lage, die Schuld zum Teil abzuwälzen. Sie berufen sich darauf, daß sie der Industriebau AG gute Aufträge zugeführt und manche gefährlichen Auslandsgeschäfte verhindert haben, daß sich der Aufsichtsrat der Verantwortung nicht entziehen könne, sondern daß entweder alle Mitglieder verantwortlich seien oder niemand. Für den freien Aktionär ergibt sich aus der Diskussion die Erkenntnis, daß „die Verwaltung“ eine anonyme Institution ist, die schwer gefaßt werden kann. Jeder beruft sich auf Unkenntnis und versteckt sich hinter seinem Nebenmann. Das wird sich hoffentlich ändern, wenn nach dem neuen Aktienrechts-Entwurf nicht nur der Gesamtaufsichtsrat, sondern *jedes Mitglied* mit Kontrollrechten ausgestattet ist. Dann wird sich niemand mehr auf Unkenntnis berufen können.

---

#### Ein Kapitel Bauwirtschaft

---

Das zweite Hauptthema, das in der Generalversammlung der Industriebau AG behandelt wurde, könnte den Inhalt eines kleinen Kollegs bilden, das für alle diejenigen bestimmt sein müßte, die sich nicht genug darin tun können, die Mißstände im öffentlichen Bauwesen und namentlich in dem durch öffentliche Mittel geförderten Wohnungsbau an den Pranger zu stellen. Diese Mißstände sind unlegbar vorhanden, aber gerade jene Kreise, die alles Heil von der Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse erwarten, sollten wissen, daß die Mißstände im Bauwesen weniger ein Kennzeichen der öffentlichen Bauwirtschaft als ein Merkmal der Bauwirtschaft überhaupt sind. Jeder Eingeweihte weiß, daß in diesem Gewerbe leichtsinnige Geschäftsführung besonders häufig anzutreffen, die Korruption besonders im Schwung ist, Sachverständigen-Gutachten fast für jeden Zweck erhältlich sind, das Schmierwesen besonders blüht. In der Generalversammlung der Industriebau AG wurde einmal der Schleier, der über diese Verhältnisse im Baugewerbe gebreitet ist, gelüftet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats hat in ihr einiges von dem *Schmargendorfer Bauprojekt* erzählt, bei dem die Industriebau AG Millionen verloren hat. Wie kam dieses Geschäft zustande? Eine Baugenossenschaft — wir wissen, wie es mit der Gemeinnützigkeit der sogenannten Baugenossenschaften bestellt ist; oft sind sie nur Aushängeschild regelrechter Erwerbsunternehmungen — wollte ein größeres Projekt ohne Inanspruchnahme von Hauszinssteuermit-



teln durchführen. Die Hergabe der Hauszinssteuerhypotheken ist an mannigfache Bedingungen geknüpft, die oft recht unbequem sind und die Gewinnchancen schmälern. Verzichtet man auf sie, so ist man in der Ausgestaltung des Baus und in der Festsetzung der Mieten frei. Jene Genossenschaft gründete also, da der Durchführung des Projekts ihre genossenschaftliche Rechtsform im Wege stand, eine Aktiengesellschaft mit einem eingezahlten Kapital von 25 000 RM. Mit dieser Gründung leitete sie ein Bauprojekt ein, dessen Gesamtwert ursprünglich auf 8 Millionen RM veranschlagt war. Zunächst wurde ein Teilabschnitt des Baus in Angriff genommen. Die ausführende Firma war die Industriebau Held & Francke AG. Sie hat sich, wie Dr. Lübbert feststellte, keine Sorgen darum gemacht, wie denn dieses große Projekt von einer Gesellschaft mit 25 000 RM eingezahltem Kapital finanziert werde. Man baute also auf Kredit und hatte auf diese Weise 1¼ Mill. RM verbaut, als bei dem Auftraggeber Zahlungsschwierigkeiten auftraten. Der halbfertige Bau mußte weitergeführt, gutes Geld dem schlechten nachgeworfen werden. Eine Tochtergesellschaft der AG für Verkehrswesen hat das Objekt dann übernommen und mit einem Kostenaufwand von 2,6 Mill. RM fertiggestellt. Die Endabrechnung ergab für die Industriebau AG einen Verlust von 1¼ Mill. RM. Der einzige sichere Verdienst wurde auch hier an *Provisionen* erzielt, wie aus den Darlegungen von Dr. Lübbert hervorging; für Vermittlungsgeschäfte an diesem Projekt hat die Industriebau AG eine erkleckliche Summe bezahlen müssen. Die Zwischenschaltung zahlreicher, nicht immer einwandfreier Geschäftemacher gehört ja zu jenen Übeln im Baugewerbe, die offenbar nicht auszurotten sind. Hier liegt also ein Fall vor, bei dem keinerlei öffentliche Stellen beteiligt, keinerlei öffentliche Mittel eingesetzt waren; und doch wurde so gefehlt! Vielleicht trägt dieser Fall dazu bei, in den unerquicklichen Diskussionen um die Frage: *privates oder öffentliches Bauwesen die Fronten zu verschieben*. Es ist nicht so, daß alles öffentliche Bauwesen schlecht, alles private Bauwesen gut ist. Es sollten sich vielmehr aus beiden Lagern alle, die eine Bereinigung der Bauwirtschaft wünschen, zusammentun gegen jene, die dazu beitragen, das Baugewerbe in Verruf zu bringen.

**Dividenden-Erhöhung eines Montanunternehmens** Die *Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb* in Nürnberg, die Holding-Gesellschaft des *Haniel-Konzerns*, sieht für das Geschäftsjahr 1929/30 eine Ausschüttung vor, die angesichts der leidenschaftlichen Erörterungen über Preise und Löhne und der bisherigen Darlegungen über die Rentabilität der Montanindustrie Überraschung hervorrufen muß. Es soll nämlich eine *Dividenden-erhöhung von 7 % auf 10 %* in Vorschlag gebracht werden. Es liegt nahe, sich bei diesem Anlaß der Meinungsverschiedenheiten zu erinnern, die innerhalb der über die Mehrheit verfügenden Familie bestehen. Die Interessen der Mehrheitsbesitzer streben jetzt augenscheinlich so stark auseinander, daß die bisherige Thesaurierungspolitik nicht mehr fortgesetzt werden kann. Man muß deshalb auch in der veränderten Gewinnverwendung eine Bestätigung der

Mitteilungen sehen, die vor einiger Zeit über einen Wechsel des Mehrheitsbesitzes bei der Gutehoffnungshütte durch die Tagespresse gingen. Zweifellos ist damit zu rechnen, daß auch der alte Familienbesitz der Haniels früher oder später an eine der großen Gruppen übergeht, die in der letzten Zeit bei der Konzentrationsbewegung in der Montanindustrie hervorgetreten sind, und zwar spricht manches dafür, daß die Entscheidung hierüber einmal sehr rasch fällt. Ob es indes richtig wäre, die Dividendenerhöhung der Gutehoffnungshütte lediglich auf die Verkaufsabsichten der den Konzern beherrschenden Familie zurückzuführen, erscheint uns zweifelhaft. In der Mitteilung der Verwaltung heißt es ausdrücklich, daß die Kohlenzechen und Hüttenwerke der Oberhausener Tochtergesellschaft, des eigentlichen Kerns des Konzerns, zu dem Gewinnergebnis 5 Mill. RM gegen 3,94 Mill. RM i. V. beitragen, „ein Betrag, der nach der Produktionshöhe der Betriebe je Tonne den durchschnittlichen Ausschüttungen der übrigen Montanindustrie für das abgelaufene Geschäftsjahr entsprechen dürfte“. Wenn es sich bei diesem Satz nicht nur um eine mißverständliche Formulierung handeln sollte, könnte man aus ihm weitgehende Schlüsse auf die Situation der westdeutschen Montanindustrie ziehen. Wir möchten in diesem Zusammenhang auch auf den Aufsatz: „Die Rationalisierung der Eisen schaffenden Industrie“ in dieser Nummer verweisen.

#### Umorganisation bei Felten & Guillaume

Die zur Arbed-Gruppe gehörende *Felten & Guillaume Carlswerk AG*, Köln, umfaßt seit langer

Zeit Betriebe, die nur lose miteinander zusammenhängen. Auf der einen Seite steht die elektrotechnische Fabrikation (Kabel) mit den dazugehörigen Kupferwalzwerken, auf der anderen Seite die Eisenverarbeitung, bei der die Fabrikation von Draht und Drahtseilen das Hauptobjekt ist. Wenn auch das Walzen von Kupferdraht und von Eisendraht *technisch* ähnliche Vorgänge sind, so liegen *marktmäßig* sowohl im Einkauf wie im Verkauf nur geringe Beziehungen zwischen den beiden Gebieten vor. Man schätzt den letzten Jahresumsatz der Felten & Guillaume AG auf etwa 115 Mill. RM, wovon etwa ein Drittel auf die Eisen- und Stahlbetriebe entfällt — das mengenmäßige Verhältnis ist ein ganz anderes. Die Verwaltung hat nun mitten im Geschäftsjahr beschlossen, die beiden Zweige einschließlich der dazugehörigen Beteiligungen verwaltungsmäßig voneinander zu trennen. Die Eisen- und Stahlbetriebe und die entsprechenden Beteiligungen sollen in eine neu zu gründende *Felten & Guillaume Carlswerk Eisen- und Stahl-AG* eingebracht werden, deren Gesamtkapital (18 Mill. RM) von der Muttergesellschaft übernommen werden soll. Die Trennung selbst ist verständlich, unbegreiflich ist aber bisher, was *gerade jetzt* Veranlassung gab, die Trennung vorzunehmen. Der Bericht, den die Verwaltung über das Gründungsprojekt verbreitet hat, spricht davon, daß Fragen des *Kartellwesens* mitgesprochen hätten, in welchem Sinne aber, das wurde nicht erläutert und ist ohne Erläuterung schwer zu verstehen. Die Verwaltung darf sich unter diesen Umständen nicht wundern, daß sich trotz aller Dementis die von uns bereits erwähnten Gerüchte (vgl. Nr. 59, S. 1796) hart-

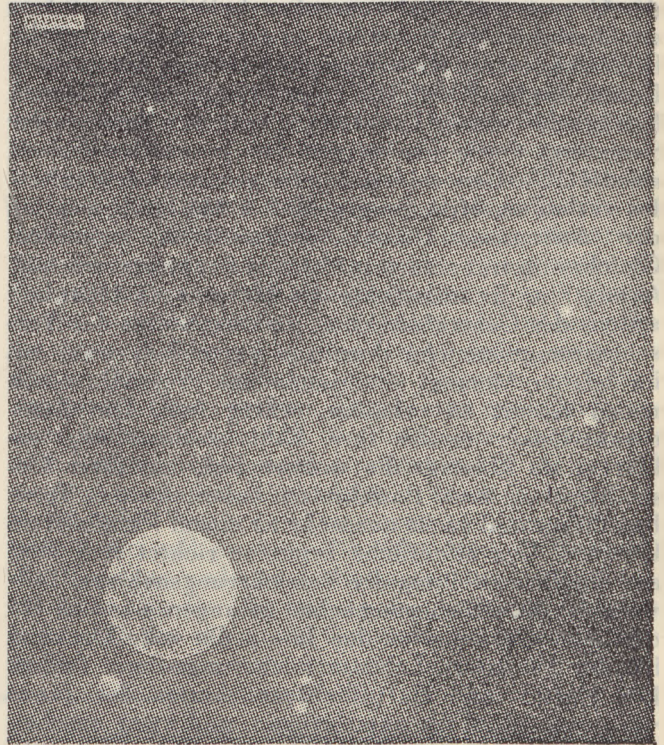


näckig erhalten, wonach sich eine amerikanische Gruppe im Zusammenhang mit dem projektierten Ozean-Telefon-Kabel für die Kabelfabriken der Felten & Guillaume AG interessieren. Das mangelhaft begründete Teilungsprojekt fordert dazu heraus, den Schluß zu ziehen, daß der verwaltungstechnischen Trennung auch besitzmäßig eine Trennung folgen werde, und zwar in dem Sinn, daß die Kabelfabrik an amerikanische Interessenten übergehen könnte. Die Kölner Direktion tritt dem allerdings mit aller Energie entgegen. Sie erklärt uns, daß ihr „von einem Versuch der ITT, auf Felten & Guillaume Einfluß zu gewinnen, außer haltlosen Gerüchten nichts bekannt geworden“ sei. Es besteht kein Anlaß, an der Berechtigung dieses Dementis zu zweifeln. Wir glauben aber, daß es an Gewicht noch erheblich gewinnen würde, wenn es durch eine verständliche Darlegung der Motive ergänzt würde, die in Wirklichkeit für die Trennung der Eisen- und Kupferbetriebe maßgebend waren.

#### Der Zusammenbruch der Assecuranz-Union

Die Assecuranz-Union von 1865 in Hamburg, über deren prekäre Lage wir bereits in Nr. 37 berichteten

(vgl. S. 1730), hat vergeblich den Versuch gemacht, ihre hohen Millionenverluste nicht im vollen Umfang auszuweisen, sondern die Bereinigung gewissermaßen in zwei Etappen vorzunehmen: Sie hatte etwa 4 Mill. RM als Buchgewinn durch Fusion mit der Janus Hamburger Versicherungs-AG erzielen wollen, wobei fünf Assecuranz-Union-Aktien in drei Janus-Aktien umgetauscht werden sollten; außerdem versuchte sie, die Abtragung der Restverluste von nochmals 2—3 Millionen RM auf spätere günstigere Geschäftsjahre zu verschieben. Das war ein halsbrecherischer Versuch. Ganz abgesehen von der Frage der Bilanzwahrheit mußte es von vornherein als fraglich erscheinen, ob die Zukunft die erwarteten Gewinne wirklich bringen werde, zumal die Acquisitionskraft der Gesellschaft durch die bereits zugestanden Verluste fühlbaren Schaden erlitten hatte. Die Überleitung der Assecuranz-Union auf die Janus-AG nach vorheriger Fusion mit der nahestehenden Neptunus Assecuranz Co. sollte finanziell dadurch ermöglicht werden, daß die Janus ihr Lebensversicherungs-Geschäft aufgab und ihren Bestand an Lebensversicherungen für 2½ Mill. RM an die Nordstern Lebensversicherungs-Bank AG verkaufte. (Dieser Vertrag hat inzwischen durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung Rechtskraft erhalten.) Aus den 2½ Mill. RM sollten unter Dazwischentreten eines Bank-Konsortiums die alten Janus-Aktien, von denen die Assecuranz-Union 92 % besitzt, vollbezahlt und das Aktienkapital alsdann von 2 auf 4 Millionen RM (vollbezahlt) erhöht werden. Diese Kombinationen wurden aber über den Haufen geworfen, als eine Revision, an der das Reichsaufsichtsamt (auf Grund seines Aufsichtsrechts über die im Neptunus liegende Feuerversicherung) beteiligt gewesen sein dürfte, die tatsächlich in der Gruppe Assecuranz Union—Neptunus eingetretenen Verluste aufdeckte und damit die Unzulänglichkeit der Bereinigungsvorschläge im Assecuranz Union-Konzern feststellte. Der Verlust, d. h. in der Hauptsache der Fehlbetrag in den technischen Reserven für das indirekte Transportver-



## KAMPF DEM STAUB!



**OVERSTOLZ**

**5 PF.**

**RAVENKLAU**

**6 PF.**

staubfrei

— schmecken

niemals bitter!

**S**ie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - che sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

In der Weite des unbegrenzten Weltalls wie in der Enge des kleinsten Wassertropfens — überall findet sich Staub, unaufhörlich fällt er von allen Stoffen ab und teilt sich der Umgebung als lästiger Niederschlag mit. Es darf deshalb nicht überraschen, daß auch bei der Verarbeitung des Zigaretten-Tabaks ein gelblicher Staub entsteht. Da er zum größten Teil vom Tabak selbst stammt, hat man ihn bislang als unvermeidliches Übel hingenommen und sich damit abfinden müssen, daß dieser Staub beim Rauchen einen bitteren Geschmack verursacht. Haus Neuerburg aber hat in seinem Kampf gegen den Tabakstaub neuartige Wege gefunden und ist des hartnäckigen Gegners Herr geworden. Unsere Zigaretten sind frei von Staub und jedem bitteren Beigeschmack; sie bieten deshalb den ungeschmälerten Genuß des edlen Macedonentabaks.

NEF



sicherungs-Geschäft, beträgt nicht (wie die Direktion der Gruppe zunächst angegeben hatte) vier, sondern annähernd sieben Millionen; er erreicht also etwa die Höhe des eingezahlten Aktienkapitals der Assecuranz-Union, das bei 9 Mill. RM Nominalkapital 7 Millionen beträgt. Mit dieser Feststellung war der Versuch der Sanierung durch Fusion mit der Janus-Gesellschaft erledigt. Die Generalversammlungen mußten resultatlos verlaufen, Mitteilung gemäß § 240 HGB war bei der Assecuranz-Union unvermeidlich geworden. Gleichzeitig trat eine vernichtende *Vertrauenserschütterung* ein, die angesichts des Mangels an Offenheit seitens der Generaldirektion und angesichts der Verschleppungsversuche durchaus begreiflich war; ein im letzten Moment unternommener Versuch, einen neuen Kredit zu erhalten, schlug fehl. Die Assecuranz-Union mußte ihre *Zahlungseinstellung* erklären; sie übergab die weitere Führung ihrer Geschäfte einer ihren Bankkreisen nahestehenden Treuhänderfirma und sucht nunmehr zu einem *Vergleich* zu kommen. Das öffentliche Interesse richtet sich jetzt auf die Sicherstellung der Versicherungsnehmer. Teilweise ist diese Sicherung schon gelungen, nämlich für die Lebensversicherten der Janus, die volle Deckung bei der Nordstern Lebensversicherungs-Bank finden. Die Unfall- und Haftpflichtversicherten des Janus wird man ebenfalls unterbringen, und zwar anscheinend in Hamburger (Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft) oder in Berliner (Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-AG) Versicherungskreisen. In ähnlicher Weise ist mit der Sicherung der Feuerversicherten der Neptunus zu rechnen; die Neptunus, die ebenfalls in einer schwierigen Lage ist, wird ihr Feuerportefeuille abgeben; zum weiteren aktiven Geschäft ist sie nicht mehr in der Lage. Auch die Rückversicherung für Leben im Janus usw. wird, da der bisherige Rückversicherer (nämlich die Assecuranz-Union) zahlungsunfähig ist, rasch neu geordnet werden müssen. Insofern ist mit Ausfällen für die Beteiligten an diesen Versicherungen hoffentlich nicht zu rechnen. Man erwartet, die Janus-AG nach Durchführung der Transaktionen ruhig liquidieren zu können. Anders steht es mit den Transportversicherten der Gruppe Assecuranz-Union; für diese wird wohl nicht mehr zu erreichen sein als die Herausnahme und Überleitung geeigneter Versicherungen auf andere Firmen. Belastet ist die Assecuranz-Union vor allem durch die hohe Einzahlungsverpflichtung von 75 % auf 92 % des Aktienkapitals der Janus-AG. Inwieweit Anforderungen daraus entstehen, läßt sich bisher nicht erkennen. Im übrigen scheint man zu hoffen, daß bei Vollverlust des Aktienkapitals die Gläubiger der Assecuranz-Union keine allzu hohen Verluste erleiden werden, doch steht darüber noch nichts Sicheres fest. Der Versuch, die Leitung der Assecuranz — Direktion und Aufsichtsrat — für die zweifelhafte Bilanzierung und die älteren Geschäftsvorgänge (noch für 1927 und 1928 glaubte man 10 % Dividende verteilen zu können!) zur Verantwortung zu ziehen, sollte bei der Lage der Dinge gemacht werden. Der Zusammenbruch ist eine Folge völliger Unfähigkeit der Leitung in der Auswahl des schwierigen direkten und indirekten Transportversicherung-Geschäfts, wobei der bedenkliche Charakter der Teilausweisung von Verlusten zu besonderer Beanstandung Anlaß gibt. Die Konzernorganisation in der Gruppe Assecuranz-Union, bei der enorme Einzahlungsverpflichtungen auf Janus-

und Neptunus-Aktien ruhen, gibt erneut Anlaß, auf die Unzweckmäßigkeit dieses Arbeitens mit nur teilweise eingezahltem Aktienkapital hinzuweisen: derartige „Garantiekapitalien“, deren Summenausweis immer wieder zu Wettbewerbszwecken gebraucht wird, haben sich bereits häufig als Scheinkapitalien erwiesen.

---

#### Prestigepolitik der Elektrobank?

---

Die Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich hat ihre Dividende von 10 auf 12 % heraufgesetzt und zugleich durch Offenlegung stiller Rücklagen ihre offenen Reserven von 15 Mill. Fr auf volle 60 % des Kapitals verdreifacht — zwei Maßnahmen, die geeignet sind, das Institut recht stark erscheinen zu lassen, wenn man sie für sich allein betrachtet. Aber man kann solche Entschlüsse nur beurteilen, wenn man sie mit der gesamten Lage eines Unternehmens in Beziehung setzt, und dann wirken sie in diesem Fall unverständlich. Die Verwaltung selbst hat nähere Erklärungen nicht abgegeben, und so ist man darauf angewiesen, den Abschluß und den Bericht selbst auf den Zusammenhang mit jenen Entschlüssen zu untersuchen. Da der Reingewinn nicht erheblich gestiegen ist, kann die Dividende nur dadurch erhöht werden, daß man die seit Jahren regelmäßig erfolgte Zuweisung an die Reserve diesmal unterläßt, womit man gerade die notwendigen 1½ Mill. Fr frei bekommt. Nur wenn man das Unternehmen als kräftig genug betrachtet, um für die Zukunft auf eine Stärkung der Rücklagen aus den laufenden Erträgen zu verzichten, erscheint diese Dividendenpolitik natürlich. Leider gibt der Bericht keine Aufklärung darüber, inwieweit es sich bei der neuen Reservenstärkung nur um eine Umbuchung handelt oder um eine echte Kräftigung aus neuen Gewinnen. Es heißt nur, daß aus größeren Geschäften und aus Liquidierung einer Reihe von Engagements Rückstellungen frei geworden seien, die man zusammengeworfen habe mit einem Betrag, der sich aus höherer Bewertung gewisser Aktien- und Syndikatsbeteiligungen ergebe; dabei seien aber alle Beteiligungen auch heute noch weit unter den mittleren Börsenkursen vom Juni 1930 verbucht. Daß eine solche Höherbewertung an sich unveränderter Aktiven für den deutschen Beobachter ungewohnt ist und ihm fast als ein Beweis mangelnder Solidität gilt, mag nicht viel besagen. In Amerika ist es sogar vielfach üblich, jeder Wert- oder Kurssteigerung einer Beteiligung oder irgendeines anderen Aktivums in der nächsten Bilanz Rechnung zu tragen und die daraus entstehenden Gewinne Jahr für Jahr den Rücklagen zuzuweisen, aus denen dann auch etwaige Buchverluste wieder abgeschrieben werden müssen. Ein solcher Verzicht auf stille Reserven ist — konsequent durchgeführt — zu begrüßen; denn nur eine zutreffende Bewertung der Aktiven läßt ein Urteil über die Rentabilität eines Unternehmens zu. Eine konsequente Sorge für Bilanzwahrheit stellt aber die Maßnahme der Elektrobank offenbar nicht dar; denn bei ihr handelt es sich nur um einen einmaligen Vorgang in einem Jahr, das aller Wahrscheinlichkeit nach keine besonders großen Werterhöhungen brachte. Für diese Deutung spricht die Gesamttendenz der letzten Zeit. Obgleich sich die Elektrowerte relativ gut behaupteten, blieben sie doch nirgends



von der internationalen Börsenbaisse ganz verschont. Auch die Einzelnachweisungen der Elektrobank geben keinen Anhaltspunkt für große Gewinne. Nur bei ein oder zwei Geschäften kann man sie vermuten: bei der Abwicklung der Syndikatsbeteiligung an der Sofina und allenfalls bei der Einbringung von Aktien der Soci ta Adriatica di Elettricit  in die European Electric Corp., die teils gegen bar, teils gegen Aktien erfolgte. Im übrigen lassen die Veränderungen des Portefeuilles, soweit sie sichtbar werden, eher auf eine Realisierung von Verlusten als von Gewinnen schließen. Denn wesentlich verändert haben sich anscheinend nur die spanischen Interessen, deren Nominalwert — unter Berücksichtigung der tatsächlichen Einzahlungen — um 16½ Mill. Peseten abnahm, obwohl ein Teil der Abstoßungen erst in der nächsten Bilanz zu berücksichtigen ist. Diesmal waren die Beteiligung an der Regadios y Energia de Valencia SA auszubuchen (einer erst Mitte 1928 gegründeten Gesellschaft, an der man sich schon nach einem Jahr wieder desinteressierte) und der maßgebende Anteil an der Saltos del Albarce in Madrid, die ebenfalls erst im Februar 1929 einen Teilbetrieb aufnahm; ohne daß man etwas über die Bewährung gehört hätte, erfolgt die Abstoßung auch

dieses Engagements gegen Aktien einer Nachbargesellschaft, die man inzwischen auch schon wieder veräußert hat. Daß sich dadurch die spanischen Engagements namhaft verminderten, verzeichnet der Bericht offensichtlich mit Genugtuung. Auch l ft er an anderer Stelle zwischen den Zeilen erkennen, daß man Verluste aus der Pesetenentwertung nicht ganz vermeiden konnte. Allem Anschein nach hat die Beteiligte in Spanien, die man vor zwei Jahren als besonders aussichtsreich bezeichnete, den Erwartungen keineswegs entsprochen, und es liegt sogar die Vermutung nahe, daß eine Veränderung im Vorstand damit zusammenhängt. So sieht man bei näherer Betrachtung keinen sachlichen Grund dafür, gerade in diesem Jahr die zurückhaltende Reserven- und Dividendenpolitik zu ändern. Es gibt nur zwei Erklärungen: Entweder wünscht die Bank, ihre Chancen für eine Emission zu verbessern, oder sie will zeigen, daß sie auch nach dem Rückschlag in Spanien noch kräftig dasteht. Wenn das keine unerfreuliche Prestigepolitik sein soll, muß sie sich offen über die Herkunft der Gewinne und den Umfang der Fehlschläge aussprechen. Im Bericht hat sie das versäumt. Hoffentlich wird sie es in der Generalversammlung nachholen.

### Die neue Produktions-Kontingentierung im Eisenpakt

Die am 15. September in Lüttich beschlossene Kontingentierung der Produktion bedeutet eine 25%ige *Einschränkung der Erzeugung* der Kartell nder gegenüber dem Stand vom Oktober 1929 (vgl. Nr. 38, S. 1767). Das gesamte Kontingent beträgt demnach 6,8 Mill. t. Tatsächlich wurden erzeugt im ersten Quartal dieses Jahres 8,4 Mill. t, im zweiten Quartal 7,4 Mill. t und in den ersten beiden Monaten des dritten Quartals 4,5 Mill. t. Rechnet man für September die gleiche Erzeugung wie im Durchschnitt der Monate Juli und August, so würde die Gesamtproduktion im dritten Vierteljahr bereits unter 6,8 Mill. t liegen. Im September dürfte aber die Produktion in Wirklichkeit niedriger gewesen sein als in den beiden Vormonaten. Der Produktionsrückgang verteilt sich jedoch sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Länder. Von Oktober bis August war nämlich die deutsche Erzeugung um 35 %, die belgische um 36 %, die luxemburgische um 27 %, die französische dagegen nur um 8 % geringer als Oktober 1929. Man hat den angeschlossenen Industrien die Wahl gelassen, ob sie als Grundquote ihre Anfangsquote im Stahlpakt von Ende 1926 oder die Produktion vom Oktober 1929 wählen wollen. Für Frankreich, das wahrscheinlich allein für Strafzahlungen in Betracht kommt, ist die Wahl der Quote von 1926 vorteilhafter. Obwohl von dieser Neuregelung außer der deutschen, von jeher paktfreundlichen Eisenindustrie, auch die belgische profitieren würde, da die Strafzahlungen im Verhältnis der Quotenunterschreitungen verteilt werden, liegt noch immer nicht die Zustimmung aller belgischen Firmen vor. Es ist wahrscheinlich, daß Frankreich seine Produktion herabsetzen wird. Die französische Eisenindustrie müßte in den letzten Wochen sowohl die syndizierten wie die nichtsyndizierten französischen Inlandspreise senken. Auch geht die anhaltend schwache Tendenz der festländischen Ausfuhrpreise neuerdings auf Unterbietungen der Franzosen zurück. Die Unterbietungen betreffen hauptsächlich Formeisen, dessen Preis fob Antwerpen auf unter 80 sh je t (gegenüber einem deutschen Preis von mindestens 134 RM je t ab Oberhausen) gesunken sind. Die deutsche Eisenindustrie mußte die sogenannten *AVI-Preise*, die für den indirekten Export der Eisenverarbeitung gelten, stark herabsetzen. Verglichen mit den Weltmarktpreisen liegen die AVI-Preise allerdings immer noch sehr hoch.

### Investment Trust der Osterreichischen Credit-Anstalt

Man schreibt uns aus Wien: „Die Osterreichische Credit-Anstalt gibt die Gründung eines Investment Trust in Basel bekannt, dessen Aktienkapital 40 Mill. Fr betragen soll. Die Verhandlungen, die seit Monaten mit einer internationalen Finanzgruppe geführt wurden, sind kürzlich zum Abschluß gebracht worden. Vom Aktienkapital übernimmt die Credit-Anstalt die Mehrheit, während sich die Finanzgruppe, der der Schweizer Bank-Verein, Helbert Wagg & Co. (London) und das Wiener Bankhaus Rothschild angehören, vorläufig in die Minderheit teilen; später sollen die Aktien im Publikum untergebracht werden. Die Hauptaufgabe der Finanzgruppe ist die Begebung einer Obligationenanleihe von 40 Mill. Fr mit 5½% iger Verzinsung und 15 Jahren Laufzeit; doch wird das Recht des Rückkaufs zu pari nach zehn Jahren vorbehalten. Die Emission soll zu fast 100 % erfolgen. Die Obligationäre erhalten das Recht, innerhalb von fünf Jahren auf 10 % des Nennwerts ihrer Obligationen Aktien zum Kurse von 150 % zu kaufen. Die Credit-Anstalt verkauft dem Trust einen Teil ihrer *Effektenbest nde*, behält aber das Stimmrecht und damit auch die Leitung ihrer Konzernunternehmungen. Bekanntlich hatte auch die Boden-Credit-Anstalt seinerzeit einen solchen Effekten-trust zur Entlastung ihres Beteiligungs-Portefeuilles in Amsterdam gegründet. Die Konstruktion des Trust der Credit-Anstalt ist aber wesentlich günstiger; z. B. fällt die Verpflichtung zum Rückkauf der Konzerneffekten, die beim Boden-Credit-Trust bestand, weg. Sie sucht also ihre Konzerneffekten, die sie nicht direkt beim Publikum unterbringen kann, indirekt durch Verkauf der Trustaktien und der Obligationen zu begeben. Die Best nde an Konzerneffekten sind ohne Zweifel übermäßig groß. Das gilt sowohl von den von der Boden-Credit-Anstalt übernommenen als auch von den eigenen Papieren. Die jahrelange Flaueit der Börse hat alle osterreichischen Banken gezwungen, einen erheblichen Teil der umlaufenden Aktien ihrer Konzernunternehmungen zu Kursst tzungszwecken zu übernehmen. Die Hoffnung, diese Best nde in absehbarer Zeit abstoßen zu können, hat getäuscht. Mit dem Schweizer Trust wurde ein glücklicher Ausweg gefunden. Gelingt es, die Dividenden der Konzernunternehmungen, deren Aktien in den Trust eingebracht wurden, in entsprechender Höhe aufrecht zu erhalten, so daß auch der



Trust an seine Aktionäre ein gutes Erträgnis abwerfen kann, so lassen sich wohl auch Kapitalerhöhungen bei den Konzernunternehmungen durchführen. Der Trust würde somit nicht nur die Credit-Anstalt selbst, sondern auch ihre Konzernunternehmungen direkt entlasten, die vielfach gezwungen waren, unabweisliche Investitionen mit Bankkrediten zu bestreiten.“

#### Personalia

In den Generalrat der Reichsbank wurden für die aus-  
geschiedenen ausländischen Mitglieder der Vizepräsident  
des Direktoriums, Reichsbankdirektor *Friedrich Dreyse*,  
Fabrikbesitzer *Georg Müller* in Oerlinghausen und der  
Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Pommern  
*Richard von Flemming* gewählt (vgl. S. 1857).

Zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin ist  
Reichsbahndirektionspräsident Dr. ing. e. h. *Clemens  
Marx*, bisher Leiter der Reichsbahndirektion Essen,  
ernannt worden. Der Essener Posten wird durch Reichs-  
bahndirektor *Leibbrand* aus der Hauptverwaltung der  
Reichsbahn besetzt.

Am 1. Oktober vollendete der Mannheimer Rechts-  
anwalt Dr. *Max Hachenburg* sein 70. Lebensjahr. Hachen-  
burg, der u. a. dem Vorstand des Deutschen Anwaltver-  
eins und der ständigen Deputation des Deutschen  
Juristentags angehört, ist besonders durch den Kommen-  
tar zum Handelsgesetzbuch bekannt geworden, den er  
zusammen mit Düringer herausgab. Hachenburg hat als  
einer der ersten Juristen dem Gebiet des Wirtschaftsrechts  
sein spezielles Interesse gewidmet.

Der ehemalige Direktor am Rechnungshof des Deutschen  
Reiches, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. jur. h. c.  
*Maximilian von Kehler*, ist in diesen Tagen gestorben.

Der frühere demokratische Reichstagsabgeordnete  
Dr. h. c. *Max Bahr*, Aufsichtsratsvorsitzender der Max  
Bahr AG, Jutespinnerei und -weberei, Plan- und Sack-  
fabrik in Landsberg a. d. W., ist im Alter von 82 Jahren  
gestorben. Bahr ist durch sein temperamentvolles Ein-  
treten für eine fortschrittliche Sozialpolitik bekannt ge-  
worden.

In das Präsidium der Deutschen Bank und Disconto-  
Gesellschaft wurde an Stelle des verstorbenen Dr. Salo-  
monsohn *Franz Urbig* gewählt.

Der Teilhaber des Bankhauses Jacob S. H. Stern,  
Dr. *Eugen Oppenheimer*, starb im 61. Lebensjahr.

Am 26. September starb Geh. Hofrat *Franz Ritter von  
Wagner*, der Ehrenvorsitzende der Industrie- und Han-  
delskammer in Ludwigshafen.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. *Peter Reinhold*  
soll demnächst in den Aufsichtsrat der Ullstein AG ge-  
wählt werden. Er wird in der „Vossischen Zeitung“ poli-  
tische und wirtschaftliche Fragen behandeln. Der bisherige  
Chefredakteur der Vossischen Zeitung, Prof. *Georg Bern-  
hard*, hat seine Tätigkeit als geschäftsführendes Präsidial-  
mitglied bei dem Verband Deutscher Waren- und Kauf-  
häuser e. V. am 1. Oktober aufgenommen.

Im Alter von 67 Jahren starb das frühere Vorstands-  
und jetzige Aufsichtsratsmitglied der Schuhfabrik  
J. Sigle & Cie. AG (jetzt Salamander AG) *Christof Sigle*.

Der Generaldirektor der Ludwigshafener Walzmühle  
AG, Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. *Fritz Artmann*, ist im  
Alter von 66 Jahren verstorben.

Geheimrat Professor Dr. *Carl Bosch*, erstes Vorstands-  
mitglied der I. G. Farbenindustrie AG, wurde zum Ehren-  
senator der Universität Leipzig ernannt.

Anlässlich der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in  
Königsberg wurde Geheimrat Professor Dr. *Max Sering*  
von der philosophischen Fakultät der Universität Königs-  
berg zum Ehrendoktor ernannt.

In der juristischen Fakultät der Universität Leipzig ist  
der nichtplanmäßige a. o. Professor Dr. *Lutz Richter* zum  
planmäßigen a. o. Professor für Arbeitsrecht sowie für  
ergänzende Vorlesungen aus dem Staats- und Verwal-  
tungsrecht ernannt worden.

Der Privatdozent in der wirtschafts- und sozialwissen-  
schaftlichen Fakultät der Universität Köln, Dr. *Alfred  
Müller*, ist beauftragt worden, die Methodenlehre der  
Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik in Vorlesungen  
und Übungen zu vertreten.

Der frühere Lordkanzler und Staatssekretär für Indien,  
*Lord Birkenhead*, ist am 30. September im Alter von  
58 Jahren gestorben. Lord Birkenhead war Präsident des  
„Greater Londand and Counties Trust“ und gehörte dem  
Verwaltungsrat der Imperial Chemical Industries Ltd. an.

Der Direktor der Nationalbank von Belgien, Baron  
*Julien Liebaert*, ist am 16. September gestorben.

In New York starb im Alter von 74 Jahren *Daniel  
Guggenheim*, der Teilhaber der großen Kupfer- und Sal-  
peterfirma Guggenheim Brothers.

## Briefe an den Herausgeber

### Gefahren für Deutschlands Kredit im Ausland

Bern, 29. September 1930.

Wenn man vom neutralen Ausland aus die deutschen  
Verhältnisse, wie sie sich nach den Wahlen darstellen, im  
Hinblick auf Börsenlage und Auslandskredit betrachtet,  
so fällt wenn auch nicht Sorglosigkeit, so doch eine recht  
gefährliche Selbsttäuschung der deutschen Wirtschafts-  
publizistik auf. Die vorerst sehr erfreuliche Tatsache, daß  
die Auslandsplätze und deren Kreditmärkte am Tag nach  
den Wahlen eine größere Ruhe bewahrten als die deutschen  
Börsen, hat dahin gewirkt, daß man sich in Deutschland  
für die Beurteilung der Lage zu sehr auf diese wohl vor-  
erst, aber nicht auf die Dauer maßgeblichen Umstände  
stützt. So heißt es z. B. im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 488  
vom 25. September): „Die schweizerische Bankwelt hat, wie  
eine Umfrage bei den schweizerischen Großbanken ergibt,  
Kreditrückziehungen aus Anlaß des deutschen Wahlaus-  
falls nicht vorgenommen. Man will die Entwicklung in  
Deutschland erst einmal abwarten und ist daher gegen-  
wärtig zu einer Änderung der bisherigen Kreditpolitik  
gegenüber Deutschland nicht geneigt.“

Im MdW (Nr. 38, S. 1748) sind ähnliche Ansichten für die  
Deutschland Kredit gewährenden Länder ganz allgemein

vertreten worden. Eine Ausnahme wurde nur für Frank-  
reich gemacht. In bezug auf die Schweiz liegen die Dinge  
so, daß Änderungen in der Krediterteilung an deutsche  
Firmen vorerst in der Tat nicht oder nur spärlich vorge-  
kommen sind. Nach uns zugekommenen Informationen sind  
aber nachträglich bei gewissen schweizerischen Banken  
doch Bedenken aufgetaucht; man ist jetzt der Ansicht, daß  
Krediterteilungen an Deutschland mit großer Vorsicht vor-  
zunehmen seien. (Gleichzeitig sollen diejenigen Banken, auf  
die sich unsere Information bezieht, auch willens sein, die  
deutschen Fluchtgelder in stärkerem Maße als bisher fern-  
zuhalten. In den Tagen nach den Wahlen sind sehr viele  
deutsche Gelder „für vorläufig“ auf einfachen Sparbüchlein  
in der Schweiz angelegt worden. Um sich vor zu großen  
Störungen im Falle späterer und sich häufender Rückzüge  
schützen zu können, soll die Hereinnahme solcher Gelder  
gehemmt werden. Als Abwehrmittel dienen u. a. sehr  
niedrige Zinskonditionen.)

Wenn also die Ansicht von der gleichgebliebenen Kredit-  
willigkeit des Auslands für die ersten Tage nach den  
Wahlen noch gestimmt hat, so ist doch seither eine gewisse  
Abschwächung dieser Willigkeit — wenigstens in der  
Schweiz — zu konstatieren. Daran sind nun aber, wie wir  
die Dinge beurteilen, nicht mehr die eigentlichen Wahlen



schuld, sondern die hierorts unverständliche Unentschlossenheit hinsichtlich der künftigen Regierungsbildung, die Unsicherheit, wie sie sich aus den eifrig gelesenen Berichten über den Leipziger Prozeß ergeben, und dann namentlich der Mangel an wirklich eindeutigen, beruhigenden Erklärungen seitens der verantwortlichen Regierungsstellen. Man macht sich in Deutschland, wie es scheint, keine richtige Vorstellung davon, wie sehr sich das Ausland um seine Politik und Wirtschaft kümmert, wie sehr alles, was jetzt „draußen“ vor sich geht, bis in die kleinste Hütte hinein und bis zum letzten lokalen Familienblatt Interesse erweckt. Der Umstand, daß man so lange vergeblich auf irgendwelche *wirklich* erlösende Kundgebung höchster Regierungsstellen gewartet hat, erweckt in den breiten Volksmassen des Auslands große Bedenken und schafft einen günstigen Nährboden für allerlei Befürchtungen und Vermutungen auch hinsichtlich des künftigen deutschen Zinsdienstes. Und ehrlicher Weise muß man sagen, daß sich eigentlich niemand dieser Psychose entziehen kann. Man nimmt in leitenden Kreisen eines Landes, das doch eben auch *die Macht der Volksmeinung* zu spüren bekam, die Volksstimmung, wie sie im Ausland entsteht, entschieden zu leicht. Das hat für Deutschland schwerwiegende Folgen. Wir kommen hier auf jenen Satz zurück, in dem wir von der gefährlichen Selbsttäuschung der deutschen Wirtschaftspublizistik schrieben: Auf die Dauer kann sich Deutschland nicht damit zufrieden geben, daß ihm bereitwillig kurzfristige Kredite gewährt werden. In dieser Beziehung sind wohl alle einer Meinung, und es ist sicherlich nicht von ungefähr, daß eben in diesen Tagen in einem Teil der Schweizer Presse ein Artikel des Herrn Reichsbankpräsidenten Luther erschienen ist, in dem er auf die Notwendigkeit der Überführung kurzfristiger in langfristige Kredite hinweist. Wenn aber langfristige Kredite begehrt werden, so heißt das, daß Deutschland früher oder später doch wieder den *offenen Kapitalmarkt* der großen und der kleineren Kapitalexporthänder in Anspruch nehmen muß. So wie die Dinge jetzt aber liegen, ist es jedenfalls in der Schweiz (und wenn schon hier, auf Deutschland wohlgesinntem Boden, dann sicherlich auch anderwärts) *vorgeläufig nicht möglich, mit einer deutschen Anleihe auf den offenen Markt, das heißt vor das Zeichnerpublikum zu treten*. Die Risikoprämien, die jetzt bezahlt werden müßten, wären viel zu hoch, und auch dann wäre ein Erfolg keineswegs garantiert. Sobald aber hohe Risikoprämien zu bezahlen sind, hat es für Deutschland — ganz abgesehen vom Risiko des Scheiterns der Anleihe — keinen großen Wert mehr, die kurzfristigen in langfristige Schulden zu verwandeln. An dieser für Deutschland sehr unerfreulichen Situation tragen, wie bereits angedeutet, nicht so sehr die Wahlen als all das, was nach den Wahlen nicht oder *nicht eindeutig genug* geschehen ist, die Schuld. Es hätte sich für Deutschland in hohen Millionenbeträgen bezahlt gemacht, wenn von Regierungsseite der *Volksstimmung* des Auslands etwas mehr Rechnung getragen worden wäre. Die Gesandtschafts- und Konsularberichte und die Barometer direkter Bankbeziehungen mögen noch so zuverlässig gelautet haben: im *Volke*, das in den kapitalgebenden Demokratien letzten Endes auch die direkten Bankbeziehungen beeinflusst, hat man sich an den sehr leistungsfähigen Propagandaapparat des Reiches im Kriege erinnert. Man hat daran gedacht, daß die leitenden deutschen Stellen den Wert der „Welt-Volksmeinung“ damals sehr wohl kannten. Und man hat deshalb das Schweigen oder das nach hiesiger Auffassung sehr unbestimmte Reden verantwortlicher Kreise als eine innere Zustimmung zu jenen Umsturzgedanken aufgefaßt, die man im Ausland besonders nach dem Verlauf des Leipziger Prozesses mit dem „*einseitigen Aufheben von Verträgen*“ gleichsetzt. Die Folge davon ist eine „*ideelle Balkanisierung*“ Deutschlands bei den Leuten, auf die die Banken zum Teil angewiesen sind, wenn sie übernommene Auslandsanleihen nicht in noch viel höherem Maße, als das da und dort bei der Young-Anleihe der Fall war, im eigenen Portefeuille behalten wollen. Wir wissen, daß wir hier ein sehr hartes

Urteil über die gegenwärtigen Verhältnisse des deutschen Kredits im Ausland fällen. Es hat aber gerade im Interesse Deutschlands keinen Sinn, um die Dinge herumzureden. Je eher man die wirkliche Auslandsstimmung erkennt, desto eher können sich die deutschen Auslands-Kreditverhältnisse infolge entsprechend zu treffender Maßnahmen normalisieren, desto eher wird die deutsche Wirtschaft, die in so entscheidendem Maße von einer besseren Welt-Kapitalverteilung abhängt, mit dem Gesundungsprozeß beginnen können.

Dr. Fritz Marbach

## Literatur

*Reichskassenordnung vom 6. August 1927 (RKO) mit Erläuterungen von R. Schulze und E. Wagner.* Stilkes Rechtsbibliothek, Nr. 92. Berlin 1930. Georg Stilke. 666 S. Preis geb. 18 RM.

An einer förmlichen Komptabilitätsgesetzgebung hat es im alten Reich gefehlt; wiederholte Versuche, eine solche zu schaffen, scheiterten. Erst nach der Revolution gelang es, das Haushaltrecht des Reiches zu kodifizieren. Ende 1922 erging die *Reichshaushaltsordnung* (RHO), die seitdem durch die „*Wirtschaftsbestimmungen für die Reichsbehörden*“ und die Novelle vom Frühjahr dieses Jahres bedeutsame Ergänzungen erhielt. Wenn aber auch Abschnitt III der RHO wichtige Bestimmungen über Kassen- und Buchführung sowie Rechnungslegung enthält, so wurde doch die Regelung von Einzelheiten künftiger Verwaltungsanordnung vorbehalten. Diese Regelung ist einmal durch die im Juli 1929 vom Rechnungshof des Deutschen Reiches erlassene *Rechnungslegungsordnung*, zum andern — entsprechend der Ermächtigung des § 55 RHO — durch die *Reichskassenordnung* (RKO) vom August 1927 erfolgt. Letztere wird nun in dem vorliegenden Buch in derselben klaren und gründlichen Weise erläutert, die schon eine frühere Arbeit der Verfasser, den bekannten Kommentar zur RHO (2. Aufl. 1926), auszeichnete.

Die RKO hat das Reichskassenwesen nicht nur formal zu *vereinheitlichen* gesucht, sondern ist auch darüber hinaus um seine „*Rationalisierung*“ bemüht, so namentlich durch eine weitgehende Zusammenfassung der Kassengeschäfte der einzelnen Reichsbehörden, durch eine rationelle Kassenorganisation, durch Förderung des sog. unbaren Zahlungsverkehrs und dergl. mehr. — Organisation der Kassen, Zahlungswesen, Geldverwaltung usw. sind im ersten Buch der RKO, die Buchführung im zweiten, die Kassenprüfungen im dritten Buche geregelt, während das vierte Buch Übergangs- und Schlußbestimmungen enthält.

Das Kassenwesen ist gewiß eine trockene und spröde Materie, aber von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für eine geordnete Finanzwirtschaft des Reiches. Die eingehenden, von höchster Sachkenntnis getragenen Erläuterungen *Schulze-Wagners* erleichtern das Verständnis der zwar bisweilen etwas banal anmutenden, gelegentlich aber auch juristisch recht verwickelten Einzelbestimmungen beträchtlich; vielfach bilden sie eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen des schon vor drei Jahren erschienenen Kommentars zur RKO von *E. Reichard*. Von den zahlreichen „*Beilagen*“ des Werks erwähne ich die Amtskassenordnung der Reichsabgabenverwaltung sowie die Vollzugsbestimmungen zur RKO für die Reichshauptkasse (die bekanntlich seit Inkrafttreten des neuen Reichsbankgesetzes von der Reichsbank losgelöst und dem Reichsfinanzminister unmittelbar unterstellt worden ist), für das Reichsarbeitsministerium sowie Heer und Marine.

Abschließend sei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die RKO und insbesondere auch der vorliegende Kommentar in höherem Maße als bisher die Beachtung der *Betriebswissenschaftler* finden möge, deren Kritik einer rationellen Fortbildung des Reichskassenwesens gewiß förderlich sein könnte.

Frankfurt a. M. Privatdozent Dr. Fritz Neumark



# Marktberichte

## Die Konjunktur

Wie auch immer die schwierige Frage der Theorie zu beantworten ist, ob in den Produktionsmittelindustrien oder im Konsum die Ursache der zyklischen Konjunkturbewegungen gesucht werden muß, zweifellos steht die symptomatische Bedeutung der Beschäftigung und der Produktion in den Grundindustrien *Kohle und Eisen* fest. Das starke Zurückbleiben der Kohlenerzeugung hinter der Produktion des Vorjahrs verdient deshalb große Beachtung. Während im ersten Vierteljahr 1930 die Förderung 97 % der vorjährigen ausmachte, sank sie im zweiten Vierteljahr auf 86 % und im Durchschnitt der Monate Juli und August sogar auf 80 % herab. Im September scheinen die absoluten Produktionszahlen zwar etwas höher zu liegen; eine kleine saisonmäßige Belebung hat sich durch das wachsende Hausbrandgeschäft und durch den vermehrten Bedarf der Zuckerfabriken bemerkbar gemacht. Die Nachfrage der Reichsbahn ist jedoch wegen des geringen Verkehrs noch recht gering. Der vermehrte Herbstbedarf könnte leicht aus den großen Haldenbeständen geliefert werden. Wie weit bei der Zurückhaltung der Käufer auch die Hoffnung auf eine nennenswerte Senkung der *Kohlenpreise* eine Rolle spielt, ist schwer zu beurteilen. Durch die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens im Ruhrbergbau von Seiten der Gewerkschaften sollen die Aussichten auf eine Senkung stark gemindert sein. Der Anstieg des amtlichen Großhandelsindex für die Gruppe Kohle ist in der Hauptsache eine saisonmäßig zu erklärende Bewegung (Kürzung der Sommerrabatte).

(Erzeugung in Mill. t)	Steinkohle*)		Roheisen		Rohstahl	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar .....	16,8	17,5	1,10	1,09	1,47	1,28
Februar .....	15,1	14,7	0,98	0,97	1,27	1,18
März .....	16,8	15,1	1,06	1,01	1,32	1,20
April .....	16,6	13,9	1,11	0,90	1,42	1,03
Mai .....	15,8	14,7	1,15	0,86	1,42	1,03
Juni .....	16,3	13,4	1,16	0,77	1,43	0,86
Juli .....	17,7	14,3	1,20	0,77	1,47	0,91
August .....	17,8	14,2	1,17	0,74	1,40	0,90

\*) Einschl. der im Verhältnis 9 : 2 umgerechneten Braunkohle.

Noch stärker als bei der Kohle ist im Verlauf dieses Jahres bei *Roheisen und Rohstahl* ein Produktionsrückgang im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahrs eingetreten. Die Roheisenerzeugung sank von 98 % im ersten Vierteljahr auf 74 % im zweiten Quartal und auf 64 % in den Monaten Juli und August. Die entsprechenden Zahlen für Rohstahl lauten 90, 68 und 63 %. Neben dem Rückgang der Bautätigkeit und des allgemeinen Investitionsbedarfs prägt sich in diesen Zahlen die schlechte Beschäftigung der *Maschinenindustrie* aus, deren Inlandsgeschäft im August und wohl auch im September recht schlecht lag. Vom Ausland liefen zwar neue Aufträge ein; doch konnte der Rückgang der inländischen Anfragen und Aufträge dadurch nicht ausgeglichen werden.

Die Abwärtsbewegung der *Preise* hat auch in den letzten Wochen angehalten. Sie ist jedoch vorläufig noch immer zu gering, um einen wesentlichen Anreiz zur Konsumsteigerung zu bieten. Der Index der allgemeinen Lebenshaltungskosten hat sich im September auf 146,9 gesenkt; er ist wieder fast auf den bisherigen Tiefstand seit dem großen Absturz vom Frühjahr 1929 gesunken, indem er nur um 0,2 Punkte über dem Stand des Mai 1930 liegt (von diesem Stand hatte er sich in den Monaten Juni und Juli bis auf 149,3 erhöht). Der vom Institut für Konjunkturforschung errechnete Index der reagiblen Warenpreise wies in der zweiten Septemberhälfte eine kleine Erhöhung auf, die aber wahrscheinlich nur vorübergehender Natur sein wird.

Die letzten Preissenkungen scheinen in gewissem Umfang auch die Preise von *Markenartikeln* zu betreffen.

Zweifellos hat der von der Regierung ausgeübte Druck auf die Verbilligung dieser Waren einen gewissen Erfolg ausgeübt, indem er die psychologischen und geschäftstaktischen Bedenken der Fabrikanten und Händler gegen eine Herabsetzung der Preise überwinden half. Weit stärker dürfte jedoch an diesen Verbilligungen die Erfahrung beteiligt sein, daß die Käufer immer stärker zu markenfremden Waren übergehen, weil sich diese als weit beweglicher im Preis erwiesen haben als die Markenartikel. Neuerdings wird bekannt, daß die Persilpreise am 1. Oktober herabgesetzt werden. Damit beginnt sich die Senkung auch auf die Waschmittelpreise auszudehnen, ein Gebiet, das bisher von den Preissenkungen nur wenig berührt worden war.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Geldverknappung aus politischen Gründen

Der Geldmarkt stand nach wie vor unter dem Einfluß der politischen Entwicklung. Nicht wegen der Saisonanspannung, die im bisherigen Verlauf des Jahres durch die konjunkturelle Verschlechterung überdeckt war, ist in der zweiten Septemberhälfte der Privatsatz der Diskontsätze von 3% auf 3% %, also bis nahe an den Banksatz gestiegen. Vielmehr hat die *politische Unsicherheit*, die Befürchtung, daß eine parlamentarische Regierung nicht zustande kommen werde, zu den starken Anforderungen an den Devisenmarkt und damit zur Geldverknappung inmitten unverminderter internationaler Geldflüssigkeit geführt. Die Reichsbank hat in den zwei Wochen nach der Wahl schätzungsweise  $\frac{1}{7}$  ihres Bestandes an Gold und Devisen, der sich vor der Wahl auf reichlich 3,5 Milliarden belaufen hatte, abgeben müssen. Je nach dem Stand des politischen Barometers wuchsen und sanken die Anforderungen der Banken für die Abtragung gekündigter ausländischer — vorwiegend französischer und belgischer — Gelder und für die Verstärkung ihrer Nostroguthaben; gleichzeitig kaufte das Publikum für Zwecke der Kapitalflucht oder der Hamsterei.

Diese Devisenabziehungen, welche die Reichsbank zu vorsorglicher Goldabgabe bei der Bank von Frankreich veranlaßten — im ganzen erfolgten fünf Sendungen zu je 35 Mill. RM, also zusammen 175 Millionen —, führten zu einer Kontraktion des Geldumlaufs, zu einer Geldverknappung, der die Banken zunächst durch Privatsatzverkäufe auszuweichen suchten, bis schließlich die Annäherung des Privatsatzes an den Reichsbankdiskont erfolgt war und die Wirtschaft nach langer Zeit abnehmender Diskontierungen wieder zu *verstärkter Inanspruchnahme des Reichsmarkkredits der Reichsbank* genötigt war. Noch ist die Position der Reichsbank stark. Ihre Reserven an Gold, Deckungsdevisen und unsichtbaren Valuten betragen immer noch 3 Milliarden, und der Kreditpielraum ist erheblich. Aber wenn sich die Abzüge nach der Unterbrechung, die bei Bekanntgabe des Regierungsprogramms eintrat, in ähnlichem Tempo fortsetzen sollten, könnte selbst das üppige Valutapolster der Reichsbank nicht ausreichen, diesen Ansturm zu befriedigen. Mit anderen Worten, es müßte dann eine *Diskonterhöhung* in Erwägung gezogen werden, um der Bankwelt den Devisenankauf zu verteuern und sie zum Rückgriff auf ihre eigenen Devisenguthaben zu nötigen. Tatsächlich scheint man sich mit Erwägungen dieser Art im Reichsbankdirektorium bereits befaßt zu haben, wenn man sich auch im Falle der Vertrauenskrise von Diskonterhöhungen nicht viel verspricht.

### Der Quartalsultimo

Der Ultimo war dementsprechend schwerer als an den letzten Terminen; wenn auch die Reichsbank in einer beruhigenden Erklärung ankündigte, der Ausweis vom 30. September werde die „übliche“ Ultimobeanspruchung



zeigen, so ist doch charakteristisch, daß der Satz für tägliches Geld auf 5½—7 %, also erheblich über den Lombardsatz der Reichsbank hinaus, anzog. Das muß zweifellos umfangreiche Lombardierungen zur Folge haben. Selbst zu dem erhöhten Privatkontingent von 3% trat aus dem Markt heraus erst am 1. Oktober — nach der Bekanntgabe des Finanzprogramms — einige Nachfrage hervor. Vorher hatte die Reichsbank den Markt regulieren müssen, wobei sie wohl alle ihr zur Verfügung stehenden öffentlichen Gelder restlos verausgabte. Warenwechsel mit Bankgiro gingen vereinzelt mit 4—4½ %, also teilweise über Banksatz um. Monatsgeld stieg auf 4½—6 %, nachdem auch die Sätze für Leihdevisen weiter angezogen haben. Monatsdollars, die noch vor kurzem zu 2½—3 % erhältlich waren, mußten mit 3½—3¾ % und gelegentlich sogar mit 4 % bezahlt werden.

		Berlin			Frankfurt a.M.		
1930	Privatdiskont	Tägliches Geld	Monatsgeld	Warenwechsel	Schecktausch	Warenwechsel	
	lange Sicht	kurze Sicht					
25. 9	5½	3½	3—4½	4¾—5½	2½	4	
26. 9	3¾	3½	3¾—5½	4¾—5½	3½	4	
27. 9	3¾	3½	4—5½	4¾—5½	4	4	
28. 9	3¾	3½	4½—6	4¾—5½	4	4	
29. 9	3¾	3½	5½—7	4¾—5	4—4½	4	
30. 9	3¾	3½	5—6½	3½—5	4—4½	4	
1. 10.	3¾	3½			5	4	

**Hamsternachfrage auf dem Devisenmarkt**

Der Devisenmarkt war weitgehend durch die Nachfrage nach französischen Franken bestimmt. Diese Nachfrage war so stark, daß die Reichsbank am 30. September den Kurs, den sie bisher lange Zeit auf 16,48½ gehalten hatte, auf 16,49 ansteigen ließ, um ihn erst am nächsten Tag, als die Nachfrage nachließ, auf den alten Stand zurückzusenken zu lassen. Die täglichen Devisenabgaben, die vom 25. bis 29. September von etwa 50 auf 10 Mill. RM und darunter zurückgegangen waren, stiegen am 30. September auf 40 Millionen RM an und schrumpften am 1. Oktober wieder auf 10—15 Mill. RM zusammen. Der Dollar, der sich international nach einer kleinen Geldanspannung in New York befestigt hatte, erhöhte sich in Berlin allmählich auf 4,2020, das Pfund wurde am 1. Oktober mit 20,4160 notiert. Der Kurs der Dollarnoten war bis auf 4,2580 heraufgeschwungen, ein Zeichen für den besonderen Charakter der Valutennachfrage, die vielfach von dem kleinen inländischen Publikum ausging, das seine Ersparnisse in fremde Währung umwandelte. Der Reichsbankausweis vom 30. September zeigt einen Verlust von 105 Mill. RM Gold und 53 RM Devisen. Die Devisen, die auf dem Konto „Wechsel und Schecks“ verbucht werden, scheinen sich hingegen in dieser Woche nicht verändert zu haben.

Berlin	Mittelkurs:	25. 9.	26. 9.	27. 9.	29. 9.	30. 9.	1. 10.
New York	.....	4,199	4,201	4,200	4,201	4,201	4,202
London	.....	20,41	20,41	20,41	20,41	20,42	20,42

**Ein neuer Überbrückungskredit des Reichs**

Das Reich beabsichtigt nach den Mitteilungen des Reichskanzlers zur teilweisen Deckung des Etatdefizits, das erst in den kommenden Jahren vollkommen abgetragen werden soll, durch Vermittlung der Reichsbank im In- und Ausland einen weiteren Überbrückungskredit von 400 Mill. RM aufzunehmen. Dieser Betrag, der noch vor einiger Zeit bei der extremen Flüssigkeit der Geldmärkte ohne Schwierigkeit zur Verfügung gestanden hätte, bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine starke Belastung des Marktes. Er tritt zu einer hohen schwebenden Schuld des Reichs von etwa 1¼ Milliarden RM hinzu, die das Reich seit Beginn des Etatjahres mitgeschleppt hat. Allerdings ist es gelungen, einen erheblichen Teil davon als einjährige Schatzanweisungen zu begeben. Immer-

hin werden am Medio der nächsten Monate je 50 Mill. RM Schatzanweisungen fällig, und außerdem laufen jeweils die Dreimonats-Reichswechsel ab, für die das Kontingent von 400 Mill. RM voll ausgeschöpft ist. Zu welchen Bedingungen man den neuen Überbrückungskredit erhalten kann, wird davon abhängen, ob bis zum Abschluß der Verhandlungen das Vertrauen in die gesicherte Weiterführung der Staatsgeschäfte wieder herzustellen ist. An *Anleihen* im In- oder Auslande ist gegenwärtig nicht zu denken. Schon im September war die Zahl der Neuemissionen äußerst gering; sie war die niedrigste des ganzen Jahres, wenn man vom Januar absieht.

**Die deutschen Emissionen im In- und Auslande**

(Mill. RM)	Anleihen		Neu-Emissionen der Realkredit-Institute			Aktienemissionen <sup>1)</sup>		
	Ausland	Inland	Komm. Oblig.	Pfandbriefe	Insgesamt	Erhöhh.-Anträge	Gründung.	Insgesamt
1926 insgesamt	1516,80	1305,60	465	1628	2093	1212,24	75,00	1287,24
1927	1686,00	993,60	349	1597	1946	932,90	137,89	1070,79
1928	1648,60	1081,20	491	1477	1938	984,25	190,96	1165,21
1929	639,3	584,50	255	887	1142	512,90	153,18	666,08
1930								
Januar	0,85	9,20	19	196	165	5,88	0,51	6,39
Februar	155,70	52,00	38	144	177	21,27	2,70	23,97
März	107,60	16,4	38	288	326	16,42	4,28	19,70
April	120,80	36,00	102	207	309	16,11	1,51	17,62
Mai	87,82	17,00	87	152	239	6,88	3,90	10,28
Juni	545,80	49,00	55	127	182	3,87	0,75	4,62
Juli	42,81	5,09	73	205	278	5,63	1,78	7,41
August		150,00	34	118	152	0,58	3,34	12,92
September	16,80	10,00				0,28	2,70	8,93

<sup>1)</sup> Ohne Sacheinlagen und Fusionsaktien.

**Die Warenmärkte**

Die rückgängige Bewegung der meisten Warenpreise hat sich auf fast allen Märkten verschärft. Es ist wahrscheinlich falsch, die — in den meisten Fällen vorhandenen — Einzelgründe als besonders maßgebend anzusehen. Die letzte, wichtigste Ursache für die Gesamtgestaltung der Warenmärkte seit Monaten und für die nächste absehbare Zeit ist vielmehr darin zu suchen, daß alle Beteiligten das Urteil darüber verloren haben, wo der „normale“ Preis zu suchen sei. Die Einflüsse von der Geldseite, von der Erzeugung und von den Verwendungsmöglichkeiten sind so vielfältig, daß sich nur langsam ein neues Gleichgewicht herausbilden kann. Es wäre deshalb abwegig, irgendeinen Preis als niedrig oder als hoch zu bezeichnen. Nur wo künstliche Verteuerungen an einzelnen Stellen nachweisbar sind, ist ein anderes Urteil gerechtfertigt. Am deutlichsten treten diese Erscheinungen wieder auf den

**Getreidemärkten**

auf, die ungefähr an jedem zweiten Tag neue Tiefkurse brachten. Nach amerikanischem Urteil sind diese Rückgänge in einem neuen Auftreten der Russen auf dem Weltmarkt begründet. Nach englischen Angaben haben aber die Russen in den ersten 25 Tagen des September nur rund 360 000 t Getreide aller Art (hauptsächlich Weizen) durch die Dardanellen geschickt, etwa ebensoviel wie im ganzen August, fünfmal soviel wie im Juli. Die Septemberverladungen stellen ungefähr die Hälfte einer durchschnittlichen Weltwochenverladung während der letzten Zeit dar, und schon dieser Vergleich der beiden Zahlen zeigt, daß die Handlungsweise der Russen höchstens Anlaß, aber nicht Ursache für die neue scharfe Verflauung gewesen sein kann. Diese ist vielmehr nur in den oft erörterten allgemeinen Verhältnissen des Marktes zu erblicken, insbesondere in dem dieses Jahr besonders raschen Herankommen der Ernte in Nordamerika. Die Bedeutung des russischen Angebots soll zwar nicht ver-



**Brinkmann Tabak**

schmeckt immer und bekommt so gut



kannt werden. Es hat den Nordamerikanern den weitaus größten Teil der europäischen Kauflust weggenommen. Die Ernteschätzungen scheinen nicht nur in Deutschland niedriger ausgefallen zu sein, als sich mit dem tatsächlichen Ernteergebnis vereinigen läßt. Auch die Beschaffenheit dürfte häufig besser sein, als zunächst behauptet wurde.

Auf dem *deutschen* Markt ist der größte Teil der Berichtszeit ausgesprochen flau verlaufen, woran auch die Käufe vereinzelter Pöstchen von Roggen (wenige hundert Tonnen) an manchen Tagen durch die Stützungsstellen nichts ändern konnten. Die Erhöhung des Weizenzolles von 15 auf 18,5 RM und der Beimahlungsquote von 60 auf 80 % hat den Weizenmarkt scharf befestigt; an die Stelle des bisherigen Angebots aus dem Reich war sogar eine Nachfrage auch dieser Bezirke festzustellen. Ein Einfluß auf den Roggen war selbst stimmungsmäßig nur schwach merkbar; preismäßig konnte man ihn nur in den fernen Sichten spüren. — Die weitere

#### Schwäche des Baumwollmarkts

war zum Teil eine Folge der verhältnismäßig hohen Entkörnungszahlen. Außerdem soll der Regen in dem amerikanischen Baumwollgürtel während der ersten Monatshälfte den Pflanzen noch viel genutzt haben; die Ernte wird wahrscheinlich über die Septemberschätzung des Ackerbaubüros erheblich hinausgehen. Außerdem verstimmte die Erklärung des Farmamts, es werde seine 1,5 Mill. Ballen „so lange halten, bis der Kaufpreis erreicht oder überstiegen sei“. Das ist schon früher wiederholt gesagt worden, aber der Kaufpreis dürfte im Durchschnitt 16 Cents betragen, der jetzige Preis nähert sich bedenklich 10 Cents; der Markt zweifelt unter diesen Umständen daran, daß das Farmamt seine Erklärungen auf die Dauer wahr machen kann.

#### Auf dem Wollmarkt

ließ der weitere Fortgang der Londoner Versteigerung einen starken Druck erkennen, da die Zurückziehungen erheblich zugenommen haben. Die Erlöse haben sich zwar nicht wesentlich geändert, aber Zurückziehungen bis zu 35 und 40 % des Angebots gaben dafür eine durchaus zureichende Erklärung. — Die Lage der

#### Kohlenmärkte

ist unverändert gedrückt. Überall macht sich selbstverständlich mit dem Fortschreiten des Herbstes der Hausbrandbedarf stärker bemerkbar. Aber der Abzug von Industriekohle ist eher noch geringer geworden, und auch die in der letzten Zeit (russische Schiffscharterungen) mäßig gewachsenen Bezüge von Bunkerkohle vermochten den Einfluß dieser Ungunst nicht aufzuwiegen. Allerdings scheint es Kreise zu geben, die den gegenwärtigen Preisstand anziehend genug finden, um sich für einige Monate zu versorgen; wenigstens liegen aus Belgien derartige Nachrichten vor. Die Berichte des von England nach Skandinavien entsandten Ausschusses sprechen dafür, daß der Kampf um diesen Markt in der nächsten Zeit wesentlich schärfer werden wird. Wie das auf die Weltmarktpreise wirken wird, bleibt abzuwarten.

#### Der Eisenmarkt

liegt gedrückt, aber nicht ganz einheitlich. Am besten scheint die Lage in Frankreich zu sein, wo sich die Preise in der letzten Zeit kaum verändert haben, abgesehen von gewissen Halbzeugarten. Das gilt allerdings nur für das französische Inland. In der Ausfuhr hat der Wettbewerb derart zugenommen, daß die Angebote z. B. bei Stabeisen gelegentlich bis zu  $4/2$  £ heruntergingen. In den letzten Tagen haben die westlichen Werke ihre Forderungen im allgemeinen um 1—2 s in die Höhe gesetzt. Der *deutsche* Markt steht völlig unter dem Einfluß der politischen Vorgänge; mit dem Zerfall des Kartells kann auch der Gebietsschutz enden, und belgisches wie luxemburgisches Eisen vermag dann in größeren Mengen nach Deutschland hereinzuströmen. Der *englische* Markt ist wenig

lebhaft und unregelmäßig, im Grundton aber eine Kleinigkeit fester als die festländischen Märkte.

Dagegen hat sich in *Amerika* die Stimmung während der letzten Wochen wieder verschlechtert, weil man zweifelt, daß die erhoffte Herbstbelebung zum großen Teil oder ganz ausbleiben wird. Die Preise neigen großenteils zur Schwäche, obgleich angeblich große Gruppen ihre Forderungen in die Höhe setzen wollen. Die Durchschnittsbeschäftigung ist mit etwa 58 % kaum verändert. — Ausgesprochen flau wurden gegen Schluß der Berichtswoche die

#### Metallmärkte.

Bei ihnen hatte sich zunächst eine gewisse Widerstandsfähigkeit gezeigt, besonders beim *Blei*, dessen Preis vorübergehend vom Kartell abgefangen werden konnte, und beim *Zinn*, dessen Markt allerdings außerordentlich klein geworden war. Bei diesem Metall verwies man auch auf die bescheidene, aber seit einiger Zeit anhaltende Abnahme der englischen sichtbaren Bestände, die aber einen neuen scharfen Rückgang der Preise zum Wochenschluß nicht zu verhindern vermochte.

Auf den englischen Märkten und im amerikanischen freien Verkehr lag *Kupfer* während der gesamten Berichtszeit flau; der Sonnabend brachte eine Büromeldung, nach der auch das Kartell mit dem Preis wieder heruntergegangen sei. Sie stellte sich zwar als falsch heraus, aber selbst in den Kreisen der europäischen Kartellvertretungen wagte man nicht, sie anders denn als „verfrüht“ zu bezeichnen. Tatsächlich setzte das Kartell am Dienstag seinen Preis um  $1/2$  cts herunter, also um das Doppelte des zuletzt üblichen Satzes. Den Markt hat auch diese Ermäßigung bisher nicht belebt.

Ebenso gedrückt lag von Anfang an *Zink*, ohne daß man hierfür besondere Gründe hätte anführen können, es sei denn die Beobachtung, daß auch der niedrige Preisstand kein wirklich einschneidendes Absinken der Erzeugung mit sich gebracht hat. Der Beginn der neuen Kalenderwoche brachte in London neue scharfe Angriffe, die den gesamten Preisstand der Metalle bei bemerkenswert lebhaften Umsätzen scharf warfen.

## Die Effektenmärkte

### Berliner Börse

#### Beruhigung

Nach den scharfen Kursstürzen der Vorwoche hat sich in den letzten Tagen die Effekten-Börse weitgehend *beruhigt*. Eine Erholung trat allerdings nicht ein, im Durchschnitt mag sich sogar eine weitere Kursenkung vollzogen haben; aber von jenem stoßweisen Angebot, das zuvor Unterkunft gesucht hatte, blieben die Märkte in letzter Zeit doch verschont. Auch im Ausland hat man sich nunmehr überzeugt, daß bei allem Ernst der politischen Lage in Deutschland doch Aussicht besteht, die alte politische Linie fortzuführen, und daß noch keineswegs das politische Schicksal des Landes dem Radikalismus anvertraut ist. Es war kennzeichnend, daß allmählich auch wieder bescheidene Kaufaufträge aus dem *Ausland* eingelaufen sind. Die Kulisse verhielt sich still und nahm im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des *Finanzprogramms der Regierung* schließlich Deckungen vor. Dieses Programm, so wurde argumentiert, lasse nun endlich einen festen politischen Willen erkennen, und das sei, wie man auch immer zu den einzelnen Vorschlägen stehen möge, außerordentlich begrüßenswert. Freilich müsse noch abgewartet werden, wie das Programm parlamentarisch durchgesetzt wird. Zwischendurch hat auch die *Ultimo-Abwicklung* einen gewissen Einfluß auf die Börse ausgeübt. Es sind infolge der vorangegangenen starken Senkung eine Reihe kleiner Depots schwach geworden; sie gelangten kurz vor dem Ultimo zur Exekution. Zu ernsthaften Störungen in der Bankwelt ist es aber trotz der schweren Belastungen durch die Kursrückgänge nicht



gekomen, wenn man von dem Zusammenbruch einer kleinen, auf einem Spezialgebiet tätigen Genossenschaftsbank absieht. Es handelt sich um die *Kreditbank für Kolonial- und Auslandsdeutsche eGmbH*, die vor einigen Jahren von Liquidationsgeschädigten als Selbsthilfeorganisation für die Mobilisierung von Entschädigungsforderungen gegründet worden war. Die Leitung hatte jedoch wesensfremde Geschäfte übernommen, die schließlich den Zusammenbruch herbeiführten. Für die Börse hat dieser Fall, bei dem es sich um 1—2 Mill. RM Passiven handelt, nur in bezug auf *Reichsschuldbuchforderungen* Bedeutung. Die Bank hatte die Schuldbuchforderungen ihrer Kundschaft anderwärts lombardiert, und diese Lombards sind von den Kreditgebern realisiert worden. In Reichsschuldbuchforderungen waren daher zeitweise Rückgänge zu verzeichnen, die über das Ausmaß der sonstigen Abbröckelungen des Rentenmarkts noch hinausgingen.

Im übrigen waren für die einzelnen Kursbewegungen wenig Sondermotivierungen zu hören. Papiere, die in der Vorwoche besonders scharf gedrückt waren, konnten sich vielfach erholen, während solche Werte, die zuvor behauptet waren, schwächer lagen. Eine bemerkenswerte Abschwächung erfuhren die Aktien der *Kaligruppe Salzdefurth*. Es sollen auf diesem Markt internationale Baisseoperationen durchgeführt worden sein, die sich darauf gestützt haben mögen, daß im Zusammenhang mit der Preissenkungs-Aktion die Debatte über die Kalipreise wieder in Gang zu kommen scheint. Eine offizielle Preissenkung scheint allerdings auf Widerstände zu stoßen, weil der deutsch-elsässische Gemeinschaftsvertrag auf den jetzigen Kalipreisen aufgebaut ist und eine offizielle Unterscheidung zwischen Inlandspreisen und Exportpreisen deshalb schwer möglich ist. Es sind aber ernsthafte Bestrebungen im Gang, um auf dem Weg über Rabatte und Zielverlängerungen die Inlandspreise doch in irgendeiner Form zu senken. Ferner waren *Ostwerke* und *Schultheiss* weiter gedrückt, obwohl die Verwaltung nunmehr offiziell erklärt hat, daß die Bilanz nicht schlechter ausfallen werde als die vorjährige. Der Rückgang erklärt sich offenbar daraus, daß Verwaltungskreise früher stark interveniert hatten und den Kurs damit auf einer Höhe hielten, der zum sonstigen Kursniveau schlecht paßte. In letzter Zeit hat der Stützwille (oder das Stützungsvermögen) stark nachgelassen, wodurch sich eine um so stärkere Kurseinbuße ergab.

### Frankfurter Börse

Unter dem Druck der fortdauernden Beunruhigung über die politische Entwicklung sah sich die Börse im größten Teil dieser Woche neuen *Kursverlusten* ausgesetzt. Hierbei spielten Baisseoperationen aus dem Inland ebenso eine Rolle wie starke Abgaben deutscher Wertpapiere aus dem Ausland, bei denen es sich übrigens in der Hauptsache um Konversionen von deutschem, im Ausland gehaltenen Effektenbesitz in Werte mit Auslandsvaluta gehandelt haben dürfte. Schwer kontrollierbare Versionen über Exekutionen von Lombards trugen zunächst zu der allgemeinen Depression bei; man beachtete in dieser Beziehung besonders den *Kalimarkt*, auf dem die Schwankungen auffallend stark waren. Die Nachwirkungen des Ultimo (Effektenverkäufe zwecks Verlustdeckung) waren deutlich. Im interurbanen Effektenclearing hatte per Ende September Frankfurt a. M. einen mäßigen Effektenbetrag nach Berlin abzugeben. Gegen Ende der Woche kamen einige Prämiengeschäfte für Dezember, besonders in den Aktien der I. G. Farbenindustrie AG und der Siemens & Halske AG, zur Durchführung. Die Farben-Aktie war bemerkenswerterweise im ganzen nicht schlecht gehalten; man glaubt, jetzt doch eine gewisse Marktfürsorge zu beobachten. Elektrowerte waren von den Auslands-offerten besonders gedrückt (später aber auch am meisten erholt), die Accu-Aktie erreichte zeitweise einen neuen Tiefstand. Viel bemerkt wurde auch die Schwäche der Danatbank-Aktie. Von den Großwerten unterschritt ein

weiteres Papier, die *Gelsenkirchener-Aktie*, den Paristand. Die Halbjahresmitteilung der Deutschen Bank blieb ohne wesentlichen Einfluß auf die abbröckelnde Tendenz dieser Aktie. Gegen Schluß der Woche waren im Hinblick auf die vorbereitenden Verhandlungen für die Reichstags-eröffnung und auf das scharf durchgreifende Reichsfinanzprogramm einige *Rückkäufe* und Deckungen zu beobachten. Bemerkenswert schwach lagen zuerst Wayß & Freitag-Aktien (bis 45%), obwohl bei dieser Gesellschaft eine Verschlechterung der Geschäftslage nicht eingetreten ist (hier liegt ein besonders deutlicher Fall mangelnder Kurspflege vor); später erholte sich der Kurs auf 48%. Zu Wochenende fehlte es an Material in Süddeutsche Zucker- und Braubankaktien.

Auf dem Markt der *Industriewerte* waren im übrigen wieder zahlreiche Werte zeitweilig oder dauernd ohne Aufnahme, so u. a. Bayerische Spiegelglasfabriken, Filzfabrik Fulda, Thüringer Elektrizitäts-Lieferung (später Taxe nur 82 gegen 90% bei sehr kleinem Angebot), Jetter & Scheerer (später 68 nach 73%), Veritas Gummi (später 55 nach 66%), Marswerke, Lingel (später 60 nach 70%), Schuhstofffabriken Fulda, Metallwerke Knodt, Gebr. Roeder, Schneider & Hanau, Emelka, Ettliger Spinnerei, Werger Brauerei und Memeler Zellstoffindustrie. Zeitweilig waren Brockhues nur teilweise abgenommen. Recht schwach lagen verschiedene Brauereiaktien (Löwenbräu München — später 187% nach 192% —, Württembergisch-Hohenzollernsche Brauerei, Herkules Brauerei, Mainzer Aktienbr. Taxe 145%; es scheint mit einer Konsumverminderung gerechnet zu werden. Etwas fester lagen wegen der herannahenden Erledigung der Aufwertungsfrage die Obligationen der *Eisenbahnbank* und der *Eisenbahn-Rentenbank*. Auf dem Markt der *festverzinslichen* Werte waren, wiederum bei Auslandsangebot, zahlreiche Titel angeboten; besonders Stadtanleihen blieben teilweise ohne Aufnahme.

	25. 9.	26. 9.	27. 9.	28. 9.	30. 9.	1. 10.
Dt. Effekten- u. Wechselbank	102	102	102	10 1/2	10 1/2	11 1/2
Frankfurter Bank	98	95	95	95	94	94
Frankfurter Hypotheken-Bank	157	157	158	155	1 3/4	15 2 1/2
Zementwerk Heidelberg	100 3/4	10	9 1/2	9 1/2	99 1/2	99 1/2
Scheideanstalt	133	133	133	13 1/2	13 1/2	133
Frankfurter Hof	50	50	50	50	50	50
Hanfwerke Füssen-Immenstadt	50 2	51	50 5/8	50 1/4	50	51 1/2
Henninger Brauerei	59	59	0	145	60 1/2	62
Hochziele	55 1/2	55	80	85 1/2	6	88 1/2
Holzverkohlungs-Industrie	77 1/2	77 1/2	77 1/2	7 1/4	16 3/4	78 3/4
Main-Kraftwerke	—	9	18	97 1/2	9 1/2	97 1/2
Metalgesellschaft	5	5	—	5	25	25
Maschinenfabrik Moenus	85	89	89	85	8	84
Ludwigshafener Walzmühle	98 1/2	98 1/2	98 1/2	98 1/2	98 1/2	9 1/2
Tellus Bergbau u. Hüttenind.	59	59,3	59	58 1/2	59	59 1/2
Verein f. chem. Industrie	—	—	—	—	—	—

### Hamburger Börse

Die Berichtswoche war nicht nur durch die Unsicherheit über die innerpolitischen Vorgänge, sondern auch durch die Abwicklung des *Ultimos* beeinflusst. Der Umfang der Engagements dürfte allerdings weiter beträchtlich zurückgegangen sein. Das für die Prolongationen notwendige Geld stand nur zu etwas höheren Sätzen zur Verfügung. Der Hamburger Markt wurde besonders durch die Zahlungseinstellung der *Assecuranz-Union von 1865* betroffen, zumal anscheinend von einem Teil der nachzahlungspflichtigen Aktionäre in größerem Umfang Wertpapiere verkauft

## Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheker-Bank

Niederlassungen an allen größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern



wurden. Erst als Dienstag abend das Regierungsprogramm bekannt wurde, besserte sich die Stimmung. Die Kulisse schritt zu Deckungskäufen, durch die sich die Kurse der meisten Aktien und auch der Rentenmarkt beträchtlich erholen konnten. Die Mehrzahl der führenden Werte war zum Schluß erheblich über die Anfangskurse gestiegen.

Auf dem *Schiffahrtsmarkt* beschränkte sich das Geschäft in erster Linie auf Hapag- und Lloyd-Aktien, wobei der Lloydkurs durchschnittlich fast stets um 1 % höher lag. Diese Bewegung ist hauptsächlich markttechnisch bedingt. In beiden Werten haben nämlich anfangs größere Leerverkäufe stattgefunden; da der Lloydmarkt erheblich enger ist als der Hapagmarkt, mußten bei Deckungen höhere Kurse bewilligt werden. Es kommt hinzu, daß ein Posten Hapagaktien im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Assecuranz-Union abgestoßen wurde. Hamburg Süd und Hansa-Aktien lagen während des ersten Teils der Berichtswoche ziemlich geschäftslos; in Hansa kamen bei einem Kurs von 123 % einige kleinere Abschlüsse zustande. Gegen Schluß waren die Gebote für beide Werte beträchtlich erhöht; Hamburg Süd wurde mit 164 und Hansa mit 128 gesucht. Das Angebot ist aber in beiden Werten zur Zeit so unbedeutend, daß sich der Kurs schon durch verhältnismäßig kleine Kaufordere wesentlich beeinflussen läßt. *Woermann* und *Deutsche Ostafrika* Linie blieben mit 50 gesucht. Etwas Angebot, das aus einem schwach gewordenen Engagement herauskam, wurde zu diesem Kurs aufgenommen. Darüber hinaus waren keine Briefkurse zu hören. Andererseits zeigen die Kreise, die den Kurs bei 50 gestützt haben, an einer Heraufsetzung, die gegenwärtig ziemlich leicht durchzuführen wäre, kein Interesse. Flensburger Reedereien hatten während der ganzen Woche keinen Umsatz. Von sonstigen *Verkehrswerten* waren Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn bei etwa 40 angeboten. Die Börse vermutet, daß es dem Hamburger Staat zunächst nicht möglich sein wird, die finanziellen Voraussetzungen für eine Verständigung zwischen Gesellschaft und freien Aktionären zu schaffen.

Von *Bankwerten* waren Hamburger Vereinsbank abermals 2 % niedriger; Westholsteinische Bank büßten 4 % und Schleswig-Holsteinische Bank 3 % ein. In *Karstadt*-aktien fand wieder ein ziemlich lebhaftes Geschäft statt; der Kurs erwies sich bei der allgemeinen Abschwächung als verhältnismäßig widerstandsfähig, und das größere Angebot, das vorübergehend von der Berliner Arbitrage ausging, wurde in Hamburg ziemlich reibungslos aufgenommen. Stützungskäufe waren dabei nicht zu erkennen. In HEW-Aktien ist das Geschäft etwas ruhiger geworden; es bestehen anscheinend noch offene Baisse-Engagements, deren Eindeckung gewisse Schwierigkeiten bereitet. Infolgedessen blieb die Kursbewegung von der Entwicklung der übrigen Elektrowerte ziemlich unabhängig; im ganzen gewannen HEW rund 2 %. Von *Brauereien* büßten Holsten-Brauerei 6 und Bavaria-Brauerei 2 % ein. Die sonstigen Werte lagen teilweise fester, so Chem. Staßfurt 35 (+ 1 %), Hemmoor Cement 128 (+ 1 %), Stader Leder 55 (+ 2 %) und Nordwestdeutsche Kraftwerke 160 G (+ 5 %). Schwächer waren hingegen Nagel & Kaemp 100 (- 1 %), Ottensener Eisen 79 (- 3 %), Markt & Kühlhallen 115 (- 3½ %), Ruberoid 42 (- 4 %), Nordsee Hochseefischerei 156 (- 6 %).

	25. 9.	26. 9.	27. 9.	29. 9.	30. 9.	1. 10.
Deutsch-Ostafrika-Linie . . .	50G	—	50	—	—	—
Woermann-Linie . . . . .	50G	—	—	—	—	—
Flensburger Dampfercomp. .	—	—	—	—	—	—
Bavaria u. St. Pauli-Brauerei	160G	156G	154	158	168½	158G
Bill-Brauerei . . . . .	225G	225G	225G	225G	225G	225G
F. D. Dolberg . . . . .	80G	81	80	80	80G	80
Eisenwerk Nagel & Kaemp. .	102B	100	100	100G	100G	100G
Flensburger Schiffsbau G. .	103B	103B	103B	—	—	—
Lederwerke Wemann . . . . .	104	103½	103B	103	109	103G
Chem. Hell & Sthamer . . . .	56B	56	56	56B	56G	56B
Chem. Fabr. Harburg-Staßfurt	34G	34G	34G	34	34½G	34½G
H. Schlinck & Cie. . . . .	80G	81	81	80G	80G	80
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	57B	57	57G	57G	58G	58G
Malzfabrik Hamburg . . . . .	116	116G	116G	116	116	116G
Schwarlaender Werke . . . . .	27G	27B	28	27B	27B	26G
Jaluit-Gesellschaft . . . . .	63	61G	61G	61	60G	60G
ato. Genußscheine . . . . .	47	45	45B	42G	42G	40G
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	65G	65G	62G	62	62	60G
ato. Genußscheine . . . . .	54G	54	55B	55B	52G	50G

Auf dem *Kolonialmarkt* blieb das Geschäft klein. Genußscheine waren weiter abgeschwächt, und zwar Südsee Genuß - 4 % und Jaluit Genuß - 7 %, Jaluit Aktien - 3 %; Neu Guinea gingen auf 305 zurück. Guatemala blieben mit 58 gesucht, Schantung - 4 %. Von Unnotierten waren schwächer Doag 80 (- 1 %), Ekona 18 (- 3 %), Dekage 38 (- 2 %); fester lagen Salitrera 136 (+ 1 %).

Altonaer und Hansa Hochsee blieben in Hinblick auf die Fusionsverhandlungen mit Nordsee zu 78 (+ 3 %) gesucht. Norddeutsche Hochseefischerei standen bei 99 (+ 2 %), Deutsche Petroleum waren mit 58 abermals 6 % abgeschwächt. Kühlhaus Lübeck 75 (- 5 %), Kaffee Hag 140 (- 2½ %) und Sloman 80 (- 5 %).

## Pariser Börse

Die abgelaufene Woche war für die Pariser Börse ausgesprochen *ungünstig*. Die überraschende Widerstandskraft, die sie anfangs den verstimmenden Einflüssen der anderen Weltplätze entgegensetzte, ist gebrochen. Seit dem Ende der vergangenen Woche treibt auch in Paris die Bewegung hemmungslos abwärts. Die deprimierenden Faktoren waren so zahlreich, daß die günstigen, die vor allem in der Konsolidierung der markttechnischen Situation und der noch immer ungeschwächten Kraft der französischen Wirtschaft lagen, nicht zur Geltung kamen. Der neue Rückgang des Kupferpreises, das Sinken der Getreidepreise, das Debakel an der New Yorker Börse, die Nervosität Londons, Berlins und Amsterdams und nicht zuletzt die wenig günstige politische Entwicklung in Deutschland mußten auch in Paris die unentwegten Optimisten entmutigen. Die Kursrückschläge sind diesmal recht beträchtlich. Sie haben die Gewinne der ersten Septemberhälfte bereits restlos aufgezehrt.

Der Anstoß zu der Baisse ist ganz unverkennbar von den *Auslandswerten* gekommen. Den Anfang machten die deutschen Auslandsanleihen. Im Gegensatz zu der vor allem in London und New York gehandelten Dawes-Anleihe, bei der sich die Kursverluste in verhältnismäßig erträglichen Grenzen hielten, hat die *Young-Anleihe*, die in Frankreich offiziell noch nicht notiert wird, schwer gelitten. Sie ist im freien Verkehr vorübergehend bis auf 840 gefallen und konnte nur durch Interventionskäufe mehrerer Banken wieder auf 880 gehoben werden. In ihren Auswirkungen noch verhängnisvoller war die Baisse der führenden englisch-amerikanischen Werte, so vor allem von Rio Tinto und Central Mining, die beide in Paris einen großen Markt haben. Sie waren es, welche die französischen *Effekten*, die sich bis dahin trotz der unverkennbaren Verschlechterung der Tendenz leidlich zu behaupten vermocht hatten, mit in die Tiefe rissen. Verschärft wurde die Abwärtsbewegung durch sehr *beträchtliche Abgaben des Auslands*, an denen *Deutschland* zum Teil direkt, zum Teil auf dem Umweg über Amsterdam beteiligt war. Diese deutschen Verkäufe führt man hier auf das Bedürfnis zurück, die durch die Kündigung der kurzfristigen Kredite veranlaßten Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank durch Schaffung flüssiger Mittel auszugleichen. Bisher sind hier insgesamt aus Deutschland fünf Goldtransporte im Gesamtbetrag von 175 Millionen RM eingetroffen, die in der Bilanz der Bank von Frankreich allerdings erst im nächsten Ausweis in Erscheinung treten werden. Welchen Umfang die Zurückziehung der von den französischen Banken nach Deutschland gegebenen kurzfristigen Kredite angenommen hat, darüber sind in Ermangelung authentischer Angaben einzuweilen nur Schätzungen möglich. In den unterrichteten Finanzkreisen spricht man von etwa 2—3 Milliarden Fr. Wenn auch im Lauf der letzten Tage eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, so ist doch andererseits sicher, daß der französische Geldmarkt dem deutschen Geldbedürfnis bis zur Klärung der politischen Situation so gut wie verschlossen ist.

Die *Ultimoliquidation* hat sich reibungslos, aber auf der ganzen Linie zum Nachteil der Käufer vollzogen. Report-



geld war trotz des Zusammenfallens mit dem Quartalsultimo so reichlich angeboten, daß es im Parkett nur zu ½% (gegen 1% bei den beiden letzten Liquidationen), in der Kulle zu 4¼% (gegen 4½%) Anlage finden konnte. Unmittelbar nach der Abwicklung hat eine leichte Erholung eingesetzt, von der namentlich Banken und Elektrizitätswerke profitieren konnten.

Die Schwäche auf dem französischen *Rentenmarkt* dürfte ihren Grund nicht zuletzt in der bereits in unserem letzten Bericht skizzierten Verschlechterung des Budgets haben, das trotz aller Rechenkunststücke des Kabinetts Tardieu nicht ins Gleichgewicht gebracht werden konnte. Ausländische Fonds standen unter dem ungünstigen Eindruck des Einbruchs der deutschen Staatsanleihen. Schwer gelitten haben insbesondere Türken, von denen die Unifizierten auf die bisher allerdings noch unbstätigte englische Meldung, daß Professor Rist in seinem Gutachten ein zweijähriges Moratorium empfohlen habe, von 59 auf 50 zurückgingen. Französische Banken haben durchweg sehr empfindliche Verluste zu verzeichnen. Die Bank von Frankreich hat nicht weniger als 400 Fr, der Crédit Lyonnais 80, die Banque de Paris 65, die Union Parisienne 90 Fr eingebüßt. Elektrizitätswerte, die der allgemeinen Tendenz gefolgt waren, konnten sich gegen Wochenende auf die Deckungskäufe der Baissiers hin leicht erholen. Chemische Werte lagen ausgesprochen schwach. Die Aussicht auf ein weiteres Sinken der Aluminiumpreise ließ Pechiney 105 Fr verlieren. Auf dem Markte der Industriewerte war die Bewegung uneinheitlich. Hier waren es besonders die auf dem Kassenmarkt gehandelten Papiere, die am stärksten mitgenommen wurden. Auch die Automobilaktien haben einen großen Teil des früher gewonnenen Terrains wieder abgeben müssen.

	21. 9.	25. 9.	26. 9.	29. 9.	30. 9.	1. 10.
30% Staatsrente 1)	88,75	88,45	88,25	88,17	88,05	88,15
60% (1927) 1)	104,85	105,80	106,80	106,75	107,00	107,50
Banque de France 2)	22400	22300	22200	22100	22000	21750
Crédit Lyonnais 3)	3065	2975	2870	2890	2925	2880
Banque de Paris et des Pays-Bas 4)	2635	2685	2660	2620	2630	2610
Paris-Lyon-Méditerranée 5)	1805	1819	1810	1805	1810	1809
Aérienne de Longwy 6)	1720	1715	1701	1692	1692	1658
Schneider & Cie (Creusot) 4)	2015	2010	2010	2005	1990	1995
Mines de Lens 1)	1150	1140	1121	1112	1125	1105
Cie. Paris. de Distrib. d'Electr. 5)	2485	2460	2450	2430	2450	2495
Thompson-Houston 5)	801	801	795	780	787	773
Etablissements Kuhlmann 5)	853	842	840	825	822	792
Air Liquide 1)	1686	1690	1665	1640	1655	1645
Pechiney 5)	2800	27,5	2750	2680	2695	2615
Citroën 5)	809	807	788	785	775	762

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000, 3) Fr 500 4) Fr 400, 5) Fr 250

**Londoner Börse**

Der *Kursrückgang der deutschen Anleihen* ist in einigen Werten zum Stillstand gekommen; bei anderen hat er sich, in verlangsamttem Tempo, weiter fortgesetzt. Die Young-Anleihe hat sich bei etwa 79 bis 79½ stabilisiert, und die Dawes-Anleihe schwankte im Lauf der Woche zwischen 102½ und 103½. Einzelne städtische Anleihen haben indessen weitere Kursrückgänge erfahren, die Münchener

Anleihe schloß mit 82 gegen 83, die Berliner mit 82½ gegen 83 und die Kölner Sterling-Anleihe fiel von 86 auf 84. Die Besserung, die sich am Beginn der letzten Woche zeigte und die bei der Young-Anleihe einen Kursstand von 81 gebracht hatte, hat jedenfalls nicht angehalten. Der Einfluß der unsicheren Nachrichten aus Deutschland, vor allem die Berichte über den Leipziger Prozeß, haben die Börsentendenz in starkem Druck gehalten.

*Britische Staatspapiere* waren jedoch kaum davon betroffen. Die 5%ige Krieganleihe notierte 104% gegen 104½, die 4¼%ige Conversionsanleihe 101 gegen 101½. Dagegen litten einzelne *ausländische Staatsanleihen* erheblich unter dem Rückgang für deutsche Werte; insbesondere wurde die neue österreichische Anleihe zeitweise mit starkem Disagio gehandelt. Zuletzt neigten Peruaner Werte auf Gerüchte einer drohenden Zinszahlungseinstellung zur Schwäche. Heimische *Bahnen* waren diesmal kaum verändert. Von fremden Bahnen waren Sao Paulo sowie Baltimore and Ohio und die übrigen nordamerikanischen Bahnenwerte stärker abgeschwächt: Union Pacific fielen von 219 auf 212½, Canad. Pacific von 189 auf 175½. Überhaupt beeinflusste der Verlauf der New Yorker Börse ziemlich alle *internationalen Werte* ungünstig: International Holding gingen von 4% auf 4% zurück, International Nickel von 24% auf 21%, Hydro Electric von 37 auf 36, Brazilian Traction von 35% auf 33%. Schwedenwerte hielten sich besser. Schwedisch Zündholz „B“ schlossen mit 14½ gegen 14%, Kreuger & Toll mit 26 gegen 26%, Svenska Kugellager mit 10 gegen 10%. Im übrigen konzentrierte sich das Hauptinteresse auf *Rio Tinto*. Die Verwaltung hat eine Erklärung herausgegeben, in der die Kürzung der Interimsdividende von 25 auf 10 sh für die 5 £-Aktie mit dem rapiden Sturz der Kupferpreise begründet wird; für das laufende Geschäftsjahr rechnet sie mit weiter rückgängigen Gewinnen. Die Folge war ein Kurssturz der Anteile von 34½ auf 31%. Von hier aus ging ein Druck auf den ganzen *Minenmarkt* aus: Otavi gaben auf 27/6 nach, und besonders Bwana M'Kubwas erlitten erhebliche Verluste. Der Markt der *Industriewerte* lag flau bis auf Spezialwerte: Austin Motors, bei denen eine erhöhte Dividende ausgeschüttet wird, hoben sich aus der allgemeinen Bewegung hervor, während United Molasses, bei denen die Interimsdividende diesmal fortfallen soll, stark angeboten waren.

Während der *Geldmarkt* anfangs äußerst flüssig blieb und Call-Geld zu 1¼% erhältlich war, ist dicht vor Ultimo eine *Versteifung* der Sätze eingetreten, um so mehr als umfangreiche Einzahlungen auf Schatzwechsel sowie die üblichen Zurückziehungen der Großbanken erhöhte Nachfrage schufen. Die Sätze zogen auf 2-3½% an. Auch der Privatdiskontmarkt war in geringerem Umfang davon betroffen, so daß Dreimonatsbankwechsel bis auf 2% anzogen. Indessen ist gleich nach Ultimo eine neue Entspannung eingetreten, die die Sätze auf 1½% für Call-Geld zurückgeführt hat.

**DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK**

AKTIENGESELLSCHAFT :: AKTIENKAPITAL RM 24300000

**ZWISCHENKREDITE UND BAUGELDER**

**BERLIN W 8 • TAUBENSTRASSE 48/49**

SAMMELNUMMER: ZENTRUM 3615 / FERNGESPRÄCHE: ZENTRUM 3653/3654

ZWEIGNIEDERLASSUNGEN: BRESLAU, DRESDEN, ESSEN, FRANKFURT a. M.,  
HAMBURG, KARLSRUHE, MÜNCHEN, SPEYER, STUTTGART, WEIMAR



Auf dem *Devisenmarkt* lag das Pfund verhältnismäßig fest. Die französischen Goldabzüge bei der Bank, diesmal in geringem Ausmaß, haben wenigen Einfluß auf die Kursgestaltung gehabt, da größere Ankünfte aus Australien und Südafrika für die nächste Zeit in Aussicht stehen.

	21. 9.	25. 9.	26. 9.	29. 9.	30. 9.	1. 10.
4% Funding Loan	91 1/8	92 1/8	90 7/8 ex	90 13/16	90 7/8	90 9/16
London Midl & Seol Ord.	3 1/2	4 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/4	3 3/8
Central Argentine Ord.	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2
De Beers Cons. Mines Def.	7 1/4	7 1/8	7 1/8	7	6 7/8	6 9/8
Burmah Oil Co.	7 1/4	4 1/16	4	4	3 5/16	3 7/16
Anglo Dutch Plantation	21 1/4	21	20 9/8	20 3/8	20 6/8	21 0/8
Courtaulds	43 1/2	43 1/2	43 1/2	42 6/8	41 10/16	41 10/16
Imperial Chemical Industr.	40 7/16	20 6/8	20 3/8	20 3/8	20 13/16	20 4 1/2
Vickers	7 6/8	7 1/2	7 1/2	7 3/8	7 1/2	7 1/2
Rio Tinto Ord.	34 1/2	34 3/8	34	31 3/4	31 9/8	31 3/8
Aktienindex 1928=100	77.1	77.1	77.1	74.8	76.8	—
Abschlüsse total	1472	4302	4003	5355	4908	—
Staats- u. Kommunalanl.	1251	1156	1126	1321	1157	—
Verkehr u. Public Utilities	698	721	769	901	852	—
Handel u. Industrie	1614	1431	1416	1771	1679	—
Bank-Versicherung	438	463	405	470	451	—
Minenwerte	310	327	394	446	371	—
Ölwerke	104	99	132	196	215	—
Gummi, Tee, Kaffee	127	103	201	253	291	—

### New Yorker Börse

Der *Kursrückgang* in Wallstreet schreitet fort. In dieser Woche sind die Kurse unter das bisher niedrigste Juni-niveau gefallen und nur wenig von dem Stand im November vorigen Jahres entfernt. Die schwache Besserung vom 23. und 24. September auf verschiedenen Marktgebieten hat nicht durchgehalten, dabei ist das Geschäft weitaus *lebhafter* geworden als in der letzten Zeit. Die Umsätze auf dem Aktienmarkt übersteigen die vorwöchentlichen um das Doppelte und reichen schon an die Junizahlen heran. Die *Konjunkturnachrichten* waren überwiegend nicht derart, daß sie den weichenden Kursen gegenüber eine Stütze hätten bieten können. Der letzte Bericht des Bundesreserveamts spricht von allgemein sinkenden Umsätzen im Großhandel und den Warenhäusern im August. Dazu dauert die Baisse auf den Getreide- und Metallmärkten an. Die Befürchtungen, daß die zum Herbst erwartete Belebung der Geschäftstätigkeit ausbleiben würde, mehren sich, und die Spannung der *politischen Lage* in Deutschland und Österreich wirkt weiter *baisseünstig*. Die Möglichkeit einer Unterbrechung der Reparationszahlungen ist in der Presse diskutiert worden. Schließlich hat noch die Insolvenz der Firma Sisto & Co. Veranlassung zu neuen starken Kursrückschlägen gegeben.

Dabei ist Geld auch weiterhin außerordentlich *billig* und auf dem offenen Markt mit 1% mitunter kaum anzubringen. Sogar die offizielle, manipulierte Notiz von 2% hat sich nicht halten können. Die *Börsenkredite* sind nach dem Ausweis vom 24. September unverändert geblieben; ihre Verringerung bei den New Yorker Mitgliedsbanken ist durch entsprechende Erhöhung bei den auswärtigen und den Nichtmitgliedsbanken kompensiert worden. Das *Deckungsverhältnis* bei den zwölf Bundesreservebanken hat sich wiederum, auf 82%, gebessert; der Goldbestand hat erneut eine gewisse Zunahme erfahren.

Tag	30 Industri- aktien	20 Eisen- bahnaktien	Tag	30 Industri- aktien	20 Eisen- bahnaktien
23. 9.	228.75	128.13	26. 9.	213.27	125.42
24. 9.	222.19	127.4	27. 9.	212.72	121.14
25. 9.	217.75	126.67	28. 9.	208.14	121.60

*Deutsche Anleihen* verkehrten in schwacher Haltung. Die Younganleihe schloß mit 79 1/2, die Dawesanleihe mit 102 1/2. Auch sonst erfuhren deutsche Werte gegenüber dem 24. September, der für sie eine Erholung gebracht hatte, Rückschläge: die Bayernanleihe sank auf 86 1/2 gegen 89, die Berliner auf 88 gegen 90, die 6%ige Preußenanleihe von 85 1/2 auf 80. Größere Verluste erlitten zuletzt *Peruaner-bonds* nach Gerüchten über ein bevorstehendes Moratoriumsgesuch, obwohl nach Erklärungen von J. W. Seligman und der National City Bank die Oktoberzinsen schon eingegangen sind.

Abgaben der Spekulation und die Veröffentlichung neuer ungünstiger Verkehrsergebnisse hielten den Markt der *Eisenbahnwerte* unter Druck: Atchison Topeca fielen

von 216 1/4 auf 204 1/4, Baltimore & Ohio von 98 1/2 auf 91, Great Northern von 75 1/2 auf 69. Aktien von *Stahlwerten* standen unter dem Eindruck der Nachrichten über schlechte Beschäftigung der Stahlindustrie in einzelnen Gegenden: US Steel 153 1/2 gegen 162%, American Steel 52 1/2 gegen 56%. Stark angeboten waren Radio Corp., die von 55% auf 27% fielen und mit 28% schlossen. Die Aussicht auf 1 \$ Extradividende hat den Rückgang von American Can von 123 1/4 auf 117 nicht zu verhindern vermocht. Stark gefallen sind Gilette (54 gegen 65 1/2). Auch *Landmaschinen-merke* gingen erheblich im Kurse zurück (International Harvester 65 1/2 gegen 75 1/4), ferner *Warenhauswerte* (Sears-Roebuck 57 1/2 gegen 66), *Public Utilities*: American & Foreign Power 55 1/2 gegen 65, Columbia Gas 51 gegen 61 1/2, International Telef. & Telegr. 51 gegen 58 1/2.

	24. 9.	25. 9.	26. 9.	27. 9.	29. 9.	30. 9.
U. S. Steel Corporat.	161 1/4	158 5/8	158 1/4	158 1/4	561 2	55 1/2
American Can Co.	128 3/4	123	121	121	119 7/8	117
Anaconda Copper	39 1/2	40 1/4	38 3/4	37	3 1/8	35 1/2
General Motors	41 1/2	41 1/4	40 1/4	40	3 1/2	38 1/8
Chrysler	21 1/4	24 1/8	20 7/8	20 7/8	2 8/8	14 7/8
General Electric	66 1/2	64 1/2	64	62 3/4	6 5/8	61
Am. Tel. & Tel.egr.	28 3/4	28 1/4	28 1/4	28 1/4	0	20 1/2
Radio Corporation	39 3/4	30 3/4	28 3/4	28 1/4	27 7/8	24 1/8
Allied Chemical	25 1/2	25 1/2	24 1/2	24 1/2	24 1/2	24 1/2
Standard Oil N. J.	63 3/8	63 3/8	60 5/8	58	58	57 1/4
Woolworth	62 1/4	61 1/2	62 1/4	6 5/8	60	60
Pennsylv.-Railr. Co.	7 1/4	7 1/4	6 5/8	6 5/8	6 5/8	6 5/8
Aktienumsatz (1000)	3438	3061	3700	1705	3756	4489

## Statistik

### Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	30. 9. 1930	23. 9. 1930	30. 8. 1930	30. 9. 1929
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177.212	177.212	177.212	177.212
2. Goldbestand (Barengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1,92 RM berechnet und zwar:	2.478.833	2.583.825	2.618.939	2.212.044
Goldkassenbestand	2.329.015	2.433.837	2.409.151	2.062.256
Golddepot (unbelastet) bei ausl. Zentralnotenbanken	149.788	149.788	149.788	149.788
3. Deckungsfähige Devisen	171.913	221.749	369.011	33.139
4. a) Reichsschatzwechsel	6.240	—	—	1.296
b) Sonstige Wechsel und Schecks	2.096.90	1.351.747	1.730.002	2.508.284
5. Deutsche Scheidemünzen	48.82	181	114.126	103.470
6. Noten anderer Banken	4.61	22.148	4.139	3.969
7. Lombardforderungen darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	29.33	0.039	212.171	1.6295
8. Effekten	1.012.66	102.166	1.102.677	92.783
9. Sonstige Aktiva	685.632	677.492	665.222	610.980
<b>Passiva</b>				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122.788	122.788	122.788	122.788
b) noch nicht begeben	177.212	177.212	177.212	177.212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	53.915	53.915	53.915	48.797
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	36.224	46.224	36.224	45.811
c) sonstige Rücklagen	271.00	271.00	271.000	225.000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4.714.170	4.012.989	4.707.448	9.141.277
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	42.082	44.237	115.631	50.418
5. Sonstige Passiva	274.140	2.8334	224.611	308.205
Bestand an Rentenbankscheinen	5.1	54.4	5.0	6.0
Umlauf an Rentenbankscheinen	442.5	393.2	442.9	432.7

<sup>1)</sup> Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich

### Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Würtl. Noten-B.
23. September 1930				
<b>Aktiva</b>				
Gold	28.559	21.032	8.124	8.176
Deckungsfähige Devisen	7.611	10.477	2.211	6.438
Sonstige Wechsel u. Schecks	47.478	46.638	18.912	18.117
Deutsche Scheidemünzen	0.35	0.091	0.009	0.31
Noten anderer Banken	13.4	3.44	0.164	0.811
Lombardforderungen	2.266	2.269	0.745	3.121
Wertpapiere	5.247	5.667	7.226	4.61
Sonstige Aktiva	91.0	10.804	32.09	42.576
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf	67.321	60.363	20.678	26.303
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	1.641	11.082	12.255	8.451
Verbindlichkeiten mit Kündigungsrückstellungen	0.105	5.406	23.312	34.115
Sonstige Passiva	3.51	3.001	2.574	6.802
Weitergegebene Wechsel	2.293	0.001	0.815	0.997



Internationale Wirtschaftszahlen

(vgl. die letzte Veröffentlichung in Nr. 31, S. 1420)

Table with columns for countries (e.g., Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Polen, Schweden, Vereinigte Staaten, Kanada) and months (1929: Juni-Dez; 1930: Jan-Aug). Rows include production indices for various goods like coal, iron, steel, cement, machinery, and textiles.

1) Die mit \* bezeichneten Reihen sind saisonbereinigt. — 2) Institut für Konjunkturforschung; gewogener Index, arbeitstäglich (Originalbasis 1928 = 100). — 3) Board of Trade, vierteljährlicher Index (Originalbasis 1924 = 100). — 4) Statistique Générale de la France (Originalbasis 1913 = 100). — 5) Konjunktura Gosplan; gewogenes arithmetisches Mittel aus den Indizes von Bergbau und Industrie (Originalbasis 1925/27 = 100). — 6) Eisenerz, Eisen und Stahl, Steine und Erden, Baugewerbe, Metalle und Maschinen, Chemikalien. — 7) Textilien, Konfektion, Leder, Lebensmittel, Salz, Papier und Vertriebsmittel. — 8) Svensk Finanzinstitut, sechs Produktions- und zwei Verbrauchsgüterindustrien (Originalbasis 1923/24 = 100). — 9) Federal Reserve Board (Originalbasis 1925/25 = 100). — 10) Dominion Bureau of Statistics; Gesamtindex aus Forstwirtschaft, Bergbau, verarbeitende Industrie und Baugewerbe (Originalbasis 1919/24 = 100). — 11) 92 Groß- und Mittelstädte (ohne Bremen, Essen, Hannover und Gera); die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand vor der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — 12) Rohzugang. — 13) Vorläufige Zahl.



	Einheit	1929							1930							
		Jun.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jun.	Juli	Aug.
<b>noch: Bautätigkeit</b>																
<b>Deutschland<sup>1)</sup></b>																
Wohnungen																
Bauerlaubnisse <sup>2)</sup>	Anzahl	14 586	17 938	16 324	18 237	13 914	11 523	7 259	5 672	5 239	5 903	8 500	8 683	10 856	12 798	—
Angefangene Bauten	"	15 874	17 698	13 712	14 989	13 181	8 839	4 556	4 829	4 644	5 782	8 205	11 109	10 917	12 408	—
Bauvollendungen <sup>3)</sup>	"	8 037	10 489	11 568	14 590	18 547	19 239	19 471	19 957	9 821	15 020	9 389	13 308	12 761	11 793	—
<b>Vereinigte Staaten<sup>4)</sup></b>																
Genehmigte Bauvorhaben	Mill. \$	545,9	652,4	488,9	445,4	445,6	391,0	316,4	324,0	317,1	459,1	483,3	457,4	600,6	367,5	347,3
Wohngebäude	"	189,8	199,9	148,1	118,4	137,7	118,5	114,1	66,8	74,8	101,5	123,1	116,6	96,8	84,8	82,7
Bürohäuser	"	80,9	91,3	72,0	76,9	67,7	101,8	33,4	54,1	72,9	80,0	73,2	73,3	59,1	46,9	50,9
Oeffentliche Werke	"	120,8	194,5	119,3	117,2	85,1	72,4	51,8	112,1	85,8	105,4	149,7	134,9	251,9	114,9	124,2
Industriebauten	"	70,0	66,6	75,3	52,6	60,9	37,9	67,4	38,3	33,5	74,3	38,1	54,6	93,6	35,2	20,7
<b>Elektrizitätsproduktion</b>																
Deutschland <sup>5)</sup>	Mill. kWh	1 298	1 371	1 437	1 421	1 585	1 576	1 576	1 556	1 393	1 426	1 288	1 296	1 170	1 261	—
Schweiz	"	314	344	345	328	316	306	300	300	288	273	297	330	313	336	—
Italien <sup>6)</sup>	"	819	867	829	808	847	804	789	816	736	784	795	845	835	886	—
Vereinigte Staaten <sup>7)</sup>	"	7 768	8 018	8 354	8 061	8 708	8 243	8 513	8 652	7 618	8 175	8 000	8 015	7 753	7 870	8 125
Kanada <sup>8)</sup>	"	1 378	1 411	1 445	1 477	1 594	1 595	1 535	1 546	1 591	1 508	1 494	1 536	1 424	1 415	—
<b>Arbeitsmarkt</b>																
<b>Arbeitslosigkeit</b>																
<b>Deutschland<sup>9)</sup></b>																
Hauptunterstützungsempfänger	1000	723,0	710,5	725,8	748,6	989,5	1 200,4	1 774,9	2 232,6	2 378,5	2 053,4	1 763,1	1 550,9	1 468,9	1 497,5	1 509,0
in der Arbeitslosenversicher. 7)	1000	206,6	153,1	157,2	161,6	171,6	186,7	210,2	250,0	277,2	293,7	318,0	338,9	365,8	403,4	440,8
Vollarbeitslose Gewerkschaftsmitglieder <sup>8)</sup>	%	8,5	8,6	9,0	9,6	10,9	13,7	20,1	22,0	23,5	21,9	20,5	19,8	19,9	20,8	22,0
Großbritannien, Vers. Arbeitslose <sup>9)</sup>	1000	1 163,7	1 177,5	1 198,9	1 203,4	1 254,5	1 325,6	1 344,2	1 520,4	1 583,1	1 694,0	1 760,5	1 855,9	1 911,7	2 070,1	2 119,6
Frankreich, nicht erl. Stellenange <sup>11)</sup>	1000	9,8	9,7	9,9	10,0	10,4	11,0	11,1	12,6	13,1	14,0	14,6	15,8	15,8	17,1	17,5
Belgien, Versicherte Arbeitslose <sup>12)</sup>	1000	13,5	20,5	18,8	20,2	17,2	20,0	45,1	48,3	47,4	42,5	50,3	50,9	53,0	—	—
Niederlande, Versich. Arbeitslose <sup>13)</sup>	1000	9,5	11,4	12,0	11,6	12,8	20,3	47,7	55,5	47,7	34,2	27,0	26,2	23,7	—	—
Italien, Vollarbeitslose <sup>14)</sup>	1000	193,3	201,9	216,7	228,8	297,4	332,8	408,7	466,2	456,6	385,4	372,2	367,2	322,3	342,1	375,5
Tschechoslowakei																
Nichterledigte Stellensuche <sup>15)</sup>	1000	34,4	32,7	34,8	34,3	34,7	38,3	52,8	78,9	88,2	88,0	79,7	77,1	73,5	—	—
Polen: Erfasste Arbeitslose <sup>16)</sup>	1000	105,1	97,3	90,1	81,8	91,0	125,1	185,3	242,0	274,7	289,5	271,2	224,9	205,0	198,6	178,8
Österreich: Unterst. Arbeitslose <sup>17)</sup>	1000	110,3	104,4	101,8	104,9	125,9	167,5	228,6	273,2	284,5	239,1	192,5	162,7	150,0	153,2	156,1
<b>Beschäftigungsgrad</b>																
Vereinigte Staaten	1928=100	98,8	98,2	98,6	99,3	98,8	94,8	91,9	90,2	90,3	89,8	89,1	87,7	85,5	81,6	78,9
<b>Streiks und Aussperrungen</b>																
<b>Deutschland<sup>18)</sup></b>																
Streiks und Aussperrungen	Anzahl			174				82			54			61		68
Verlorene Arbeitstage	1000			1 169			212			107			115		205	
<b>Großbritannien</b>																
Streiks	Anzahl	40	34	41	53	70	51	32	41	42	44	40	55	45	52	45
Verlorene Arbeitstage	1000	188	1 188	5 538	1 371	1 190	1 139	41	45	79	51	1 305	1 600	429	89	49
<b>Niederlande: Streiks u. Aussperrg.</b>																
Streiks u. Aussperrungen	Anzahl	19	22	23	20	15	13	9	9	15	22	24	19	17	—	—
<b>Belgien: Streiks u. Aussperrungen</b>																
Streiks u. Aussperrungen	"	21	21	23	20	23	12	10	15	14	18	19	16	19	—	—
<b>Tschechoslowakei</b>																
Streiks und Aussperrungen	"	39	42	30	20	10	20	16	19	29	20	19	22	22	17	—
Verlorene Arbeitstage	1000	69	80	61	20	83	36	58	106	114	88	28	32	18	22	—
<b>Außenhandel<sup>19)</sup></b>																
<b>Deutschland</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. RM	1 077,8	1 228,1	1 072,6	1 038,5	1 108,7	1 161,0	1 020,3	1 304,8	981,6	883,8	888,9	830,2	813,5	909,2	795,5
Lebende Tiere	"	11,3	12,6	12,0	15,4	16,6	16,3	12,0	15,4	11,6	9,1	8,5	8,2	7,5	7,1	8,7
Lebensmittel u. Getränke	"	279,1	407,0	305,1	295,3	299,0	315,6	316,4	480,8	278,4	213,6	241,8	209,2	215,0	273,4	213,0
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	585,2	613,6	575,5	547,4	600,8	652,2	527,8	634,3	523,8	493,2	479,8	453,5	440,6	478,7	437,5
Fertige Waren	"	202,2	194,1	179,4	180,2	189,8	176,8	164,3	174,3	167,8	167,9	159,0	159,3	150,4	150,0	136,5
Ausfuhr: Gesamt <sup>19)</sup>	1 077,2	1 099,0	1 188,6	1 199,7	1 247,8	1 153,6	1 063,5	1 092,3	1 026,3	1 104,0	976,7	1 096,5	910,2	950,7	970,8	
Lebende Tiere	"	2,1	1,5	1,4	2,4	1,5	2,2	3,0	2,0	3,0	3,5	5,7	6,9	5,0	4,8	
Lebensmittel u. Getränke	"	59,1	43,5	42,5	58,3	73,2	61,2	52,0	46,4	43,8	46,2	38,7	39,9	48,1	40,0	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	228,4	243,0	261,2	259,0	249,2	239,1	233,2	248,7	223,6	220,8	199,9	238,4	187,2	199,0	
Fertige Waren	"	787,0	810,1	883,5	879,4	923,1	850,7	775,3	795,2	755,9	633,5	734,4	813,3	669,9	706,9	
<b>Großbritannien</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. £	91,5	93,5	101,0	98,4	110,3	108,1	106,6	101,6	88,2	93,4	83,9	91,0	83,4	85,2	79,9
Nahrungsm., Getränke u. Tabak	"	39,0	42,2	45,7	45,1	51,2	48,8	46,8	42,9	37,3	40,0	36,7	39,6	37,7	39,2	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	24,5	22,9	24,7	24,2	27,3	30,0	31,2	30,1	24,0	24,1	20,7	23,1	20,4	19,1	
Fertige Waren	"	26,4	27,5	29,5	28,4	30,2	28,2	27,8	28,6	25,8	28,1	25,8	27,7	24,4	26,0	
Ausfuhr: Gesamt	"	49,9	66,5	63,0	55,1	64,0	63,1	58,4	58,3	51,9	53,5	46,9	51,0	42,8	50,7	
Nahrungsm., Getränke u. Tabak	"	3,9	4,7	4,5	4,8	5,4	5,7	4,9	4,6	3,7	4,0	3,6	3,8	3,2	4,4	
Rohstoffe u. halbfertige Waren	"	6,1	6,9	6,0	6,5	7,1	6,5	6,2	6,9	5,8	6,0	5,4	5,8	4,7	5,2	
Fertige Waren	"	38,4	53,2	50,3	42,2	50,2	48,6	44,6	44,7	41,2	42,5	36,7	39,8	33,8	39,7	
<b>Frankreich</b>																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	5 171,7	4 604,2	4 339,5	4 358,1	4 515,5	4 789,4	5 020,9	4 777,0	4 807,9	4 431,1	4 565,8	4 102,8	4 165,3	4 120,0	4 067,9
Nahrungsmittel	"	1 156,2	1 091,5	1 056,9	928,3	1 000,7	1 083,8	995,4	861,0	871,6	863,8	822,7	816,9	786,2	837,3	926,3
Rohstoffe	"	3 107,8	2 679,0	2 469,3	2 578,9	2 680,0	2 810,5	3 114,1	2 987,0	2 948,8	2 527,2	2 696,0	2 476,5	2 419,0	2 263,9	2 297,2
Fertige Waren	"	907,7	833,8	813,3	845,8	854,0	895,1	910,3	928,1	937,4	1 040,0	1 047,1	809,5	960,1	1 019,4	848,3
Ausfuhr: Gesamt	"	4 342,4	4 256,9	3 804,2	4 221,0	4 388,0	4 267,8	4 396,5	3 714,5	4 017,6	3 958,4	3 887,8	3 739,0	3 351,8	3 529,7	3 108,3
Nahrungsmittel	"	545,0	511,8	416,9	464,9	553,8	563,1	570,9	514,0	578,2	508,8	473,1	523,9	555,4	528,9	373,5
Rohstoffe	"	1 079,3	1 024,9	1 012,5	1 090,1	1 062,1	1 034,2	978,2	892,7	954,2	912,7	896,6	916,0	779,9	821,5	
Fertige Waren	"	2 718,2	2 720,2	2 374,3	2 666,0	2 770,0	2 670,4	2 847,3	2 807,1	2 495,4	2 537,0	2 518,0	2 293,0	2 016,5	2 181,3	1 991,5

<sup>1)</sup> Monatsende. — <sup>2)</sup> 92 Groß- und Mittelstädte (ohne Bremen, Essen, Hannover und Gera); die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand vor der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — <sup>3)</sup> Ohne Nürnberg. — <sup>4)</sup> F. W. Dodge Corporation; 37 östliche Staaten. — <sup>5)</sup> 122 Werke; etwa 50% der Gesamt-Produktion. — <sup>6)</sup> Durch Heiz- und Wasserkraft. — <sup>7)</sup> 1929 einsch. Sonderfürsorge bei berufsfähiger Arbeitslosigkeit. — <sup>8)</sup> In % der Gewerkschaftsmitglieder (ohne Landwirtschaft). — <sup>9)</sup> Von der Versicherung ausgeschlossen sind die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter, ferner Hausangestellte und unter gewissen Voraussetzungen Eisenbahnarbeiter, Arbeiter in öffentlichen und Polizeidiensten, sowie Angestellte mit einem Einkommen von mehr als 250 £ im Jahr. — <sup>10)</sup> In % der Versicherten. — <sup>11)</sup> Durchschnitt aus Wochenendzahlen, einschl. versicherter Arbeitsloser. — <sup>12)</sup> Einschl. der vorübergehend Arbeitslosen und der Kurzarbeiter. — <sup>13)</sup> Mitglieder der Arbeitslosenkassen; Wochendurchschnitt. — <sup>14)</sup> Vierteljahrssumme. — <sup>15)</sup> Spezialhandel, reiner Warenverkehr. — <sup>16)</sup> Einschl. Reparationssachlieferungen. — <sup>17)</sup> Vorläufige Zahl.



	Einheit	1929							1930								
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>noch: Außenhandel<sup>1)</sup></b>																	
<b>Belgien</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	3 034,2	3 055,5	3 087,0	2 939,3	3 203,7	2 841,3	2 906,3	2 934,5	2 699,1	2 887,7	2 844,7	2 866,6	2 486,8	2 543,8	—	—
Nahrungsmittel u. Getränke		595,3	578,5	670,2	592,9	709,9	604,6	644,9	610,1	542,1	588,5	553,4	589,4	517,6	547,9	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		1 609,6	1 650,5	1 590,5	1 574,4	1 619,2	1 422,9	1 474,7	1 429,2	1 289,8	1 375,7	1 378,9	1 868,3	1 206,5	1 196,1	—	—
Fertige Waren		825,3	821,6	820,5	766,9	867,4	804,1	774,7	881,0	850,0	907,0	898,6	886,7	745,0	784,1	—	—
Ausfuhr: Gesamt		3 595,7	2 460,2	2 559,2	2 843,2	2 847,3	2 541,7	2 759,2	2 205,9	1 810,1	2 760,1	2 539,0	2 291,5	2 012,8	2 276,3	—	—
Nahrungsmittel u. Getränke		223,2	221,0	214,9	2 05	215,0	206,6	227,7	167,3	126,3	205,7	155,7	137,9	168,4	174,3	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		1 005,2	777,9	797,4	935,4	937,3	812,1	835,2	644,9	642,2	886,4	773,7	738,6	688,1	734,2	—	—
Fertige Waren		2 355,8	1 447,8	1 539,9	1 665,4	1 682,9	1 511,9	1 689,7	1 384,3	1 135,9	1 651,8	1 597,0	1 400,7	1 142,6	1 350,1	—	—
<b>Niederlande</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fl	229,4	240,3	247,8	230,6	257,7	237,7	214,5	220,6	201,1	226,6	204,2	224,0	201,5	203,8	199,0	—
Nahrungsmittel u. Getränke <sup>2)</sup>		47,9	46,6	44,6	43,6	56,0	47,4	43,6	46,6	39,2	44,3	42,0	41,4	41,2	36,2	37,8	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		85,3	93,8	88,0	81,9	90,4	90,1	83,8	78,2	66,5	76,0	66,4	76,5	74,6	76,0	69,9	—
Fertige Waren		96,0	99,1	111,5	104,1	110,1	98,6	85,7	94,5	94,4	105,0	94,5	105,0	84,6	89,3	89,8	—
Ausfuhr: Gesamt		165,4	170,2	182,7	181,9	184,9	165,6	143,9	151,9	144,5	156,0	142,1	150,8	134,5	145,1	153,0	—
Nahrungsmittel u. Getränke <sup>2)</sup>		61,7	65,8	66,8	61,4	70,5	61,5	49,3	54,7	47,9	53,1	52,5	56,2	55,8	59,5	54,8	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		26,9	26,9	26,9	26,8	29,7	27,3	25,5	27,0	23,0	24,3	22,0	24,6	20,6	21,7	21,5	—
Fertige Waren		75,6	76,7	78,6	69,5	77,6	70,7	64,8	66,3	69,1	73,5	64,1	67,9	55,6	62,1	59,0	—
<b>Schweiz<sup>3)</sup></b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	212,9	244,2	296,2	223,1	244,1	260,0	283,3	208,2	205,0	227,4	233,8	211,3	200,8	238,4	240,3	—
Lebens- und Genußmittel		43	51	48	30	36	36	47	39	38	43	43	43	42	42	38	—
Betriebsmittel		18	23	22	20	20	17	18	17	14	14	14	16	17	22	21	—
Rohstoffe zur Verarbeitung		48	52	49	50	58	58	58	51	49	49	48	46	45	42	42	—
Fabrikate		49	52	50	50	53	50	49	47	49	58	55	52	45	48	46	—
Ausfuhr: Gesamt		169,8	174,8	173,5	180,5	200,0	183,9	177,8	146,0	157,4	157,9	161,7	163,3	136,7	138,1	130,4	—
Tierische Nahrungsmittel und Schokolade		16,4	14,6	16,1	14,4	17,6	14,0	11,4	12,3	11,1	11,5	14,1	14,1	13,7	14,9	12,7	—
Textilien		52,7	55,6	54,8	56,8	61,3	57,2	54,5	51,3	57,4	58,0	53,7	52,2	42,0	41,8	39,5	—
Metalle, Maschinen, Fahrzeuge, Apparate		43,6	45,8	43,0	39,5	45,0	41,8	43,5	40,5	39,1	38,2	39,8	42,7	35,6	37,2	34,8	—
Uhren		25,6	25,6	23,6	28,6	30,9	31,3	36,3	11,8	18,1	17,6	23,5	23,4	18,0	16,4	15,7	—
Drogen, Chemikalien, Farbstoffe		13,9	14,8	15,0	15,1	16,5	15,8	14,1	13,0	13,7	14,5	12,3	14,0	12,0	12,4	12,4	—
<b>Italien</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. L	2 306,4	1 567,5	1 413,8	1 436,2	1 579,4	1 530,4	2 069,1	1 505,5	1 494,6	1 504,8	1 570,9	1 489,6	1 984,3	1 077,5	9) 1 171,6	—
Industrielle Rohstoffe		710,7	607,9	558,4	540,8	612,6	611,1	685,0	628,3	605,9	548,4	536,5	484,3	539,5	—	—	—
Industr. Halb- u. Fertigwaren		1 097,6	564,9	613,5	645,8	670,9	591,8	1 033,0	576,8	613,7	647,8	672,4	620,3	882,8	—	—	—
Nahrungsmittel <sup>4)</sup>		498,0	394,6	241,9	249,8	295,9	327,5	351,0	300,4	274,9	308,6	362,0	385,0	461,9	—	—	—
Ausfuhr: Gesamt		1 583,1	1 054,2	1 210,5	1 233,1	1 348,2	1 316,2	1 393,7	974,9	1 039,4	1 044,0	1 038,1	1 039,4	1 354,4	796,5	9) 877,6	—
Industrielle Rohstoffe		127,5	128,4	115,9	129,2	136,5	144,5	148,8	115,0	116,7	107,3	106,5	106,9	140,2	—	—	—
Industr.-Halb- u. Fertigwaren		1 120,2	681,8	820,8	783,9	755,2	782,6	891,0	614,9	693,3	671,9	649,8	661,1	886,8	—	—	—
Nahrungsmittel <sup>4)</sup>		335,4	244,1	274,0	340,1	456,5	388,5	359,9	245,0	262,8	264,8	281,8	271,4	327,4	—	—	—
<b>Osterreich</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. S	270,9	256,1	259,5	284,8	286,1	292,0	314,9	207,6	227,0	228,1	235,7	233,3	249,0	217,7	201,8	—
Lebende Tiere		20,1	26,3	22,5	24,9	25,1	21,8	24,3	20,0	18,6	18,9	18,6	18,4	19,8	19,6	17,1	—
Nahrungsmittel u. Getränke		58,9	52,6	56,2	59,9	64,4	69,9	78,9	50,5	48,8	44,4	53,5	56,3	61,3	56,9	36,8	—
Rohstoffe u. halb. Waren		81,4	75,0	81,5	87,3	78,9	85,5	91,6	64,9	61,9	66,6	63,5	62,6	61,0	58,2	62,6	—
Mineralische Brennstoffe <sup>5)</sup>		17,4	18,5	22,0	24,3	26,1	24,9	22,8	16,1	18,0	14,0	12,3	13,6	13,7	15,2	16,6	—
Fertige Waren		110,6	102,2	99,4	112,6	117,7	114,8	125,2	72,2	98,3	98,5	100,2	97,0	86,8	83,0	85,3	—
Ausfuhr: Gesamt		194,9	179,4	178,3	205,9	198,4	186,2	188,3	127,8	156,8	164,9	170,3	152,2	152,0	137,2	145,1	—
Nahrungsmittel u. Getränke		3,0	2,5	2,7	2,9	4,7	5,1	3,7	3,3	3,7	3,3	3,2	2,8	2,9	3,1	4,9	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		46,1	47,6	41,2	38,7	40,4	39,6	38,1	28,9	39,8	36,5	38,7	35,8	36,0	39,8	32,1	—
Fertige Waren		143,7	128,1	133,4	162,5	150,8	140,1	145,0	94,7	113,4	124,0	127,3	111,9	111,4	98,8	106,5	—
<b>Tschechoslowakei</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. Kč	1 747,9	1 699,4	1 541,2	1 555,9	1 610,7	1 767,2	1 817,7	1 362,3	1 217,9	1 339,0	1 446,8	1 598,5	1 144,2	1 207,0	—	—
Nahrungsmittel u. Getränke		264,3	240,6	212,4	197,3	252,2	278,7	306,1	215,0	186,1	196,4	209,2	226,7	181,6	169,0	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		860,9	849,8	722,5	740,9	743,3	848,4	766,1	654,0	597,8	617,2	714,2	780,9	548,2	545,4	—	—
Fertige Waren		568,6	525,9	513,2	508,3	528,0	527,6	591,8	431,2	371,8	459,9	472,1	521,8	386,2	436,5	—	—
Ausfuhr: Gesamt		1 641,7	1 622,5	1 755,3	1 738,3	1 907,4	1 986,1	2 149,9	1 478,6	1 331,2	1 478,3	1 406,7	1 521,1	1 199,4	1 421,7	—	—
Nahrungsmittel u. Getränke		201,2	188,1	143,8	124,9	202,5	320,3	322,9	154,8	107,7	111,7	141,8	158,0	130,0	117,7	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		273,0	272,3	271,9	257,2	302,6	365,3	327,6	222,6	220,3	242,7	232,9	251,9	194,8	220,8	—	—
Fertige Waren		1 157,8	1 158,6	1 339,2	1 348,9	1 398,7	1 296,8	1 457,9	1 099,8	1 001,2	1 122,4	1 030,5	1 108,6	870,1	1 074,8	—	—
<b>Polen</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. Zł	271,7	266,4	226,5	247,5	257,2	243,4	212,8	216,7	181,7	195,0	179,4	196,7	177,4	195,3	188,5	—
Nahrungsmittel u. Getränke		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		119,7	115,2	96,6	110,2	108,6	98,4	83,1	88,5	73,1	74,7	69,0	74,9	83,6	83,5	—	—
Fertige Waren		117,0	122,0	105,4	112,8	114,1	111,5	83,9	96,3	81,8	85,2	86,0	96,8	76,5	92,8	—	—
Ausfuhr: Gesamt		237,9	276,4	280,7	262,0	259,4	256,1	254,8	218,5	218,1	221,1	208,9	199,2	189,3	197,8	201,5	—
Lebende Tiere		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nahrungsmittel u. Getränke		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren		111,8	125,3	123,9	124,1	115,8	113,5	105,7	96,5	97,1	94,6	83,6	87,1	74,1	86,5	—	—
Fertige Waren		53,8	60,7	63,7	62,5	55,8	56,9	75,1	45,7	48,5	48,4	46,0	43,4	36,7	40,9	—	—
<b>Vereinigte Staaten</b>																	
Einfuhr: Gesamt	Mill. \$	353,4	354,2	369,5	351,4	391,0	338,8	310,6	311,0	281,8	300,5	307,9	284,6	250,2	220,4	9) 217,0	



	Einheit	1929							1930								
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>Verkehr</b>																	
<b>Eisenbahnverkehr</b>																	
<b>Güterwagenstellung</b>																	
Deutschland	1000	3 634	4 218	4 182	3 980	4 454	4 131	3 431	3 281	2 989	3 416	3 218	3 577	3 162	3 449	3 459	606
Belgien		690	731	722	707	776	744	651	697	636	670	647	648	590	611		
Tschechoslowakei		514	542	561	553	722	692	492	435	405	465	461	479	444	485		
Vereinigte Staaten		4 465	4 705	5 039	4 735	5 195	4 177	3 651	3 788	3 506	3 817	3 940	4 127	3 878	4 010		
Oesterreich (arbeitstaglich)	Anzahl	6 983	6 921	7 047	6 972	7 463	7 072	6 231	5 753	6 725	6 157	6 627	6 902	6 772	6 004	6 189	
Polen (arbeitstaglich)		18 122	19 463	19 125	19 374	21 327	20 661	17 000	13 640	13 156	13 304	12 639	13 208	13 746	15 228		
<b>Beforderte Gutermenge</b>																	
Deutschland	Mill. t	41,95	45,17	43,32	41,98	46,00	43,95	35,63	33,36	29,78	34,10	31,87	35,44	32,36	33,43		
Großbritannien	1000 t	26 519	28 246	28 043	27 738	30 481	29 973	27 738	29 973	27 535	28 551	25 909	27 230	22 558			
Italien		5 554	6 158	6 132	6 035	6 254	5 510	5 012	4 885	4 691	5 253	5 155	5 219	4 969	5 416	5 147	
osterreich	Mill. tkm	353,9	362,1	373,0	394,2	428,1	390,1	371,9	320,6	286,2	331,6	305,7	330,5	305,7	297,8		
<b>Schiffverkehr</b>																	
<b>Seeschiffahrt<sup>1)</sup></b>																	
Deutschland <sup>2)</sup>	1000 NRT	3 792	3 967	4 805	3 929	3 980	3 865	3 718	3 457	3 109	3 584	3 547	3 873	3 298	3 924		
Großbritannien <sup>2)</sup>		5 550	6 073	6 183	5 931	6 026	5 484	5 055	5 287	4 611	5 093	5 119	5 885	5 574	5 880	5 764	
Frankreich	1000 RT	4 728	4 870	4 980	4 660	4 834	4 540	4 109	4 226	3 746	4 414	4 817	5 097	5 029	5 042		
Belgien	1000 NRT	2 594	2 662	2 787	2 589	2 579	2 439	2 498	2 151	2 197	2 431	2 157	2 565	2 409	2 566		
Niederlande <sup>2)</sup>	1000 cbm	5 200	5 020	5 280	5 110	5 830	5 140	5 160	5 230	4 590	4 785	4 640	5 065	5 080	5 075		
Italien	1000 NRT	6 463	6 841	6 842	6 844	6 217	6 150	6 185	6 010	5 896	6 823	6 540	6 793	6 461	6 863		
Polen <sup>2)</sup>	1000 RT	177	178	166	128	147	129	123	164	133	128	127	163	171	199	217	
Danzig		360	372	401	372	369	348	331	364	278	312	314	301	347	392	365	
Vereinigte Staaten <sup>2)</sup>	1000 NRT	7 664	8 099	8 428	7 559	7 503	6 971	5 607	5 693	5 368	5 834	6 703	7 525	4 509			
<b>Kanalverkehr</b>																	
Kaiser Wilhelm Kanal	Schiffe	4 878	5 612	5 882	5 244	5 105	4 837	4 338	3 794	3 010	3 797	3 787	4 596	4 861	5 450		
	1000 NRT	2 264	2 543	2 579	2 897	2 941	2 274	2 045	1 690	1 247	1 402	1 401	1 953	2 240	2 350		
Panamakanal	Schiffe	509	527	541	523	564	525	522	531	491	515	489	479	478	488		
	1000 NRT	1 797	1 910	1 942	1 862	2 088	1 887	1 939	1 882	1 785	1 889	1 872	1 833	1 905	1 842	468	
Suezkanal	Schiffe	488	498	509	493	537	509	532	538	471	524	505	492	455	479		
	1000 NRT	2 586	2 620	2 700	2 686	2 948	2 758	2 899	2 944	2 594	2 823	2 734	2 683	2 434	2 647		
<b>Binnenschiffahrt</b>																	
Guterverschlag, Hamburg <sup>6)</sup>	1000 t	1 046,6	976,8	755,3	546,9	682,4	891,2	841,8	596,9	523,2	783,0	979,1	1 012,1	858,2	644,4		
Duisburg <sup>7)</sup>		3 469,8	3 709,6	3 728,2	3 412,8	3 150,2	3 276,8	3 432,9	4 657,1	3 782,6	3 348,1	3 276,2	3 413,7	3 300,8	3 858,1		
<b>Frachtraten</b>																	
Getreide (Montreal / Grobrit.)	cts je qr	11,00	10,50	9,50	11,50	8,50	9,00			11,50	12,00	10,00	8,50	9,50	8,00	10,50	
Zucker (Kuba / Grobrit.)	sh je ton	18,00	18,00	18,00	16,00	16,00	15,3	17,6	15,6	14,6	14,3	14,3	12,9	11,6	13,0	14,0	
Erz (Huelva / Rotterdam)	6.4 1/2	6.4 1/2	6.7 1/2	6.0	6.0	6.3	6.4 1/2	6.10 1/2	6.7 1/2	5.0	5.1 1/2	5.0	4.10 1/2	4.6	4.7 1/2		
Reis (Burmah / Grobrit.)				27,6		28,6		20,0	17,6	18,0	18,0	17,6					
Oel (Golf / Grobrit.)		22,9	23,0	21,0	23,0	27,0	31,0	32,0	32,0	42,6	35,6	30,9	30,0	28,0	17,6	15,0	
Holz D. B. B. (Sudfinn. / London)	sh je St. 9)	46,6	49,0	48.4 1/2	49,0	51,9	43,9	43.10 1/2	41,0	39,6	38,6	37,9	37,9	36,6	34,6	31,3	
Index d. „Stat. Reichsamts“ <sup>9)</sup>	1913 = 100	107,3	108,1	110,5	111,2	109,7	107,9	106,9	100,2	97,8	93,2	93,2	92,4	90,5	89,9	89,9	
Index d. „Economist“ <sup>10)</sup> : Gesamt	1898/1913	107,2	110,3	111,8	110,9	108,5	102,7	100,3	94,4	89,0	87,9	89,7	88,5	88,1	90,8	96,1	
England—Europa	= 100	124,6	131,1	125,5	129,7	130,4	124,9	117,3	104,2	98,1	96,3	94,4	95,1	91,3	88,3	86,7	
—Nordamerika		106,4	100,2	99,9	99,9	98,9	96,9	95,5	94,2	92,6	87,7	91,2	88,5	85,2	89,6	94,2	
—Sudamerika		118,2	121,5	115,6	112,3	103,1	97,6	94,6	95,1	95,5	91,9	95,9	91,8	90,7	94,6	99,7	
—Indien		104,0	106,3	117,0	115,3	117,4	110,7	109,0	99,8	93,4	94,2	94,8	94,2	95,7	102,8	104,5	
—Fern-Osten u. Pacific		101,0	104,7	104,7	100,4	95,1	91,6	93,4	85,2	78,9	77,8	76,3	74,6	74,0	78,3	84,7	
—Australien		89,0	87,9	108,6	107,7	106,8	94,4	91,7	88,1	75,7	79,2	85,5	87,2	90,8	93,5	108,8	
<b>Preise und Lohne</b>																	
<b>Grohandelsindizes<sup>11)</sup></b>																	
Deutschland <sup>12)</sup> : Gesamt	1928 = 100	96,5	98,4	98,6	98,6	98,0	96,8	95,9	94,5	92,4	90,3	90,5	89,8	88,9	89,4	89,1	89,1
Agrarstoffe		92,9	98,6	98,7	98,7	98,1	95,6	94,0	90,7	86,4	81,9	83,5	82,4	81,7	85,5	86,8	
Kolonialwaren		93,0	96,5	97,5	98,6	95,0	90,4	86,6	86,5	86,4	88,6	89,2	88,3	86,6	85,5	83,4	
Rohst. u. Halbfertigwaren		93,1	97,9	98,1	98,1	97,6	96,9	96,5	94,5	93,6	99,1	92,3	91,9	89,0	89,9	87,8	
Industrielle Fertigwaren: Gesamt		99,8	99,2	99,3	99,1	98,7	98,2	98,4	97,5	96,4	95,8	95,5	95,3	94,9	94,2	94,2	
Produktionsmittel		101,0	101,2	101,9	102,0	101,9	101,9	101,9	101,9	101,8	101,5	101,2	100,9	100,7	100,5	100,5	
Konsumguter		98,3	98,9	97,8	97,4	96,9	96,7	96,5	96,3	95,0	93,4	92,5	92,2	92,0	91,4	90,5	
Großbritannien <sup>13)</sup> : Gesamt		98,8	98,0	96,9	96,8	97,0	95,5	94,4	93,4	91,1	89,7	88,2	88,8	88,0	85,0	84,0	
Nahrungsmittel: Gesamt		94,1	97,6	94,8	93,7	95,2	93,4	92,4	91,0	88,4	84,8	84,7	83,5	83,6	83,4	82,9	
Pflanzliche		88,3	96,1	97,6	94,9	92,2	88,7	88,5	86,5	81,3	76,5	78,5	76,7	74,5	72,6	72,3	
Tierische		101,9	102,4	102,5	101,4	105,1	106,7	112,1	109,4	107,6	102,7	100,2	96,5	96,0	96,4	96,4	
Industrielle Waren: Gesamt		98,9	98,1	98,9	98,5	98,9	96,7	95,5	94,5	92,6	91,0	90,0	88,6	87,2	85,7	84,5	
Eisen und Stahl		102,2	102,3	102,3	102,3	102,7	102,8	102,3	102,5	102,2	102,3	101,8	101,5	101,0	100,4	99,7	
Kohle		95,5	95,4	95,8	99,2	101,4	101,4	102,7	102,3	101,5	100,3	96,2	93,9	92,1	91,8	91,3	
Baumwolle		98,9	93,1	94,0	98,9	92,4	89,5	87,5	86,8	81,7	79,5	79,9	79,1	76,6	74,8	72,3	
Wolle		99,0	97,0	95,6	4,0	91,5	91,5	90,1	88,1	80,4	78,7	75,6	75,6	75,6	73,6	72,6	
Frankreich <sup>14)</sup> : Gesamt		98,3	98,7	96,1	96,2	95,0	94,0	92,7	90,9	90,9	89,1	88,3	87,2	85,8	86,6	85,8	
Nahrungsmittel: Gesamt		100,9	101,5	95,2	96,3	95,1	94,5	93,0	89,6	90,1	89,1	89,1	89,1	88,1	92,3	92,5	
Pflanzliche		95,5	96,9	86,1	85,9	83,3	82,1	77,5	72,8	71,2	69,9	71,2	78,1	74,8	82,9	84,3	
Tierische		112,8	112,3	109,1	112,3	114,8	114,3	116,6	112,5	116,2	114,9	113,8	106,3	108,4	111,4	111,5	
Zucker, Kaffee, Kakao		89,0	91,2	88,1	87,5	82,9	83,5	81,6	81,4	81,1	81,0	80,4	79,2	77,9	76,1	73,7	
Rohstoffe: Gesamt		96,6	96,7	96,9	96,3	95,0	93,6	92,5	91,7	91,4	89,0	87,7	85,8	84,0	82,4	80,9	
Mineralien und Metalle		104,0	105,1	105,2	104,4	103,2	100,5										



	Einheit	1929							1930												
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>noch: Großhandels-Indizes</b>																					
Österreich <sup>1)</sup> : Gesamt	1928=100	102,9	101,4	101,4	98,3	97,5	96,0	94,5	96,0	94,5	92,9	91,4	90,6	92,9	91,4	90,6	92,9	91,4	90,6	92,9	91,4
Nahrungsmittel		104,6	102,9	102,9	97,2	96,4	94,0	91,5	91,8	92,3	90,7	89,1	87,4	90,7	89,1	87,4	90,7	89,1	87,4	90,7	89,1
Industriestoffe		100,1	99,5	99,5	100,8	99,5	99,5	98,8	99,5	98,1	96,7	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0	96,0
Polen <sup>2)</sup> : Gesamt		94,2	94,5	94,1	92,9	92,1	93,7	91,0	87,2	84,0	84,1	84,1	82,4	82,2	82,9	81,0	82,4	82,2	82,9	81,0	81,0
Inländ. pflanzl. Erzeugnisse		79,1	80,4	77,1	71,6	68,6	74,5	71,4	66,9	61,3	63,3	67,1	62,2	65,7	69,6	65,2	65,7	69,6	65,2	69,6	65,2
Tierische Erzeugnisse		97,9	97,8	101,2	104,9	106,8	107,0	100,3	93,1	87,4	86,1	82,7	82,8	78,5	79,7	77,6	82,7	82,8	78,5	79,7	77,6
Industriestoffe u. -erzeugn.-Gesamt		99,4	99,2	99,0	98,8	98,9	97,9	97,2	95,1	94,2	93,6	92,6	92,4	91,4	90,6	89,6	92,6	92,4	91,4	90,6	89,6
Holz		100,4	99,9	99,7	102,7	103,0	105,3	104,4	96,1	96,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1	93,1
Textilien		92,4	91,0	90,5	88,9	83,6	87,3	85,4	82,1	80,1	80,5	80,5	81,2	78,9	78,1	76,2	80,5	81,2	78,9	78,1	76,2
Kohle		109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5
Metalle		102,8	102,6	102,7	102,7	102,3	100,7	100,3	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9
Vereinigte Staaten <sup>3)</sup> : Gesamt		98,8	100,4	100,1	99,9	98,7	96,7	96,7	95,7	94,4	93,0	92,9	91,3	88,9	88,1	88,1	92,9	91,3	88,9	88,1	88,1
Landwirtsch. Produkte		97,6	101,7	101,2	100,8	99,2	95,6	96,3	92,5	92,6	89,5	90,5	87,9	84,0	78,5	79,4	90,5	87,9	84,0	78,5	79,4
Nahrungsmittel		98,1	102,0	102,3	102,4	100,4	98,0	97,8	94,4	94,7	92,2	93,8	91,3	89,8	85,6	86,0	92,2	93,8	91,3	89,8	85,6
Häute und Leder		88,7	89,7	90,1	91,0	90,8	89,1	88,2	86,4	85,4	84,3	84,4	84,3	84,1	82,7	81,3	84,3	84,4	84,3	84,1	82,7
Textilien		96,8	96,3	96,6	96,6	96,2	94,9	93,8	92,7	91,6	89,7	88,7	87,8	85,3	83,0	80,6	89,7	88,7	87,8	85,3	83,0
Heiz- und Leuchtstoffe		95,5	94,0	92,8	93,0	93,7	93,7	93,2	91,6	90,4	88,8	89,3	89,4	87,6	86,5	86,5	88,8	89,3	89,4	87,6	86,5
Metalle und Metallprodukte		105,6	105,5	104,8	104,6	104,1	102,8	102,6	101,7	101,4	101,1	99,3	97,3	95,9	94,8	93,2	99,3	99,3	97,3	95,9	94,8
Baumaterialien		102,9	103,2	103,2	104,1	104,4	102,5	102,7	102,7	102,1	101,8	101,1	99,1	96,1	94,9	93,3	101,1	101,1	99,1	96,1	94,9
Chemikalien und Drogen		97,8	97,8	98,1	98,3	98,6	98,4	98,0	97,4	96,6	95,5	95,9	94,1	93,1	91,0	91,4	95,9	94,1	93,1	91,0	91,4
<b>Lebenshaltungskosten-Indizes</b>																					
Deutschland <sup>4)</sup>		101,1	101,8	101,5	101,3	101,2	100,9	100,6	99,9	99,1	98,0	97,2	96,7	97,3	98,4	98,1	98,0	97,2	96,7	97,3	98,4
Großbritannien <sup>5)</sup>		96,4	97,0	98,2	98,8	99,4	100,6	100,6	100,0	98,8	97,0	94,6	93,4	92,8	93,4	94,6	98,8	97,0	94,6	93,4	92,8
Frankreich (Paris) <sup>6)</sup>				106,9						108,9											107,1
Belgien <sup>7)</sup>		102,9	104,3	106,8	108,7	110,6	110,6	110,6	109,0	113,6	110,5	108,1	106,8	107,0	108,2	108,2	107,0	108,1	106,8	107,0	108,2
Schweiz <sup>8)</sup>		100,0	100,0	100,6	101,2	101,2	100,6	100,6	100,0	99,4	98,8	98,1	98,1	98,1	98,8	98,8	98,1	98,1	98,1	98,8	98,8
Italien (Rom) <sup>9)</sup>		103,7	104,5	103,3	102,9	103,1	102,9	101,9	102,1	100,8	101,2	99,6	100,4	98,8	98,8	98,8	100,4	99,6	100,4	98,8	98,8
Österreich (Wien) <sup>10)</sup>		102,8	103,7	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6	104,6
Polen (Warschau) <sup>11)</sup>		100,8	100,8	100,8	100,8	101,6	102,5	103,3	99,2	96,6	95,7	95,5	94,8	95,0	97,4	95,7	95,5	94,8	95,0	97,4	95,7
<b>Ernährungskosten-Indizes<sup>14)</sup></b>																					
Deutschland		101,1	102,2	101,8	101,2	101,0	100,5	99,9	98,6	97,1	95,5	93,9	93,2	93,9	96,0	95,6	93,9	93,2	93,9	96,0	95,6
Großbritannien		93,6	94,9	97,5	98,1	99,4	101,3	100,0	98,1	95,5	91,1	89,2	87,9	89,8	91,7	90,8	89,2	87,9	89,8	91,7	90,8
Frankreich (Paris)				107,1						107,4											109,5
Belgien		101,0	102,8	106,3	109,2	111,7	111,8	110,8	108,8	107,4	102,6	98,8	96,9	97,2	99,2	99,2	97,2	99,2	97,2	99,2	99,2
Italien (Rom)		105,9	107,8	108,0	101,8	103,0	101,2	100,6	98,0	98,8	100,8	97,9	100,2	99,2	99,2	99,2	100,2	99,2	99,2	99,2	99,2
Österreich (Wien)		104,2	103,4	104,2	102,5	102,5	102,5	103,4	100,8	100,0	99,2	98,3	101,7	100,0	100,0	100,0	99,2	98,3	101,7	100,0	100,0
Polen (Warschau)		96,9	97,3	96,0	96,2	97,4	99,0	100,3	91,1	87,1	85,3	84,8	83,2	83,6	88,4	85,0	83,2	83,6	88,4	85,0	85,0
<b>Löhne: Deutschland<sup>14)</sup></b>																					
Stundenlöhne: gelernte Arbeiter	Rpf.	111,4	111,5	111,5	111,5	111,7	111,8	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9
ungelernte Arbeiter		83,6	83,7	83,7	83,7	83,8	83,9	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0
Wochenlöhne <sup>16)</sup> : gelernte Arbeiter	RM	53,96	53,96	53,96	53,96	54,02	54,07	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10	54,10
ungelernte Arbeiter		41,68	41,65	41,65	41,65	41,73	41,78	41,80	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78	41,78
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>																					
<b>Einzelhandelsumsätze</b>																					
Deutschland																					
Warenhäuser	% <sup>17)</sup>	99,2	100,5	98,7	92,6	100,1	102,1	94,3	96,5	113,4	81,0	117,7	89,4	92,7	92,2	96,2	117,7	89,4	92,7	92,2	96,2
Konsumgenossenschaften	RM	8,89	9,00	8,76	9,16	9,79	9,99	10,90	8,36	8,80	8,76	8,78	8,44	8,44	8,76	8,12	8,76	8,44	8,44	8,76	8,12
Vereinigte Staaten																					
Warenhäuser <sup>18)</sup>	1928/25=100	112	100	108	138	109	107	115	102	106	104	106	104	100	90	90	106	104	100	90	90
<b>Abrechnungsverkehr</b>																					
Deutschland <sup>19)</sup>	Mill. RM	10 147	11 479	9 930	9 686	11 149	9 646	9 562	10 589	9 122	9 775	10 142	10 358	9 565	11 161	9 294	9 775	10 142	10 358	9 565	11 161
Großbritannien (London town)	£	3 052	3 688	3 266	2 967	3 593	3 448	3 121	3 740	3 063	3 763	3 213	3 475	3 094	3 886	3 094	3 763	3 213	3 475	3 094	3 886
Frankreich <sup>20)</sup>	Fr	41 941	49 390	46 888	42 826	49 005	41 091	42 721	45 488	43 806	45 995	47 630	51 142	51 128	50 140	48 196	45 995	47 630	51 142	51 128	50 140
Belgien <sup>21)</sup>	Fr	40 700	44 018	41 099	40 544	44 328	39 103	40 024	39 271	35 053	37 649	40 391	41 909	38 003	38 549	34 954	37 649	40 391	41 909	38 003	38 549
Schweiz <sup>22)</sup>	Fr	1 138	1 252	1 101	1 094	1 214	1 152	1 164	1 232	1 068	1 166	1 056	1 077	1 099	1 088	854	1 068	1 166	1 056	1 077	1 099
Italien <sup>23)</sup>	L	57 419	65 479	57 135	50 249	66 565	56 425	62 776	55 439	51 252	53 261	58 275	51 686	56 925	62 540	51 686	53 261	58 275	51 686	56 925	62 540
Tschechoslowakei (Prag)	Kč	8 563	8 621	7 564	7 715	8 922	7 804	7 825	8 754	6 052	7 257	7 375	6 653	5 852	5 838	5 838	7 257	7 375	6 653	5 852	5 838
Österreich <sup>24)</sup>	S	328	324	322	353	362	361	441	421	381	409	337	362	353	348	279	409	337	362	353	348



Einheit	1929							1930								
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																
<b>Diskontsätze d. Zentralbanken<sup>1)</sup></b>																
Deutschland <sup>2)</sup> .....	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7	7	14	6,5	5	6	5	5	4,5	4	4
Großbritannien <sup>3)</sup> .....	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5	5	4,5	5	5	5	5	5	5
Frankreich <sup>4)</sup> .....	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Belgien <sup>5)</sup> .....	4	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Niederlande <sup>6)</sup> .....	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Schweiz <sup>7)</sup> .....	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
Italien <sup>8)</sup> .....	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7
Tschechoslowakei <sup>9)</sup> .....	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Österreich <sup>10)</sup> .....	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5
Ungarn <sup>11)</sup> .....	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
Polen <sup>12)</sup> .....	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9
Rumänien <sup>13)</sup> .....	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
Schweden <sup>14)</sup> .....	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Norwegen <sup>15)</sup> .....	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Dänemark <sup>16)</sup> .....	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Vereinigte Staaten (New York) <sup>17)</sup> ..	5	5	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6	6
Japan <sup>18)</sup> .....	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48
<b>Notenumlauf d. Zentralbanken</b>																
Deutschland <sup>19)</sup> .....	4 367,9	4 443,5	4 453,6	4 532,6	4 494,9	4 493,9	4 723,0	4 319,4	4 318,6	4 415,2	4 472,1	4 384,6	4 393,7	4 320,6	4 346,2	4 362,5
Großbritannien <sup>20)</sup> .....	361,7	368,9	369,1	363,5	360,7	365,6	369,4	365,8	347,3	350,0	359,4	358,4	360,4	360,5	365,0	365,5
Frankreich <sup>21)</sup> .....	33 629,8	34 410,0	35 241,8	35 801,9	36 992,1	37 021,0	37 478,5	39 407,3	38 622,6	70 188,9	71 122,7	71 829,3	72 143,8	72 630,6	73 070,3	73 070,3
Belgien <sup>22)</sup> .....	2 470,4	2 548,4	2 621,7	2 634,5	2 688,0	2 692,6	2 680,4	2 760,8	2 768,5	2 789,1	2 895,7	2 905,1	2 907,4	3 023,9	3 060,1	3 060,1
Niederlande <sup>23)</sup> .....	799,6	818,1	809,8	827,5	828,0	843,9	836,9	812,4	797,0	810,1	820,0	830,4	823,5	818,9	810,5	810,5
Schweiz <sup>24)</sup> .....	841,1	862,8	867,8	889,6	899,9	895,2	932,8	871,0	844,1	864,1	878,6	868,0	874,3	880,2	898,5	898,5
Italien <sup>25)</sup> .....	16 272,3	16 715,1	16 691,6	16 693,7	16 829,4	16 793,2	16 648,3	16 375,9	15 965,5	16 038,2	16 008,1	15 796,7	15 760,1	15 969,2	16 016,7	16 016,7
Tschechoslowakei <sup>26)</sup> .....	6 947,9	7 044,7	7 009,7	7 189,5	7 205,0	7 272,7	7 541,6	6 759,1	6 437,6	6 489,9	6 482,2	6 394,1	6 671,2	6 549,9	6 601,9	6 601,9
Österreich <sup>27)</sup> .....	950,6	974,7	974,3	985,4	1 000,8	984,7	1 034,5	932,5	899,8	908,2	910,0	913,2	948,4	951,9	948,9	948,9
Ungarn <sup>28)</sup> .....	416,0	432,9	446,6	441,3	453,8	448,7	446,9	424,2	418,2	399,6	431,5	409,0	407,0	410,3	413,6	413,6
Polen <sup>29)</sup> .....	1 227,8	1 246,4	1 237,1	1 301,0	1 325,8	1 275,4	1 295,8	1 207,8	1 218,4	1 256,4	1 283,4	1 283,1	1 261,6	1 268,1	1 296,2	1 296,2
Rumänien <sup>30)</sup> .....	18 913,8	19 191,3	19 834,8	20 948,4	21 718,5	21 725,4	21 315,4	19 787,4	19 613,9	20 054,6	19 845,8	18 990,9	18 384,0	18 445,3	19 015,5	19 015,5
Schweden <sup>31)</sup> .....	518,2	494,4	514,0	534,4	522,5	539,5	532,8	494,7	520,5	517,3	524,9	540,1	521,4	521,4	537,4	537,4
Norwegen <sup>32)</sup> .....	308,5	316,1	311,2	311,2	305,6	298,4	315,7	299,2	291,9	295,4	309,9	303,7	307,9	314,7	309,6	309,6
Dänemark <sup>33)</sup> .....	365,8	361,4	360,6	352,8	371,9	369,8	367,6	346,8	352,3	358,8	362,0	371,1	365,6	347,2	349,8	349,8
Vereinigte Staaten <sup>34)</sup> .....	1 651,4	1 787,7	1 811,6	1 858,2	1 861,7	1 927,7	1 940,0	1 794,0	1 664,8	1 601,8	1 550,1	1 476,7	1 431,6	1 382,6	1 333,2	1 333,2
Kanada <sup>35)</sup> .....	186,9	170,1	189,7	196,9	185,1	187,0	175,5	166,1	158,6	162,9	154,7	164,7	166,0	152,2	—	—
<b>Gold u. Devisen d. Zentralbanken</b>																
Deutschland <sup>36)</sup> .....	2 130,7	2 415,0	2 478,2	2 519,6	2 571,6	2 615,5	2 659,6	2 687,4	2 777,4	2 815,3	2 910,9	2 910,4	3 048,7	2 881,0	2 957,4	2 957,4
Großbritannien <sup>37)</sup> .....	3 328,8	3 108,9	2 849,7	2 783,9	2 698,5	2 723,4	2 852,3	3 055,0	3 096,7	3 126,1	3 292,2	3 272,0	3 195,9	3 162,1	3 140,2	3 140,2
Frankreich <sup>38)</sup> .....	7 235,1	7 284,6	7 573,2	7 622,1	7 734,5	7 851,2	7 990,5	8 181,0	8 206,8	8 149,9	8 100,8	8 240,7	8 356,8	8 565,3	8 816,4	8 816,4
Belgien <sup>39)</sup> .....	851,6	858,8	890,2	917,6	927,1	958,0	991,8	1 019,8	999,6	1 077,5	1 047,8	1 085,2	1 119,8	1 171,5	1 208,7	1 208,7
Niederlande <sup>40)</sup> .....	737,1	780,8	749,8	1 044,8	1 089,1	1 110,5	1 125,3	1 120,2	1 087,3	1 074,9	1 081,9	1 122,8	1 129,4	1 089,5	1 057,2	1 057,2
Schweiz <sup>41)</sup> .....	613,2	589,4	581,1	592,5	639,0	665,2	718,9	763,6	741,9	703,5	708,9	770,6	743,9	740,9	781,7	781,7
Italien <sup>42)</sup> .....	2 222,0	2 229,4	2 228,5	2 253,7	2 284,8	2 801,8	2 285,0	2 243,0	2 224,3	2 232,9	2 249,6	2 289,2	2 238,6	2 249,6	2 274,5	2 274,5
Tschechoslowakei <sup>43)</sup> .....	366,5	361,4	364,5	372,3	370,3	388,7	420,2	424,3	405,8	397,4	389,8	402,6	429,2	435,9	459,9	459,9
Österreich <sup>44)</sup> .....	214,7	220,7	230,5	230,3	225,4	225,4	233,8	222,2	219,0	221,1	230,8	240,5	252,7	258,0	267,7	267,7
Ungarn <sup>45)</sup> .....	141,0	141,2	147,3	149,4	146,7	147,4	148,1	131,1	137,6	127,8	125,7	129,6	139,1	142,9	150,9	150,9
Rumänien <sup>46)</sup> .....	266,2	261,7	319,9	366,5	381,5	395,6	398,1	356,8	332,5	299,7	289,2	272,4	266,5	271,3	271,3	271,3
Schweden <sup>47)</sup> .....	390,6	407,1	419,9	432,4	451,7	465,9	505,1	392,7	479,8	488,7	531,9	607,7	617,3	609,4	592,2	592,2
Norwegen <sup>48)</sup> .....	222,8	213,8	209,1	220,0	220,4	224,8	222,8	205,9	197,2	202,4	211,7	208,5	213,1	195,7	189,9	189,9
Dänemark <sup>49)</sup> .....	288,7	293,1	308,3	289,6	288,6	275,1	281,8	309,4	384,7	393,7	287,4	303,9	256,6	264,2	270,8	270,8
Vereinigte Staaten <sup>50)</sup> .....	12 061,2	12 217,7	12 357,7	12 490,9	12 640,0	12 685,3	12 238,8	12 848,6	12 508,5	12 721,4	12 739,4	12 886,5	12 873,4	12 688,2	12 985,3	12 985,3
Kanada <sup>51)</sup> .....	339,9	367,2	336,8	340,2	390,1	473,1	369,1	338,7	340,7	343,0	350,8	336,7	324,4	341,4	—	—
Argentinien <sup>52)</sup> .....	1 899,0	1 879,3	1 867,1	1 830,7	1 884,0	1 778,1	1 701,1	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3
Braasilien <sup>53)</sup> .....	632,8	633,3	631,3	634,8	635,3	635,8	631,2	584,1	531,8	531,3	577,7	377,7	375,7	375,7	375,7	375,7
Japan <sup>54)</sup> .....	2 226,4	2 222,2	2 222,2	2 222,2	2 222,2	2 222,2	2 226,4	2 243,1	2 182,5	2 002,6	1 902,1	1 800,2	1 822,6	1 820,5	1 843,5	1 843,5
<b>Bankenstatistik</b>																
<b>Deutschland<sup>55)</sup></b>																
Debitoren .....	6 829,3	7 002,2	7 201,4	7 296,1	7 358,3	7 506,5	—	—	—	7 729,6	7 776,7	7 886,4	7 808,3	7 790,8	7 898,2	7 995,1
Wechsel u. Schecks <sup>56)</sup> .....	9 009,7	2 988,0	3 196,8	3 294,1	3 321,3	2 893,0	—	—	—	3 011,5	3 000,4	2 897,7	2 940,6	2 939,8	2 713,3	2 636,4
Warenvorschlüsse .....	1 881,1	1 896,2	2 032,3	2 106,7	2 194,4	2 248,3	—	—	—	2 224,3	2 220,6	2 204,1	2 172,5	2 157,9	2 115,5	2 091,6
Reports .....	467,6	448,5	440,4	424,3	389,3	317,6	—	—	—	319,3	331,4	350,1	359,5	297,4	244,5	250,1
Kreditoren .....	13 183,3	13 278,3	13 898,5	14 211,8	14 284,0	14 235,1	—	—	—	14 504,7	14 755,1	14 790,6	14 790,6	14 815,6	14 585,1	1 431,0
<b>Großbritannien<sup>57)</sup></b>																
Depositen .....	1 807,9	1 816,0	1 796,3	1 791,9	1 802,5	1 789,0	1 810,7	1 805,0	1 751,1	1 719,3	1 749,7	1 779,8	1 829,4	1 830,9	1 803,8	1 803,8
Vorschlüsse .....	993,2	1 002,1	997,4	988,3	990,0	989,6	989,1	985,4	988,3	990,9	984,3	972,4	977,1	968,7	960,7	960,7
Wechselbestand .....	218,3	236,1	227,4	224,1	229,3	233,2	229,0	245,2	220,4	183,6	209,6	248,0	273,3	286,4	281,2	281,2
Wertpapierbestand .....	258,7	256,9	256,8	256,2	255,0	249,2	250,3	247,9	244,0	240,4	240,4	246,6	248,0	255,8	—	—
<b>Frankreich<sup>58)</sup></b>																
Depositen .....	32 670	32 556	31 808	30 962	31 300	32 795	32 377	32 240	33 366	33 100	33 521	34 217	34 690	—	—	—
Vorschlüsse .....	9 965	9 634	10 261	10 290	10 408	10 472	10 448	10 287	10 651	10 385	10 850	10 346	10 482	—	—	—
Wechselbestand .....	19 069	19 814	19 131	18 518	18 910	19 724	20 056	20 269	20 279	19 693	18 836	18 585	19 441			



	Einheit	1929							1930							
		Jun	Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Jun	Jul	Aug.
<b>noch: Bankenstatistik</b>																
<b>Vereinigte Staaten</b>																
<b>Bundesreservebanken<sup>1)</sup></b>																
Kredite, gesamt	MILL. \$	1 317	1 380	1 376	1 427	1 450	1 631	1 643	1 357	1 181	1 095	1 072	896	1 000	1 003	998
Diskontierte Wechsel		978	1 006	1 043	969	885	953	809	501	378	274	231	247	251	228	214
Angekaufte Wechsel		99	76	124	229	537	296	320	314	286	246	266	182	141	164	153
Regierungssicherheiten		170	147	155	165	154	315	446	485	480	540	590	529	571	583	599
Depositen, gesamt		2 374	2 385	2 368	2 395	2 438	2 577	2 435	2 403	2 362	2 373	2 408	2 418	2 458	2 477	2 447
Guthab. d. Mitgliedbanken		2 314	2 334	2 322	2 335	2 396	2 521	2 395	2 349	2 305	2 330	2 350	2 356	2 392	2 417	2 392
<b>Mitgliedbanken<sup>2)</sup></b>																
Effektenkredite		7 332	7 718	7 578	7 654	8 098	8 249	7 968	7 794	7 671	7 964	8 270	8 312	8 568	8 409	8 375
Andere Kredite		9 149	9 234	9 390	9 543	9 608	9 792	9 476	9 027	8 871	8 781	8 631	8 513	8 480	8 497	8 462
Anlagen		5 751	5 529	5 496	5 449	5 418	5 623	5 567	5 548	5 641	5 607	5 753	5 837	5 977	6 194	6 291
<b>Spareinlagen<sup>3)</sup></b>																
Deutschland <sup>4)</sup>	MILL. RM	8 190	8 318	8 466	8 596	8 723	8 827	9 016	9 360	9 548	9 637	9 714	9 833	9 912	10 008	10 094
Frankreich <sup>4)</sup>	Fr	266	317	339	289	288	321	493	830	986	638	432	438 <sup>27)</sup>	149 <sup>27)</sup>	99 <sup>27)</sup>	182
Niederlande <sup>4)</sup>	Fl	570,9	572,5	576,3	578,6	576,7	578,0	581,0	587,8	595,0	599,1	595,7	593,1	593,0	—	—
Italien <sup>4)</sup>	L	24 429	24 699	24 794	24 767	24 748	24 802	25 466	25 911	26 000	26 019	26 054	26 114	26 099	26 330	—
Oesterreich <sup>4)</sup>	S	1 877	1 391	1 403	1 366	1 321	1 328	1 367	1 474	1 509	1 528	1 541	1 551	1 565	1 572	1 585
Polen <sup>4)</sup>	Zl	142	146	151	155	161	163	173	180	190	201	210	217	221	229	—
Vereinigte Staaten <sup>4)</sup>	\$	4 459	4 434	4 426	4 457	4 372	4 338	4 392	4 416	4 436	4 509	4 507	4 505	4 559	4 572	—
<b>Emissionen</b>																
<b>Deutschland: Gesamt</b>																
Aktien <sup>5)</sup>	MILL. RM	233	185	193	173	102	98	127	319	277	355	369	272	247	378	—
Festverzinsl. Werte <sup>10)</sup>		148	140	117	129	66	59	98	156	243	332	324	245	226	281	—
Im Ausland aufgen. Anleihen		70	1	2	3	27	3	2	3	156	95	104	49	508	41	—
<b>Großbritannien<sup>11)</sup>: Gesamt</b>																
Inland	1000 \$	25 398	22 211	3 592	2 664	11 510	12 945	5 283	16 925	26 155	26 384	21 271	37 899	20 13225	16 432	6 560
Brit. Reich		14 010	13 887	2 214	1 459	7 455	6 273	4 046	11 337	7 865	16 948	11 890	17 816	7 713	13 108	3 454
Ausland		4 325	5 974	439	658	483	3 119	716	2 901	10 619	5 716	117	15 689	4 647	299	2 655
Frankreich, Inlnd.: Gesamt	MILL. Fr	7 063	2 350	939	547	3 574	3 523	5 21	2 685	7 571	3 720	9 264	4 394	876	3 023	451
Aktien		1 133	1 543	621	921	2 293	1 493	1 490	1 313	3 261	2 354	872	1 210	2 601	980	888
Obligationen		768	748	330	552	671	668	507	286	471	440	258	513	786	355	153
Niederlande <sup>12)</sup> : Gesamt	MILL. Fl	367	795	291	369	1 622	761	983	1 027	2 790	1 914	614	697	1 835	625	735
Inland		9,2	24,1	4,8	13,9	63,0	46,8	17,3	42,1	58,7	52,9	49,9	37,8	57,2	35,0	—
Ausland		5,7	12,0	1,2	4,7	60,0	45,3	11,7	37,5	17,4	33,1	12,4	8,0	24,9	17,5	—
Aktien u. Vorzugsaktien		3,5	12,0	3,6	9,1	3,0	1,4	5,6	4,6	41,3	19,8	37,5	31,8	32,3	17,5	—
Anleihen		6,5	10,2	0,7	4,5	49,8	29,4	2,4	6,3	0,2	1,0	4,7	3,0	1,3	0,1	—
Schweiz <sup>13)</sup> : Gesamt	MILL. Fr	2,7	13,9	4,1	9,3	13,3	17,4	1,8	35,9	58,5	52,0	45,2	34,8	55,9	34,9	—
Inland		217,0	74,3	11,6	82,8	67,4	19,6	33,1	78,3	297,7	56,1	122,7	231,4	110,7	80,9	45,6
Ausland		193,1	82,4	11,6	74,8	67,4	19,6	33,1	68,3	276,0	23,5	101,1	160,1	43,2	46,2	45,6
Aktien		24,0	12,9	—	8,1	—	—	—	9,1	21,3	28,7	14,9	71,3	67,5	34,6	—
Anleihen		152,9	48,0	0,8	25,2	11,8	16,4	4,1	0,5	0,4	6,8	4,2	5,1	1,0	0,6	—
Vereinigte Staaten <sup>14)</sup> : Gesamt	MILL. \$	64,2	26,3	10,8	57,6	55,7	3,1	29,0	77,9	297,3	52,1	105,9	227,2	105,5	79,9	44,9
Konversionen		802,2	948,0	884,1	1 614,7	877,6	297,4	658,4	824,2	621,4	821,1	957,8	1 179,6	772,8	583,2	290,5
Neues Kapital		16,7	60,2	25,3	308,1	34,2	16,9	84	76,9	29,7	22,2	54,7	70,3	68,6	28,8	86,1
Inland		785,5	887,8	858,8	1 306,6	843,4	280,5	573,5	747,3	591,4	799,0	903,1	1 109,3	704,2	554,5	204,4
Ausland		613,0	352,4	337,6	1 298,6	790,4	247,8	528,1	718,2	485,5	658,0	728,6	989,7	527,8	477,4	165,9
Aktien u. Vorzugsaktien		172,5	35,4	21,3	8,0	53,0	32,7	44,1	29,1	126,1	141,0	174,5	119,6	176,4	77,1	38,5
Anleihen		354,4	627,7	661,6	1 028,6	443,0	122,1	127,4	126,8	155,3	123,0	261,4	424,1	152,4	70,4	56,3
		431,1	260,1	197,2	278,0	400,4	158,3	446,2	620,4	436,4	676,0	641,7	685,1	551,8	484,0	148,1
<b>Börse</b>																
<b>Kursindizes</b>																
<b>Deutschland<sup>15)</sup>: Gesamt</b>																
Bergbau u. Schwerindustrie	1928=100	93,4	91,4	90,4	89,2	84,0	80,7	77,6	80,9	81,3	80,2	82,3	82,0	78,5	74,1	69,6
Verarbeitende Industrie		98,1	98,7	97,6	97,5	91,4	87,3	85,5	91,0	91,5	90,3	92,1	91,1	87,2	81,9	76,7
Handel u. Verkehr		89,8	86,7	85,8	83,6	77,6	74,5	71,2	74,1	73,9	72,8	75,4	75,5	71,6	67,1	62,4
Großbritannien <sup>16)</sup> : Gesamt		95,7	93,3	92,2	91,9	88,8	85,7	81,9	84,0	85,2	84,1	85,6	85,0	82,3	79,0	75,9
Aktien		99,5	100,4	100,8	101,0	100,1	98,0	96,0	96,6	96,7	97,9	98,6	96,7	94,4	95,5	93,7
Festverzinsliche Werte		102,3	105,0	106,5	107,2	104,2	95,3	95,3	95,1	94,8	94,2	95,9	93,1	87,8	88,9	84,9
Frankreich <sup>17)</sup>		97,8	97,3	97,1	97,0	97,3	96,6	96,6	97,6	98,0	100,4	100,4	99,2	98,0	100,0	99,6
Aktien: Gesamt <sup>18)</sup>		118,3	119,8	120,7	124,8	117,8	111,1	111,6	119,5	115,4	115,2	117,1	111,3	105,3	106,0	102,2
Banken		108,9	110,2	110,8	113,3	106,0	104,0	105,0	112,4	106,2	106,8	106,4	105,0	100,3	100,6	97,5
Kohlenbergwerke (nördl.)		138,9	150,6	154,4	178,4	176,6	167,0	167,8	174,0	167,3	164,0	161,7	152,9	148,8	151,5	144,7
Chemische Industrie		121,7	123,3	124,5	132,5	121,2	112,5	112,3	116,6	110,4	108,7	110,6	105,2	95,9	97,6	92,0
Textilindustrie		112,5	111,8	109,9	110,3	100,9	95,9	96,1	101,2	96,6	93,4	94,2	89,4	83,7	82,9	76,7
Elektrizitätswerke		129,0	129,8	134,0	136,4	130,0	119,8	121,8	135,3	135,7	137,2	141,4	136,5	129,8	131,9	126,9
Festverzinsliche Werte <sup>19)</sup>		104,7	104,4	104,7	107,3	108,9	108,3	113,1	120,4	118,9	118,3	117,9	117,7	118,3	118,1	119,3
Niederlande: <sup>20)</sup> Gesamt		98,7	98,7	99,6	97,7	97,0	85,8	85,9	86,7	84,1	85,8	80,7	73,0	69,5	66,1	—
Petroleumgesellschaften		116,7	112,1	113,9	123,0	127,5	113,1	113,9	113,9	112,1	111,2	118,4	115,7	111,2	112,1	109,5
Indische Gesellschaften		94,2	93,5	93,5	96,2	93,5	84,8	80,8	80,1	82,8	78,7	79,4	74,0	67,3	66,6	60,6
Niederlnd. Gesellschaften		95,8	99,7	100,7	98,8	96,9	85,0	85,6	86,5	87,5	84,7	86,5	80,9	73,1	69,6	66,8
Banken		103,7	104,6	105,5	107,3	107,3	101,9	101,9	102,8	103,7	101,9	101,0	100,1	98,3	97,4	95,6
Belgien <sup>21)</sup>																
Aktien: Gesamt <sup>22)</sup>		86,7	83,3	85,0	88,5	77,4	74,0	65,5	64,8	65,5	67,0	62,9	64,6	61,2	56,9	53,9
Banken		76,7	71,8	71,8	71,8	62,7	60,2	55,3	55,3	53,6	49,5	52,8	52,8	50,3	46,2	44,5
Metallurg. Industrie		100,4	97,3	94,9	102,3	83,5	80,3	69,7	68,4	71,5	62,1	65,9	65,3	59,8	55,2	54,0
Kohlenbergwerke		132,5	135,4	133,3	130,4	128,2										



	Einheit	1929										1930										
		Jan.	Febr.	März	April	May	June	July	August	Sept.	Oct.	Nov.	Dec.	Jan.	Febr.	März	April	May	June	July	August	
<b>noch: Kursindizes</b>																						
<b>Italien<sup>1)</sup>:</b>																						
Aktien <sup>2)</sup> : Gesamt	1928 = 100	99,5	100,7	102,8	101,9	100,1	99,6	96,2	97,1	109,3	97,7	96,4	97,1	95,0	91,2	88,6						
Banken		93,4	93,9	94,9	93,0	90,6	93,5	93,5	95,4	98,6	97,3	95,0	96,4	95,4	93,2	92,1						
Textilindustrie		72,1	72,9	73,0	71,5	63,6	61,6	56,7	56,0	56,2	51,9	60,6	60,1	55,9	52,2	49,8						
Miner., Metall. u. mech. Ind.		106,3	106,5	107,3	104,5	99,3	97,5	91,7	94,9	99,2	98,4	92,9	93,8	98,3	84,9	81,3						
Elektrizitätsindustrie		101,9	102,4	104,2	104,9	104,2	102,2	99,1	99,5	102,8	100,5	98,5	99,2	95,8	92,5	90,8						
Festverzinsliche Werte <sup>3)</sup>		97,6	98,2	97,8	97,5	96,7	97,1	97,0	97,7	98,3	98,6	99,0	99,9	100,3	100,3	99,1						
<b>Vereinigte Staaten<sup>4)</sup>:</b>																						
Aktien <sup>5)</sup> : Gesamt		127,4	138,1	145,4	150,1	134,8	100,7	102,7	104,1	110,7	114,7	120,7	114,1	102,1	99,4	98,7						
Eisenbahnen		112,3	124,5	128,4	130,7	122,2	105,1	105,8	106,6	111,3	111,3	110,5	105,8	97,3	90,5	91,2						
Öffentl. Verkehr		159,5	183,3	204,2	215,6	186,0	181,0	185,0	140,4	155,1	162,5	177,3	167,9	150,4	144,4	143,0						
Industriegesellsch.		123,8	131,6	136,1	140,9	125,7	94,0	95,3	96,6	101,1	105,6	110,8	103,7	92,7	90,7	90,1						
Festverzinsliche Werte <sup>6)</sup>		94,7	94,5	93,7	93,5	93,9	94,5	95,3	95,3	95,2	96,8	97,7	97,7	97,7	97,5	98,4						
Schweden: Gesamt <sup>7)</sup>		108,5	112,5	111,2	107,1	101,3	97,3	96,0	102,2	102,7	106,2	104,9	100,4	94,2	91,2	89,3						
<b>Rendite festverzinslicher Werte</b>																						
Deutschland <sup>8)</sup> : Durchschnitt	% p. a.	8,18	8,18	8,21	8,24	8,34	8,36	8,39	8,35	8,26	8,23	8,05	7,93	7,91	7,85	7,88						
5 % Werte		6,47	6,47	6,49	6,50	6,58	6,58	6,58	6,53	6,50	6,39	6,31	6,27	6,25	6,25	6,25						
6 %		7,60	7,62	7,61	7,65	7,75	7,78	7,81	7,76	7,87	7,84	7,47	7,25	7,20	7,15	7,19						
7 %		8,26	8,30	8,36	8,42	8,61	8,64	8,70	8,61	8,44	8,37	8,10	7,84	7,83	7,70	7,76						
8 %		8,78	8,74	8,77	8,83	8,90	8,94	8,99	8,95	8,84	8,79	8,57	8,40	8,37	8,27	8,33						
10 %		9,80	9,79	9,82	9,82	9,85	9,86	9,87	9,92	9,84	9,86	9,86	9,86	9,86	9,87	9,87						
Frankreich <sup>9)</sup>		4,92	4,95	4,89	4,69	4,69	4,62	4,25	3,73	3,77	3,81	3,81	3,81	3,81	3,81	3,81						
Niederlande <sup>10)</sup>		4,80	4,79	4,78	4,81	4,79	4,82	4,75	4,71	4,71	4,67	4,68	4,64	4,58	4,56	4,52						
Belgien <sup>11)</sup>		4,52	4,54	4,52	4,54	4,52	4,52	4,49	4,26	4,26	4,17	3,87	3,92	3,86	3,90	3,97						
Schweiz <sup>12)</sup>		4,40	4,40	4,43	4,37	4,44	4,34	4,29	4,25	4,23	4,20	4,26	4,22	4,12	3,89	3,97						
Italien <sup>13)</sup>		6,31	6,32	6,37	6,42	6,53	6,34	6,30	6,38	6,32	6,24	6,07	6,08	6,17	6,25	6,25						
Vereinigte Staaten <sup>14)</sup>		4,58	4,60	4,85	4,61	4,61	4,54	4,44	4,45	4,49	4,44	4,41	4,40	4,39	4,35	4,30						
<b>Börsenumsätze</b>																						
Zürich <sup>15)</sup>	Mill. Fr.	594,4	474,7	454,7	517,8	678,0	532,1	398,9	626,3	572,1	658,6	741,7	630,3	601,2	508,2	-						
New York	Mill. Stk.	69,5	93,4	95,7	100,1	141,7	72,5	83,9	62,3	68,7	96,6	111,0	78,0	76,6	47,7	39,9						
Aktien	Mill. \$	236,5	304,3	253,5	214,8	315,6	290,7	277,1	207,7	020,6	348,1	207,6	221,5	226,1	190,8	169,7						
Festverzinsliche Werte																						
<b>Staatsfinanzen *)</b>																						
<b>Deutschland:</b>																						
Einnahmen <sup>16)</sup>	Mill. RM	623,6	1208,9	731,7	612,7	1072,3	694,3	577,5	1155,5	651,4	536,5	828,7	440,7	432,4	1242,2	-						
Ausgaben <sup>17)</sup>		682,3	957,8	778,7	800,1	995,9	775,1	845,3	1022,6	884,5	982,9	712,8	613,7	600,1	1044,6	-						
Schulden <sup>17)</sup>		8693,1	8590,6	8559,6	8895,1	8905,2	9018,2	9351,1	9388,5	9412,8	9828,8	9863,9	9400,7	1123,3	10903,7	-						
<b>Großbritannien:</b>																						
Einnahmen	Mill. £	8,3	10,8	9,2	8,8	13,2	7,7	10,3	25,8	28,0	31,2	9,6	8,7	8,5	11,8	7,8						
Ausgaben		16,1	10,1	10,0	15,2	9,8	11,8	14,9	10,0	11,1	21,7	8,4	10,2	15,2	15,8	9,7						
Schwebende Schuld		813,1	813,4	816,4	813,8	825,6	826,1	857,6	773,7	709,2	637,4	614,7	626,0	691,3	695,4	670,5						
<b>Frankreich<sup>18)</sup>:</b>																						
Einnahmen	Mill. Fr.	4934	6509	4575	4276	7017	5056	4904	5293	3884	3880	4403	4106	4085	6456	-						
<b>Niederlande</b>																						
Einnahmen	Mill. Fl.	39,8	43,4	40,6	40,0	44,2	46,4	40,8	44,5	39,9	40,8	44,1	50,8	39,7	41,8	206,0						
Schwebende Schuld		221,9	173,7	216,9	225,9	277,9	269,4	246,0	293,1	280,0	272,0	250,0	251,0	204,0	177,0	-						
<b>Vereinigte Staaten</b>																						
Einnahmen: Gesamt	Mill. \$	765,9	169,5	174,5	670,7	180,0	143,9	742,9	151,2	138,5	674,9	159,1	173,2	803,5	138,7	127,4						
aus Zöllen		52,4	52,1	56,4	52,6	57,6	44,1	39,3	41,3	85,9	42,6	41,1	51,7	72,2	26,2	32,1						
Ausgaben		420,5	349,8	210,7	399,1	364,7	218,4	443,2	347,4	362,2	414,1	231,0	416,8	284,3	224,1	-						
Nettoschulden		16742,8	16794,6	16834,8	16828,3	16621,3	16678,8	16245,5	16429,1	16511,7	16129,0	16363,4	16405,7	15985,4	-	-						
<b>Wanderungsbewegung</b>																						
<b>Einwanderung</b>																						
Vereinigte Staaten	Anzahl	22490	20068	22778	23020	26740	21522	17842	14767	13585	19759	22261	19414	14944	13323	-						
Kanada		22021	16465	15022	11101	8617	7286	4944	3366	3963	14576	19309	17410	13171	8383	-						
Frankreich <sup>19)</sup>		16899	18230	11622	25690	25808	12064	9948	8118	8868	11804	16304	23296	15342	27622	-						
<b>Auswanderung</b>																						
Deutschland (Übersee) <sup>20)</sup>		3329	3063	3216	3047	3624	2935	2005	2807	2985	4232	4137	3937	2025	2232	-						
Großbritannien (Übersee)		11283	10419	13424	13547	13663	10831	5230	7064	6691	10938	12214	11911	7273	-	-						
Polen		15085	10891	10632	13773	10368	7973	5020	5517	6287	3082	-	-	-	-	-						
Kontinent		6068	5009	3899	5394	5120	6072	4292	5320	5004	7389	-	-	-	-	-						
Übersee		1193	1257	1699	1894	1906	2104	2042	1762	1657	1664	1649	1618	1248	1240	-						
Italien		3489	3600	3702	4188	4640	3813	3038	3024	3080	3738	3404	3545	3100	3429	-						
Kontinent		2455	2706	3328	3364	3481	2770	3063	2652	2935	3174	4054	2796	2304	3104	-						
Übersee		4735	4308	5222	5177	4555	3452	2302	1899	1980	2801	2871	3570	3645	-	-						
Frankreich <sup>21)</sup>																						
Griechenland (Übersee)																						

Welthandelswaren

Köhle

Förderung	1000 t	1929	1930
Deutschland: Köhle, gesamt <sup>22)</sup>		16272	17850
Kokserzeugung		3147	3382
Saargebiet <sup>23)</sup>		1101	1241
Großbritannien <sup>23)</sup>		21201	21444
Frankreich <sup>24)</sup>		4468	4769
Belgien <sup>23)</sup>		2200	2231
Polen <sup>24)</sup>		3606	4108
Tschechoslowakei <sup>25)</sup>		1838	2026
Vereinigte Staaten: bituminöse Anthrazit		4599	4630



	Einheit	1929							1930								
		Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
<b>noch: Kohle</b>																	
<b>Preise</b>																	
Deutschland 1)	RM je t	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	16,87	
Großbritannien 2)	sh je lgt	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	19,9	
Frankreich 3)	Frie t	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	121,00	
Vereinigte Staaten (bituminöse)	\$ je sht	1,67	1,70	1,77	1,83	1,91	1,87	1,88	1,86	1,79	1,75	1,70	1,67	1,66	1,71	—	
<b>Einfuhr</b>																	
Frankreich: Gesamt 4)	1000 t	2 608,3	2 607,2	2 542,8	2 711,0	2 644,0	2 610,9	2 757,2	2 945,6	2 918,7	2 220,9	2 861,3	2 590,3	2 338,3	2 396,4	—	
aus Deutschland 5)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Niederlande 6)	—	827,8	803,2	740,3	813,9	682,2	780,9	845,8	845,8	886,6	725,1	884,3	714,2	628,1	696,4	—	
Schweiz 6)	—	788,1	877,0	988,9	867,4	838,2	858,9	878,8	959,7	818,4	757,6	686,0	766,1	739,1	767,0	745,3	
Italien: Gesamt 7)	—	170,6	198,9	199,3	176,3	186,3	152,2	199,8	175,6	158,5	152,2	158,0	163,0	158,8	182,1	167,6	
aus Deutschland 8)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Tschechoslowakei 9)	—	1 288,8	1 469,2	1 183,7	1 360,0	1 302,8	1 048,0	907,4	915,2	826,2	817,8	875,8	888,2	1 052,6	—	—	
Belgien: Gesamt 7)	—	340,8	285,2	277,1	339,9	285,2	275,1	291,4	292,4	265,9	267,2	186,0	205,0	—	—	—	
aus Deutschland 8)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Vereinigte Staaten: bituminöse Anthrazit ..	—	1 165,7	1 292,9	1 395,0	1 467,3	1 410,0	1 215,3	1 389,7	1 419,5	1 217,3	1 196,1	1 014,0	1 135,8	969,6	1 139,7	—	
aus Deutschland 8)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Deutschland 9)	1000 t	2 152,3	2 335,4	2 542,1	2 688,3	2 215,1	2 106,7	2 611,8	2 557,1	2 057,1	2 029,2	1 729,9	2 062,0	1 938,4	2 062,0	1 821,4	
Steinkohle 10)	—	174,2	182,6	175,9	197,9	173,7	200,8	203,5	181,4	132,6	120,7	150,7	192,2	190,6	160,1	161,5	
Steinkohlenbriketts 11)	—	783,4	1 000,7	1 030,5	1 056,5	1 001,4	971,9	894,0	904,4	706,7	718,9	619,6	603,5	576,0	647,7	665,0	
Großbritannien 6)	—	4 961,7	5 941,6	5 056,6	5 289,7	5 853,1	5 481,2	5 068,1	5 581,6	4 811,7	4 860,2	4 498,3	5 137,2	4 122,4	4 728,3	3 996,8	
Polen 12)	—	1 148,6	1 457,4	1 489,2	1 321,2	1 204,7	1 395,0	1 102,2	1 181,3	1 022,4	742,3	836,4	927,0	896,0	1 052,0	—	
Tschechoslowakei 9)	—	151,1	133,9	146,1	150,0	173,3	169,1	215,2	116,8	119,2	137,6	140,0	145,1	131,1	145,1	—	
Vereinigte Staaten: bituminöse Anthrazit ..	—	1 748,5	1 782,4	1 484,1	1 657,0	1 621,9	1 510,1	1 101,0	968,2	848,0	737,9	871,6	1 512,1	1 416,3	1 611,3	—	
aus Deutschland 8)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Roheisen</b>																	
<b>Produktion</b>																	
Deutschland	1000 t	1 164	1 204	1 168	1 109	1 157	1 091	1 100	1 092	965	1 008	901	860	767	770	739	
Saargebiet	—	188	185	182	174	179	169	173	174	162	182	168	176	158	160	157	
Großbritannien	—	668	683	693	675	700	642	653	660	617	677	630	624	572	494	423	
Frankreich	—	865	878	893	851	894	852	877	875	815	898	854	901	840	859	—	
Belgien	—	342	347	348	347	361	340	340	343	315	342	313	300	265	280	247	
Polen	—	58	66	65	58	58	59	46	51	43	44	38	41	37	38	—	
Vereinigte Staaten	—	3 777	3 846	3 816	3 554	3 646	3 232	2 893	2 873	2 884	3 298	3 233	3 285	2 981	2 682	2 584	
<b>Preise</b>																	
Deutschland 13)	RM je t	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	85,00	
Großbritannien 14)	sh je lgt	71,10	72,8	72,8	72,6	72,6	72,6	72,6	72,6	72,6	70,0	67,6	67,6	67,6	67,6	64,6	
Frankreich (P. L. 3)	Frie t	475,00	475,00	475,00	475,00	475,00	475,00	475,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	490,00	
Vereinigte Staaten 15)	\$ je lgt	18,65	18,48	18,38	18,27	18,33	18,30	18,24	18,19	18,02	17,75	17,73	17,60	17,48	17,16	16,90	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland	1000 t	12,4	12,7	11,3	12,1	21,2	17,6	18,9	21,9	13,5	16,4	11,6	15,9	13,6	14,6	12,5	
Belgien	—	58,4	74,6	57,2	55,6	54,0	52,5	47,2	41,8	38,1	42,2	36,5	34,0	29,3	31,7	—	
Italien	—	21,0	12,2	10,3	11,7	15,2	12,7	17,0	14,7	17,6	17,7	13,0	12,3	17,3	—	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Deutschland	1000 t	32,5	42,6	41,8	33,9	31,1	37,9	28,3	29,6	20,1	21,9	17,0	20,8	17,6	14,8	11,4	
Großbritannien 16)	—	35,9	36,1	38,9	39,0	37,0	32,1	35,2	37,2	21,1	24,0	23,7	30,1	19,4	20,4	19,5	
Frankreich	—	41,5	46,7	36,9	58,5	53,3	50,2	59,8	44,0	45,0	42,5	41,6	39,6	50,0	38,8	—	
<b>Rohstahl</b>																	
<b>Produktion</b>																	
Deutschland	1000 t	1 431	1 465	1 402	1 234	1 377	1 287	1 159	1 275	1 177	1 202	1 033	1 034	859	906	897	
Saargebiet	—	191	198	192	185	199	179	168	185	175	188	168	179	148	169	152	
Großbritannien	—	844	818	765	862	904	828	672	783	789	839	707	704	610	691	459	
Frankreich	—	795	815	827	783	847	786	812	800	772	848	787	855	753	789	—	
Belgien	—	349	356	365	347	369	333	323	340	321	359	313	285	245	256	237	
Polen	—	117	113	112	104	110	105	84	106	102	106	91	114	91	114	—	
Vereinigte Staaten	—	4 982	4 929	5 018	4 601	4 607	3 578	2 950	3 857	4 144	4 389	4 221	4 089	3 495	2 930	2 965	
<b>Preise</b>																	
Vereinigte Staaten 15)	cts je lb	2,41	2,41	2,40	2,39	2,37	2,36	2,36	2,32	2,31	2,31	2,26	2,22	2,21	2,18	2,16	
<b>Ausfuhr</b>																	
Frankreich	1000 t	158,6	151,1	117,6	123,6	122,0	116,2	112,8	111,5	132,0	122,0	128,7	120,4	94,7	117,3	—	
Vereinigte Staaten	—	12,4	17,5	12,1	17,3	13,3	10,1	8,4	12,0	8,2	10,0	11,6	8,0	7,4	4,8	—	
<b>Kupfer</b>																	
<b>Produktion 17)</b>																	
Peru u. Chile	1000 t	29,1	28,8	28,1	27,9	28,3	24,5	24,7	24,0	19,2	19,4	19,1	20,2	20,9	21,2	24,4	
Vereinigte Staaten	—	86,5	85,9	83,2	83,9	88,4	86,1	81,5	73,9	65,4	71,2	69,7	68,9	62,7	61,4	60,5	
Kanada	—	5,6	6,8	7,0	6,3	6,6	6,6	7,3	7,3	6,1	7,6	6,9	8,0	10,0	10,7	11,7	
Mexiko	—	4,8	5,1	4,6	4,6	4,5	4,4	4,7	4,6	4,2	4,4	4,0	4,8	4,9	4,5	4,4	
<b>Preise</b>																	
Deutschland 18)	RM je dz	170,63	170,75	170,80	171,14	170,44	170,10	169,90	170,34	170,42	170,52	154,28	124,76	118,28	109,72	105,19	
Großbritannien 19)	£ je lgt	84. 0. 084. 0	84. 0. 084. 7	84. 7. 084. 7	83. 19. 082. 0	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5	82. 10. 783. 5
Vereinigte Staaten 20)	cts je lb	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	17,78	
<b>Einfuhr</b>																	
Deutschland	1000 t	22,7	17,4	16,2	14,6	13,6	14,5	9,4	11,8	9,6	10,7	9,5	12,2	18,8	14,0	18,6	
Belgien	—	6,3	9,8	8,0	8,1	12,5	10,8	7,3	6,7	5,2	4,3	9,9	9,6	5,7	6,4	—	
Großbritannien	—	18,9	12,6	13,6	9,9	14,9	11,6	13,9	9,1	10,9	10,2	11,4	10,9	15,9	13,9	12,5	
Frankreich	—	14,7	10,9	10,5	13,3	8,4	10,0	8,6	11,9	13,4	10,3	15,1	8,9	10,3	10,4	—	
Italien	—	4,3	5,4	0,8	2,8	4,5	4,6	5,2	4,2	3,4	3,5	4,3	2,7	3,7	—	—	
Vereinigte Staaten 21)	—	33,1	19,6	39,3	26,3	32,4	39,9	25,8	32,4	25,5	28,4	32,0	20,2	16,2	21,4	—	
<b>Ausfuhr</b>																	
Deutschland	1000 t	3,2	3,8	2,1	2,0	1,8	3,1	4,1	4,5	6,8	3,7	4,7	5,5	2,6	2,4	2,0	
Belgien	—	4,4	1,9	3,4	4,6	3,5	2,2	2,0	1,9	3,4	4,5	2,7	4,9	6,3	10,1	—	
Vereinigte Staaten 22)	—	32,6	25,8														



	Einheit	1929							1930												
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
<b>Zinn</b>																					
<b>Produktion<sup>1)</sup></b>																					
Bolivien	t	4 100	3 900	4 000	3 800	3 500	4 682	4 682	4 200	3 200	2 500	3 600	3 600	2 900	2 650	2 200					
Malaien-Staaten	"	5 523	6 133	5 879	5 596	6 275	6 412	6 137	6 443	4 989	6 052	5 715	6 331	5 885	5 774	4 344					
<b>Preise</b>																					
Deutschland <sup>2)</sup>	RM je dz	419,00	445,00	461,00	444,00	412,00	386,00	380,00	362,00	360,00	340,00	337,00	302,00	284,00	278,00	280,00					
Großbritannien <sup>3)</sup>	£ je lgt	200. 8.9	209.12.0	210.19.0	206. 2.6	192.13.0	180. 3.9	180. 2.6	177. 9.0	175. 4.9	165. 2.6	165. 1.3	146.13	137.18	135.11	137.4					
Vereinigte Staaten <sup>4)</sup>	cts je lb	44,24	46,28	46,82	45,36	42,29	40,21	39,74	38,85	36,68	36,80	36,08	32,11	30,34	29,82	30,04					
<b>Einfuhr</b>																					
Deutschland	t	1 393	1 220	1 412	1 426	1 541	1 917	2 114	1 517	1 583	1 109	1 001	1 220	1 350	1 462	1 132					
Großbritannien	"	1 523	1 665	1 129	546	946	1 665	2 479	1 788	1 189	1 264	1 545	1 036	864	1 682	795					
Frankreich	"	1 114	1 262	791	1 059	821	1 068	1 193	765	1 182	1 024	1 046	1 016	1 233	908						
Vereinigte Staaten	"	7 285	5 610	9 893	7 836	6 301	5 911	5 537	7 193	5 547	8 727	8 341	8 971	9 911	5 344						
<b>Ausfuhr</b>																					
Großbritannien	"	1 940	2 472	2 851	3 099	1 948	3 883	1 519	1 437	2 233	2 697	2 019	2 130	1 320	1 589	1 447					
<b>Zink</b>																					
<b>Produktion</b>																					
Deutschland	t	8 975	9 092	9 069	8 753	9 011	8 359	8 651	9 053	8 298	9 322	8 809	9 179	8 771	8 539	8 396					
Frankreich <sup>1)</sup>	"	7 700	8 146	7 821	7 220	7 850	8 410	8 630	8 222	7 718	8 983	8 375	8 590	7 615	7 600						
Belgien <sup>1)</sup>	"	16 546	16 670	15 990	15 890	17 090	17 236	17 690	17 500	16 000											
Polen <sup>1)</sup>	"	13 906	14 586	14 618	14 543	14 769	13 444	13 758	14 349	13 594	15 085	14 539									
Vereinigte Staaten <sup>2)</sup>	"	48 039	54 441	55 290	53 285	46 211	43 200	44 080	46 387	40 754	43 158	39 082	39 908	39 438	36 322						
Kanada <sup>1)</sup>	"	6 568	4 861	6 481	7 674	5 667	5 498	6 397	4 990	8 649	9 650	8 781	8 850	8 350	8 145						
Mexiko <sup>1)</sup>	"	8 800	21 106	8 832	1 407	4 051	1 290	1 605	2 039	1 623	2 127	2 425	2 512	2 309							
<b>Preise</b>																					
Deutschland <sup>3)</sup>	RM je dz	52,93	51,47	50,92	49,73	46,09	42,16	40,32	39,08	38,23	36,69	35,79	33,11	32,75	32,41	32,11					
Großbritannien <sup>4)</sup>	£ je lgt	26. 3.10	25. 7. 2	24.18. 6	24. 4. 8	22.18. 9	20.10. 5	20. 3. 6	19.13. 9	19. 4. 1	18. 4. 4	17.14. 8	16.19. 2	16.16. 5	16. 8.11	16. 3. 2					
Vereinigte Staaten <sup>5)</sup>	cts je lb	6,89	6,77	6,80	6,80	6,74	6,24	5,67	5,23	5,18	4,93	4,84	4,04	4,44	4,35	4,36					
<b>Einfuhr</b>																					
Deutschland	t	13 053	12 118	11 675	10 876	7 308	10 694	8 802	7 748	5 896	10 481	7 899	9 255	9 758	9 615	8 890					
Frankreich	"	2 617	2 371	2 385	1 749	2 287	1 952	3 875	3 279	4 668	2 888	3 858	3 581	3 686	1 947	1 965					
Großbritannien	"	8 830	10 805	14 052	12 244	10 997	9 324	14 689	13 199	11 655	12 538	10 659	13 710	14 319	13 741						
Ausfuhr: Vereinigte Staaten	"	670	729	1 269	334	1 850	863	357	497	439	409	300	80	190	69						
<b>Blei</b>																					
<b>Produktion<sup>5)</sup></b>																					
Deutschland	t	8 917	8 988	10 509	10 024	11 834	12 042	10 230	9 920	9 714	10 316	8 886	8 881	9 923	8 292	10 192					
Vereinigte Staaten	"	52 384	57 579	58 108	51 172	61 813	54 213	49 918	43 821	46 595	51 293	46 060	48 676	46 013	46 755						
Kanada	"	12 800	14 224	15 789	11 545	14 599	13 183	12 211	14 036	10 411	12 442	12 040	11 956	11 602	11 858						
Mexiko	"	25 598	25 079	22 007	18 825	23 246	20 918	14 948	20 855	18 478	21 408	20 473	20 128	19 151	20 659						
Australien	"	16 044	16 683	16 075	14 631	18 296	16 620	15 468	14 604	12 890	14 742	13 824	13 658	13 814							
<b>Preise</b>																					
Großbritannien <sup>6)</sup>	£ je lgt	23.13.14	22.12. 2	22. 4. 9	23.12. 2	23. 5. 3	21. 6.10	21. 9. 2	21.11. 3	20.15.11	18.15. 0	18. 9. 3	17.12. 8	17. 1. 9	18. 1. 8	18. 5. 2					
Vereinigte Staaten <sup>7)</sup>	cts je lb	6,79	6,61	6,55	6,69	6,67	6,14	6,10	6,10	6,09	5,84	5,43	5,41	5,31	5,15	5,34					
<b>Einfuhr</b>																					
Deutschland	t	8 936	9 063	12 078	11 269	10 463	11 252	6 402	7 287	9 043	8 879	5 190	9 412	5 720	5 590	6 129					
Großbritannien	"	19 629	23 311	29 738	25 530	20 625	31 087	30 081	36 444	21 619	26 811	31 420	28 373	28 364	20 973	22 936					
Frankreich	"	6 192	4 471	9 798	6 422	10 375	7 451	5 602	11 027	14 257	10 271	9 973	13 074	12 488	7 237						
Ausfuhr: Vereinigte Staaten	"	4 138	3 629	7 677	6 513	4 598	2 723	4 086	5 927	3 488	4 890	4 057	5 599	4 899	3 711						
<b>Gold</b>																					
<b>Produktion</b>																					
Südafrika	1000 oz fine	856,0	889,5	889,8	849,4	888,7	861,6	851,1	882,8	818,2	889,4	863,6	916,2	887,9	912,7	921,1					
Kanada	"	170,0	158,6	163,9	160,9	181,4	149,9	163,6	164,1	145,4	163,8	169,2	168,3	175,5							
Rhodesien	"	48,4	46,4	46,5	45,0	46,9	46,2	46,8	46,1	43,4	45,5	45,8	47,6	45,2	45,8						
Britisch Indien	"	29,6	29,9	29,7		30,5	29,9	32,7	24,9	28,4	23,9	17,9	14,9	27,8							
Belgisch-Kongo	"	10,5	11,3	11,7	11,4	11,9	11,8	13,2	12,3	11,4	12,2	11,2	11,3	11,4	11,2						
<b>Preise: Großbritannien<sup>11)</sup></b>																					
sh je oz f		84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/4</sup>	84.11 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>1/2</sup>	84.11 <sup>1/4</sup>	84.11 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>1/10</sup>	84.11 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>1/16</sup>	84.10 <sup>1/8</sup>	84.11 <sup>7/16</sup>	84.17 <sup>1/16</sup>	85. 0 <sup>9/16</sup>	84.18				
<b>Einfuhr: Großbritannien<sup>12)</sup></b>																					
1000 £		3 318,3	2 675,9	3 277,2	1 941,4	2 200,6	2 267,8	2 589,2	3 530,7	3 575,8	3 234,1	2 615,0	3 465,5	2 246,1	3 999,4	2 995,1					
<b>Silber</b>																					
<b>Produktion</b>																					
Mexiko	1000 oz fine	8 387	11 943	9 000	9 649	11 934	10 305	11 122	5 877	12 717	8 844	7 514	9 080	10 276							
Vereinigte Staaten	"	5 003	4 683	4 849	4 738	5 004	5 854	4 592	4 763	5 161	4 998	4 627	4 293	3 969	3 638						
Kanada	"	3 573	2 357	2 162	1 562	1 865	1 487	2 192	1 709	1 842	1 815	2 568	2 185	3 104							
Südafrika	"	85	95	88	88	87	86	81	88	79	87	85	89	85	90						
<b>Preise</b>																					
Großbritannien <sup>14)</sup>	d je oz f	24,20	24,29	24,31	23,77	23,04	22,39	22,40	20,98	20,00	19,41	19,55	18,84	16,00	15,94	16,34					
Vereinigte Staaten <sup>15)</sup>	cts je oz f	52,34	52,47	52,57	50,97	49,92	49,57	48,68	45,09	43,09	41,88	42,41	40,55	34,78	34,35	35,50					
<b>Einfuhr: Großbritannien<sup>13)</sup></b>																					
1000 oz		9 068,6	4 764,7	6 705,6	6 582,1	6 259,9	5 826,3	8 886,0	10 904,2	9 971,6	10 384,2	5 129,3	7 264,6	3 822,5	10 620,4	4 076,4					
<b>Ausfuhr: Vereinigte Staaten</b>																					
1000 \$		5 445,4	6 795,1	8 522,0	4 373,8	7 313,6	6 678,1	6 399,0	5 892,0	5 331,0	5 818,4	4 647,0	4 976,0	3 336,0	3 706,4	4 543,0					
<b>Petroleum</b>																					
<b>Produktion</b>																					
Polen	1000 t	59	58	59	55	57	57	56	56	59	54	54	54	53	56						
Rumänien	"	400	430	449	418	436	417	438	448	417	494	514	536	518	535						
UdSSR	"	1 171	1 286	1 294	1 252	1 245	1 225	1 288	1 248	1 142	1 376	3 817	3 065	1 488	1 595						



	Einheit	1929							1930							
		Junj	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
<b>noch: Petroleum</b>																
<b>Preise</b>																
Großbritannien <sup>1)</sup> .....	sh je gal	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Vereinigte Staaten <sup>2)</sup> .....	\$ je bbl	1,42	1,42	1,42	1,42	1,42	1,42	1,42	1,35	1,29	1,18	1,25	1,27	1,27	1,27	1,27
Vorräte Vereinigte Staaten .....	1000 hl	602,7	609,5	614,8	614,9	611,3	604,9	606,4	604,0	606,2	604,1	603,9	602,4	600,0	601,3	—
Verbrauch Vereinigte Staaten .....	"	89,8	103,0	103,0	102,8	106,1	100,2	101,9	100,9	87,9	99,7	100,5	104,3	101,1	98,5	—
<b>Einfuhr</b>																
Vereinigte Staaten <sup>3)</sup> .....	1000 hl	10 473	9 730	9 221	11 053	9 166	7 209	9 358	8 664	6 870	7 675	9 197	7 923 <sup>25)</sup>	5 044	9 343	—
Italien .....	t	10 514	16 090	17 439	18 025	20 090	14 985	12 426	11 007	9 198	8 921	11 601	10 108	13 187	—	—
Großbritannien .....	1000 hl	7 810	9 330	9 797	8 022	8 596	7 023	6 958	9 592	7 206	9 379	8 250	11 063	10 020	12 112	8 349
<b>Ausfuhr</b>																
Vereinigte Staaten <sup>4)</sup> .....	1000 hl	18 170	18 532	18 506	12 527	20 814	14 968	18 654	17 745	14 946	18 052	18 474	13 899	21 035	16 382	—
Rumänien .....	t	56 828	61 884	77 738	66 141	70 830	60 449	66 956	54 052	60 152	61 113	77 771	72 177	—	—	—
UdSSR <sup>5)</sup> .....	"	42 275	79 131	131 141	—	68 460	61 825	72 370	20 65200	20 65200	20 65200	20 65200	20 65200	20 65200	20 65200	20 65200
<b>Gummi</b>																
<b>Preise</b>																
Deutschland <sup>6)</sup> .....	RM je kg	2,00	2,00	2,02	1,80	1,78	1,60	1,50	1,52	1,56	1,52	1,45	1,41	1,27	1,17	1,17
Großbritannien <sup>7)</sup> .....	d je lb	11,25	11,50	11,15	10,47	9,80	8,88	8,50	8,25	8,36	8,69	8,44	8,00	7,25	7,00	6,63
Niederlande <sup>8)</sup> .....	Fl je kg	1,14	1,20	1,16	1,12	1,00	0,90	0,80	0,82	0,86	0,82	0,80	0,76	0,66	0,60	—
Vereinigte Staaten <sup>9)</sup> .....	cts je lb	20,47	21,06	20,06	19,71	19,41	16,49	16,01	15,06	15,74	15,31	14,94	14,10	12,24	11,16	9,96
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland .....	t	4 228	3 883	4 900	4 796	3 611	4 175	3 183	4 265	3 954	4 776	5 064	4 902	4 320	4 014	8 931
Großbritannien .....	"	9 128	10 206	19 592	20 921	21 037	17 500	15 677	16 187	14 892	16 041	16 076	14 162	13 288	10 736	10 535
Frankreich .....	"	8 363	5 945	5 565	4 702	5 492	6 142	5 102	5 046	5 506	5 320	6 037	6 293	5 382	4 056	—
Vereinigte Staaten <sup>9)</sup> .....	"	42 500	45 050	38 459	35 378	39 072	44 600	43 927	48 672	43 685	45 990	46 382	43 682	25 22392	35 994	—
<b>Ausfuhr</b>																
Britische Malaien-Staaten .....	t	40 398	46 454	50 441	53 484	47 987	46 278	48 511	53 378	49 753	48 071	44 506	49 808	37 194	41 807	27 87240
<b>Baumwolle</b>																
<b>Preise</b>																
Deutschland <sup>10)</sup> .....	RM je kg	1,94	1,95	1,94	1,95	1,87	1,78	1,76	1,74	1,59	1,54	1,64	2,05	1,47	1,38	1,29
Großbritannien <sup>11)</sup> .....	d je lb	10,26	10,32	10,43	10,38	10,14	9,58	9,50	9,42	8,59	8,29	8,61	8,57	7,87	7,60	6,87
Vereinigte Staaten .....	cts je lb	18,72	18,62	18,64	18,85	18,46	17,59	17,27	17,22	15,62	15,18	16,42	16,43	14,47	13,11	12,03
Verbrauch: Vereinigte Staaten .....	1000 bales	569,4	547,2	558,1	545,8	640,8	544,2	453,9	577,2	495,2	508,6	532,4	473,9	405,2	378,8	352,3
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland .....	1000 t	19,6	20,7	20,3	20,6	38,9	58,0	47,5	43,9	33,7	29,8	29,7	24,5	18,3	19,4	20,9
Großbritannien .....	"	34,4	30,7	30,0	29,1	59,5	88,9	88,8	78,0	56,6	41,5	34,4	46,2	28,4	18,0	22,2
Frankreich .....	"	22,3	20,7	22,2	14,3	28,8	38,8	47,8	45,2	31,8	34,8	29,8	23,9	17,5	16,6	—
Italien .....	"	19,7	17,4	16,9	14,4	18,0	20,7	23,6	26,7	22,2	23,3	19,5	18,1	18,3	—	—
Tschechoslowakei .....	"	10,4	8,9	7,4	8,6	7,6	10,7	11,1	11,9	10,3	9,2	8,6	10,5	7,3	6,2	—
Belgien .....	"	10,0	8,2	6,9	9,0	6,8	5,9	9,8	8,4	5,8	8,3	8,6	8,6	8,1	6,1	—
<b>Ausfuhr</b>																
Brit. Indien .....	1000 t	69,4	57,8	42,0	38,4	31,9	37,6	54,0	82,1	89,5	92,3	77,1	62,0	44,4	47,0	—
Vereinigte Staaten <sup>12)</sup> .....	"	73,4	58,4	57,1	175,5	301,0	254,0	219,7	176,6	94,1	116,9	85,6	52,4	45,7	43,9	—
<b>Wolle</b>																
<b>Preise</b>																
Deutschland, Inlandspreis .....	RM je kg	8,79	8,62	8,43	8,05	7,67	7,40	7,22	7,00	6,43	6,19	5,99	6,04	6,27	6,17	6,00
Kammzug <sup>13)</sup> .....	"	5,61	5,52	5,24	4,92	4,69	4,50	4,45	4,18	3,47	3,24	3,19	3,33	3,37	3,33	3,38
Großbritannien <sup>14)</sup> .....	sh je lb	1,7 <sup>1/2</sup>	1,6 <sup>1/2</sup>	1,5	1,5	1,3	1,4	1,5	1,5	1,2	1,09 <sup>1/2</sup>	1,0 <sup>1/2</sup>	1,0 <sup>1/2</sup>	1,19 <sup>1/2</sup>	1,1	1,0 <sup>1/2</sup>
Vereinigte Staaten <sup>15)</sup> .....	cts je lb	89,4	88,0	88,6	89	88,0	85,8	81,6	78,4	73,7	70,1	66,6	63,7	63,8	64,3	64,6
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland <sup>16)</sup> .....	1000 t	15,9	12,6	10,8	5,8	5,5	5,5	10,7	19,6	13,0	12,0	14,7	13,5	17,9	14,7	13,4
Großbritannien <sup>17)</sup> .....	"	31,9	17,7	14,9	8,2	10,0	22,1	35,3	43,3	37,2	45,6	38,8	41,0	32,3	22,3	17,7
Frankreich <sup>18)</sup> .....	"	33,6	21,7	13,9	11,9	11,4	15,2	23,8	37,3	35,0	24,6	28,4	26,3	30,4	22,6	—
Italien <sup>16)</sup> .....	"	5,2	3,8	3,2	2,0	2,1	1,5	2,9	4,8	7,0	4,5	5,5	6,0	6,9	—	—
Vereinigte Staaten <sup>19)</sup> .....	"	7,5	8,5	7,7	8,2	8,8	8,9	9,2	12,0	8,4	9,1	8,1	7,0 <sup>25)</sup>	2,9	4,0	—
<b>Ausfuhr</b>																
Großbritannien <sup>17)</sup> .....	1000 t	18,1	5,3	10,8	2,5	11,4	6,1	13,3	14,2	14,6	7,7	15,3	12,4	19,3	8,2	8,7
<b>Jute</b>																
<b>Preise</b>																
Großbritannien <sup>20)</sup> .....	£ je t	31,17,6	31,17,6	33, 6,0	33,12,6	32, 6,0	31, 0,0	31, 2,6	31, 2,0	30,10,0	29, 6,3	29, 5,0	29, 2,0	27,12,6	25,5,6	23,17,6
<b>Einfuhr</b>																
Großbritannien .....	1000 t	5,8	2,8	3,5	4,1	16,9	30,0	35,2	36,3	23,0	13,0	5,6	9,3	5,8	4,1	5,0
Vereinigte Staaten <sup>21)</sup> .....	"	26,0	20,7	37,4	18,1	21,9	31,2	30,7	46,3	43,0	32,8	32,4	25,0 <sup>25)</sup>	8,8	28,8	—
<b>Ausfuhr</b>																
Brit. Indien .....	1000 t	40,6	36,2	42,5	89,9	110,9	139,0	93,6	75,4	58,6	45,5	43,6	42,2	42,2	31,6	—
<b>Automobile</b>																
<b>Produktion</b>																
Vereinigte Staaten	Personenwagen .....	451 371	424 944	440 780	363 471	318 462	167 846	91 011	236 145	296 461	335 720	374 913	362 522	289 245	222 459	187 040
	Lastwagen .....	93 183	74 842	56 808	51 576	60 687	48 081	27 513	38 657	49 457	64 204	67 560	54 370	44 773	39 683	35 760
Kanada	Personenwagen .....	16 511	13 600	11 037	10 710	8 975	7 137	4 426	8 856	13 021	17 185	20 872	21 251	12 194	8 556	—
	Lastwagen .....	4 981	3 861	3 177	3 107	5 548	2 270	1 069	1 532	2 527	3 565	3 385	3 421	2 896	1 632	—
<b>Einfuhr</b>																
Deutschland <sup>22)</sup> .....	"	1 108	1 394	839	592	1 906	462	232	1 295	697	1 433	1 201	638	850	526	210
<b>Ausfuhr</b>																
Großbritannien	Personenwagen .....	1 736	2 236	2 109	1 409	2 178	2 719	2 125	1 872	1 653	1 571	1 497	1 885	1 085	1 855	1 240
	Lastwagen <sup>23)</sup> .....	337	252	193	143	154	182	142	253	310	448	406	582	245	359	192
Frankreich	Personenwagen .....	4 056	2 489	2 703	3 197	2 994	2 430	2 924	3 089	2 776	2 390	—	—	—	—	—
	Lastwagen .....	876	806	519	983	852	951	1 193	888	727	821	879	—	—	—	—
Italien <sup>24)</sup> .....	"	2 381	2 058	1 571	1 470	1 763	1 455	1 282	1 348	2 309	2 596	2 682	2 802	2 337	—	—
Vereinigte Staaten	Personenwagen .....	34 106	29 082	22 123	20 934	20 931	13 929	13 831	15 293	18 732	22 129	23 777	16 876	10 101	7 823	—
	Lastwagen <sup>23)</sup> .....	16 870	26,463	20 706	12 985	11 512	12 886	10 908	12 876	6 750	8 961	11 461	9 666	5 336	4 042	—

1 gal (gallon, engl.) = 4,536 l, 1 bbl (barrel) = 158,97 l, 1 lb (pound) = 0,4536 kg, 1 bale (500 lbs) = 226,8 kg.  
 1) London, American water white. — 2) Crude, Mid-Continent. — 3) Rohöl. — 4) Raffiniertes Öl. — 5) Bis Juni 1929 nur über europäische, ab Juli über sämtliche Grenzen. — 6) Hamburg, fine para hard. — 7) London, para hard, spot. — 8) Hevea, smoked sheets. — 9) Rohgummi. — 10) Bremen, amerikanische. — 11) Liverpool, american middling. — 12) Einschl. Linters. — 13) Buenos Aires, loco Lagerort, Leipzig. — 14) London, Victoria, good, average. — 15) Fairchild average. — 16) Gewaschene und ungewaschene Wolle. — 17) Schafwolle. — 18) Einschl. der mit Wolle bedeckten Häute. — 19) Einschl. Mohair. — 20) London, first marks spot. — 21) Einschl. burlaps and butts. — 22) Personenwagen; Chassis mit Motor und Karosserien. — 23) Einschl. trucks. — 24) Personen- und Lastwagen. — 25) Nur 1.—17. Juni. — 26) Durchschnitt aus den Monaten Januar bis Juli. — 27) Vorläufige Zahl.



# Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Übersicht werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Einheit	1929										1930									
	September			Okt.	August			September				Okt.								
	37. 9.-14.	38. 16.-21.	39. 23.-28.	36. 30. 9.- 5. 10.	31. 28. 7.- 2. 8.	32. 4.-9.	33. 11.-16	34. 18.-23.	35. 25.-30.	36. 1.-6.	37. 8.-13.	38. 15.-20.	39. 22.-27.	30. 29. 9. 4. 10.						
<b>Produktion</b>																				
<b>Kohle</b>																				
Deutschland	1000 t																			
Ruhrrev. Steinkohle <sup>1)</sup>	411,3	410,9	411,8	407,4	322,6	325,1	327,7	329,1	340,5	325,5	337,7	325,9	—	—						
Koks <sup>1)</sup>	91,8	92,3	93,7	92,9	74,3	73,1	71,2	70,5	70,4	70,1	71,6	68,7	—	—						
Oberschlesien Steinkohle <sup>1)</sup>	72,5	73,8	75,4	72,3	52,2	52,1	54,4	58,9	61,9	60,7	64,3	62,3	—	—						
Großbritannien	Steinkohle																			
Ver. Staaten von Amerika	Bituminöse Kohle																			
Pennsylvania Anthrazit	4918	5201	5302	5253	4637	3001	4777	4793	4677	—	—	—	—	—						
Petroleum (Rohöl)	Ver. Staaten von Amerika <sup>2)</sup>																			
1000 bbls <sup>3)</sup>	2965	2925	2900	2887	2515	2480	2648	2470	2461	2437	2420	*)2421	*)2380	—						
<b>Arbeitslosigkeit</b>																				
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>																				
Hauptunterstützungsempfänger	1000																			
i. d. Arbeitslosenversicherung <sup>5)</sup>	—	735	—	749	1498	—	1496	—	1507	—	—	1503	—	—						
i. d. Krisenunterstützung	—	159	—	162	403	—	421	—	441	—	—	459	—	—						
Großbritannien <sup>6)</sup>	Registrierte Arbeitslose																			
1000	1150	1148	1163	1182	2011	—	2051	2018	2040	2060	2140	2103	2110	—						
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>																				
<b>Güterwagenstellung</b>																				
Deutschland gesamt	1000																			
arbeitsfähig	962,8	960,3	962,2	950,3	758,8	754,7	749,8	776,0	799,7	798,6	809,6	804,8	—	—						
Ver. Staaten von Amerika	160,5	160,0	160,4	158,4	126,4	125,8	125,0	129,3	133,3	133,1	134,9	134,1	—	—						
Einnahmen aus dem Güterverkehr	1000 £																			
Großbritannien <sup>7)</sup>	2007	2062	2163	2076	1746	1356	1791	1831	1858	1760	1779	1819	—	—						
<b>Postscheckverkehr</b>																				
Deutschland (Lastschriften) <sup>8)</sup>	Mill. RM																			
1000	1344	1301	1692	1489	1425	1302	1211	1253	1486	1226	1228	—	—	—						
<b>Abrechnungsverkehr</b>																				
Großbritannien	Mill. £																			
London, gesamt <sup>9)</sup>	764	798	877	1017	775	813	755	770	728	834	767	771	690	—						
Ver. Staaten von Amerika <sup>10)</sup>	14085	14897	14539	16750	9580	10315	8870	8696	7733	7763	8524	9873	—	—						
Wechselproteste Deutschland <sup>11)</sup>	Anzahl																			
Vergleichsverfahren Deutschland	295	306	289	320	233	283	285	282	241	230	243	249	—	—						
Konkurse	15	14	14	12	24	24	27	25	19	23	18	16	18	—						
Deutschland <sup>1)</sup>	27	27	27	32	57	32	32	31	32	25	31	25	30	—						
Ver. Staaten von Amerika <sup>14)</sup>	397	390	428	396	468	452	441	436	471	386	493	—	—	—						
<b>Preise</b>																				
<b>Großhandelsindizes</b>																				
Deutschland <sup>12)</sup>	1913 = 100																			
I. Gesamtindex	138,2	138,3	138,0	138,0	125,4	125,2	125,0	125,0	124,0	123,9	123,5	123,0	121,9	—						
II. Agrarstoffe	132,7	133,2	132,7	133,1	116,7	116,0	116,7	117,7	116,4	115,9	116,3	114,1	111,8	—						
III. Kolonialwaren	130,9	131,4	131,0	130,7	112,4	112,0	111,7	109,9	108,8	107,9	108,1	108,3	106,9	—						
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	131,8	131,8	131,4	131,2	119,0	119,2	118,1	117,5	117,1	116,8	116,6	116,3	115,9	—						
V. Industrielle Fertigwaren	157,3	157,1	156,9	156,9	150,0	149,6	149,5	149,3	149,1	148,8	148,4	148,3	148,1	—						
Produktionsmittel	139,7	139,6	139,6	139,6	137,8	137,8	137,8	137,6	137,6	137,6	137,5	137,4	137,3	—						
Konsumgüter	170,5	170,3	170,0	170,0	158,2	158,5	158,3	158,1	157,8	157,3	157,7	156,5	156,3	—						
Großbritannien <sup>13)</sup>	1913 = 100																			
Juli 1914 = 100	130,6	130,7	130,4	128,8	109,5	109,0	109,1	108,4	107,4	107,0	106,6	106,5	105,3	—						
Frankreich <sup>14)</sup>	613	613	610	606	547	549	548	549	544	—	—	—	—	—						
Ver. Staaten von Amerika <sup>15)</sup>	96,3	96,1	95,8	94,7	82,9	83,1	83,8	82,8	83,3	83,5	83,4	83,6	83,1	—						
<b>Großhandelspreise<sup>16)</sup></b>																				
Weizen, Chicago, nächst. Termin	RM je 1000 kg																			
märk., Berlin	133 1/8	131 3/8	127 3/8	134,00	86 1/8	91 1/2	96 5/8	87 5/8	87 3/4	83 1/4	82 1/2	82 1/2	78 5/8	75						
Roggen märk., nächst. Termin	220,15	226,00	223,50	222,00	245,50	247,50	247,50	254,50	246,50	250,50	248,50	234,50	232,50	231,00						
Weizenmehl, nächst. Termin	245,50	243,00	236,00	237,50	290,75	257,00	260,00	264,75	258,00	261,00	260,00	260,00	249,00	249,00						
Roggenmehl, nächst. Termin	191,00	189,00	179,50	180,50	159,50	159,00	172,50	167,00	177,00	187,00	187,00	187,00	161,00	162,00						
Mais, New York, nächst. Termin	203,50	201,00	192,00	193,00	175,50	172,75	172,00	175,25	180,00	188,00	193,00	193,00	174,50	163,00						
Futtergerste, Berlin, nächst. Termin	31,50	31,13	30,75	30,84	35,50	33,75	33,50	33,50	33,00	33,00	32,50	31,68	31,36	31,36						
Hafer, nächst. Termin	26,80	26,38	25,75	25,88	28,95	27,75	28,75	25,50	26,05	26,65	26,58	26,13	25,98	26,13						
Kakao, Accra <sup>20)</sup> , London	115 1/8	115 1/8	108 1/4	110,50	99 1/8	106 1/8	111 1/2	107 1/8	104 1/4	111	111 1/2	104 7/8	101 1/8	85 1/8						
Zucker, New York, nächst. Termin	103 3/8	103 3/8	98 3/4	98 3/4	86 3/8	83 1/2	93 1/2	94 3/8	97 1/4	93 1/8	97 1/4	91 7/8	85 1/4	87 1/8						
London, nächst. Termin	173,00	178,00	178,00	178,00	105,50	100,50	101,50	101,50	101,50	101,50	101,50	101,50	101,50	101,50						
Magdeburg, nächst. Termin	171,50	173,50	169,00	171,00	179,50	184,00	186,50	170,50	191,00	186,50	182,50	183,50	169,00	162,50						
Kaffee, Rio 7, New York, nächst. Termin	2,25	2,29	2,34	2,33	1,14	1,15	1,16	1,13	1,11	1,14	1,10	1,11	1,42	1,01						
Hamburg <sup>21)</sup> , nächst. Termin	8,41 1/2	9,21 1/4	9,08 1/4	9,0	5,11 1/2	5,09 1/4	4,10 1/8	4,10 7/8	5,08 1/4	6,11 1/4	4,98 1/4	4,68 1/4	4,6	26,83						
London, nächst. Termin	27,38	26,50	27,63	27,25	26,95	27,10	27,10	27,10	27,10	26,50	26,25	26,50	26,00	26,00						
Hamburg <sup>22)</sup> , nächst. Termin	18	15 1/2	15 1/2	15,50	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7 1/2	6 1/4	5,88	6 1/4	7 1/4	7 1/4	6,81						
London, nächst. Termin	13,90	13,94	14,05	13,48	6,38	6,37	6,50	6,21	5,50	6,50	6,52	6,60	6,75	41,00						
Hamburg <sup>23)</sup> , nächst. Termin	66,37	66,00	66,25	25,50	37,68	35,75	35,38	32,00	30,25	31,25	32,37	33,13	33,25	25,6						
Kakao, Accra <sup>20)</sup> , London	40,6	41,0	41,6	41,0	31,0	34,0	32,0	27,6	29,6	27,6	27,6	27,0	28,3	25,6						
nächst. Termin	47,6	47,6	47,6	47,6	37,9	37,0	37,0	36,8	35,0	33,0	32,8	32,6	31,0	31,0						
Hamburg	14,6	15,0	15,0	15,0	12,9	12,9	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	13,0	14,0						
Reis, Burma II, London	22,15	24,0	24,0	23,0	16,15	17,10	18,50	17,15	17,78	16,50	16,50	15,10	15,50	14,17						
Leinsaat <sup>24)</sup> , nächst. Termin London	24,0	24,2	23,17	23,12	18,50	17,10	17,10	16,15	16,17	16,15	17,2	16,12	15,17	11,00						
Kopra <sup>25)</sup>	11,65	11,25	11,25	12,95	9,85	10,55	10,95	10,78	9,52 1/4	11,30	11,45	11,57 1/2	11,40	6,00						
Schmalz Chicago, nächst. Termin	7,62 1/2	7,62 1/2	7,62 1/2	7,62 1/2	7,00	6,50	6,87 1/2	6,75	11,20	6,75	6,62 1/2	6,55	6,25	7,7						
Gummi, first latex crêpe, N. Y.	20 5/8	20 5/8	19 7/8	19 7/8	10 5/8	10 1/4	9 5/8	10 1/8	6,87 1/2	9,75	8 3/4	8 7/8	8 7/8	0,31 1/2						
London	0,10 1/4	0,10 1/4	0,10 1/4	0,11 1/8	0,54 1/4	0,56 1/2	0,47 1/8	0,48 1/4	0,97 1/8	0,48 1/4	0,48 1/4	0,48 1/4	0,37 1/8	0,37 1/8						
Hamburg, nächst. Termin	183,75	182,50	181,25	173,70	95,01	95,00	90,00	90,85	90,00	87,25	77,50	75,00	71,25	67,50						
Baumwolle, middling, New York	cts je lb <sup>19)</sup>																			
Liverpool	18,95	18,70	18,45	19,15	12,65	12,85	12,85	11,25	11,75	11,30	11,20	10,95	10,65	5,70						
London	10,49	10,23	10,29	10,29	7,48	7,44	7,18	6,49	6,57	6,41	6,18	6,25	6,05	9,72						
Hamburg	17,60	17,45	16,65	16,50	12,40	12,60	12,05	10,85	10,45	10,30	9,95	10,50	10,30	4,15						
Wolle <sup>26)</sup> , dt. Inlandspreis <sup>27)</sup>	RM je kg																			
Jute, London, nächst. Termin	8,70	8,00	8,55	8,55	5,00	5,00	4,75	4,25	4,40	4,45	4,40	4,50	4,35	6,00						
Hanf, Manila, London	8,10	8,00	8,00	7,73	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	17,50						
Erdöl, roh, New York	23 1/2	28	28	26 1/2	18	18	18	18	18	17 1/2	17 1/2	17 1/2	17 1/2	21,15						
Erdöl, raffiniert, New York	31,26	31,10	30,50	29,15	19,50	18,50	19,00	18,10	18,50	17,00	16,78	16,15	16,12	2,8						
Erdöl, raffiniert, London	37,10	36,10	36,00	36,00	23,10	23,10	23,10	22,10	22,10	22,00	22,00	22,00	22,00	—						
Erdöl, raffiniert, Hamburg	3,28	3,28	3,28	3,03	2,08	2,03	2,03	2,03	2,15	2,15	2,15	2,15	2,28	—						



Einheit	1929					1930													
	September			Okt.	August					September				Okt.					
	Woche			30. 9.	Woche					Woche				40.					
	9.-14.	16.-21.	23.-28.	5. 10.	28. 7.-2. 8.	4.-9.	11.-16.	18.-23.	25.-30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.
<b>Großhandelspreise<sup>16)</sup></b>																			
Kupfer, elektrolyt., New York	cts je lb <sup>10)</sup>	18.00	18.00	18.00	18.00	11.00	11.00	11.00	10.75	10.50	10.75	10.75	10.50	10.00	10.75	10.75	10.50	10.50	10.00
standard, London	£ je lgt <sup>19)</sup>	75.12 6/8	74. 2/6	74. 6/3	73. 7/8	48.10.0	48.15.0	47.16.3	47. 7/6	46.16.3	47.11.3	47.10.0	46. 5/0	45. 5/0	46. 5/0	46. 5/0	45. 5/0	45. 5/0	43. 8/9
Zinn, standard, London	3 Monate	204. 5/0	205. 7/6	205. 7/6	200. 2/6	134.15.0	136.12.6	135.15.0	135. 2/6	132.15.0	133.12.6	133.12.6	134. 5/0	131.15.0	125. 5/0	125. 5/0	125. 5/0	125. 5/0	125. 5/0
Zink, New York	cts je lb <sup>10)</sup>	24. 7/6	24. 6/3	24. 0/0	23.12.6	16.10.0	16. 0/0	16. 0/0	16. 3/9	15.12.6	16. 2/6	15.18.9	15.18.9	15.10.0	14.15.0	14.15.0	14.15.0	14.15.0	14.15.0
London, greifb.	cts je lb <sup>10)</sup>	6.75	6.75	6.75	6.75	4.75	4.50	4.30	4.35	4.25	4.30	4.30	4.30	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25	4.25
Blei, New York	cts je ton	6.90	6.90	6.90	6.90	5.25	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50	5.50
London	£ je ton	23. 6/3	23.10.0	23.18.9	23. 7/8	18. 6/3	18. 5/0	18. 3/9	18. 7/6	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0	18. 5/0
Silber, New York	cts je oz fine <sup>20)</sup>	51.38	50.75	50.63	50.25	34.63	34.50	35.25	36.00	34.88	35.75	36.25	36.38	36.88	35.50	36.88	36.88	35.50	35.50
Barren <sup>21)</sup> London	d	24	23 9/16	23 1/2	23 5/8	16 1/4	15 1/2	16 1/4	16 3/8	16 1/4	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8	16 3/8
<b>Einzelhandelspreise (Berlin)<sup>22)</sup></b>																			
Roggenbrot, ortsbüchlich	RM je kg	0.42	0.42	0.41	0.41	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39	0.39
Schweinefleisch (Bauchfleisch)		2.60	2.60	2.60	2.60	2.11	2.15	2.15	2.14	2.12	2.12	2.12	2.11	2.11	2.11	2.11	2.11	2.11	2.11
Butter (Molkerei)		4.10	4.20	4.20	4.30	3.51	3.55	3.53	3.50	3.46	3.45	3.45	3.44	3.44	3.44	3.44	3.44	3.44	3.44
Eier		0.14	0.14	0.15	0.15	0.12	0.12	0.12	0.12	0.12	0.12	0.12	0.13	0.13	0.13	0.13	0.13	0.13	0.13
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0.34	0.34	0.34	0.34	0.30	0.29	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30	0.30
Briketts, frei Keller	RM je Ztr	1.75	1.75	1.75	1.85	1.70	1.70	1.70	1.70	1.70	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75
Steinkohle, frei Keller		2.50	2.50	2.50	2.50	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41	2.41
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																			
<b>Tägliches Geld<sup>23)</sup></b>																			
Berlin	% p. a.	7.24	7.42	7.50	9.24	5.00	3.98	3.00	3.23	3.86	4.60	2.33	3.54	4.06	6.25	6.25	6.25	6.25	6.25
London		4.21	4.01	4.77	5.58	1.60	2.10	2.00	1.71	1.60	1.48	1.68	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50
Amsterdam		5.09	5.17	4.19	5.07	2.05	2.50	1.38	0.80	0.80	2.33	2.16	1.90	0.98	1.25	1.25	1.25	1.25	1.25
New York		7.76	8.33	9.08	7.50	2.00	2.15	2.50	2.29	2.00	2.31	2.50	2.10	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00
<b>Langfristiges Geld<sup>24)</sup></b>																			
Berlin, Monatsgeld		9.38	9.42	9.75	9.37	4.92	4.50	4.38	4.37	4.44	4.38	4.13	4.36	5.09	4.75	4.75	4.75	4.75	4.75
London, 2 Mon. Bankkz.		5.36	5.28	6.77	6.03	2.35	2.25	2.32	2.13	2.06	2.06	2.06	2.04	2.04	2.09	2.09	2.09	2.09	2.09
Amsterdam, Prolongationssatz <sup>25)</sup>		5.25	5.38	5.38	4.75	1.78	1.78	1.75	1.83	1.60	1.85	1.75	1.81	1.86	1.75	1.75	1.75	1.75	1.75
New York, 3 Mon. Warenwechs.		6.13	6.13	6.13	6.13	3.13	3.08	3.10	3.00	3.25	3.25	3.00	3.00	3.00	3.00	3.00	3.00	3.00	3.00
<b>Privatdiskont<sup>26)</sup></b>																			
Berlin		7.13	7.13	7.30	7.38	3.38	3.33	3.25	3.17	3.13	3.13	3.13	3.15	3.63	3.88	3.88	3.88	3.88	3.88
London		5.50	5.46	5.83	6.21	2.39	2.27	2.31	2.20	2.07	2.06	2.09	2.19	2.07	2.07	2.07	2.07	2.07	2.07
Amsterdam		5.34	5.38	5.41	4.75	1.97	1.88	1.75	1.82	1.85	1.84	1.87	2.17	1.98	1.88	1.88	1.88	1.88	1.88
Zürich		3.38	3.38	3.38	3.38	1.88	1.88	1.88	1.69	1.69	1.50	1.50	1.44	1.38	1.50	1.50	1.50	1.50	1.50
Paris		3.50	3.50	3.50	3.50	2.07	2.06	2.06	2.06	2.06	2.06	2.06	2.05	1.99	2.00	2.00	2.00	2.00	2.00
New York		5.19	5.19	5.19	5.19	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94	1.94
<b>Rendite</b>																			
Frankreich, 3% Staatsrente <sup>27)</sup>		3.80	3.82	3.81	3.73	3.37	3.38	3.38	3.39	3.39	3.36	3.35	3.35	3.38	3.41	3.41	3.41	3.41	3.41
Deutschland <sup>28)</sup>		6.51	6.50	6.50	6.51	6.25	6.25	6.26	6.26	6.25	6.25	6.25	6.27	6.31	6.31	6.31	6.31	6.31	6.31
60%		7.63	7.66	7.68	7.70	7.17	7.18	7.19	7.20	7.21	7.21	7.21	7.24	7.33	7.33	7.33	7.33	7.33	7.33
70%		8.40	8.43	8.45	8.58	7.73	7.75	7.76	7.77	7.77	7.77	7.77	7.78	7.80	7.80	7.80	7.80	7.80	7.80
80%		8.82	8.83	8.85	8.86	8.30	8.31	8.33	8.34	8.35	8.35	8.35	8.36	8.51	8.51	8.51	8.51	8.51	8.51
100%		9.83	9.82	9.82	9.82	9.87	9.88	9.88	9.87	9.86	9.87	9.86	9.86	9.86	9.86	9.86	9.86	9.86	9.86
<b>Devisenkurse<sup>29)</sup></b>																			
\$ in:		4.201	4.201	4.197	4.196	4.184	4.184	4.186	4.186	4.187	4.192	4.197	4.196	4.199	4.201	4.201	4.201	4.201	4.201
Berlin	RM	4.847	4.846	4.852	4.860	4.870	4.872	4.872	4.871	4.868	4.865	4.862	4.861	4.860	4.860	4.860	4.860	4.860	4.860
London	£ in \$	2.493	2.495	2.492	2.480	2.483	2.482	2.482	2.483	2.482	2.482	2.484	2.482	2.480	2.480	2.480	2.480	2.480	2.480
Amsterdam	Fr	5.193	5.190	5.186	5.180	5.145	5.142	5.142	5.142	5.144	5.142	5.142	5.143	5.155	5.153	5.153	5.153	5.153	5.153
Zürich	Fr	25.565	25.557	25.531	25.493	25.414	25.417	25.420	25.424	25.416	25.441	25.469	25.456	25.471	25.430	25.430	25.430	25.430	25.430
Paris	Fr	19.10	19.11	19.10	19.10	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09	19.09
Frankfurt	L	20.362	20.357	20.358	20.366	20.376	20.383	20.391	20.389	20.387	20.395	20.406	20.397	20.408	20.417	20.417	20.417	20.417	20.417
Berlin	RM	123.91	123.87	123.86	123.90	123.78	123.82	123.84	123.77	123.78	123.80	123.72	123.72	123.77	123.85	123.85	123.85	123.85	123.85
London	£	4.847	4.846	4.852	4.861	4.872	4.872	4.871	4.871	4.865	4.865	4.862	4.861	4.860	4.858	4.858	4.858	4.858	4.858
New York	\$	16.44	16.44	16.44	16.46	16.47	16.48	16.47	16.48	16.47	16.48	16.48	16.49	16.49	16.49	16.49	16.49	16.49	16.49
Frankfurt	RM für 100 Fr																		
<b>Goldbewegung<sup>30)</sup></b>																			
Deutschland	1000 RM	+ 3008	+ 5.655	+ 2003F	- 30	+ 327	- 5	- 21	- 60	- 37	- 155	- 35122	104792						
Großbritannien		- 3190	- 9634	- 7576	- 5681	- 36446	+ 7048	+ 10419	+ 25761	+ 10684	+ 7477	+ 21492	+ 19142	- 1716					
Niederlande		- 8	- 172	- 8	- 10	- 19	- 8	- 12	- 12	- 24	- 10	- 12	- 12						
Schweden		- 95	- 66	- 164	- 11	- 37	- 44	- 21	- 35	- 25	- 10	- 12	- 12						
Schweiz		- 27	- 66	- 24	- 20921	+ 12827	+ 49	+ 5122	+ 1796	+ 8528	+ 269	+ 29	+ 29						
Frankreich	Mil. RM	+ 4.0	+ 4.9	+ 57.6	+ 6.4	+ 128.0	+ 97.9	+ 48.6	+ 39.9	+ 7.7	+ 38.8	+ 10.7	+ 21.2						
Ver. Staaten von Amerika <sup>31)</sup>		+ 119.1	+ 74.1	+ 34.3	- 62.0	+ 91.3	- 256.0	- 66.7	- 26.4	+ 71.1	- 89.6	- 1574.2	+ 1746.5	+ 55.8					
<b>Effektenkurse</b>																			
Deutschland:																			
Börseindex d. Frkf. Ztg. <sup>32)</sup>	1926 = 100	119.28	117.85	117.91	114.67	96.11	93.18	94.28	95.55	95.42									



Berliner Börsenkurse vom 25. September bis 1. Oktober 1930

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various financial data including 'Heimische Anleihen', 'Ausländische Anleihen', 'Bank-Werte', 'Bahnen-Werte', 'Schiffahrts-Werte', 'Automobil-Werte', 'Chemische Werte', 'Elektrizitäts-Werte', 'Kali-Werte', 'Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien', 'Maschinen- und Metallw.-Fabrik-Aktien', 'Montan-Werte', 'Textil-Werte', and 'Sonstige Werte'.

1) RM je Stück = 200 Schilling. — 2) Ferner 2% Bonus. — 3) Ferner 0,8% Bonus. — 4) Netto in Gold. — 5) Ferner 1,2% Bonus. — 6) Ferner 1% Bonus.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block, Berlin-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i. V. E. Schepke, — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postcheck: Berlin Nr. 149 296.





In unserer Schriftenfolge erschien:

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/2*

## Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/3*

## Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche  
Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

Früher erschien:

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft/1*

## Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan  
und Young-Plan

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

**Magazin der Wirtschaft**  
Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131

Postscheckkonto: Berlin 149 296

# Berliner Handels-Gesellschaft

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien  
G e g r ü n d e t 1 8 5 6

**BERLIN W8**

Behrenstraße 32-33

Telegramm-Adresse: „Handelschaft“

An- und Verkauf von Effekten  
Devisengeschäfte / Umwechslung  
fremder Banknoten / Annahme  
von Depositengeldern / Stahl-  
kammer mit Privattresor

**Stadtbüro für den Berliner Geschäftsverkehr**

Berlin W8, Charlottenstraße 33



Sie werden als unser Versicherter vollkommen als

## Privatpatient

behandelt. Ein Krankenschein ist nicht  
erforderlich, dementsprechend kommt  
auch eine Gebühr für einen Kranken-  
schein nicht in Frage.

**Vereinigte Krankenversicherungs-  
Akt.-Ges., Berlin**

Verlangen Sie Auskunft von unserm Vertreter

hier ausschneiden

An die

**Generaldirektion der  
Vereinigten Krankenversicherungs-A.-G.**

**BERLIN W50**

Neue Ansbacher Straße 7

Ich bitte um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes  
bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

M. d. W.



# DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT

*Aktienkapital und Reserven 445 Millionen Reichsmark*

**HAUPTSITZ BERLIN**

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte wie An- und Verkauf von Effekten, Devisen, ausländischen Geldsorten / Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren / Vermietung von Schrankfächern in unserer Stahlkammer / Aufbewahrung verschlossener Depots

*Über 280 Niederlassungen im In- und Auslande / Korrespondenten an allen bedeutenden Plätzen der Welt*

*Rund 400 000 RM  
tägliche Schadenszahlung*

**ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN**  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESSELLSCHAFT

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



**Bayerische** Versicherungsbank  
Aktiengesellschaft, München //

**Badische** Pferdeversich.-Anstalt  
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

**Globus** Versicherungs-Aktien-  
Gesellschaft in Hamburg //

**Hermes** Kreditversichers.-Bank  
Aktiengesellschaft in Berlin //

**Kraft** Vers.-A.-G. des Automobil-  
clubs von Deutschland in Berlin

**Neue Frankfurter** Allgem. Vers.-  
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

**Union** Allgem. Deutsche Hagel-  
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

**ALLIANZ UND STUTTGARTER**  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Gesamtversicherungssumme über **3 000 Millionen RM**

**Norddeutscher Lloyd Bremen**



**LOYD-EXPRESS**

Bremen - Southampton - Cherbourg - New York  
**Schnellster Dienst der Welt**  
mit unseren Riesenschnelldampfern  
»Bremen« »Europa« »Columbus«

Regelmäßige Schiffsverbindungen  
nach allen Weltteilen

Auskunft in allen Reiseangelegenheiten durch  
**Norddeutscher Lloyd Bremen**  
und seine sämtlichen Vertretungen im In- u. Ausland

# DRESDNER BANK

Direktion: Berlin W 56, Behrenstraße

Eigenkapital RM 134 000 000

Niederlassungen in rund 100 Städten

Amsterdam: Proehl & Gutmann

Genossenschafts-Abteilungen Berlin—Frankfurt a. M.

Inkassodienst für 3000 Plätze

Reisekreditbriefdienst

Überweisungsverkehr

**Zentralkreditinstitut der genossenschaftlichen Volksbanken**